
Wissenschaftsstandorte

**Herausgegeben von Gerald Diesener
und Matthias Middell**



Leipziger Universitätsverlag 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. von Matthias Middell. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe

Jg. 7, H. 3. Wissenschaftsstandorte. – 1997

Wissenschaftsstandorte/ Hg. Gerald Diesener und Matthias Middell. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 1997

(Comparativ ; Jg. 7, H. 3)

ISBN 3-931922-81-2

NE: Diesener, Gerald [Hrsg.]

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1997

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 7 (1997) 3

ISSN 0940-3566

ISBN 3-931922-81-2

Inhalt

Editorial		7
<i>Edoardo Tortarolo</i>	Historisches Wissen und politische Modelle in der deutschen akademischen Diskussion des 18. Jahrhunderts	10
<i>Christoph Charle</i>	Paris als Wissenschaftshauptstadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	26
<i>Gerald Diesener/ Matthias Middell</i>	Zwischen Universitätsautonomie und Wissenschaftsstandort: Leipzig 1880–1914	45
<i>Christiane Gebhardt/ Susanne Giesecke</i>	Die Spezifität der Entwicklungspfade in der Biotechnologie und der Künstlichen Intelligenz	76

Forum

<i>Hannes Hofbauer/ Viorel Roman</i>	Imperium und Limes. Zur Geschichte europäischer Teilungen	98
<i>Enikő Baga/Melanie Tatur</i>	Rumäniens Sonderweg in Mitteleuropa. Ein Beitrag zu den zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Transformation in Mitteleuropa	114

Buchbesprechungen

Gerhard Schuck, Rheinbundpatriotismus und politische Öffentlichkeit zwischen Aufklärung und Frühliberalismus. Kontinuitätsdenken und Diskontinuitätserfahrung in den Staatsrechts- und Verfassungsdebatten der Rheinbundpublizistik, Stuttgart 1994 (<i>Werner Greiling</i>)	136
Ute Daniel, Hoftheater. Zur Geschichte des Theaters und der Höfe im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1995 (<i>Frank Möller</i>)	137
Rainer Ruppert, Labor der Seele und der Emotionen. Funktionen des Theaters im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Berlin 1995 (<i>Frank Möller</i>)	137
Michael B. Katz, Improving poor people: The Welfare State, the 'Underclass', and Urban Schools as History, Princeton 1995 (<i>Imke Streu</i>)	139
Petra Buhr, Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, Opladen 1995 (<i>Britta Matthes</i>)	141
Randall W. Stone, Satellites and Commissars. Strategy and Conflict in the Politics of Soviet-Bloc Trade, Princeton 1996 (<i>Susann Weien</i>)	142

Otto Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995 (<i>Christian Kurzweg</i>)	144
Margot Hutzler-Spichtinger/Klaus Schönberger, „Unüberhörbare Wortmeldungen der Bürger...“ DDR-Gesellschaft am Vorabend des Umbruchs – Jena 1988/89, Leipzig 1994 (<i>Werner Greiling</i>)	146
Günter Katsch/Johann B. Walz, Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert, Leipzig 1996 (<i>Isolde Dietrich</i>)	148
Tilman Nagel, Geschichte der islamischen Theologie. Von Mohammed bis zur Gegenwart, München 1994 (<i>Wolfgang G. Schwanitz</i>)	150
Aziz al-Azmeh, Die Islamisierung des Islam. Imaginäre Welten einer politischen Theologie, Frankfurt a. M. 1996 (<i>Wolfgang G. Schwanitz</i>)	150
Robert Debusmann/Janos Riesz (Hrsg.), Kolonialausstellungen – Begegnungen mit Afrika?, Frankfurt a. M. 1995 (<i>Reinhard Wendt</i>)	152
Eckart Schremmer (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Sicht. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Marburg 1995, Stuttgart 1996 (<i>Uwe Müller</i>)	154
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	157

Editorial

Der Wissenschaftsstandort ist in Deutschlands jüngster Hochschulreformdiskussion in aller Munde. Der „Wettbewerb der Standorte“ zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß Klarheit darüber, was und wer eigentlich zueinander in Konkurrenz gesetzt werden soll, weitgehend vage bleibt. Der historische Rückblick, dem die Beiträge im Themenschwerpunkt dieses Hefes gewidmet sind, belegt zunächst, daß die Debatte nicht neu ist und daß überdies viel Unabgeholtenes früherer Stadien dieser Diskussion das Trümmerfeld unvollendeter Universitätserneuerungen füllt. Die staatliche Förderung bildete im 18. Jahrhundert, als wissenschaftlicher Progreß vor allem auf der Kommunikation innovativer Geister gründete, eine wichtige Voraussetzung. Die Akademien verdanken nicht unwesentlich der Anziehungskraft der Residenzen jenen intellektuellen Glanz einer Phalanx herausragender Köpfe. Der Aufsatz von *Edoardo Tortarolo* zeigt, wie Berlin aus einem Nachzügler der europäischen Geistesbewegung zu einem wirklichen „Wissenschaftsstandort“ wurde, weil es gelang, Vorreiter der verschiedenen Disziplinen an einem Ort zu versammeln. Die Qualität eines wissenschaftlichen Zentrums lag hier noch ganz im Zusammentreffen von Personen, aber am Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich diese ebenso elitäre und von den Bedürfnissen nach einer neuen, bürgerlichen Soziabilität abgetrennte wie rein auf die Forschung bezogene Form der intellektuellen Vereinigung sichtlich erschöpft. Erst aus einer Reform, die sich auf das Nebeneinander zur Humboldtschen Universität bezog, gewann die Berliner Akademie nach 1812 wieder neue Energie. Der Aufstieg des Vorreiters Göttingen gegenüber anderen Akademiestandorten in der deutschen Provinz bestätigt, daß sich um 1800 die Verknüpfung der Gelehrtenversammlung mit den praktischen Zwecken einer Universität als Muster des diachron neuen Typus von Wissenschaftsstandort durchsetzte.

Die Nähe zu Verlegern hat schon im Aufklärungsjahrhundert des massiv expandierenden Buchmarktes eine entscheidende Rolle gespielt. Um so bedeutsamer wurde sie im 19. Jahrhundert, als die Professionalisierung der Disziplinen über die systematische Entfaltung eines wissenschaftlichen Schrifttums verlief. In dem Maße, wie der Ertrag schriftlicher Kommunikation in einer allgemeinen akademischen Öffentlichkeit (gegenüber der kleinen *république des lettres* der Frühen Neuzeit) als Ausweis der *Institutionen* (und nicht mehr nur der Autoren) an Terrain gewann, wurde die Verbindung von Wissenschaftlern und Verlegern immer wichtiger.

Die aus den öffentlichen Haushalten alimentierten Universitäten erlebten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen rapide anwachsenden Bildungsbedarf der Bevölkerung, und die Verarbeitung der Frequenzerhöhung der Studierenden wurde für einige Jahrzehnte zum bestimmenden

Thema. Die Bildungsnachfrage verband sich nicht notwendigerweise mit einem ausreichenden Zuwachs an Personal, sondern schuf mit den Privatdozenten in Deutschland eine bildungsbürgerliche Reserveschicht, während in anderen Ländern wie Frankreich die zusätzlichen Lehrkapazitäten aus einer tendenziellen Akademisierung der Gymnasien/Lycées gewonnen wurden. Damit stand aber in einem viel generelleren Sinne die Attraktivität der Standorte zur Diskussion, denn diese Ressourcen standen in genügender Qualität nur an jenen Orten zur Verfügung, die hinreichend Ersatzverdienstmöglichkeiten bieten konnten oder/und ein glaubwürdiges Karriereversprechen ausstrahlten. *Christoph Charle* verfolgt in seinem komparatistischen Beitrag die Hochschulreformen in Frankreich mit den Vorgängen in dem so vielen französischen Hochschullehrern als Vorbild geltenden Deutschland. In diesem Vergleich wird deutlich, daß der allgemeine Zentralismus Frankreichs auch durch eine Universitätsreform nicht zu unterlaufen war. Nun ging es nicht mehr allein um das Zusammenspiel weniger elitärer Einrichtungen, sondern um die Vernetzung zahlreicher Institutionen, dies zeigt das Pariser ebenso wie das Leipziger Beispiel. Dies mußte sich um so schwieriger gestalten, je mehr die aufeinander zu beziehenden Anstalten aus verschiedenen historischen Schichten der Entwicklung höherer Bildung und der Präsentation von Forschungs- oder Sammelergebnissen stammten. Neu traten nun die Forschungsinstitute hinzu, unter denen wiederum diejenigen, die rein privater Initiative entsprangen und entweder ein wirtschaftsnahes Interesse bedienten oder der Verewigung des Nachruhms eines Stifters gewidmet sein sollten, von jenen zu unterscheiden sind, die mit staatlicher Unterstützung ins Leben traten. Unter den letzteren kam es bald zu einer für die Qualität der Wissenschaftsstandorte und die Rolle der Universitäten in ihnen entscheidenden Kontroverse um deren Selbständigkeit oder Bindung an die Hochschulen. Nicht zu vergessen neben den ökonomischen und städteplanerischen Fragen des Baubooms für all die neuen Wissenschaftseinrichtungen und neben den nun eingerichteten Bibliotheken und Seminaren, Instituten und Sammlungen, bleibt aber eine weitere wichtige Komponente, ohne die alles Institutionengefüge nur leere Voraussetzung blieb: Die intellektuellen Kreise, die Formen der Geselligkeit und die aus ihnen hervorgehenden Diskurse (samt ihrer Materialisierung in Zeitschriften u.ä.). Jüngst ist am Beispiel Heidelbergs eine genauere Zeichnung der Soziabilitätsformen vorgenommen worden, die die konkurrierenden Gesprächsrunden, ihre verschiedenen „Stilen“ verhafteten Rituale und ihre Reichweite in das zivile wie in das akademische Leben hinein beschreibt.¹ Dies alles belegt, wie vielschichtig schon um 1900 das Konstrukt „Wissenschaftsstandort“ geworden war, und daß es sich demzufolge dem planenden Zugriff Einzelner entziehen mußte. Dies heißt aller-

1 H. Treiber/K. Sauerland (Hrsg.), Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der „geistigen Geselligkeit“ eines „Weltdorfes“: 1850–1950, Opladen 1995.

dings nicht, daß die Strukturen ihr geheimnisvolles Wirken hinter dem Rücken der Akteure geleistet hätten. Vielmehr hingen nun die Qualität eines Ortes und seine Chancen beim Ranking der Universitäten davon ab, daß die Vertreter der Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen *und* die Vertreter der Wissenschaftsverwaltungen² zusammen mit den kommunalen Behörden ein gleichartiges Verständnis von den Aufgaben der Institution, die Wissenschaftler *und* die Vertreter der Industrie ein ähnliches Verständnis von der gleichzeitigen Notwendigkeit der Grundlagenreflexion und der Applikationsforschung entwickelten.

Der abschließende Beitrag von *Christiane Gebhardt* und *Susanne Giesecke*, der sich aus dem Kreis der geschichtlichen Untersuchungen herausbewegt, zeigt ebenfalls wieder vergleichend, wie sich heute vor allem angesichts der zunehmenden Entscheidungsgeschwindigkeit für riesige Investitionen, die für die Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion nötig sind, die historisch überkommenen Formen des Aushandelns von Standortcharakteristika als ungenügend erweisen.

Leipzig, im September 1997

Gerald Diesener/Matthias Middell

2 Vgl. beispielhaft B. vom Brocke (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter, Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991.

Edoardo Tortarolo

Historisches Wissen und politische Modelle in der deutschen akademischen Diskussion des 18. Jahrhunderts

In der Sitzung der Akademie der Wissenschaften in Berlin am 29. Januar 1789 erinnerte das Akademiemitglied Jean-Pierre Erman seine Zuhörer an jene Zeit, als man die Schaffung einer Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Künste erwogen hatte. Es handelte sich um ein Vorhaben, das schon der Schwede Benedict Skytte dem großen Kurfürsten zu einer Zeit vorgetragen hatte, als, wie Erman sagte, in großen Teilen Europas und Deutschlands noch die Nacht der Barbarei geherrscht habe. Friedrich Wilhelm, fuhr Erman fort, „wußte Toleranz mit religiösem Eifer zu verbinden“¹ und am 12. April 1667 unterzeichnete er die Gründungsurkunde für diesen Hort der Wissenschaften an den Ufern der Spree, der auch für Wissenschaftler geöffnet sein sollte, die nicht deutscher Herkunft waren. Trotz vielfältiger Hoffnungen, aus der Konzentration möglichst vieler Wissenschaftler neues Wissen zu gewinnen – nach Erman wünschte sich der Kurfürst, auch aus weit weniger edlen Metallen Gold zu gewinnen – war dies jedoch nicht zu Ende gebracht worden.²

Berlin benötigte erst den enthusiastischen Eifer eines Leibniz, um am 11. Juli 1700 durch den Sohn des großen Kurfürsten, den späteren ersten preußischen König Friedrich I., die Kurfürstlich-Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften zu Berlin ins Leben zu rufen. Nach einer Transformation 1746 erneut gegründet, trug sie nun den Namen Königliche Akademie der Wissenschaften. Die Berliner Akademie war sicherlich die bekannteste unter den deutschen des 18. Jahrhunderts, die sich der Aufgabe widmeten, zunehmend für die Schaffung und Verbreitung von Wissen unter den Gelehrten des Landes zu sorgen und in eine intellektuelle und wissenschaftliche Konkurrenz mit den großen Akademien des Kontinents wie zum Beispiel in Paris, Sankt Petersburg, London oder Stockholm zu treten.

Die Berliner Akademie war im deutschen Zusammenhang als ein Modell – wie man sehen wird – alles andere als isoliert. In streng institutio-

1 J. P. Erman; Sur le projet d'une ville savante dans le Brandebourg présenté à Frédéric Guillaume le Grand, Berlin 1792, S. 3 und 26. Über die Berliner Akademie von grundlegender Bedeutung: A. von Hamack, Die Geschichte der königlich preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1990.

2 Zu diesem Vorhaben vgl. C. Hinrichs, Die Idee des geistigen Mittelpunktes Europas im 17. und 18. Jahrhundert, in: ders., Preußen als historisches Problem, Gesammelte Abhandlungen, Berlin 1967, S. 272-278.

neller Perspektive wie in ihren Forschungsintentionen verhielt sie sich nicht anders als viele andere große Akademien, hatte aber dennoch ein eigenes und unverkennbares Profil.

An Vorgängern der Berliner Akademiegründung hatte es im zerrissenen Deutschland der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nicht gefehlt. Gelehrte Gesellschaften mit ausgeprägten wissenschaftlichen Interessen wie die „Societas ereunetica“ oder „Societa zetetica“, gegründet vom Arzt und Mathematiker Joachim Jungius 1622 in Rostock³, der kurzfristige Versuch des „Collegium Curiosum sive Experimentale“ von Christopher Sturm in Altdorf (1672–1695) oder die „Academia Naturae Curiosorum“, die 1652 eine ebenso glückliche wie bizarre Existenz ohne Sitz und Versammlungen begann, unter dem Namen „Academia Caesaro Leopoldina“ agierte und immerhin fähig war, sich ab 1670 in einer Reihe von Sammelwerken regelmäßig vor allem zu medizinischen Fragen zu äußern, sind hier zu nennen.⁴

Solche Anstöße, ökonomische, wissenschaftliche und zugleich patriotische Gesellschaften zu schaffen, geschahen – nicht nur in Deutschland – vor allem auf Initiative der Intellektuellen und nicht vorrangig der Herrscher. Sie verstärkten sich im 18. Jahrhundert, insbesondere spürbar seit der Jahrhundertmitte. Aus dieser Beobachtung und anderen Indizien heraus läßt sich begründen, daß auch die Deutschen in die Welt der Aufklärung eingetreten waren und daß sie an der *sociabilité* teilhatten.⁵

Für die großen Akademien, deren Wirkung über die Grenzen der Stadt oder der anderen politischen Einheiten, innerhalb derer sie sich befanden, hinausreichten, war nicht nur die Würdigung durch die Macht nötig, sondern auch der aktive und fortdauernde vor allem finanzielle Rückhalt unerläßlich. In Berlin wie Mannheim, in Göttingen wie in München oder Kassel war das nicht anders als in Paris oder Sankt Petersburg.

Die Beziehung zur politischen Macht war ein Faktor, der natürlich nicht ohne Konsequenzen sein konnte für den gesamten Produktionsprozeß von Wissen und im besonderen die historischen und politischen akademischen Arbeiten. Sei es in Form der Organisation des überlieferten Wissens, sei es die Aneignung ausländischer Erkenntnisse oder die Schöpfung neuen Wis-

3 U. Im Hof, Das gesellige Jahrhundert. Gesellschaft und Gesellschaften im Zeitalter der Aufklärung, München 1982, S. 115.

4 Vgl. dazu die bibliographischen Nachweise bei: J. E. III McClelland, Science Reorganized. Scientific Societies in the Eighteenth Century, New York 1985, S. 55.

5 Genauer zu dieser Fragestellung siehe die Forschungen von D. Roche, *Le Siècle des Lumières en province. Académies et académiciens provinciaux, 1680–1789*, Paris/La Haye 1978. Vgl. dazu auch den Sammelband *Europäische Sozietätsbewegung und demokratische Tradition. Die europäischen Akademien der Frühen Neuzeit zwischen Frührenaissance und Spätaufklärung*, hrsg. von K. Garber und H. Wissmann unter Mitwirkung von W. Siebers, Tübingen 1996.

sens und dessen Verarbeitung⁶ – die Freiheit der Forschung innerhalb der Akademien war prinzipiell durch die politische Macht garantiert, die zudem vor weiteren Störungen abschirmte. Das Argument der Einheit von wissenschaftlichen Kenntnissen und daraus entspringendem sozialen Nutzen war nichtsdestoweniger eine allgemein akzeptierte Begründung zur Rechtfertigung der Freiheit der Forschung sowie ein wesentliches Prinzip bei der kritischen Prüfung der Resultate der Untersuchungen innerhalb der akademischen Institution.

Die Akademien bildeten somit auf wissenschaftliche Untersuchungen, auf die Forschung ausgerichtete Milieus und waren in der Lage, eine starke kognitive Dynamik zu entwickeln – und zugleich bildete sich eine Struktur fortwährender Interaktionen mit der staatlichen Ebene heraus, die sich mit mehr oder weniger Erfolg mit anderen Regierungsinstitutionen auseinandersetzten.⁷

Für Deutschland war das englische Modell der *Royal Society* vom politischen und organisatorischen Gesichtspunkt aus zu fremd, um nachhaltig rezipiert zu werden. Allerdings wurden die „Philosophical Transactions“ seit 1665 ins Lateinische übertragen und in Leipzig unter dem Namen „Acta philosophica societatis regiae in Anglia“ herausgegeben. Viel näher am deutschen Kontext war ein französisches Pendant, die 1666 gegründete *Académie des sciences*. Sie war der eigentliche Bezugspunkt der Berliner Akademie.⁸

Die insbesondere von Leibniz unterstützten Pläne, die schließlich zur Gründung der Berliner Akademie führten, waren anspruchsvoll und weitreichend. Die 1669 entworfene *Societas philadelphia* war bestrebt, Gelehrsamkeit und Macht zu verknüpfen, ihr Ethos war die Vernunft, die „Mönche der Wissenschaft“ würden die Weh durch Wissen beherrschen. Zwei Jahre später schrieb Leibniz seinen „Grundriß eines Bedenkens von Aufrichtung einer Societät in Teutschland zu aufnehmen der Künste und Wißenschaften“. Er sah darin die Gesellschaften von Gelehrten gleichsam als Zellen einer künftigen politischen Gesellschaft, vergaß aber auch nicht die Vorteile, die ein Souverän aus ihnen ziehen würde.⁹ 1675 dachte er noch an eine „Societas Eruditorum Germaniae“, 1697 konzentrierte er, angeregt vom Londoner und Pariser Beispiel, seine Erwartungen auf eine

6 Siehe dazu vor allem R. Stichweh, *Self-organization and Autopoiesis in the Development of Modern Sciences*, in: *Selforganization. Portrait of a Scientific Revolution*, hrsg. von W. Krohn, G. Küppers und H. Nowotny, Dordrecht 1990, S. 195–207.

7 Das Thema behandeln besonders W. Krohn/G. Küppers, *Die Selbstorganisation der Wissenschaft*. Wissenschaftsforschung, Report 33, Science Studies, Universität Bielefeld, Universitätsschwerpunkt Wissenschaftsforschung, Bielefeld 1987.

8 Vgl. R. Hahn, *The Anatomy of a Scientific Institution. The Paris Academy of Sciences, Berkeley 1971* und Maurice Crosland, *Science under Control. The French Academy of Sciences 1795–1914*, Cambridge 1992.

9 Vgl. W. Schneiders, *Gottesreich und gelehrte Gesellschaft. Zwei politische Modelle bei G. W. Leibniz*, in: *Der Akademiegedanke im 17. und 18. Jahrhundert (= Wolfenbüttler Forschungen III)*, 1977, S. 47–61.

„Societas Electoralis Brandenburgica“, womit er die Akademiegründung drei Jahre später vorbereitete.¹⁰

Das Resultat der Leibnizschen Visionen und Bemühungen sah man wenige Jahre später. Organisiert in vier Klassen (Mathematik, Physik, deutsche Sprache und Geschichte, Literatur) war ein Entwurf verwirklicht, der geeignet war, auch Toleranz und christliche Offenheit zu gewährleisten, die Wissenschaften zu pflegen und zu stärken und der zum Ruf, zum Fortschritt und zur Erweiterung der deutschen Nation beitragen würde.

Seit 1710 wurden die „Miscellanea berolinensia“ publiziert, sieben Bände bis 1744. Jenseits insbesondere der finanziellen Mißhelligkeiten, die die akademische Arbeit zuweilen beeinträchtigten, war bedeutsam, daß Berlin das Beispiel einer universellen Gelehrte ngemeinde bot, in der, um eine Einteilung des 20. Jahrhunderts zu gebrauchen, die Naturwissenschaften und die Geisteswissenschaften präsent waren. Die Universalität der hier versammelten Kompetenz blieb auch ein leitendes Prinzip, als die Akademie während der Herrschaft Friedrichs II. reorganisiert wurde. Die vier Klassen experimentelle Philosophie (Chemie, Anatomie, Botanik, alle Naturwissenschaften), Mathematik (Geometrie, Algebra, Mechanik, Astronomie und abstrakte Wissenschaften), spekulative Philosophie (Logik, Metaphysik, Moral, Ethik) und schließlich die schönen Künste (Wissenschaften von der Antike, Geschichte und Sprachen) widerspiegeln genau diese Einheit.

Die Formulierung der Aufgabe an die Forschung, Wissen zu schöpfen und für dessen Verbreitung zu wirken, bedeutete, dem Akademiker eine starke Identität als Entdecker und Träger der Wahrheit zu geben. Den Wissenschaftlern der Akademie kam unter anderem die Aufgabe zu, eine Prioritätenfolge der zu leistenden Untersuchungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Nützlichkeit auszuarbeiten. Auch die politischen Reflexionen und die historischen Analysen waren von diesem Prinzip berührt. Sie haben insbesondere während der Präsidentschaft Maupertuis' daran partizipieren können, der den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit stark betonte.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatten das Studium christlicher Ursprünge und Untersuchungen zur vaterländischen Geschichte besonderes Gewicht. Andere geschichtliche Abschnitte waren dagegen weniger bedeutsam. In dieser Etappe der Akademiegeschichte dominierten, wenn auch nicht numerisch, so auf jeden Fall intellektuell, die Hugenotten. Es mangelte nicht an hervorragenden Personen, genannt seien zum Beispiel Jacques Lenfant und Mathurin Veyssière de Lacroze oder auch der Historiker Georg Gottfried Küster, langjähriger Autor der „Bibliotheca historica brandenburgica“.

Keiner von ihnen wußte allerdings ihre hauptsächliche Sorge, den Kampf gegen den historischen Pyrrhonismus, so in die Richtung wirkungsvoller systematischer kollektiver Forschung, als Technik von der

10 Vgl. McClelland, *Science Reorganized* (Anm. 4), S. 55.

Vergewisserung über eine vergangene Realität umzuwandeln wie Isaac de Beausobre, der, obgleich in Berlin tätig, der Akademie nicht angehörte. Er lieferte mit seiner „Histoire critique de manichéisme et du manichéisme“ (1734) ein bemerkenswertes Beispiel der Gelehrsamkeit und der Prüfung der Vergangenheit.

Die friederizianische Neugründung der Akademie bewahrte dieses Streben nach wissenschaftlicher Einheit und überprüfte erneut die Kriterien der Wahrheitssuche. Für Maupertuis, der auf Friedrichs Wunsch ab 1746 die Akademie präsidierte, war es die Aufgabe der Akademiker, das wahre vor dem falschen Wissen und dem Aberglauben zu schützen¹¹ – eine Aufgabe von umfassendem Anspruch, denn Wahrheit und Gerechtigkeit als Kategorien des Gewissens sollten nach seinem Verständnis auch befähigen, das Schlechte des Lebens, „le mal de vivre“, zu mildern.¹²

Ähnliche Überlegungen leiteten das Denken von Formey, dem Sekretär während der Reorganisation der Akademie. Auch für ihn mußten die Akademiker das Wissen als eine Hilfe im Kampf gegen die Scharlatanerie des Halbwissens in der Öffentlichkeit begreifen. Formey träumte von 50 Jahren Herrschaft der Akademie, um in dieser Zeit die Wahrheit zu erzwingen und den Irrtum auszumerzen.¹³

Letztlich ist in einer Beschimpfung zu erkennen, wen er im Auge hatte: „Die französische Philosophie, den Deismus, Voltaire und Rousseau als trügerische Vorkämpfer der Magie der Literatur, die mit dem Charme ihres Stiles zu verzaubern wußten.“¹⁴ Es handelte sich also – und die Biographie Formeys bestärkt diese These – um eine Rhetorik, die, wenn schon nicht als provokante Haltung gegen Friedrich II. zu verstehen, auf die Rückkehr zur ursprünglichen Leibnizschen Intention zielte. Formey setzte nach dem Tod Friedrichs II. in der Feststellung, daß die philosophische Periode an ihrem Endpunkt angelangt sei, ein deutliches Zeichen: „Wir nähern uns den Ansichten des unsterblichen Leibniz an, der wollte, daß die Gesellschaft der Wissenschaften hauptsächlich dem Fortschritt der Astronomie, dem Studium der Antike, der Kultur der Geschichte und der Nationalsprache und der Verbreitung des Glaubens gewidmet sei.“¹⁵

Die Pflichten der Akademiker waren also ein zentrales Moment, aber unter Friedrich II. alles andere als eindeutig definiert. Trotz des wieder-

11 Maupertuis, *Sur les devoirs des académiciens*, *Nouveaux Mémoires de l'Académie Royale des Sciences et des Belles lettres*, IX (1753), S. 511-521.

12 Maupertuis, *Essai de philosophie morale*, in: *Œuvres*, Lyon 1756, I, S. 204.

13 Formey, *Considération sur ce qu'on peut regarder aujourd'hui comme le but principal des Académies, et comme leur effet le plus avantageux*, in: *Nouveaux Mémoires XXIII* (1767), S. 370-380 und *Second discours* (...), in: *Nouveaux Mémoires XXIV* (1768), S. 358-366.

14 M. Fontius, *Der Akademiesekretär und die Schweizer*, in: *Schweizer im Berlin des 18. Jahrhunderts*, hrsg. von M. Fontius und H. Holzhey, Berlin 1996, S. 285-304.

15 *Réponses du Secrétaire perpétuel aux Discours des Académiciens*, in: *Nouveaux Mémoires XXIV* (1787), S. 12, zitiert nach: Fontius, *Der Akademiesekretär* (Anm. 14), S. 294.

holten Rufes nach wahren Wissen und dem Streben nach Wahrnehmung von öffentlicher Autorität befanden sich die uns hier besonders interessierenden Klassen der Philosophie und der schönen Künste ständig im Ringen um Orientierung, in einer unsicheren Situation, die erforderte, den eigenen Standort immer wieder neu zu bestimmen. Zu berücksichtigende Momente gab es dabei viele: persönliche Beziehungen zu Friedrich II., die internationalen Kontakte¹⁶, der Zugang zu den Periodika und anderes mehr. Erklärte Deisten standen hier gegen Verteidiger der Offenbarung und des traditionellen Euthertums, Leibnizianer gegen Antimethapysiker, Pyrrhonisten gegen Historiker, Schweizer gegen Franzosen: Unter einer scheinbar unbewegten Oberfläche war die Geschichte der Akademie bis 1786 vor allem unruhig und nicht selten besorgniserregend. Die Heterogenität von Orientierungen machte sie zu einem teilweise störrischen Objekt friederizianischer Politik: Es ist unzweifelhaft, daß einzelne Akademiker wie der Mathematiker Giovanni Salvemini di Castiglione an kameralistischen Initiativen teilnahmen, aber der Versuch, die Ausübung einer Kontrolle über die schriftliche Kommunikation im Reich der Akademie zu übertragen, scheiterte, so daß der König per Verordnung 1749 eine Zensurkommission einsetzte, von der die Akademiker ausgeschlossen waren.

Großen Einfluß auf die intellektuelle Diskussion versprachen sich die Akademiemitglieder von den ersten Preisausschreiben an die europäischen Gelehrten. Sie erblickten darin ein Instrument, das ebenso, wie es in der Klasse der Naturwissenschaften praktische Fragen löste, Historiker und Philosophen dazu inspirieren könne, sich mit Themen von allgemeinem Interesse zu beschäftigen.

Die Resultate der historischen Preisfragen waren jedoch nicht bedeutend. Die Prämien wurden in den ersten Jahren überwiegend zu Untersuchungen auf dem Gebiet der lokalen Geschichte ausgesetzt, wie jene über die Geschichte der Mark Brandenburg bis zu den luxemburgischen Herrschern aus dem Jahre 1760. Etwa liegt hier der Ursprung der relativ fruchtbaren Dissertation von Samuel Buchholz zur „*Topographie ancienne de la Marche*“. Dem kosmopolitischen Zug einer Akademie entsprach eher die Prämie für eine Rückschau auf die Ursprünge der Macht der Päpste. 1764 wurde dieses Preisausschreiben von François Sabbathier mit dem „*Essay historique et critique sur l'origine de la puissance temporelle des Papes*“ gewonnen. Es handelte sich um eine typisch aufklärerische Analyse der Abwesenheit von Recht – moralischem eher als juristischem – in der Existenz des Kirchenstaates.

Die hartnäckigen Diskussionen über die Formulierung vorzuschlagender Themen zeigen, daß sich die Akademiker bewußt waren, daß sich mit ihren Preisfragen auch die öffentliche europäische Meinung auseinander setzte. Etwa war die Kommission 1773 vor die Entscheidung gestellt, zwi-

16 Eine genaue Analyse des Briefwechsels der Berliner Akademie könnte hierzu zweifellos weitere Aufschlüsse gewähren.

schen dem Vorschlag der Erörterung des Problems der Degeneration des Geschmacks der Völker und einer Lobrede auf Pierre Bayle zu entscheiden. Der Direktor der Klasse „Schöne Literatur“, der Schweizer Johann Bernhard Merian, favorisierte das letztgenannte Thema mit Argumenten, die zugleich Einblicke in die internen Spannungen der Akademie gewährten:

1. Man habe Grund zur Annahme, daß dieses Thema seiner Majestät willkommen sei,
2. Es würde Ehre und Vergnügen bereiten, dem Europa der Literatur zu zeigen, daß Philosophie und Wissenschaften keine Einschränkungen auferlegt seien und nichts verbiete, berühmten Menschen öffentlich Gelegenheit widerfahren zu lassen.

Trotz dieser ausgezeichneten Argumente entschied sich die Kommission für das Thema der Degeneration des Geschmacks.

Wenig Willenskraft zeigten die Akademiemitglieder 1777, als mit der Autorität des Souveräns durchgesetzt wurde, eine Prämie für die Behandlung des Themas, ob der Volksbetrug von Nutzen sei, auszusetzen. Eine dramatisch aktuelle Frage im Zentrum der aufklärerischen Bewegung, die die Akademiker wohl lieber nicht diskutiert hätten – wohl wissend, wie Friedrich II. hier dachte.¹⁷ Die Resonanz war enorm, 42 Arbeiten wurden eingereicht, 33 davon in die engere Wahl gezogen. Die Mehrheit der Kandidaten bestritt die Nützlichkeit von Täuschungen, einige allerdings gaben zu, daß Doppelzüngigkeit einem pädagogischen Grenzfall gleichkomme: Das Resultat ist bekannt. Beguelin als Verantwortlicher der Akademie teilte die Prämie auf zwischen Rudolf Zacharias Becker und Frédéric de Castillon, der mit einer nicht völlig klaren Argumentation die Ansicht vortrug, die auch Friedrich II. unterstützte, „man müsse ... den Pöbel dem Irrtum überlassen“¹⁸.

Große Aufregung verursachte eine vom Exponenten der exilierten Aufklärer Guillaume Thomas Raynal 1780 in Berlin vorgeschlagene und finanzierte Preisaufgabe: „Was sind die Pflichten eines Historikers und wie müssen seine Begabungen sein? 2. Welche antiken und modernen Historiker sind ihren Verpflichtungen mit dem größten Erfolg nachgekommen? 3. Haben die modernen Historiker mehr oder weniger Schwierigkeiten zu überwinden als die antiken Historiker?“¹⁹

17 Über die Bedeutung dieses Beispiels umfassend S. Landucci, *Sull'illuminismo francese*, in: *Intersezioni* XXVI, 1 (1996), S. 157.

18 Siehe den Brief an d'Alembert vom 8. Januar 1770, in: *Est-il utile de tromper le peuple? Ist der Volksbetrug von Nutzen?*, Berlin 1966, S. 17.

19 Vgl. Wöchentliche Nachrichten, 1783, S. 129 sowie Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, Akte VI, 10, Bl. 103, ferner C. Buschmann, Schweizer in den Diskussionen über die Preisaufgaben der Berliner Akademie im 18. Jahrhundert, in: *Schweizer im Berlin des 18. Jahrhunderts* (Anm. 4), hier bes. S. 305-323.

Der hierfür vorgesehene Preis wurde schließlich nicht verliehen, aber diese Aufgabenstellung festigte die Bekanntheit der Akademie als aufklärerische und philosophische Institution in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts beträchtlich.

Es scheint, als könne eine genaue Analyse der beteiligten Persönlichkeiten deren Charakter und Parteinahmen offenlegen und zugleich verdeutlichen, in welchem Maße Akademiemitglieder in die europäische Debatte zu Themen des historischen Wissens und der politischen Orientierung eingriffen und sich zu den am intensivsten diskutierten Fragen äußerten.

Ein großer Teil der Akademiker entstammte der schweizerischen Kultur, mithin der Schnittstelle der französischen mit der deutschen Diskussion. Um nur einige Namen zu nennen: Merian trat in den fünfziger Jahren als Übersetzer von David Humes „*Essays Concerning Human Understanding*“ hervor und diskutierte den Komplex der englischen Überlegungen über den moralischen Sinn von Shaftesbury und Hutcheson bis zu Hume.²⁰ Johann Georg Sulzer, der 1777 ein starker Widersacher des Diktats Friedrich II. war, konzipierte ein großes Lexikon, das alle Künste umfaßte und ihre Funktion und Bedeutung als Instrument einer allgemeinen Erziehung für das Entstehen einer guten Moral und dem Aufbau einer allgemeinen gesunden Vernunft reinterpretierte – mit dem Ziel einer heilsamen und universellen Vernunft, die Zivilisation und Glück garantierte. Ein Instrument, dies lohnt sich zu unterstreichen, dessen politischer Charakter für Sulzer und seine Zeitgenossen vollkommen klar war.²¹

Eine ähnliche Aufmerksamkeit europäischen Themen gegenüber war auch anderen Akademikern eigen, auch wenn bei ihnen zuweilen polemische Töne zu vernehmen waren. Etwa der schon erwähnte Formey, dessen Mühe dem Versuch galt, die Wolffsche Vernunft mit dem calvinistischen Glauben zu vereinen und so Diderot und Rousseau zu widerlegen, der aber auch an der „*Encyclopédie*“ mitarbeitete, oder Salvemini di Castillon, der Rousseau im Namen des Fortschritts der Zivilisation zu widerlegen bemüht war, den Atheismus Holbachs 1771 negierte und sich damit die Zustimmung Friedrich II. verdiente. Auch ein Mann wie Castillon, der im „*Journal littéraire*“ 1773 bekräftigte, daß „... argumentieren eine Wissenschaft sei, deren das Volk absolut nicht fähig wäre, denn es habe dies nie gelernt“²², fand sich wieder in einem politischen Konzept, das humanistische und laizistische Züge trug: „Das Ziel der Politik oder auch der Kunst des Regierens ist, den Menschen die Freiheit auf Recht und Besitz zu erhalten sowie das Glück des Individuums und das der Gesellschaft zu si-

20 Vgl. J. Häsel, Johann Bernhard Merian – ein Schweizer Philosoph an der Berliner Akademie, in: Schweizer im Berlin des 18. Jahrhunderts (wie Anm. 4), S. 217-230.

21 Vgl. J. van der Zande, Orpheus in Berlin: A Reappraisal of Johann Georg Sulzer's Theory of the Polite Arts, in: Central European History XXVIII, 2(1995), S. 175-208.

22 Ebenda, VII, S. 224.

chern; denn die Politik ist begründet auf den Beziehungen zwischen Mensch und Mensch“.²³

Solch grundlegende Charakteristik verbindet einen Gesichtspunkt des theoretischen politischen Denkens mit Entwicklungen und Problemen, die ortsgebunden waren: Die Entscheidung für die absolute Monarchie, die Ausarbeitung einer historischen und spekulativen Rechtfertigung der Herrschaft eines Souveräns, der den Fortschritt und die Rationalität zum Wohle der Allgemeinheit garantiere, kennzeichnet die Schriften der Berliner Akademiker – eine klare Stellungnahme, die selbst von den Akademikern zu treffen war, die einer republikanischen Tradition entstammten. Dies ist etwa der Fall bei Jacob Wegelin, einem der interessantesten und produktivsten Akademikermitglieder, die über Geschichte und Politik geschrieben haben. Wegelin wurde auf Anregung von Sulzer 1765 nach Berlin eingeladen. Er verließ St. Gallen, wo er geboren wurde und seine ersten Werke geschrieben hatte. Von 1766 an Mitglied der Akademie und Lehrer am Adels-Colleg, leitete er eine Betrachtung über die theoretischen Bedingungen historischen Wissens mit der Bestimmung von Regeln politischen Verhaltens und der Bestimmung von Ansprüchen an die Wissenschaftlichkeit ein. Die Geschichte ist für Wegelin ein Erfahrungsfeld, rational analysierbar und gegründet auf Unveränderlichkeiten des Verhaltens, weshalb die Philosophie ganz im Dienst der Macht des absoluten Souveräns stehen müsse.²⁴

Die Lektüre Montesquieus, Rousseaus, Mablys und der schottische Einfluß prägten die theoretischen Überlegungen und Werke Wegelins über die Geschichte.²⁵ Aus seiner ersten Schrift, die aus der Schweizer Periode überliefert ist und sich mit dem verurteilten Sokrates beschäftigt, sprechen Ungeduld und moralischer Tadel gegenüber einem republikanischen System der Konföderation.²⁶ In den 1766 veröffentlichten „*Considérations sur les principes moraux et caractéristiques des gouvernements*“ entwarf Wegelin die anthropologischen Fundamente seiner Philosophie der Geschichte. Er vertrat den Standpunkt, daß die Gesellschaften als Subjekte denselben physischen Gesetzen unterlägen wie einzelne Individuen.²⁷ An das Ende dieses Weges der Gesellschaft in Richtung ihrer eigenen humanen Entwicklung setzte Wegelin die moderne Monarchie, in der sich alle Begrenzungen ausgleichen und die Vorteile hervortreten würden: verbunden im System der politischen Organisation und basierend auf natürlichen

23 Ebenda, S. 251-252.

24 Vgl. E. Tortarolo, *La ragione sulla Sprea. Coscienza storica e cultura politica nell'illuminismo berlinese*, Bologna 1989, S. 59-84, mit weiterführenden Literaturhinweisen.

25 Zur Korrespondenz Wegelin – Rousseau siehe J. A. W. Gunn, *Queen of the world: opinion in the public life of France from the Renaissance to the Revolution*, Oxford 1995, S. 210.

26 Wegelin, *Die letzten Gespräche Sokrates und seiner Freunde*, Zürich 1760.

27 Ders., *Considérations sur les principes moraux et caractéristiques des gouvernements*, Berlin 1766, S. 14.

Empfindungen des Volkes sowie den Gefühlen des Adels und der durch den Klerus interpretierten Religion. In fünf großen Vorlesungen „Sur la philosophie de l'histoire“, die Wegelin an der Akademie zwischen 1770 und 1776 las, ging diese historisch-philosophische Untersuchung detailliert verschiedenen Aspekten des Vergleichs zwischen Formen der Machtausübung und den dazugehörigen Stufen der Zivilisation und des religiösen Glaubens nach. Als Resultat der Untersuchung schälte sich auch hier das Vertrauen in die absolute Monarchie heraus. Das Thema des Staates war essentiell, weil sich hier das Interesse des Einzelnen dem der Gemeinschaft näherte. Nur wenn alle Verhältnisse zwischen den Einzelnen und dem Staat zur Erhaltung der Ordnung beitrügen, sei der Staat gut konstruiert. Den Geist einer Verfassung, jenem Objekt, in das eine Nation all seine Würde legt, erfassen, hat nicht nur Erkenntnis-, sondern auch direkt praktischen Wert, weil keine Regierung überleben kann, die nicht in der Lage sei, ihr Volk um ein festes und konstantes Prinzip zu scharen. Wegelin zog die hier innewohnende Konsequenz und löste das Problem der Alternative zwischen republikanischem und monarchischem Patriotismus in Anlehnung an Thomas Abbt zugunsten des letzteren.²⁸

Sein Nachdenken über die Geschichte mündete in die Auffassung, in der Monarchie die festeste soziale Bindung und die modernste und aufgeklärteste Form der Regierung zu sehen. Gleichzeitig zur Analyse der Systeme nahm sich Wegelin des Problems der historischen Untersuchung durch narrative Rekonstruktionen an. Die „Caractères historiques des empereurs depuis Auguste jusqu'à Maximin“ von 1768 und die „Histoire universelle et diplomatique contenant les événements les plus remarquables depuis le partage de l'empire jusqu'à Pepin le Bref“ von 1776 sind das Ergebnis dieser Überlegungen, aus denen ablesbar ist, wie sehr Wegelin die anthropologischen Regelmäßigkeiten betonte.

Der Begriff „Zusammenhang“ bildete gleichsam eine Achse in den Überlegungen herausragender Historiker wie Johann Christoph Gatterer und August Ludwig Schlözer, wie er überhaupt in Berlin einen hohen Stellenwert besaß. Wenn auch nicht die Wegelinsche historiographische Realisierung (sein Buch über das Ende des Römischen Reiches erschien gleichzeitig mit dem ersten Band von Edward Gibbons „Decline and Fall of the Roman Empire“, einem nicht zu übertreffenden Konkurrenten), ist doch sein Versuch bemerkenswert, im Geiste des akademischen Universalismus Anthropologie und Geschichte, Philosophie und Politik, Rationalismus und die buntschillernde Vielfalt der menschlichen Formen zu verknüpfen – ein Versuch, der den Typus der Akademieinteressen versinnbildlicht. Aufschlußreich ist dabei, daß er vom Beginn der achtziger Jahre an nicht mehr verhehlte, daß sein eigenes Interpretationsmuster vom universellen Fortschritt versagt hatte. In der letzten Vorlesung, gehalten 1785,

28 Vgl. Vom Tode fürs Vaterland, in: Vermischte Werke, hrsg. von Friedrich Nicolai, Berlin/Stettin 1768–1781, S. II.

erklärte er die Kluft zwischen dem Wort und der Realität der Vergangenheit: „Man kann den Grad der Verbreitung von Wissen in einer Nation nicht bestimmen. Die öffentlichen Grundbegriffe, die ständigem Wechsel unterworfen sind, füllen sehr unregelmäßig die Räume zwischen Grobheit und Überfeinerung, Einfachheit und Geziertheit, Dummheit und Geschmack, Wahrheit und Irrtum, Weisheit und Wahnsinn aus.“²⁹

Der Ausgang des ehrgeizigen Projektes von Wegelin, ein rationales Verständnis von Geschichte als Herrschaftsinstrument der Monarchie zu etablieren, bedeutete freilich auch eine Absage an den Glauben in die Kapazität von Begriffen, die Realität zu beschreiben. Insgesamt kann das Wirken Wegelins aus zwei Perspektiven interpretiert werden – erstens handelt es sich um eine Ausarbeitung, die sich auf das friederizianische Modell von absolutistischem Rationalismus in der Regierungspraxis wie auch in der Konzeption des Wissens bezog. In diesem Sinne ist der Kontext der akademischen Umgebung, die Nähe zum Souverän, kurz gesagt das Berliner Ambiente bestimmend. Denn hier entstand ein Konzept, daß außerhalb der Berliner Verhältnisse undenkbar ist. Zweitens bringt Wegelin durch seine Forschungen eine stark anthropologische Komponente in die – eng mit der europäischen Debatte verbundene – deutsche Diskussion der Frage ein, wie Geschichte als weitgehend kulturelle Entwicklung zu schreiben sei.

Der Reichtum von Motiven, die Wegelin auszudrücken versuchte, fällt besonders auf, wenn man seine Schriften mit jenen des Grafen von Hertzberg, der die preußische Außenpolitik verantwortete und seit 1786 Kurator der Akademie war, vergleicht. Hertzberg hatte 1780 begonnen, regelmäßig Veröffentlichungen herauszugeben. Geistig Wegelin gewiß nicht ebenbürtig, war er aber dennoch von großem Einfluß auf die akademische Debatte. Im Falle dieser Bezielung kann man beobachten, wie wichtig das Problem war, das Wegelin nur provisorisch zu lösen sich imstande zeigte: Die Relevanz des Studiums der Geschichte für die politische Strategie. Die Ansicht Hertzbergs ist drastisch: Die Geschichte sei die Amme der Weisheit. Er bewegte sich ganz im Kontext Ciceros, wenn er meinte, daß die Geschichte Lehrmeister für das Leben sei und die Funktion habe, Grundlagen für Werte und die Identität der preußischen Monarchie zu sein. Die generelle Lösung von Wegelin – wonach die absolute Monarchie Preußen an der Spitze der Zivilisation marschiere – war ganz im Sinne Hertzbergscher Anschauungen. Wegelin hatte 1772 den nationalen Charakter als den Begriff, mit dem man die gemeinsame spezifische Triebkraft aller Mitglieder eines organisierten Körpers und das intellektuelle und moralische System einer Gesellschaft fassen könne, definiert. In den achtziger Jahren behauptete Hertzberg, daß es eine moralische Kontinuität zwischen den alten Germanen und den Untertanen Friedrichs II. gäbe; das konstitutionelle preußische Gleichgewicht repräsentiere deshalb auch die beste Form der

²⁹ Sur la nomenclature politique, in: *Nouveaux Mémoires* XXXIV (1787), S. 456.

Regierung: Eine Erbmonarchie, die sich an die Umstände des Ortes und den Charakter der Nation angepaßt habe. Montesquieu wurde benutzt, um den Vorzug einer nichtdespotischen Monarchie zu zeigen, einer freien und gemäßigten Monarchie, unterstützt durch den Adel und verwurzelt in der Kontinuität der deutschen Geschichte.³⁰

Es ist hier nicht erforderlich, die Wirkung zu erörtern, die die wachsende Rolle von Hertzberg hatte. Nicht nur in der historischen deutschen Kultur und über die Aktivitäten der Akademie besonders nach dem Tode Friedrichs II. hinaus konnte man neue Momente beobachten: Dem klugen französisch-schweizerischen Kosmopolitismus wurde die vorherrschende Aufmerksamkeit für Preußen entgegengesetzt, die Öffnung gegenüber der Anthropologie und Soziologie durch die dynastische Geschichte als Schlüssel für Wendungen auch in der Politik wettgemacht. Zu den Anhängern Hertzbergs gehörte in dieser Situation übrigens auch der Italiener Carlo Denina.

Im Laufe der achtziger Jahre zeichnete sich eine tiefe Krise im Leben der Akademie ab, von der sie sich erst nach der Reform von 1812 zu erholen vermochte. Ein fundamentaler Wechsel im intellektuellen Berliner Kontext ging einher mit der Gründung der Berliner Universität auf Anregung Wilhelm von Humboldts. In den letzten Jahren der Herrschaft Friedrichs II. mangelte es nicht an Kritiken an der Akademie, an ihren Wissensmodellen, an ihrer Sterilität, an ihrer Fremdheit im Verhältnis zur öffentlichen Meinung der Hauptstadt, die sich jetzt selbständig in Sozietäten organisiert hatte, an den Ausgaben ihrer Periodika.

Ganz in den Entwicklungslinien des vorrevolutionären Europas im Jahre 1769 schrieb Herder in einem Brief an Johann Friedrich Hartknoch von seiner Ungeduld „mit einer Akademie der schönen Literatur mit dreißig Mitgliedern, die keine Mitglieder sind, weil sie seit dreißig Jahren keine Bücher geschrieben hätten, weil sie nicht publizierten, ohne Bibliothek, ohne Pläne und fast ohne Sitzungen“³¹ seien.

In den achtziger Jahren wurde die Kritik öffentlich und direkter. Begünstigt wurde dies von einer Atmosphäre der Ungeduld mit allem, was offiziell war, einer typischen Konstellation während der letzten Jahre der Herrschaft eines langlebigen und autoritären Herrschers.

Manchmal fand dies Ausdruck in Form von allgemeinen Aussagen und Vorschlägen wie zum Beispiel bei Johann Friedrich Zöllner in der Berlinischen Monatsschrift von 1785, der die Akademien an ihre Aufgabe erinnerte, das zu unterscheiden, was wahr sei, von dem, was falsch sei, das,

30 E. von Hertzberg, *Huit dissertations que M. le Comte de Hertzberg, ministre d'Etat, membre et maintenant curateur de l'Académie de Berlin a lues dans les assemblées publiques de l'Académie royale des sciences et belles lettres de Berlin tenues pour l'anniversaire du Roi Frédéric dans les années 1780–1787*, Berlin 1787.

31 C. Grau, Herder, die Wissenschaft und die Akademien seiner Zeit. Hinweise auf ein interdisziplinäres Forschungsthema, in: *Jahrbuch für Geschichte* XIX (1979), S. 89–114.

was zweifelhaft sei, von dem, das sicher sei³²; und Gottlob Nathanael Fischer schlug in der Deutschen Monatsschrift vor, daß die Akademie eine Geschichte der Religion Brandenburgs realisieren solle.³³ Zuweilen wurde direkt die Abschaffung der Akademie gefordert, wie zum Beispiel in den „Novellen“ des unruhigen Julius Friedrich Knüppeln.³⁴

Im Laufe der achtziger Jahre hatten sich um die Akademie der Wissenschaften herum flexiblere Gesellschaften von Gelehrten und interessierten Laien gebildet.³⁵ Hier seien Männer versammelt, schrieb Karl Wilhelm Ramler, „welche in den Wissenschaften einen republikanischen und keinen despotischen Geist zu sehen wünschten“.³⁶ Ein alternatives Modell zur Akademie existierte in Berlin also schon im Herbst 1783. Charakteristisch war dabei, daß die Tiefe der Krise in Berlin den hohen Ambitionen entsprach, in deren Zeichen sich die Akademie seit 1746 entwickelt hatte.

Trotz der herausgehobenen Bedeutung Berlins erschöpfte diese friederezianische Institution die Interessen des deutschen Horizontes nicht. Andere wichtige Akademien, die wie in Göttingen 1752 oder in Erfurt (als Akademie gemeinnütziger Wissenschaften 1754) in den fünfziger Jahren entstanden, konnten vom vorhandenen Ruf der Universitäten zehren. Die 1759 in München gegründete oder die Mannheimer Akademie, gegründet 1763, erfreuten sich beträchtlicher finanzieller Unterstützung des Fürsten, im Falle Karl Theodors sogar eines wahren Mäzenatentums. Keine dieser Akademien erreichte aber ein so individuelles Profil und vergleichbare Resonanz in Europas Diskussionen und beeinflußte die historisch-politische deutsche Kultur des 18. Jahrhunderts so wie die akademische Struktur Berlins.

Diese Leibnizsche Prägung, die von den Anhängern Friedrichs II. verlassen wurde, war auch Lebensgrund für eine kleine Einrichtung wie die „Jablonoviana“ im Schnittpunkt zwischen deutscher, lateinischer und slawischer Identität.³⁷ Mit starken Präferenzen für die lokale Geschichte wur-

32 Über gelehrte Lügen und Irrthümer, nebst Vorschlägen, die Schädlichkeit derselben zu vermindern, in: *Berlinische Monatsschrift*, I, 5 (1785), S. 275-276.

33 Friederichs Religionssystem, in: *Deutsche Monatsschrift*, I, 1, S. 48.

34 Novellen aus dem Archiv der Wahrheit und Aufklärung, für Menschen in allen Ständen und Verhältnissen von einem Kosmopoliten, III, (1790), S. 152.

35 Vgl. allgemein J. Voss, Akademien, gelehrte Gesellschaften und wissenschaftliche Vereine in Deutschland 1750-1850, in: *Soeabilité et société bourgeoise en France, en Allemagne et en Suisse 1750-1850*, hrsg. von E. François, Paris 1986, S. 149-168, H. Möller, *Enlightened Societies in the Metropolis: The Case of Berlin*, in: *The Transformation of Political Culture. England and Germany in the Late Eighteenth Century*, hrsg. von E. Hellmuth, Oxford 1990, S. 219-233.

36 B. Nehren, Selbstdenken und gesunde Vernunft. Über eine wiedergefundene Quelle zur Berliner Mittwochsgesellschaft, in: *Aufklärung*, I (1986), S. 91, vgl. auch *What is Enlightenment? Eighteenth-century answers and twentieth-century questions*, hrsg. von J. Schmidt, Berkeley 1996 mit ausführlicher Bibliographie zur Mittwochsgesellschaft.

37 Vgl. *Acta societatis jablonovianae de slavica lecho czechoslovaica item de veris zichis anni 1771*, Lipsiae 1772.

de auch die „Academia teodoro-palatina“ gegründet. Die Statuten waren klar: „Academia Electoralis Theodoro-Palatina de rerum gestarum atque naturalium, Palatinatus praecepte domusque in eo regnantis, historia, artibusque eo spectantibus, sollicita; in omnibus veritas suprema lex esto.“ Im Eröffnungsband berief sich der ständige Sekretär Lamey auf einen radikalen Sensualismus, um das historische Erkenntnisinteresse der Akademie zu bekräftigen: „In historicis itaque nova haec academia maxime versatur.“

Archäologie, Statistik, Numismatik, Demographie, die Wissenschaften vom Menschen waren also die prinzipiellen Aufgaben: Eine Charakteristik, mit der sich die Akademiker einerseits an die Universitäten von Göttingen und München annäherten, andererseits vom Modell der Berliner Akademie distanzieren: „Quae vero, praeter historiam, disciplinas et artes liberales reliquas omnes complectitur.“ Dieses Herangehen beschreibt, was als wichtigster Unterschied zu Berlin gelten kann: Die Verbindung von Geschichte und Anthropologie, von kritischer Dokumentation und Philosophie. Elegant sagte dies Lamey: „Palatina haec, in historicis plurimum ad publica et privata commoda investigandum superesse memor, philosophiam moribus magis suis, quam scriptis, exprimere discet.“³⁸

In der bayerischen Akademie wurden mit noch größerer Systematik die Mühen weiterverfolgt, die der Gründer Johann Georg von Lori in die Ausarbeitung einer regionalen Historiographie verwendet hatte. Im Jahre 1763 begannen die gewaltigen Bände der „Monumenta boica“, herausgegeben von Christian Friedrich Pfeffel, in ganz Europa die Dokumente der bayerischen Geschichte zu verbreiten. Erarbeitet mit der Akribie philologischer Akademiker, die zum großen Teil religiöse Benediktiner waren³⁹, bedeutete dies auch die Verwirklichung eines Willens des Fürsten, dem der Fleiß der Kuratoren – wie als Ausdruck großer Bescheidenheit im ersten Band zu lesen war – nichts hinzufügen könne außer der Befriedigung einer erfüllten Pflicht.⁴⁰

Die Ehre des Staates zu verbreiten, das Prestige des Monarchen zu mehren, die Verteidigung der wahren Religion seien die Aufgaben des Historikers, erklärte Louis-Gabriel Dubuat-Nancay in einer Akademierede 1762.⁴¹ Er war französischer Minister in München seit 1755 und stand von 1772 bis 1775 dem Kurfürsten von Sachsen nahe. In dieser Zeit verstand er es, sich in das soziale und kulturelle Leben Süddeutschlands nachhaltig ein-

38 *Historia et Commentationes Academiae Electoralis Scientiarum elegantiarum literarum Theodoro-palatinae. Typis academicis, Mannheim 1766*, S. 6-7.

39 A. Kraus, *Die bayerische Geschichtsschreibung zur Zeit der Gründung der bayerischen Akademie der Wissenschaften (1759)*, in: ders., *Bayerische Geschichtswissenschaft in drei Jahrhunderten*, München 1979, S. 149-184.

40 Vgl. *Monumenta boica. Volumen primum, Edidit Acad. Scientiar. Elect., typis academicis, Monachi 1763*, S. 2.

41 *Discours lu dans l'assemblée publique de l'Académie des Sciences de Bavière, tenue à Munich le 13 Octobre 1762*, München 1762, vgl. auch: Kraus, *Bayerische Historiographie* (Anm. 39), S. 152, Anm. 16.

zumischen. An seinem Beispiel kann man erkennen, in welchem Maß die Forschung in der Hauptstadt der Wittelsbacher politisch determiniert war. Unter anderem präsentierte Dubuat-Nancay der Akademie in einem gelehrten Traktat die – wie er meinte – karolingischen Ursprünge des Herrscherhauses im Lichte des Kodex von Freising.⁴² Wurzeln seines historischen Interesses auch an anderen germanischen Völkern sehen wir in seinem umfangreichen Werk sowie in mancherlei politischen Überlegungen – auch dies signifikant – außerhalb der akademischen Ebene. Der Einfluß Montesquieus ist hier offensichtlich⁴³, wie auch die Wiederaufnahme der Themen des Utilitarismus anhand der Überlegungen von Helvetius.⁴⁴

In den „*Eléments de la politique*“ ist die Rolle des Adels als Stand zwischen Herrscher und Volk die zentrale Fragestellung. Als historischer Stand *par excellence*, der auf dem Prinzip der Erbfolge basierte, hätte der Adel im Falle auftretenden Unrechts eine klare antityrannische Funktion.⁴⁵ Vor dem Hintergrund der Vision einer stabilen und konsensorientierten Gesellschaft, die die Charakteristika jedes Berufs und jeder sozialen Gruppe respektierte, in der die Anerkennung eines jeden zur Glückseligkeit führe, könne auf ökonomische Modernität verzichtet werden: „Die innewohnende Gleichheit ist versteckt hinter einer Ungleichheit der Stände und hinter mehr oder weniger großen Unterschieden zwischen den instrumenten, die den Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Auswahl stehen.“⁴⁶

Gegenüber der soliden, aber auf die Region konzentrierten historischen Forschung, wie sie für Mannheim oder München typisch waren, zeigte die Akademie von Göttingen eine größere Vielfalt von Interessen in der organischen Verbindung mit der Universität und der Redaktion der „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“. Dies machte die Akademie zu einem Zentrum der Hannoveranischen Aufklärung, zu einem Ort, in dem sich ein modernes Forschungskonzept voll entwickelte und eine Brücke der Kommunikation zwischen der deutschen und der europäischen, insbesondere der englischen, Kultur geschlagen werden konnte.⁴⁷ Die außergewöhnliche und für längere Zeit unwiederholbare Konzentration von wissenschaftlichen Talenten und organisatorisches und politisches Glück ermöglichten Göttingen, eine Situation der kulturellen und wissenschaftlichen Rück-

42 Origines Boicae Domus, apud Ioan. Georg Lochner, Norimbergae 1764.

43 Vgl. die Beobachtungen von Gunn, *The queen of the world* (Anm. 25), S. 303-304. Zu Dubuat-Nancay auch: Furio Diaz, *Filosofia e politica nel Settecento francese*, Turin 1962, S. 538.

44 Vgl. dazu auch seine Arbeit *Eléments de la politique, ou recherche des vrais principes de l'économie sociale*, London 1773.

45 Vgl. ebenda, Bd. III, S. 171.

46 Ebenda, Bd. I, S. 283.

47 L. Marino, *I maestri della Germania. Göttingen 1770-1820*, Turin 1975, S. 44, sowie B. Fabian, *Im Mittelpunkt der Bücherwelt. Über Gelehrsamkeit und gelehrtes Schrifttum um 1750*, in: *Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung*, hrsg. von R. Vierhaus, Göttingen 1985, S. 264-265 (mit weiterführenden Literaturhinweisen).

ständigkeit schnell aufzuholen und so der Akademie zum Erfolg zu verhelfen: In Göttingen konnte die reine Forschung in den Seminaren der Universität, in den Redaktionen der spezialisierten Zeitschriften, ferner in den Essays für die „*Commentarii*“ und die „*Commentationes Societatis Regiae Scientiarum Gottingensis*“ verfolgt werden. Heyne und Blumenbach, Michaelis und Gatterer, Spittler und Lichtenberg waren alle Akademiemitglieder⁴⁸, ohne daß diese Akademiemitgliedschaft für sie die Bedeutung gehabt hätte wie für Wegelin, Formey, Larney oder Lori.

Paradoxerweise liegt die historische Bedeutung der Göttinger Akademie darin, daß an diesem Ort der wissenschaftlichen Diskussion im Inneren der *scientific community* die universitären Elemente vital und aktiv waren. War der philosophische Ansatz für die einen Ausgangspunkt der gelehrten Forschung – für Berlin, München oder Mannheim – so scheint hier ein anderes gemeinsames Element zu herrschen. Denn die Ambition, ein intellektuelles Terrain zu befruchten, das in viele Richtungen gegenüber Europa zurückgeblieben und wenig lebendig war, wurde hier in erster Linie als Aufgabe begriffen, die vom Fürsten übertragen worden war.

Der große Traum, in irgendeiner Form „Platonopolis“ zu realisieren, von dem Benedict Skytte geträumt hatte, ist zu dieser Zeit Daseinsberechtigung und höchste Grenze für die großen deutschen Akademien des 18. Jahrhunderts gewesen.

Aus dem Italienischen von Gerald Diesener

48 *Conspectus Societatis Regiae Scientiarum Gottingensis sodalium quaestionum publice propositarum et commentationum in consensibus recitarum inde a primordis a 1751 usque ad annum 1808. Exhibitus a Jerem. Dav. Reuss. Gottingae apud Henricum Dietrich 1808.*

Christophe Charle

Paris als Wissenschaftshauptstadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die wissenschaftliche Rolle von Paris durch zwei Faktoren bestimmt: einerseits durch die überkommenen wissenschaftlichen Institutionen (Museen, Bibliotheken, Schulen, Universität, große Forschungseinrichtungen), die mit der intellektuellen Zentralisierung seit dem 17. Jahrhundert in der Hauptstadt an Zahl zugenommen hatten, andererseits durch die institutionellen und sozialen Veränderungen dieser Einrichtungen im Rahmen der Hochschulreformen während der Dritten Republik. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, geprägt von der wissenschaftlichen Vorherrschaft Frankreichs in Europa,¹ hat die säkulare Tradition der Zentralisierung nicht in Frage gestellt, sondern sie eher verstärkt. In der zweiten Jahrhunderthälfte kam dagegen, zumindest im offiziellen Diskurs, Kritik an diesem Modell auf. Die reformorientierten Wissenschaftler, die den allmählichen Niedergang der französischen Wissenschaft im Vergleich zu Deutschland, das zum dominierenden Pol wissenschaftlicher und universitärer Innovation und nach 1871 zur politischen Führungsmacht in Europa geworden war, hervorhoben, stellten einen Zusammenhang her zwischen dem Zurückweichen Frankreichs und der Niederlage von 1870 sowie dem übermäßigen napoleonischen Zentralismus. Dieser hatte zur Herrschaft einer Kaste geführt, die sich aus sich selbst rekrutierte und die Wettbewerb und Innovationen ablehnte. Mit dem Ende der Zweiten Kaiserreiches und vor allem mit der Dritten Republik wurden Reformen durchgeführt, die teilweise von dem, was man mittlerweile das deutsche Universitätsmodell nannte, inspiriert waren. Die Frage ist nun, ob diese gewollte Annäherung an das deutsche Modell das nationale und internationale wissenschaftliche Gewicht von Paris real verringert hat oder ob sie im Gegenteil auf anderem Wege dazu beigetragen hat, die Pariser wissenschaftliche Dominanz im akademischen und intellektuellen Leben Frankreichs noch zu verstärken. Um diese Frage zu beantworten, werden wir den Ausgangszustand der Pariser Wissenschaft am Vorabend des Krieges von 1870 hinsichtlich des Personals und der materiellen Ressourcen untersuchen, die Entwicklung der universitären und wissenschaftlichen Institutionen von Paris nach den Reformen verfol-

1 N. und J. Dhombres, *Sciences et savants en France, naissance d'un nouveau pouvoir (1793–1824)*, Paris 1989; R. Fox/G. Weisz (Hrsg.), *The Organization of Science and Technology in France 1808–1914*, Cambridge/Paris 1980.

gen und die Bilanz der neuen Position von Paris im nationalen und internationalen Maßstab – durch den Vergleich mit Berlin – erörtern.

1. Das universitäre Gewicht von Paris am Vorabend des Krieges von 1870

Die außerordentliche Konzentration der geistigen Mittel in der Hauptstadt tritt auf allen Ebenen zutage: bei den Gebäuden, bei Geld und Ausstattung.

1.1. Zustand der Räumlichkeiten

Das zweite Kaiserreich hat, in weitgehender Übereinstimmung mit seinem politischen Konzept, die prestigereichen und kulturbewahrenden Institutionen privilegiert: die Kaiserliche (heute National-) Bibliothek wurde vergrößert, die Oper rekonstruiert, in Verbindung mit einer großen stadtgestalterischen Operation: der Sanierung der Achse, die von den großen Boulevards, am *Palais Royal* und der *Comédie française* entlang, zum Neuen Louvre führt (Öffnung der *Avenue de l'Opéra* und Abbruch der alten Häuser der *Butte des moulins*).

Die einzige neue wissenschaftliche Investition war die Errichtung des großen Lesesaals der Kaiserlichen Bibliothek, die Labronste übertragen wurde, der Mitte des Jahrhunderts bereits den Neubau der Bibliothek Sainte-Geneviève ausgeführt hatte. Der Labrouste-Saal ist ein schönes architektonisches Beispiel für eine Stahlkonstruktion in einem alten Bau: der neue Lesesaal, umschirmt von neun auf gußeiserne Säulen gestützten Kuppeln, ermöglichte die Erschließung eines weiten Raumes (1155 m²) und die Unterbringung von 344 Leseplätzen. 1867 fertiggestellt, diente diese dem Zeitalter massiver Lektüre von Druckerzeugnissen angepasste Ausstattung besonders dem Aufstieg der Nationalbibliothek unter der Dritten Republik.

Die großen Universitätseinrichtungen lebten hingegen weiter in dem veralteten Rahmen, der noch aus dem Ancien Régime stammte. Trotz der Projekte von Fortoul und des Architekten Vaudoyer folgte auf die Grundsteinlegung der neuen Sorbonne 1855 nicht die Verwirklichung der Entwürfe. Erst der Concours von 1882 brachte das Projekt von Nénot hervor, das dann realisiert wurde. Es gibt keine besseren Zeugnisse für den Mangel an Interesse des Kaiserreiches für die Wissenschaft.²

Verspätet – 1868 – erreichte Victor Duruy die Errichtung einer virtuellen Institution, der *Ecole pratique des Hautes Etudes*, deren Budget der Finanzierung der Institute (*laboratoires*) und der Bezahlung neuer Forscher diente.³ Durch ihren Sitz in Paris trug sie zur hauptstädtischen Dominanz und zur Privilegierung der bestens ausgestatteten Pariser Wissen-

2 B. Bergdoll, Les projets de Léon Vaudoyer pour une reconstruction sous le Second Empire, in: Ph. Rivé (Hrsg.), La Sorbonne et sa reconstruction, Lyon 1987, S. 55-64.

3 Vgl. dazu H. W. Paul, From Knowledge to Power. The Rise of the Science Empire in France 1860-1939, Cambridge 1985, S. 44ff.

schaftler bei, die auf diese Weise zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten erhielten. 1872 zählte die *Ecole pratique* in Paris 20 Forschungsinstitute und 26 Ausbildungsinstitute gegenüber acht Forschungs- und fünf wissenschaftliche Ausbildungsinstituten sowie einer Philologiedozentur außerhalb von Paris.⁴

1.2. Die finanziellen Mittel

Die universitäre Ausbildung in Paris belastete mit durchschnittlich 27 Prozent den gesamtfranzösischen Haushalt für Hochschulwesen (1867) sehr stark.

Tabelle 1:

Haushalt der Pariser Fakultäten und Anteil am französischen Gesamthaushalt des Hochschulwesens 1867

Fakultät	Francs	% vom Gesamthaushalt
Theologische	60.200	36,4
Juristische	355.400	41,6
Medizinische	462.300	46,1
Naturwissenschaftliche	278.900	31,2
Philosophische	180.100	25,6
Pharmazie	114.400	60,2
Gesamt	1.451.300	27,0

Man muß hier das noch beträchtlichere Budget der *grands établissements* und der *grandes écoles* hinzufügen. Die *Ecole normale supérieure* hatte mit 307.610 Francs ein Budget, das über dem der Naturwissenschaftlichen Fakultät lag. Auch das *Collège de France* war mit 280.500 Francs noch besser ausgestattet. Das Naturgeschichtliche Museum schließlich, das über sehr wichtige Forschungsanlagen verfügte, ließ selbst die reichste Pariser Fakultät – die Medizinische Fakultät – weit hinter sich: seine 15 Professoren teilten sich 1867 die Summe von 592.380 Francs, die 1868 auf 672.880 Francs stieg.⁵

⁴ Ebenda, S. 48.

⁵ C. Limoges, The development of the Muséum d'histoire naturelle of Paris 1800–1914, in: R. Fox/G. Weisz (Hrsg.), The Organization of Science (Anm. 1), S. 210–240, v.a. den Vergleich der Budgetentwicklung der verschiedenen Pariser wissenschaftlichen Institutionen S. 218. Die anderen Angaben vgl. Statistique de l'enseignement supérieur (1865–1868), Paris 1869. Hinzu kommen 395.000 Francs für das *Observatoire*, 52.800 Francs für die *Ecole des langues orientales*, 37.800 Francs für die *Ecole des Chartes*.

1.3. Lehrkörper und Studenten in Paris

Tabelle 2:

Zahl der Professoren in den Fakultäten, *grands établissements* und *grandes écoles* in Paris (1860–1865)⁶

grands établissements, Schulen	Zahl	Fakultät	Zahl
Collège de France	30	Naturwissenschaftliche	18
Ecole des langues orientales	9	Philosophische	15
Ecole des Chartes	7	Juristische	18
Ecole Polytechnique	42	Medizinische	26
Ecole centrale	28	Ecole normale supérieure	23
Muséum d'histoire naturelle	17	Pharmazie	13
Gesamt	156	Gesamt	100

Tabelle 3:

Prozentualer Anteil der Pariser Studenten am nationalen Gesamt nach Fakultäten (1875–1876)⁷

Fakultät	Prozentualer Anteil
Naturwissenschaftliche	40
Philosophische	13
Juristische	45
Medizinische	74
Theologische	5
Pharmazie	84

Das Ungleichgewicht zugunsten der Hauptstadt war hinsichtlich des Personals noch viel ausgeprägter, weil in den meisten Disziplinen mehr als die Hälfte der Studenten aus Paris stammten und auch die dortigen Hochschullehrer den überwiegenden Teil des französischen Lehrpersonals an den Universitäten ausmachten. Diese Konzentration hatte zwei schädliche Folgen: den fehlenden Wettstreit zwischen Fakultäten der Provinz und der Hauptstadt und den selbsterhaltenden Effekt der Dominanz. Als Herrschende kümmerten sich die Pariser nicht um die Rechtfertigung ihrer Privilegien, und viele mißbrauchten ihre Situation, indem sie Posten anhäuferten oder sich am Ende ihrer Karriere vertreten ließen.⁸ Als Beherrschte

6 Statistique de l'enseignement supérieur (Ann. 5).

7 Nach G. Weisz, *The Emergence of Modern Universities in France*, Princeton 1983, S. 22.

8 V. Karady, in: J. Verger (Hrsg.), *Histoire des universités en France*, Toulouse 1986, S. 301–322.

verloren die Provinzwissenschaftler die Zuversicht, hatten nur einen einzigen Ehrgeiz – nach Paris zu gehen – oder suchten Ablenkung in außeruniversitärem Engagement: Vorträge oder populärwissenschaftliche Arbeiten bei den Geistes- und Naturwissenschaftlern, Suche nach privaten Kunden, öffentlichen politischen oder kommunalen Ämtern bei Juristen und Medizinern, Flucht in die Verwaltung bei denen, die es nicht nach Paris schafften und keine lokale Kompensation für ihre Karriereblockade fanden.⁹ Die Innovation des Zweiten Kaiserreichs, die erwähnte *Ecole pratique des Hautes Etudes*, verstärkte diese Zentralisierung, denn sie war ausschließlich Pariser Wissenschaftlern von Nutzen. Die Anhäufung der Forschungskapazitäten in der Hauptstadt zeigte sich auch in dem erdrückenden Anteil der an der Sorbonne verteidigten Dissertationen: zwischen 1810 und 1885 in den Naturwissenschaften 549 von 726 Doktorarbeiten (75,6 Prozent), in den Geisteswissenschaften 548 von 742 (73,8 Prozent).¹⁰ Die Hochschulpolitik der Dritten Republik sollte versuchen, mit dieser auf das Zentrum orientierten Logik zu brechen.

2. Die wissenschaftlichen Investitionen 1880–1900

In Paris litten die wissenschaftlichen Institutionen im Unterschied zu den Provinzfakultäten nicht an Studentenmangel, wegen der Konzentration der *grandes écoles*, der Institute, der Bibliotheken und der Betreuung von Dissertationen. Die Hauptanstrengung der Dritten Republik richtete sich auf die Rekonstruktion der Neuen Sorbonne, die im Kaiserreich vernachlässigt worden war und deren zwei Jahrhunderte alte Gebäude einzustürzen drohten. Der Beschluß wurde 1882 unter Jules Ferry gefaßt. Die Arbeiten begannen 1884, beendet wurde der Bau aber erst 1901; 17 Jahre lang also eine permanente Baustelle. Eigentlich begnügte man sich mit dem Abbruch der alten Räumlichkeiten des 17. Jahrhunderts, ohne den verfügbaren Raum spürbar zu erweitern. In provisorischen Gebäuden wurden die universitären Aktivitäten untergebracht, die während der Rekonstruktion vor Ort eher schlecht als recht verliefen. Schon 1890, noch vor dem Ende der Banarbeiten, bekannte Louis Liard, der leitende Beamte für das Hochschulwesen, daß es nachteilig gewesen sei, die neuen Anforderungen der Wissenschaft dem Respekt vor dem traditionellen Umkreis des Mittelalters geopfert zu haben:

„Ich frage mich, ob diese großen unveränderbaren Denkmäler, die gebaut sind, um Jahrhunderte und Aberjahre zu überdauern, heute

9 J. M. Burney, *Toulouse et son université. Facultés et étudiants dans la France provinciale du 19e siècle*, Toulouse/Paris 1988; R. Fox, *Science, the University and the State in 19th century France*, in: G. L. Geison (Hrsg.), *Professions and the French State 1700–1900*, Philadelphia 1984, S. 66–145.

10 H. W. Paul, *From Knowledge to Power* (Anm. 3), S. 55; T. Shinn, *The French Science Faculty System 1808–1914*, in: *Historical Studies in the Physical Sciences*, 10 (1979), S. 308–330; G. Weisz, *The Emergence of Modern Universities* (Anm. 7), S. 236.

noch den Anforderungen der Wissenschaft entsprechen. Wer weiß, was eines Tages sein Werkzeug und sein Instrumentarium wird, und ob nicht anstelle dieser beständigen Paläste einfache, leicht gebaute Ateliers besser gewesen wären, die leicht zu ersetzen wären, wenn die Wissenschaft davon einst etwas hätte? Jetzt beginne ich zu bedauern, daß man, als die Philosophische Fakultät an der Sorbonne gelassen wurde, nicht daran gedacht hat, als noch Zeit dazu war, auf großen Flächen, beispielsweise am Weingroßmarkt, an der Seite des Museums, dreißig verschiedene Pavillons und Institute für die Arbeit der Medizinischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät zu errichten. (...) In Deutschland ist eine Universität kein Denkmal, sondern ein ganzer Stadtteil, manchmal sogar eine ganze Stadt, die Arbeiterstadt der Wissenschaft, wo alle Abteilungen gleichzeitig für sich abgeschlossen und mit allen zusammen angeordnet sind, wie Teile eines organischen Ganzen. Vollkommen anders ist beinahe überall der Typ unserer neuen Fakultäten gewesen. Der zerstreuten Anordnung haben wir die Konzentration von unähnlichen, kaum zum Beieinanderwohnen geeigneten Abteilungen hinter einer Fassade, unter einem Dach vorgezogen. Es ist ein wenig die Schuld unserer Professoren, die anfangs nicht genug über die Einrichtungen des Auslands informiert waren und die, weil sie das, was man ihnen anbot, an dem maßen, was sie hatten, sich leicht zufrieden gaben. Es ist aber auch die Schuld der Architekten, die mehr als einmal, wenn es eine Fakultät zu bauen galt, darin weniger einen Dienstapparat gesehen haben, der mit geeigneten Organen zu versehen war, als ein Denkmal.¹¹

Das Monumentale, das die Hauptfassade der Sorbonne in der rue des Ecoles kennzeichnet, belastet auch die funktionale Nutzung der Räumlichkeiten. Diese Fassade richtet das ursprüngliche Gebäude auf das majestätische Ensemble des Nordflügels aus, den Sitz der akademischen Macht mit dem Rektorat,¹² dessen ausgreifender Einfluß die für die Lehre und Forschung verfügbaren Flächen begrenzt. Das sollte die Wissenschaftler sehr schnell zwingen, an neue Orte zu ziehen. Die Seitenflügel brechen die ursprüngliche Einheit der mittelalterlichen oder neuhumanistischen Universität auf, die das gesamte literarische und wissenschaftliche Wissen barg. Schrittweise machten sich in neuen Räumen das Institut für Chemie – rue Michelet 3, dann rue d'Ulm auf dem Grundstück einer religiösen Kongregation – selbständig (1896), ein Physikalisches Institut mit Laborplätzen in der rue Cuvier 12 neben dem Naturgeschichtlichen Museum, ein Biochemisches Institut in den Räumen des *Institut Pasteur* in der rue Dutot im 15. Arrondissement und schließlich das Institut für Evolution organisierter Le-

11 L. Liard, *Universités et facultés*, Paris 1890, S. 42f.

12 Es sei daran erinnert, daß im napoleonischen Universitätssystem der Rektor ein ernannter hoher Beamter ist, der die Gesamtheit eines „Akademie“ genannten Lehrbezirks leitet und nicht, wie an den deutschen Universitäten, das gewählte Oberhaupt der universitären Gemeinschaft. Das zeigt die fehlende politische Autonomie der Universitäten.

bewiesen in der rue d'Ulm 3, das später an den Boulevard Raspail in das 6. Arrondissement umziehen sollte. Die von einigen gewünschte Lösung des amerikanischen Campus kam tatsächlich zustande, allerdings in zerstreuter Anordnung und dem Zufall der Verfügbarkeit von Grundstücken unterworfen. Das trennte Forschung und Ausbildung immer mehr, die theoretischen Fächer blieben in der Sorbonne, die Forschungsdisziplinen entwickelten eine zentrifugale Tendenz.

Außerhalb von Paris befanden sich, gleichfalls unter der Verantwortung von Professoren aus der Hauptstadt, das Maritime Institut von Roscoff und die Institute von Banyuls und Wimereux. Ehrgeiziger war das Radiuminstitut (1909), eine gemeinsame Gründung der Naturwissenschaftlichen Fakultät und des *Institut Pasteur*, dessen Gebäude in der rue Pierre Curie 11 erst 1914 fertiggestellt wurden. Andere universitäre Einrichtungen wurden renoviert oder neu erbaut, wenn auch nicht in der Größenordnung der Sorbonne und ihrer Bauten: die Medizinische Fakultät am Boulevard Saint-Germain und die vergrößerte Juristische Fakultät an der Place du Panthéon. Die neuen Gebäude der *Ecole de Pharmacie* gingen aus der Aufteilung des südlichen Teils des Jardin du Luxembourg hervor, die wegen der Anlage der rue Auguste Comte und der avenue de l'Observatoire erfolgte. Im Jahre 1900 zählte sie zwölf Professoran (gegenüber acht im Jahre 1860), acht angestellte Agrégés, fünf Arbeitsgruppenleiter und ein Labordirektor. In unmittelbarer Nähe wurde „im Kolonialstil von 1900, auf maurische Art“¹³ eine andere, mit der offiziellen Politik verbundene höhere Bildungseinrichtung erbaut: die *Ecole coloniale*. 1888 gegründet, hatte sie im Jahr 1900 27 Lehrstühle, von denen einige durch Lehrende besetzt wurden, die schon an einer benachbarten Fakultät wie der Juristischen arbeiteten. Das Agronomische Institut schließlich, einer angewandten Wissenschaft im Dienst eines anderen Schlüsselbereichs der republikanischen Ökonomie gewidmet – der Landwirtschaft –, wurde im Quartier Latin in der rue Claude Bernard 16 aufgebaut, einer Straße, die erst kurz zuvor angelegt worden war. Es hatte im Jahre 1900 23 Hochschullehrer, also ebenso viele wie die Naturwissenschaftliche Fakultät, mit der es Doppelbesetzungen teilte.

Unweit davon, in der rue Lhomond, auf Grundstücken, die aus kirchlicher Hand erworben wurden, trug die Stadt Paris – seinerzeit politisch stärker links orientiert als die Mehrheit im Parlament – zur wissenschaftlichen Ausstattung der Hauptstadt bei, indem sie ihre eigene Schule für angewandte Wissenschaft gründete: die *Ecole municipale* für industrielle Physik und Chemie (1882).¹⁴ Anfangs war sie in den alten Gebäuden des

13 *Annuaire de l'Éducation nationale*, 1946, S. 255.

14 *Cinquante années de science appliquée à l'industrie 1882–1932*, Paris 1932. Die *Ecole municipale de physique et chimie industrielles*, ursprünglich auf einem Niveau unterhalb des Hochschulwesens angelegt, wurde 1926 der Naturwissenschaftlichen Fakultät angeschlossen. Mehrere Professoren besetzten ihre Lehrstühle parallel zu Lehrstühlen im Hochschulwesen. Das rechtfertigt die Einbeziehung dieser Schule in unsere Analyse.

Collège Rollin in der rue Lhomond untergebracht und wurde 1885 mit Labors und modernen Bauten ausgerüstet, die 1903 bzw. 1911 fertiggestellt wurden und heute auf die rue Vauquelin zeigen. Im Jahre 1898 leisteten zwei Gelehrte dieser Schule der Wissenschaft einen großen Dienst: die Entdeckung des Radiums durch Pierre und Marie Curie in einem abenteuerlichen Schuppen auf dem Hof.¹⁵

In dieser Zeit wurden weitere Einrichtungen eröffnet. Die fünfte Sektion der *Ecole pratique des Hautes Etudes* wurde 1886 aus Minceln, die durch die Auflösung der Fakultät für katholische Theologie 1885 frei wurden, etabliert; sie zählte Anfang des Jahrhunderts 16 Professoren. Die großen Ausstellungen ermöglichten schließlich die Errichtung einiger Bauten, die neue Räume für kulturelle Einrichtungen zu wissenschaftlichen Zwecken bereitstellten. So befindet sich im Neuen Trocadéro, das aus der Weltausstellung von 1878 hervorging, das *Musée des monuments français* und das neue anthropologische Museum.

Diese Ausstattungspolitik war gebunden an eine partiell utilitaristische Kulturpolitik und an ihre Situation in der Hauptstadt, auf die die Politik prägenden Einfluß ausübte. Sie hatte ihre Schwächen: Die Funktion wurde oft dem Monumentalen geopfert, und manchmal war man allzu wenig vorausschauend. Überdies verfielen einige alte Institutionen, weil die Neugründungen bevorzugt wurden. Das *Muséum*, einst gut ausgestattet, sah seine Mittel schmelzen und seine Sammlungen verfallen, da die Gelder fast ausschließlich an die Naturwissenschaftliche Fakultät von Paris gingen.¹⁶

Man muß gerechterweise anerkennen, daß die Pariser wissenschaftlichen Einrichtungen auch von privaten Geldern profitiert haben. Die Geldgeber der 1871 entstandenen *Ecole libre des sciences politiques* entstammten der aufgeklärten Geschäftswelt. Diese Schule unternahm eine erste Öffnung zu den Sozialwissenschaften und zur Zeitgeschichte und besaß eine Spezialbibliothek, die bald nachgeahmt wurde und der *London School of Economics* als Modell diente.¹⁷ Eine neue technische Hochschule, die *Ecole supérieure d'électricité*, wurde ebenso aus privaten Quellen finanziert. Ihr Direktor, Paul Janet, stammte jedoch von der Universität und unterrichtete auch nebenbei Physik an der Sorbonne. Die andere große private Gründung der Zeit ist die Schaffung des *Institut Pasteur* im Jahre 1888, die dank einer internationalen und nationalen Subskription von 2,5 Millionen Francs zustande kam. Die Besonderheit des Instituts besteht in der Verbindung von Forschungs-, Therapie- und Lehraktivitäten und jenen

15 Vgl. E. Curie, Madame Curie [1938], Paris 1981, S. 238.

16 C. Limoges, The development of the *Muséum d'histoire naturelle* (Anm. 5), S. 229f.

17 D. Damamme, Genèse sociale d'une institution scolaire, l'Ecole libre des sciences politiques, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 70 (1987), S. 31-46; Ch. Charle, Sciences-Po. entre l'élite et le pouvoir, in: *Le Débat*, Nr. 64, 1991, S. 93-108.

berühmten Vorlesungen über Mikrobiologie, die einem breiten, kosmopolitischen Publikum offenstanden.

Mit dem Erreichen des Status als juristische Person profitierten die Fakultäten und Hochschuleinrichtungen in Paris in zunehmendem Maße von Schenkungen und Vergünstigungen, die ihr wissenschaftliches Potential und Personal erhöhten. Das ist um so höher zu veranschlagen, als traditionellen Forschungsstätten, wie die großen Bibliotheken, trotz ihrer Schätze nicht immer die Möglichkeit hatten, sie auch zu unterhalten oder mit der wachsenden Nachfrage der Leser Schritt zu halten.

So zog die Nationalbibliothek dank ihrer Reichtümer, die durch die Pflichtabgaben und vielfache Legate ständig anwuchsen, immer mehr Leser an (163.000 Leser benutzten 1905 534.000 Bücher, das Dreifache von 1869). Ihr Budget blieb allerdings mit 82.000 Francs sehr ungenügend, die englische und deutsche Nationalbibliothek hatten das Doppelte (186.200 Mark in Berlin) bzw. das Sechsfache (550.000 Francs das *British Museum*). Während des 19. Jahrhunderts schnellte die Zahl der Druckschriften in der Pariser Nationalbibliothek schwindelerregend in die Höhe: von 252.000 am Beginn des Jahrhunderts auf 3.000.000 im Jahre 1907. Das verlangt immer höhere Personal- und Unterhaltskosten. Zeitgenössische Beobachter beklagten auch die begrenzten Öffnungszeiten (Schließung um 16 oder 18 Uhr je nach Jahreszeit) und die Benutzung durch Amateure mangels einer ausreichenden Zahl öffentlicher Bibliotheken in Paris, was die Bestände vorzeitig abnutzen würde.¹⁸

Der zweite Schwachpunkt der Wissenschaftspolitik der Dritten Republik war der mangelnde Wille zur Dezentralisation des „Bücherkapitals“, der die universitäre Dezentralisierung begleitet hätte. Fast alle großen Sammlungen werden in Paris aufbewahrt: 600.000 Bände in der Sorbonne, 100.000 in der Juristischen Fakultät, 220.000 in der Medizinischen Fakultät, 43.000 in der Pharmazie, 266.000 in der von Studenten stark frequentierten Bibliothek Sainte-Geneviève, 220.000 in der Bibliothek Mazarine, 350.000 in der Bibliothek des Arsenal. Das waren Anfang des Jahrhunderts mehr als vier Millionen Bände in der Hauptstadt, anders gesagt praktisch die Hälfte des gesamten französischen Bibliotheksbestandes, der auf zehn Millionen Bände geschätzt wird. Eine einzige Universitätsbibliothek in der Provinz (Toulouse) kam auf 150.000 Bände. Alle Disziplinen der wissenschaftlichen Forschung hingen nahezu ausschließlich von der Hauptstadt ab, was die Anziehungskraft von Paris für das nationale und internationale universitäre Milieu erklärt. Über 200.000 Personen nutzten pro Jahr die wichtigsten Pariser Forschungsbibliotheken.¹⁹ Das führt uns dazu, die neuen Aspekte der wissenschaftlichen Dominanz von Paris zu prüfen.

18 E. Morel, *La Librairie publique*, Paris 1910, S. 146.

19 D. Varry (Hrsg.), *Histoire des bibliothèques françaises*, Paris 1991, Bd. 3, 1991, S. 329-478.

3. Neue Aspekte der wissenschaftlichen Dominanz von Paris

3.1. Die Studenten

Die Realisierung der dezentralisierenden Pläne der Dritten Republik kann an zwei Indikatoren gemessen werden: am zahlenmäßigen Anteil der Pariser Studenten an der Gesamtzahl der französischen Studenten und an der Bedeutung der Pariser Universitätsangehörigen in der französischen Universitätsgemeinschaft. Hinsichtlich der Studenten ist zwar eine Umkehrung der Tendenz im Verhältnis zur vorangegangenen Epoche feststellbar, doch sie blieb bescheiden, vor allem gemessen an der deutschen Entwicklung und am Gewicht Berlins im deutschen Universitätsleben. Das Ungleichgewicht zwischen beiden Städten und Universitätssystemen war in diesem Punkt nach wie vor offenkundig. Unbestreitbar hielt Berlin, wie Paris, in seinem Universitätssystem den ersten Platz, doch sein relativer Anteil an den nationalen Zahlen wuchs zwischen 1875 und 1928 nur von 10,5 auf 15,3 Prozent und war damit drei- bis viermal schwächer als der von Paris. Die anfangs totale Pariser Vorherrschaft wiederum verringerte sich leicht, entsprechend den Bemühungen der Dritten Republik zur Wiederbelebung der Provinzuniversitäten. Das Ergebnis dieser universitären Dezentralisierung war bescheiden, die Verringerung betrug in 50 Jahren nur etwa fünf Prozentpunkte. Die Konzentration der Studentenzahlen in Paris blieb in einigen Fakultäten wie der Medizinischen oder der Philosophischen während der gesamten Periode sogar über 50 Prozent.²⁰

Tabelle 4:

Studentenzahlen in Paris und Berlin und ihr Anteil am nationalen Gesamt²¹

	Paris	Gesamt Frankreich	% Frank- reich	Berlin	Gesamt Deutsch- land	% Deutsch- land
1875	6.694	14.245	46,9	1.724	16.357	10,5
1897/98	12.047	28.543	42,2	4.615	31.716	14,5
1909	17.311	40.767	42,4	6.694	50.390	13,2
1928	26.753	64.531	41,4	12.817	83.322	15,3

20 Vgl. Ch. Charle, Paris – Zentrum der französischen Eliten. Eine kommentierte Datensammlung, in: G. Brunn/J. Reulecke (Hrsg.), Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte, 1870–1939, Bonn/Berlin 1992, S. 302f.

21 Quellen: H. Titze (Hrsg.), Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 1, Teil 1/2, Göttingen 1987 und 1995; Annuaire statistique de la France, zitierte Jahrgänge.

3.2. Die internationale Ausstrahlung

Für die ausländischen Studenten wuchs – anders als für die Studenten aus der französischen Provinz – die kulturelle Macht von Paris, während die Anziehungskraft von Berlin auf das Ausland in den zwanziger Jahren tendenziell abnahm, trotz des allgemeinen Wachstums der Friedrich-Wilhelm-Universität. Von etwas unter zehn Prozent Ende des 19. Jahrhunderts wuchs der Anteil ausländischer Studenten in Paris auf 24,5 Prozent im Jahre 1928. Umgekehrt, sank der ausländische Anteil der Berliner Universität von zwölf auf acht Prozent.

Tabelle 5.1:

Ausländische Studenten in Paris und Berlin und ihr Anteil in den Universitäten Frankreichs und Deutschlands

	Paris	Berlin	Paris %	Berlin %	Frankreich %	Deutschland %
1875	?	192	?	11,14	?	?
1897/98	1129	554	9,3	12	6,2	6,7
1909	3072	875	17,7	13	11,5	7,37
1928	6596	1112	24,5	8,68	22,2	4,89

Tabelle 5.2:

Ausländische Studenten in Frankreich und Deutschland, die in Paris bzw. Berlin studieren²²

	Paris	Berlin	Verhältnis Paris/Frankreich	Verhältnis Berlin/Deutschland
1899	60,7 %	29,9 %	?	
1905/11	63,7 %	23,5 %	1,5	1,7
1924/28	50,9 %	53,0 %	1,5	1,7
1935	56,3 %	24,5 %	1,1	1,77

Für die gesamte Periode war die Anziehungskraft von Paris auf ausländische Studenten, die nach Frankreich kamen, zweimal höher als die von Berlin auf nichtdeutsche Studenten in Deutschland (60 bzw. 30 Prozent 1899, 56,3 bzw. 24,5 Prozent 1935) bei einer kurzen Annäherung in den zwanziger Jahren (53 Prozent in Berlin, 50,9 Prozent in Paris). Angesichts der Disproportion der Gesamtzahlen beider Universitäten und der Zahl der ausländischen Studenten war der Abstand freilich relativ geringer als diese Gegenüberstellung nahelegt. Die absoluten Zahlen ausländischer Studen-

²² Quellen: V. Karady, *Relations inter-universitaires et rapports culturels en Europe (1871–1945)*, Abschlußbericht 1992, Ministère de la recherche, S. 147 (Tabelle 35), S. 154 (Tabelle 41), S. 176 (Tabelle 52).

ten und die globalen Zahlen beider Universitäten stehen in einem Verhältnis, das sich während des Untersuchungszeitraums von 1:2 auf 1:6 verändert. Die internationale Ausstrahlung der Universität Paris war also relativ geringer als sie aufgrund ihrer Größe hätte sein müssen, wie die Verhältniszahlen ausländischer Studenten in Paris und Berlin im Vergleich mit Frankreich und Deutschland zeigen. Andererseits scheint es, als wäre die Konzentration ausländischer Studenten in Paris im 20. Jahrhundert eher abfallend, wenn man von dem Krisenjahr 1935 absieht, wo hinter einer steigenden Prozentzahl eine Verringerung der absoluten Zahlen steht.

Diese relative Abnahme verweist auf drei Modifikationen der universitären Rolle von Paris im internationalen Maßstab: erstens eine Spezialisierung auf die höchsten Bildungsfunktionen, was insofern nicht so viele ausländische Studenten, vor allem auf der Suche nach rentabler Grundlagenausbildung, anziehen kann, als diese, wie zu zeigen sein wird, eher aus den am wenigsten entwickelten Gebieten Europas kamen; die Feminisierung der Studierendenpopulation weist, zweitens, in dieselbe Richtung, denn die Studentinnen strebten entweder eine Allgemeinbildung oder kurze und berufsbezogene Ausbildungswege an, die es in der Provinz gab; drittens lenkte die Förderungspolitik der Regierung (Stipendien) einen Teil der ausländischen Studenten an die Universitäten in der Provinz.

Tabelle 6:

Prozentualer Anteil der ausländischen Studenten nach Fakultäten in Paris und Berlin (1897/98)

	Juristische	Medizinische	Philosophische	Naturwiss.
Paris	9,4	13,7	6,4	8,3
Berlin	4,26	15,6	21,3	17,02

Die unterschiedliche Anziehungskraft der einzelnen Fakultäten für ausländische Studenten unterstreicht die sehr unterschiedlichen Aufgaben des Studiums in Paris für einzelne Fächer und Herkunftsländer. Paradoxe Weise erscheinen die traditionellen, früher dominierenden Fakultäten am meisten kosmopolitisch, ein Anzeichen für das utilitaristische Bemühen der ausländischen Studenten vor allem aus den ärmeren Ländern Europas, einen Berufsabschluß zu erhalten, der durch seine Erteilung in Paris im jeweiligen Geburtsland prestigeträchtig ist. Umgekehrt rekrutierten die geisteswissenschaftlichen Fakultäten ihre ausländischen Hörer eher aus den alten intellektuellen Nationen, ganz besonders im Fall der allgemeinen Bildungsfakultät schlechthin, der Philosophischen. Die deutschen, nordamerikanischen oder nordeuropäischen Studenten, selten an anderen Fakultäten, wollten sich französische Zivilisation aneignen und belegten Vorlesungen an der Sorbonne. Dagegen kam es ihnen nicht in den Sinn, Naturwissenschaften oder Medizin in der französischen Hauptstadt zu stu-

dieren, weil sie zu Hause über äquivalente, ja sogar – was Räume und Ausrüstung angeht – bessere Einrichtungen verfügten.

Tabelle 7:

Herkunftsländer der ausländischen Studenten in Paris nach Fakultäten (1898)²³

Land	Philos.	Nat.-wiss.	Medizin	Jurist.	Gesamt	%
Großbrit.	3	2	8	9	22	1,8
USA/Kanada	18	6	7	3	34	2,9
Rußland	8	30	182	17	237	20,2
Benelux	6	6	13	9	34	2,9
Österreich-Ungarn	7	3	6	3	19	1,6
Deutschland	31	2	19	5	57	4,8
Schweiz	7	5	21	10	43	3,6
Spanien/Portugal	–	1	10	1	12	1,0
Italien	–	–	5	2	7	0,6
Skandinav.	5	2	2	–	9	0,7
Bulgarien	4	1	–	–	5	0,4
Serbien	6	1	5	23	35	2,99
Rumänien	8	26	74	117	225	19,2
Türkei	4	13	88	47	152	12,9
Griechenland	2	3	24	31	60	5,1
Japan	1	–	–	2	3	0,2
Lateinamerika	–	4	58	26	88	7,5
Zwischen-summe	110	106	546	344	1106	94,5
Ägypten	–	1	6	32	39	3,3
Persien	–	–	3	1	4	0,3
Afrika	–	–	15	6	21	1,8
Gesamt	110	107	570	383	1170	100

Die Einrichtung der Doktorpromotion an der Universität, weniger lästig als die Habilitation (*Thèse d'Etat*), zielte genau auf diese ausländische Klientel, weniger utilitaristisch und auf die wahre Forschung orientiert.²⁴ Allerdings beschränkten die formalen Zwänge (Verwendung des Französischen, gleiche Wissensanforderungen für Franzosen und Ausländer) die Ausweitung dieses 'Reservoirs' angehender Forscher. Die Einrichtung der

23 Quelle: *Annuaire statistique de la ville de Paris*, 1898.

24 Ch. Charle, *La République des universitaires (1870–1940)*, Paris 1994, S. 49f.

Ecole française de formation des professeurs de français à l'étranger zur Ausbildung von Sprachlehrern für den Unterricht von Französisch als Fremdsprache stand in der Logik der Gewinnung der von der französischen Kultur angezogenen Klientel, um diese zu professionellen Sprachmittlern in den frankophilen Ländern zu machen. Die einzige Ausnahme in diesem Interpretationsschema waren die russischen Studenten, zahlreich in den Naturwissenschaften und in der Medizin, weil sie aus einem rückschrittlichen Land kamen und in Frankreich ein Klima der Freiheit und Toleranz fanden, noch mehr in einer Metropole wie Paris. Viele dieser Russen gehörten beherrschten oder verfolgten Ethnien an (Polen, Juden). Ihre Eingliederung wurde durch das frühzeitige Erlernen des Französischen in jenem Teil Europas erleichtert.

3.3. Finanzielle Bilanz

Die Dekonzentration des Personals wurde nicht von einer spürbaren Verbesserung der verfügbaren Budgets begleitet. Mit über 40 Prozent des Personals verfügten die einzelnen Pariser Fakultäten in der Untersuchungsperiode nur über 37,2 bis 19,4 Prozent des Gesamthaushalts der französischen Universitäten, was auf eine relative Unterausstattung verweist, um so mehr, als die Gehälter des Lehrkörpers in Paris über denen in der Provinz lagen und in Paris folglich der Posten Gehälter im Budget schwerer ins Gewicht fiel, woraus die Studenten freilich keinen Gewinn zogen. Diese Feststellung wird noch unterstrichen, wenn man die universitären Ressourcen von Paris mit denen der Universität Berlin in dieser Zeit vergleicht. Dann steht die Pariser Universität trotz der Ähnlichkeit der absoluten Zahlen noch schlechter da, weil sich einerseits weniger Studenten und Lehrende in Berlin etwa dieselbe Summe teilten, und andererseits die Verteilung der Studentenzahlen auf die Fakultäten ausgeglichener war als in Paris. Letzteres vermied eine allzu große Kluft zwischen den finanziellen Bedürfnissen und den Mitteln der verschiedenen Fakultäten. Die Geldausgabe pro Student führte zu ungleichen Ergebnissen: während in Berlin in den 1870er Jahren 427 Francs pro Student ausgegeben wurden, begnügte man sich in Paris mit 331 Francs. Der Abstand wurde größer, denn in den neunziger Jahren stieg die Summe Unter den Linden von 622 auf 634 Francs, während sich die Pariser Fakultäten Ende des Jahrhunderts mit 411 Francs begnügten. Man kann für eine der ersten Massenuniversitäten dieser Zeit beinahe von relativer Pauperisierung sprechen.

Aus der Sicht der Provinz oder des Auslands beruhte die Reputation der Pariser Institutionen auf zwei optischen Täuschungen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Anziehungskraft beitrugen, trotz der objektiv wenig verlockenden materiellen Sachverhalte. In der Sicht der Studenten aus der Provinz wurde der Pariser Universität partiell das zugeschrieben, was den außeruniversitären Einrichtungen – *Collège de France, Muséum, Ecole des*

langues orientales, Ecole pratique des Hautes Etudes und verschiedenen Spezialhochschulen – zukam.

Tabelle 8:

Budget der Universitäten Berlin und Paris und Anteil am gesamtationalen Budget (in Mio Mark und Mio Francs)²⁵

	1867	1880	1890	1900
Berlin	0,590 M = 0,737 MF	1,4 M = 1,750 MF	2,3 M = 2,875 MF (1891)	3,4 M = 4,250 MF (1903)
Preußen	2,7 M	?	10,9 M	14,4 M
Deutschland	?	?	19,9 M	29,4 M
% Preußen	21,8	?	21,1	23,6
% Deutschland	?	?	12,4	11,5
Paris	1,4 MF	2,221 MF (1877)	2,237 MF (1877)	4,958 MF (1898)
Frankreich	3,9 MF	8,0 MF	11,4 MF	10,27 MF
% Frankreich	37,2	27,6	19,4	32,5

Das Budget dieser vier Einrichtungen betrug beispielsweise im Jahre 1888 allein 1.965.300 Francs, d.h. 17,2 Prozent des Gesamthaushalts der französischen Universitäten,²⁶ und der Anteil der verschiedenen Pariser Institutionen erhöhte sich damit auf mehr als ein Drittel der finanziellen Ressourcen des Hochschulwesens.

Durch den Mechanismus von Ämterhäufungen oder Erleichterungen für einige Professoren der an diese Institutionen angeschlossenen Fakultäten konnten letztere von den Ressourcen des zweiten Sektors profitieren, der in Berlin praktisch nicht existierte bzw. erst spät, seit 1911, mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entstand. Professoren der Sorbonne oder des *Collège de France* verfügten mithin über Laboratorien, die an eine Ingenieurhochschule, an eine große Einrichtung oder an eine private Stiftung angegliedert waren. Das Chemielabor von Emile Duclaux, Professor an der Sorbonne, lag in der rue Dutot im Komplex des *Institut Pasteur*, das dieser Gelehrte seit dem Tod seines Lehrers 1895 leitete. Die *Ecole normale su-*

25 Quellen: W. Lexis, Die deutschen Universitäten, Berlin 1893, Bd. 1, S. 154-158; M. Lenz, Geschichte der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1810-1910, Halle 1910-1918, Bd. 3, S. 529; R. S. Turner, Universitäten, in: K. E. Jeismann/P. Lundgreen (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3, 1800-1870, München 1987, Tabelle 4, S. 234; Statistique de l'enseignement supérieur, Paris 1876, 1878-1888 und 1889-1899.

26 Nach Statistique de l'enseignement supérieur 1878-1888. Die Angaben im einzelnen: 499.000 Francs (*Collège de France*), 925.000 Francs (*Muséum*), 154.000 Francs (*Ecole des langues orientales*), 71.300 Francs (*Ecole des Chartes*) und 316.000 Francs (*Ecole pratique des Hautes Etudes*).

périure beherbergte ebenfalls die Forschungen mehrerer externer Professoren, die teilweise aus Mitteln der *Ecole pratique des Hautes Etudes* finanziert wurden.

In den literarischen und juristischen Disziplinen, wo die Geldfrage weniger einschneidend ist, vollzog sich die Kumulation von Vergünstigungen für die Pariser mittels der *grands établissements* (*Ecole pratique des Hautes Etudes*), durch die Kontrolle von Kommissionen, die Subventionen verteilen (Missionen, akademische Auszeichnungen, Bücherkäufe), durch Geldmittel von Stiftungen bei den Einrichtungen. So gab es vor 1904 fünf Stiftungen am *Collège de France*: die Peccot-Stiftung für Mathematik (1902), die Saintour-Stiftung (1903), die einen Preis für ein Buch aus allen Disziplinen reihum aussetzte, die Loubat-Stiftung, die 1902-03 eine Vorlesung über amerikanische Altertumsgeschichte finanzierte, die der *Gazette des Beaux-Arts*, die 1902 eine Numismatik-Vorlesung stiftete, und schließlich die Schenkung von Alicot, die dem von Franz I. gegründeten *Collège* eine Sammlung von antiken und frühneuzeitlichen Abdrücken und gravierten Steinen vermachte.²⁷

Die Universität Paris profitierte zur Erhöhung ihres wissenschaftlichen Potentials von ähnlichen Schenkungen. Nach G. Weisz zogen die Pariser Hochschuleinrichtungen zwischen 1896 und 1913 80 Prozent der bedeutendsten Schenkungen oder Privatnachlässe auf sich, d.h. 9,6 Millionen von zwölf Millionen Francs.²⁸ Als die für das wissenschaftliche Potential von Paris am bedeutungsvollsten sei nur die Finanzierung des *Observatoire* von Meudon durch den Bankier Raphael Bischoffsheim, des Ozeanographischen Instituts durch den Fürsten von Monaco (1907), des Lehrstuhls für Aerodynamik durch den Rüstungshändler Basil Zaharoff (700.000 Francs), des Aerotechnischen Instituts durch den Ölmagnaten Emile Deutsch de la Meurthe (500.000 Francs) oder das Commerce-Legat von vier Millionen Francs für wissenschaftliche Forschung genannt.²⁹ Die Provinzfakultäten bekamen ähnliche Schenkungen, allerdings von geringem Umfang, da die größten Vermögen in Paris konzentriert waren, vor allem die der frankophilen Ausländer, die nur die Einrichtungen der Hauptstadt kannten.

27 *Annuaire du Collège de France*, 1903, S. 30f.

28 G. Weisz, *The Emergence of Modern Universities* (Anm. 7), S. 165, S. 170f.

29 Ebenda, S. 174.

3.4. Internationaler Vergleich: das Beispiel der Naturwissenschaften

Vergleichende statistische Angaben über die naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Paris, Berlin und Wien im Jahre 1900³⁰

	Paris	Berlin	Wien
Zahl der Professoren	21 (<i>titulaires</i>) 10 (Lehrbeauftragte und <i>adjoints</i>)	17 (Ordinarien) 14 (Extraord.)	20 (Ordinarien) 11 (Extraord.)
Gesamt	31	31	31
Budget der Fak.	1899: 216.881 + 656.950 F	keine Angabe	keine Angabe
Zahl der Labors	12 (1899)	12	9
Studentenzahl	1273	817	ca. 300
% der Studenten der Universität	10 (1899)	16,7	12,3 (1890) 36 (1909)

Durch den Vergleich der wissenschaftlichen Ausstattung der Universitäten Paris, Berlin und Wien kann man gleichermaßen die Fortschritte in bezug auf die vorangegangene Zeit und die Grenzen der französischen Bemühungen um Forschung und Dezentralisierung erkennen. Um 1900 war ein gewisses Gleichgewicht der jeweiligen Hauptstädte zu verzeichnen: der wissenschaftliche Lehrkörper umfaßte an den drei Universitäten zwischen 20 und 30 Professoren, die Zahl der Institute und Labors lag zwischen neun und zwölf, die Studenten der Naturwissenschaften machten zwischen zehn und zwölf Prozent der Gesamtzahl aller Studierenden der Universität aus. Das verweist auf eine relative Unterausstattung in Paris und eine Überausstattung in Wien, Berlin nahm eine Zwischenstellung ein. Während fast jeder Ordinarius in den Experimentalwissenschaften in Berlin über ein eigenes Institut verfügte, war das in Paris sichtlich nicht der Fall, selbst wenn man die Mathematiklehrstühle ausschließt. Das Budget der Pariser Fakultät war bis auf eine Ausnahme dementsprechend: der Hauptteil bestand aus Personalkosten. Die Zahlen für Berlin zeigen dagegen, daß jedes Institut über Forschungsmittel verfügte, die von den Löhnen und der allgemeinen Verwaltung der Fakultät unabhängig waren – 28.650 Mark für das Physikalische Institut (1893), 24.090 Mark für das Chemische Institut I

30 M. Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität (Anm. 25); A. Ficker, Bericht über österreichisches Unterrichtswesen aus Anlaß der Weltausstellung 1873, Wien 1873; *Statistique de l'enseignement supérieur*; W. Lexis, Die deutschen Universitäten (Anm. 25); H. Titze (Hrsg.), Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte (Anm. 21); H. Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bde. 3-5, Wien 1986.

und 17.435 Mark für das Chemische Institut II.³¹ Dieser Organisationsunterschied erklärt für Frankreich die fortschreitende Suche nach externen Geldquellen, die sich dem Verwaltungsbudget der Fakultät entziehen, wie die 1901 gegründete *Caisse des recherches scientifiques* oder die Kredite der *Ecole pratique* oder der großen Institutionen (zehn im Falle des *Collège de France*, zwei im Falle des *Muséum*). Diese Summen standen außerhalb der Maßstäbe, die für die französischen Provinzfakultäten galten, wohingegen in Deutschland die Institutsgründungen in Berlin oft von älteren Vorbildern in München, Göttingen oder Heidelberg inspiriert waren.³²

3.5. Personalfilanz

Die Grenzen der Zentralisierung werden noch deutlicher, wenn man das Gewicht der Pariser Universitätsgelehrten in der französischen Universitätsgemeinschaft betrachtet. Trotz der Zunahme der Posten in der Provinz erreichte keine französische Universitätsstadt eine kritische Größe im Verhältnis zur Hauptstadt.

Das Ungleichgewicht erhöht sich durch das weitere Anwachsen der spezifisch Pariser Institutionen (*Collège de France*, *Ecole pratique des Hautes Etudes*, *Conservatoire des arts et métiers*, *Muséum*, Spezialschulen usw.). Dem bereits bestehenden menschlichen Potential gesellten sich außerdem zwischen 1880 und 1900 neue Einrichtungen hinzu, die sich innovativ auf das Hochschulwesen auswirkten und in der Provinz keine adäquaten Einrichtungen kannten: die *Ecole du Louvre* für die Ausbildung in Kunstgeschichte und Archäologie (acht Vorlesungen), die Fünfte Sektion der *Ecole pratique des Hautes Etudes* für die Religionswissenschaft, neue Ingenieurschulen (*Ecole supérieure d'électricité*), Handelsschulen (*Hautes Etudes commerciales* 1881)³³, neue Forschungszentren, Privatschulen (*Ecole libre des hautes études sociales*, *Ecole d'anthropologie*). Vor allem die Spezialisierung der Disziplinen führte zu zahlreichen Gründungen wissenschaftlicher Zeitschriften, die fast alle – wegen der Dominanz des wissenschaftlichen Verlagswesens in Paris – ihren Sitz in der Hauptstadt hatten, obgleich einige ihrer geistigen Väter in der Provinz saßen. Der andere Trumpf der Pariser Institutionen, der nicht in Frage gestellt wurde, ist die Spezialisierung zugunsten neuer Disziplinen, die man in der Provinz nicht findet, weil sie zum Gedeihen auf spezifische Ausrüstungen oder auf ein

31 W. Lexis, Die deutschen Universitäten (Anm. 25), Bd. 2, S. 174. Eine Mark entsprach damals 1,25 Francs.

32 P. Lundgreen, The Organization of Science and Technology in France: a German Perspective, in: R. Fox/G. Weisz (Hrsg.), The Organization of Science (Anm. 1), S. 321. Das erste Chemische Institut entstand 1806 in Göttingen, 1812 in Berlin. Auf dem Gebiet der Physik gehen Königsberg (1835) und Heidelberg (1846) Berlin ebenfalls lange voraus (1878).

33 M. Meuleau, HEC 100, histoire d'une grande école, Paris 1981.

genügendes Publikum angewiesen sind. In allen Fakultäten stößt man nur in Paris auf die neuesten Disziplinen, die mit der internationalen Wissensentwicklung Schritt halten. Das war keineswegs unausweichlich, wie das Beispiel der Soziologie zeigt, deren experimentelle Anfänge mit Espinas und dann Durkheim in der Provinz, in Bordeaux, liegen. Doch die Logik der Pariser Anziehungskraft, die Verfügung über Legate oder Forschungsmöglichkeiten und die Präsenz von hochmotivierten und kosmopolitischen Studenten liefen den Ansätzen dezentralisierender Innovation entgegen.

Zusammenfassung

Insgesamt unterstreicht die vergleichende Analyse von Paris als Wissenschaftshauptstadt die Schwierigkeit, einen seit zwei Jahrhunderten im Gang befindlichen Zentralisierungsprozeß umzukehren. Umgekehrt zeigt der Vergleich mit Berlin, daß der deutsche Polyzentrismus, trotz einer voluntaristischen Politik und dem gleichsam amerikanischen Wachstum einer neuen Metropole in der Zeit, als Berlin zur nationalen Hauptstadt aufstieg, nicht wirklich in Frage gestellt wurde. Über die sogenannten politischen und kulturellen Tropismen hinaus muß man hier das Phänomen der Aufladung der Bilder von Städten ins Spiel bringen. Obgleich die objektiven Indikatoren zeigen, daß die Studienbedingungen in Paris nicht besser sind, nähren die Erinnerungen aufgrund von Reiseberichten, der Literatur, der mündlichen Tradition der Provinz- oder ausländischen Eliten nach der Rückkehr in ihre Region oder ihre Länder von einer Generation zur nächsten das Zauberbild einer Stadt ohnegleichen. Die Zentralisierung der Ausbildung der künftigen Universitäts- oder gelehrten Eliten³⁴, die Hyperkonzentration des Reichtums, der den universitären Großeinrichtungen Schenkungen und Legate verheißt, die Karrierevorteile der Pariser Hochschullehrer konterkarieren vollends die zaghafte Bemühungen der politischen Führung, denen man wachsende nationale und internationale soziale Nachfrage als Argument entgegenhalten kann, die aus diesem jahrhundertealten Bild herrührt, das kaum von dem antiparisserischen Verunglimpfungsdiskurs einiger Professoren aus der Provinz beeinträchtigt wird.³⁵ Man muß zwar anerkennen, daß einige dieser Tropismen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinfällig wurden, es sei aber daran erinnert, daß noch heute fast die Hälfte des französischen Forschungspotentials in der Pariser Region angesiedelt ist.

Aus dem Französischen von Katharina Middell

34 Dieser Aspekt wird von mir ausführlicher behandelt in: *Paris/Berlin. Essai de comparaison des professeurs de deux universités centrales*, in: *Histoire de l'éducation*, Mai 1994, S. 75-109 (Themenheft über die deutschen Universitäten).

35 Ch. Charle, *La République des universitaires* (Anm. 24), S. 78ff.

Zwischen Universitätsautonomie und Wissenschaftsstandort: Leipzig 1880–1914

Gemeinsame Herkunft als Repräsentanten der höheren Studien in all den Jahrhunderten ihrer Existenz und doch sich ständig wandelnder Inhalt machte es schwer, die Geschichte der Universitäten auf einen Nenner zu bringen – so das rückblickende Fazit Franz Eulenburgs von 1904 nach Jahren der soziologischen Frequenzanalyse für die deutschen Hochschulen.¹ Dies war in einem Moment und an einem Ort geschrieben, die durch die Spannung von betonter Kontinuität einer sich aufs 500. Jubiläum vorbereitenden Universität und deren gleichzeitiger rasanter Neuerung geprägt waren.

Am Leipziger Beispiel um die letzte Jahrhundertwende in der zuletzt so genannten grundlegenden „Scharnierphase der deutschen Universitäts- und Wissenschaftsentwicklung“² lassen sich einige Gesichtspunkte zusammentragen, die zeigen, wie verschiedenen Akteuren in der Hohen Schule und in ihrem Umfeld bewußt wurde, daß die Universität nicht mehr allein in den Begriffen Ihrer bis in die Rechtssprechung und den Rechtsvollzug reichenden Autonomie gedacht werden konnte,³ sondern der von ihr wesentlich beeinflusste „Wissenschaftsstandort“ zur Leitvorstellung werden mußte. Dies hieß, von einer vertrauten Eigenständigkeit, der gleichwohl eine bereitwillig angenommene Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung und Reglementierung korrespondierte, Abschied zu nehmen. Dem Anspruch der Universitäten, die Welt wissenschaftlich deuten zu können, entsprach die Forderung der Gesellschaft, dieses Wissen verwerten zu können.⁴ Langsam wuchs auf Universitäts- wie auf der kommunalen Seite die Einsicht, daß für das Gefüge eines Wissenschaftsstandortes neue Energien zu mobilisieren, ein anderes Verhältnis zwischen Hochschule und städtischem Umfeld in seiner Vielgestaltigkeit als Wirtschaftsraum, Verwaltungsstruktur und Kulturnachfrage zu entwickeln sein würde. Die fol-

1 F. Eulenburg, Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Leipzig 1904 (Neudruck Berlin 1994), S. 1.

2 Zuletzt R. vom Bruch, Abschied von Humboldt? Die deutsche Universität vor dem Ersten Weltkrieg, in: K. Strobel (Hrsg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, Vieweg 1994, S. 17-29; siehe auch K. H. Jarausch, Universität und Hochschule, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4, München 1991, S. 313-345.

3 Symbolisiert wird dies etwa durch die definitive Abschaffung des Universitätskarakers 1896.

4 Rüdiger vom Bruch hat zuletzt darauf aufmerksam gemacht, daß um 1900 das vertraute Leitbild der Humboldtschen Universitätsidee in Bedrängnis geriet. Unsere Überlegungen greifen diesen Faden auf und versuchen Anpassungsbemühungen an die neue Konstellation zu zeigen. R. v. Bruch, Die Universität im 20. Jahrhundert (Anm. 2)

genden Ausführungen versuchen zu zeigen, daß dieser Wandel im Selbstverständnis bei den Akteuren in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg begann, dabei aber nachdrücklich an einzelne Pioniere gebunden blieb und nicht zuletzt deshalb durch den Einbruch der Kriegsjahre auch wieder zurückgeworfen werden konnte. Man wird mit Blick auf die Schwierigkeiten, die die meisten deutschen Hochschulen auch heute noch haben, ihre Rolle in einem wettbewerbsfähigen Wissenschaftsstandort zu bestimmen, vermuten können, hier stehe bis in die Gegenwart Unabgeschlossenes zur Diskussion.⁵

Ein Blick in die beim Rat der Stadt Leipzig gesammelten Akten unter dem Betreff „Universität“, die für die Jahre 1881 bis 1925 zwei stattliche Bände füllen, belegt zunächst einmal diskontinuierliches Interesse und eine Konzentration auf die wirtschaftlichen und die protokollarischen Aspekte des Zusammenlebens. Natürlich gehörte die im unmittelbaren Zentrum der Stadt angesiedelte Universität weder in rechtlicher noch in finanzieller Hinsicht in die Zuständigkeit der Kommune. Lange Zeit hatte die Alma mater ihre Eigenständigkeit demonstrativ herausgekehrt und in Konflikten um die Polizeigewalt der Stadt manches Ärgernis bereitet. Kein Wunder also, daß die Annäherung auf beiden Seiten schwierig sein mußte, kaum geeignete Strukturen bestanden, um die Eigenheiten des anderen recht zu verstehen. Gerade deshalb gestatten aber die städtischen Akten zusammen mit den Selbstreflexionen der Universitätsangehörigen und einer dichter werdenden Folge von Schriften über Stadt und Universität ein Panorama der Diskussionsgegenstände. Das Jubiläumsjahr 1909 bildet dabei selbstverständlich einen Höhepunkt, auf dem zugleich das neu auszuhandelnde Verhältnis öffentlich beschrieben wurde. Um die Ausgangslage dieser Debatte zu verstehen, muß man sich einige Entwicklungen auf beiden Seiten noch einmal vergegenwärtigen.

Die Jahrzehnte zwischen 1871 und 1914 bedeuteten für Leipzig einen Abschnitt überaus schnellen Wachstums und Erblühens sowohl der Stadt als auch ihrer Universität. Die Dynamik dieser Zunahme an wirtschaftlicher Potenz, Bevölkerung und gleichzeitig studentischer Hörerschaft sucht bis heute ihresgleichen.⁶ Sichtbarstes Zeichen des Wohlergehens der sächsischen Metropole ist eine Reihe von damals entstandenen Bauwerken, die unverändert das Antlitz Leipzigs prägen: ganze Stadtviertel tragen das Signum eines rasch zunehmenden Reichtums, der nach entsprechender Repräsentanz zuerst im Wohnumfeld, aber auch in großen öffentlichen

5 Für einen ersten Versuch nach 1989 in Leipzig, das Gefüge der Beziehungen zu Wirtschaft, Medien, Verwaltung, Justiz und Kultur abzuschreiten, siehe: Rektorat der Universität Leipzig (Hrsg.), *Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld*, Beiträge der Konferenz anläßlich des 'Dies academicus' am 2.12.1996, Leipzig 1997.

6 Die Verdopplung der Studentenzahlen von rund 12.000 auf beinahe 24.000, die zwischen 1989 und 1997 erreicht wurde, hat Ursachen zuerst in der Aufhebung restriktiver Zugangsbestimmungen.

Bauten wie den beiden Bahnhöfen, der Deutschen Bücherei und schließlich auch dem Völkerschlachtdenkmal Ausdruck suchte.⁷ Martin Wackernagel beschrieb dieses neue Stadtbild in der Grußschrift der Leipziger Universität an die 1919 aus dem Felde heimkehrenden Studenten für seine Heimatstadt so: „Leipzig [hat]... in seiner früheren Vergangenheit nur eine ganz geringe Entwicklung erfahren und erst in jüngster Zeit, im rapiden Aufschwung der letzten 30 Jahre, den Rang und Umfang einer eigentlichen Großstadt erlangt. Ein aufmerksamer Beobachter dürfte auch ... allein aus der heutigen Erscheinung des Leipziger Stadtbildes ablesen können, daß er sich an einem Orte befindet, der bis zum Anfang des letzten Jahrhunderts noch fast völlig in dem engen Kreis der einstigen Umwallung – des heutigen Gürtels baumbepflanzter Ringstraßen und Plätze – beschlossenen blieb, daß erst dann, in der Biedermeierzeit, kleine Gruppen vornehmer villenartiger Wohnhäuser da und dort im unmittelbaren Vorgelände Fuß zu fassen begannen; bis schließlich, und nun scheinbar in einem Zug, die breit ausgreifende Überbauung des Zwischengebietes bis zu den umliegenden Dörfern hinaus die Umwandlung dieser Dörfer selbst in dichtbevölkerte Vororte, Industriequartiere, Arbeiterviertel – wo in dem endlos gleichförmigen Straßennetz, zwischen Mietkasernen und Fabrikschuppen halb erstickt, etwa noch ein vereinzelt dörflisches Gebäude oder ein behagliches Landhaus der alten Zeit sich erhalten hat – das typische Bild der modernen Großstadt zustande kommen ließ.“⁸

Dies kontrastiert durchaus mit einer Situation Leipzigs noch Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Stadt keineswegs als Metropole gelten konnte. Der heute kaum noch bekannte Mythos der „kleinen Stadt mit dem großen Ruf“ eilte Leipzig bis weit in das 19. Jahrhundert voraus. Im „Modell Sachsen“ bildete sie ein Konkurrenzpaar mit der Hauptstadt und Residenz⁹, blieb aber selbst in bescheidenem Rahmen, eher bekannt für ihren Buchhandel, ihre Messe, ihr Kürschnerhandwerk als für die Charakteristika eines Bevölkerungsmolochs vom Format der europäischen Zentren. Tatsächlich hinterlassen Zahlen hier einen beredten Eindruck: Rund 32.000 Einwohner zu Beginn des 19. Jahrhunderts und 41.000 noch um 1830 sprechen für ein städtisches Gemeinwesen, das den Anschluß an den Trend zur urbanen Konzentration zu verlieren drohte, bevor die Zahl der Bürger lawinengleich zunahm: 1870 wurden bereits mehr als 100.000 Stadtbewohner gezählt. Um 1910 schließlich hatte die Messestadt nach

7 Vgl. z.B. H. Strobel, Die Baukunst in Leipzig, in: Leipzig. Ein Blick in das Wesen und Werden einer deutschen Stadt, Leipzig 1913, S. 168-185.

8 M. Wackernagel, Das heutige Stadtbild Leipzigs, in: Stätten der Bildung, Bd. 1: Leipzig, Mit Unterstützung der sächsischen Staatsregierung und der Leipziger Stadt- und Universitätsbehörden herausgegeben durch Rektor und Senat der Universität Leipzig, Berlin 1919, S. 20f.

9 E. François, Modell Sachsen?, in: M. Espagne/M. Middell (Hrsg.), Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert, Leipzig 1993, S. 12-21.

Berlin, Hamburg und München den vierten Platz unter den deutschen Metropolen erkämpft: Mehr als 600.000 Menschen waren jetzt in ihren Mauern zu Hause. Eine massive Erweiterung der Stadt und der Aufbau ganzer Industrieviertel mit modernen Fertigungsanlagen und vier- bis fünfstöckigen Wohnhäusern veränderten das Stadtbild, die rasche Eingemeindung von „Vororten“ mit mehr als 10.000 Einwohnern ließ die Stadt auch optisch rasch wachsen.

Die Studentenzahlen folgten der steilen Kurve der Einwohnerzahl. Mit demonstrativem Stolz meldete die Presse, zum Studienjahr 1891/92 hätten sich 3431 junge Adepten der Wissenschaft eingeschrieben. Man habe damit den zeitweilig an München verlorenen zweiten Platz in der deutschen Statistik zurückerobert.¹⁰ Franz Eulenburgs gründliche Auswertung der deutschen Universitätsmatrikel war insofern keine zufällige Publikation. Sie entsprach vielmehr einem Zeitgeist, in dem heftiger Wettbewerb zwischen den Städten um die Studentenzahlen geführt wurde. Denn diese Zahlen legitimierten die Forderungen nach wachsenden staatlichen Zuwendungen und nach einem angemessenen Anteil an der Ausdehnung der städtischen Flächen und repräsentativen Gebäude. Der enorme Anstieg der Studentenzahlen in Deutschland um 325 Prozent (bei 58 Prozent allgemeinem Bevölkerungswachstum) nach jahrzehntelanger Stagnation und sehr langsamem Wachstum bis etwa 1870 richtete den Blick wie selbstverständlich auf die Bildungsexpansion, die mit der Industrialisierung einherging.¹¹

Leipzig hatte gleich nach der Reichseinigung und mit der Etablierung des Reichsgerichts in der Messestadt für einen Moment die Führung unter den Universitätsstädten übernommen, sie aber nach 1879 an Berlin verloren, was dem Leipziger Eulenburg noch selbstverständlich schien, weil die regionale Rekrutierung immer mehr an Bedeutung gewann und Berlin hier die Vorteile der Bevölkerungsdichte und der Konkurrenzlosigkeit im Raum für sich verbuchen konnte. Der zweite Platz blieb indes heiß umkämpft mit der zunächst wesentlich dynamischeren bayerischen Hauptstadt, die mit besseren landschaftlichen Voraussetzungen werben und auf die (im Vergleich mit der Gegenrichtung) geringere Süd-Nord-Wanderungsneigung der studentischen Populationen rechnen konnte. Während im östlichen Deutschland die (eigentümlicherweise niedrigere) Studierrate früher bereits ausgereizt erschien, holte der südwestdeutsche Raum enorm auf, so daß der Aufstieg Münchens nur einen allgemeinen Trend in der Top-Gruppe der deutschen Hochschulen wiedergab.¹² Ihm entsprach insgesamt eine relative Stärkung der mittelgroßen und kleinen Universitäten, während der Konzentrationsprozeß aller Studierenden zu-

10 Leipziger Tageblatt vom 31. Dezember 1891.

11 H.-U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: Von der „deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995, S. 1210f.

gunsten der drei großen Hochschulen von 32 auf 40 Prozent lediglich von Berlin getragen wurde.

Leipzig konnte gegen München auf seine zentrale Lage und die günstige Verkehrsanbindung in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung, die Bevölkerungs- und Industriedichte Sachsens¹³ und die besonders nach Ost- und Südosteuropa ausgerichtete Internationalität¹⁴ verweisen.

Der Germanist Georg Witkowski sah in seiner Beschreibung des messestädtischen Geisteslebens diese Vorzüge wohl, beschrieb seinen Lesern allerdings eine lange Tradition mangelnder Bereitschaft, aus diesen begünstigenden Faktoren wie Buchhandel, Messe, städtischem Reichtum und Selbständigkeit gegenüber dem Landesherren Profit in Richtung auf eine attraktive Liberalität zu ziehen: „Leipzig verhielt sich neuen geistigen Bewegungen gegenüber stets ängstlich, zurückhaltend oder gar feindselig. Staatsbehörden, Bürgerschaft und Universität waren jedem kühnen Wagnis abhold und begegneten den selbständigen Geistern und den Neuerern mit verbissenem Ingrim, zwangen sie, aus der Stadt zu weichen, oder machten ihnen wenigstens das Leben schwer.“¹⁵ Bei solch demonstrativer Schelte mochte eine Rolle spielen, daß sie rhetorisches Sperrfeuer für die kollektiven Bemühungen um eine Besserung der Mißstände bilden sollte.

Der ebenso wie Witkowski zum Kreis um Karl Lamprecht gehörende Franz Eulenburg sah die Dinge nüchterner: „Es setzt sich heute noch in größerem Maße als ehemals ein Moment als ausschlaggebend durch – der Einfluß der allgemeinen Verkehrsbeziehungen auf das Studium. Dauernd bedarf die Universität bei einer freien Wahl des Aufenthaltes und bei Konkurrenz vieler Anstalten, um auf der Höhe zu bleiben, einer großen Stadt ...

- 12 Eulenburg, *Die Frequenz* (Anm. 1), S. 265 mit folgenden Werten (jeweils Studierende pro 100.000 Einwohner):

	1886/87	1892/93	1899/1900
Östliches Deutschland	111	94	98
Westliches Deutschland	116	103	110
Südliches Deutschland	115	123	125
Überhaupt	113	106	111

- 13 1905 zählte das Immatrikulationsverzeichnis 2208 Sachsen von 4224 Studenten. Die Zahl belegt Leipzig als Ort des Bildungsexports in andere Regionen. Im Vergleich mit der Situation 10 Jahre früher, als noch zwei Drittel der Studenten aus anderen Regionen kamen, nimmt aber die Binnenbedeutung der Landesuniversität zu.
- 14 Der Anteil der ausländischen Studierenden wird von Eulenburg für 1899/1900 auf elf Prozent beziffert, während er im Durchschnitt lediglich sieben Prozent betrug. (Eulenburg [Anm. 1], S. 261). In Leipzig hielten russische Studenten bes. der Medizin um die Jahrhundertwende stabil einen Anteil von rund 30 Prozent unter den ausländischen Studierenden, während etwa zehn Prozent Briten und lediglich ein bis drei Prozent Franzosen waren. Vgl. dazu K. Middell, *Das Institut für Kultur- und Universalgeschichte bei der Universität Leipzig und seine Beziehungen zu Frankreich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, in: *Espagne/Middell* (Hrsg.), *Von der Elbe bis an die Seine* (Anm. 9), S. 363ff.
- 15 G. Witkowski, *Geschichte des literarischen Lebens in Leipzig*, Leipzig/Berlin 1909, S. 2.

Die Verkehrslage ist von entscheidendem Einfluß: die Stadt als solche, so kann man wohl sagen, übt eine stärkere Anziehung aus als die Lehrkräfte.“¹⁶ Der Wettbewerb der Standorte war nicht durch intellektuelle Brillanz zu gewinnen, sondern diese mußte sich in neuen Formen des Hochschul- und Forschungsbetriebes erweisen, für die zunächst Ressourcen zu mobilisieren waren. Für eine Universitäts- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung, die sich als Geschichte der großen Männer ausrichtet, mag solches Diktum ikonoklastisch wirken. Es sollte jedoch gerade als Aufforderung gelesen werden, den Zusammenhang von Ideen- und Sozialgeschichte in den Mittelpunkt zu rücken.

Die meisten universitären Fächer erlebten in den 1870er und 1880er Jahren den Übergang von der Vortretung durch einen einzigen Ordinarius zu einer Ausdifferenzierung der Forschungs- und Lehrgegenstände, die sich in einer Veränderung der Stellen – oft durch Extraordinariate –, in der Einbeziehung der wachsenden Schar von Privatdozenten und der Zusammenfassung in Instituten niederschlug. Die Verweildauer der Studierenden an den Universitäten verlängerte sich wegen der „Spezialisierung der Wissenschaften, Erhöhung der Examensforderungen, Ausdehnung der Fächer“, wie Eulenburg beobachtete.¹⁷ Die neue Form des Seminarbetriebes, für den Leipzig neben Berlin eine Pionierrolle beanspruchte und von deutschen wie ausländischen Besuchern auch bereitwilligst zugesprochen bekam¹⁸, machte eine stärkere Ausstattung mit zugänglichen Büchern notwendig, so daß die vordringliche Sorge der Neuberufenen fortan zuerst der einmaligen und später verstetigten Zuwendung für den Ankauf von Büchern für die Seminarbibliotheken galt.¹⁹ Die Unterbringung der immer zahlreicher werdenden Studenten und der Bibliotheken – im Falle der naturwissenschaftlichen Fächer traten die Labors und Experimentierstätten für die Studenten hinzu, für die medizinischen Fächer der Platzbedarf für spezialisierte Kliniken – zwangen die Professoren, ob sie wollten oder nicht, in eine Verhandlungsrolle mit den städtischen Behörden um Grundstücke oder Gebäude für den zunehmenden Platzbedarf ihrer Institute. Das Geschick war nicht jedem in gleichem Maße wie Karl Lamprecht gegeben, dessen im Anhang mitgeteilte Epistel ein Meisterstück beim Formulieren

16 Eulenburg, *Die Frequenz* (Anm. 1), S. 264.

17 Ebenda, S. 257.

18 C. Charle, *La république des universitaires 1870–1940*, Paris 1994 wertet die entsprechenden französischen Reiseberichte ausführlich aus. Siehe auch M. Espagne, *Die Universität Leipzig als deutsch-französische Ausbildungsstätte*, in: Espagne/Middell, *Von der Elbe bis an die Seine* (Anm. 9), S. 330–352.

19 So für den Fall des Historischen Seminars in einem facettenreichen Briefwechsel zwischen Erich Marcks, Karl Lamprecht und dem Dresdener Ministerium 1894ff. nachzulesen in: Hauptstaatsarchiv Dresden, Ministerium für Volksbildung 10228/1: Akten des Historischen Seminar bei der Universität zu Leipzig betreffend 1877–1901, Bl. 185ff. Die Bibliothek hatte sich zwischen 1890 und 1895 von 2632 auf 6697 Bände beinahe verdreifacht. Ab 1. April 1898 wird mit Rudolf Kötzschke auch ein Bibliothekar aus Landesmitteln bezahlt. (Ebenda, Bl. 240)

selbstbewußter Forderungen an Stadt und private Wirtschaft darstellen. Der Ton, den Lamprecht anschlug, mußte ein neuer und zugleich ein allgemeine Gültigkeit beanspruchender sein: Die Universität konnte nicht mehr ausschließlich auf ihre Sonderstellung pochen, sondern mußte sich als Wachstumsfaktor in eine allgemeine Konjunktur einordnen.²⁰

Zuerst fällt denn auch ins Auge, daß die Alma mater lipsiensis beinahe einen Häutungsprozeß durchmachte. Am Bauboom der achtziger und neunziger Jahre nahm sie mit zahllosen Neu- und Erweiterungsbauten teil. Seminar-, Instituts- und Klinikgebäude schossen förmlich aus dem Boden. Die Investitionen zugunsten der Universität aus dem Landesfinanzzetat stiegen von 0,72 Millionen Mark 1875 auf 3,05 Millionen 1907 (womit die Steigerung auf 424 Prozent um wenig hinter den Berliner Zahlen zurückblieb, wo der Etat im gleichen Zeitraum von 0,82 auf 4,02 Millionen Mark, d.h. auf 490 Prozent anstieg).²¹ Ein langsames Wachstum gegenüber der preußischen Reichshauptstadt in den achtziger Jahren glich die sächsische Landesuniversität in den neunziger Jahren und nach der Jahrhundertwende wieder aus, als sie ihren Investitionsetat fast verdoppelte. Die neuen Gebäude füllten vor allem das Quartier um die Liebigstraße, säumten das Pleißeufer und veränderten den wichtigsten Platz des Zentrums.

Während in den achtziger Jahren das Zoologische Institut, die Klinik für Psychiatrie, das Collegium Juridicum und das Pharmakologische Institut für zusammen 2.767.763 Mark gebaut wurden, folgten im nächsten Jahrzehnt das Pathologische Institut, die neue Universitätsbibliothek, die Frauenklinik, das Paulinum und das Physikalisch-chemische Institut für zusammengerechnet nicht weniger als 7.483.033 Mark, während zwischen 1900 und 1907 weitere neun Bauten – darunter das Physikalische Institut, das Institut für angewandte Chemie, das Landwirtschaftliche Institut, mehrere medizinische Institute und die Universitätskirche – für eine Bausumme von 4.946.545 Mark hinzukamen. Insgesamt betrugen die Investitionen allein für 18 Neubauten in 27 Jahren reichlich 15 Millionen Mark.²²

Hervorstechend war zunächst der Neuaufbau eines kompletten Klinikums an einer Stelle, wo es die ursprüngliche Stadt mit den prosperierenden östlichen Vororten, in denen sich auch das Buchgewerbe konzentrierte, verband. Dann kam der zu Ehren des sächsischen Königs „Bibliotheca Albertina“ genannte Monumentalbau der Universitätsbibliothek in der Beethovenstraße hinzu, der 1891 seine Fertigstellung erlebte und einem

20 D. Höroldt, Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Universitäten für ihre Städte, in: Stadt und Hochschule im 19. Jahrhundert, hrsg. von E. Maschke und J. Sydow, Sigmaringen 1979, S. 25-76.

21 L. Rathmann (Hrsg.), Alma mater lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig 1984, S. 194.

22 F. Eulenburg, Die Entwicklung der Universität Leipzig in den letzten hundert Jahren. Statistische Untersuchungen, Leipzig 1909 sowie H. Füller (Hrsg.), Leipziger Universitätsbauten, Leipzig 1961.

repräsentativen Viertel des Leipziger Großbürgertums die Krone aufsetzte. Die umfassende Restaurierung, in der das Gebäude heute anzutreffen ist, erlaubt ein intensives Nachempfinden jenes Glanzes, den das Bauwerk ausstrahlte, als es seiner Eröffnung entgegenstrebte. Dieses Gebäude verkörperte freilich mehr als nur ein Kleinod sächsischer Baukunst. Bedenkt man, daß eine regelmäßige Benutzung von Büchern im Universitätsstudium an der Pleiße überhaupt erst vom Beginn des 18. Jahrhunderts datiert – denn zuvor standen Bücher den Studierenden an nur zwei Tagen in der Woche für höchstens drei Stunden zur Verfügung, und dies auch nur dann, wenn sie in Begleitung ihrer Lehrer erschienen –, dann läßt sich am Bibliotheksneubau die Verbindung von städtebaulicher Neuerung und grundsätzlicher Veränderung des Lehrbetriebes in der Universität ablesen. Kein Wunder, daß die Messestädter stolz auf das „Prachtstück“²³ in ihren Mauern waren.

Damit war aber nur eine Zwischenstation erreicht, denn die öffentliche Diskussion wandte sich nun dem zentralen Gebäude der Universität zu, das in keiner Weise mehr den modernen Ansprüchen genügen konnte. Diese Ansprüche aber zu formulieren, hieß, städtebauliche und bildungspolitische Konzepte miteinander abzugleichen. Die öffentliche Kritik beschäftigte sich ausführlich mit dem Plan, an die Stelle des alten Paulinerklosters einen Neubau zu setzen.

So hieß es im Herbst 1891 im Leipziger Tageblatt, dessen Artikel im Rathaus aufmerksam registriert wurde, es sei beabsichtigt, „für die Neu- und Umbauten in der Hauptsache ... die jetzigen Universitätsgrundstücke zwischen Augustusplatz und Universitätstraße zu benutzen“. Dies bedeute allerdings einen „bedauerlichen Fehlgriff“. Schon für den gegenwärtigen Bedarf sei der vorhandene Raum „... viel zu klein, geschweige denn für den künftigen, doch zweifellos noch einer großen Steigerung fähigen! Für eine Hochschule, welche in Deutschland zu den größten gehört, welche der Stolz unseres für Kunst und Wissenschaft immer opferbereiten Sachsen und unseres so großartig aufblühenden Leipzig ist, gehört es sich doch, daß sie in jeder Hinsicht zweckentsprechend und mustergültig angelegt wird. Dies ist auf dem in Aussicht genommenen zeitherigen Universitätsgebiete, wie sich schon jeder Laie sagen kann, unmöglich. Soll doch nach dem Umbau der größte Hörsaal nur 440 Hörer fassen. Das in Frage stehende Areal befindet sich inmitten belebtester Straßen und es ist ein durchaus unzulänglicher Schutz für die Ungestörtheit der Vorlesungen, wenn man die unvermeidlich an Straßen zu liegen kommenden Hörsäle nur mittels eines Ganges von der Straße trennt. Hörsäle einer solchen Universität gehören schlechterdings nicht in solche Nähe. Man sollte in ganz anderer Weise, als es so möglich wird, auf reichlichste Licht- und Luftzuführung bedacht sein. In den Pausen zwischen den einzelnen Vorlesungen muß der

23 So anläßlich der Fertigstellung der „Bibliotheca Albertina“ zusammenfassend charakterisiert im Leipziger Tageblatt vom 24. Oktober 1891.

Student bei schönem Wetter im Freien zwischen erfrischendem Grün, bei ungünstigem Wetter in Wandelbahnen sich ergehen können. Es ist dies umso nothwendiger, als der Einzelne oft viele Stunden hintereinander Vorlesungen hören muß.“ Man solle, so das Resümee, nach außen, an den Stadtrand, ausweichen.²⁴

Interessant scheint zweierlei. Hier beginnt eine Diskussion in der Stadt um die internen Abläufe des Universitätsstudiums und die entsprechende Beschaffenheit einer modernen Universität. Dieses neue Moment trat dem lange alleinigen Stolz, durch neue Bauten an der Entwicklung der Universität mitgewirkt zu haben, jetzt langsam und noch vorsichtig tastend an die Seite.

Es findet sich zunächst kein amtliches Dokument, das eine Stellung der Kommune in dieser Frage erkennen ließe. Bis hierhin beglaubigen die Akten der Stadtverwaltung vor allem deren Zufriedenheit mit dem Wachsen der Universität, belegen sie demonstrativen Stolz angesichts der Mitwirkung in Planung, Gestaltung und Verwirklichung der geschaffenen Bauten. Allerdings bleibt es beim Registrieren, eine Problematisierung der inhaltlichen Veränderungen, die mit den baulichen zusammenhängen, scheint es in den siebziger und achtziger Jahren noch nicht gegeben zu haben.

Insoweit ist bemerkenswert, daß der oben zitierte Presseartikel von 1891 nicht schlechthin zu den Akten genommen wurde, sondern ein handschriftlicher Zusatz „Notiert“ ihn noch aus der Sammlung von Pressemitteilungen in dieser Sache heraushebt. Die Folgerung ist erlaubt, daß die Überlegungen wohl nicht sogleich der Vergessenheit anheim gefallen sind.

Die Stadt konnte die Universität schon deshalb nicht länger wie einen Fremdkörper behandeln, weil ihr eigenes Bildungssystem auf Komplementarität zum Hochschulstudium angelegt war, teilweise die Mitbenutzung der Ressourcen oder die Verbindung zu einzelnen Professoren, die an anderen Anstalten nebenbei lehrten, vorsah. Dies nährte Selbstbewußtsein, aber auch die Notwendigkeit der Abstimmung. So verfügte Leipzig über eine Reihe von Fach- und Berufsschulen, die Kontaktflächen zwischen dem akademischen und dem beruflichen Leben der Messestadt waren. Darunter zählten als wichtigste das Königliche Konservatorium der Musik, das 1843 unter Mithilfe von Felix Mendelssohn-Bartholdy gegründet worden war, die Königliche Akademie für Graphische Künste und Buchgewerbe, die bereits nach dem Siebenjährigen Krieg entstanden war, die Königlich-Sächsische Baugewerkschule, die vorbereiten sollte auf ein Ingenieur- oder Architektendasein in einer Stadt, die einen Bauboom erlebte, die Öffentliche Handelslehranstalt (Handelshochschule), die 1831 von der Leipziger Kammerinnung als eine der ältesten der Welt gegründet und nunmehr gemeinsam von Staat und Stadt unterhalten wurde, die Städtische

24 Der projectirte Neubau der Universität, in: Leipziger Tageblatt vom 19. Dezember 1891.

Gewerbeschule, die von 1875 stammte, sowie weitere spezifisch gewerbliche Schulen wie eine Heizerschule, die Polytechnische Gesellschaft, das Technikum für Buchdrucker und eine Drogistenfachschule.

Dieses Ensemble von gewerblichen Schulen verweist bereits darauf, daß sich in Leipzig moderne Industrieausbildung mit älterer Gewerbepflege aufs günstigste verband. Auch an den jüngsten Nachwuchs war gedacht mit dem Lehrerseminar für Knabenhandarbeit, der Leipziger Schülerwerkstatt und den noch fortbestehenden Schülerwerkstätten Gohlis und der ortsvorstädtischen Schülerwerkstatt, die Relikte der noch nicht eingemeindeten Vororte waren; hinzu kam speziell für die Stadt des Buches die öffentliche Buchhändlerlehranstalt, die Buchdruckerlehranstalt, daneben die Deutsche Fachschule für Drechsler und Bildschnitzer mit ihren Meisterkursen sowie die kaufmännischen Fortbildungsschulen, die in privater Hand lagen.

Neben dem Ensemble von Fach- und Gewerbeschulen war die Stadt auch mit einer reichen Bibliothekenlandschaft gesegnet, insgesamt zehn lassen sich der Gruppe der Bibliotheken zuordnen, die wissenschaftliche oder spezialisierte Sammlungsanliegen verfolgten: die Universitätsbibliothek, die Stadtbibliothek, die Pädagogische Zentralbibliothek der Comeniusstiftung, Bibliothek der Handelskammer, des Reichsgerichtes, des Deutschen Buchgewerbevereins, des Börsenvereins, die Musikbibliothek Peters, die Bibliothek des Vereins für Erdkunde im Grassimuseum sowie die Bibliothek des Vereins für Geschichte neben den sieben Volksbibliotheken, die die Stadt in ihrem wachsenden Territorium beherbergte. Aus diesem Ausgangszustand wuchs ab 1905 rasch der Plan zur Gründung der Deutschen Bücherei, die 1913 eingeweiht werden konnte und bis heute eine Art Ersatzhandlung für das Fehlen einer Nationalbibliothek mit einem gesetzlich geregelten Depot legal darstellt.

Wiewohl sich die öffentliche Meinung in der Stadt der universitären Belange langsam annahm und die Abstimmung im Baubereich und bei der Koordination der Bildungswege zunahm, bleibt doch festzuhalten, daß die Kommune selbst keine Struktur schuf, die das Gespräch mit der Universität verstetigt hätte. Der Verweis auf die Verantwortung des Landes und des Königs, der zugleich Rector magnificentissimus der Leipziger Universität war, dominierte weiter die Haltung der Stadt.

Stimmen wie die des Leipziger Tageblattes für eine Neukonzeption der Universität blieben so zunächst ohne jeden sichtbaren Erfolg. Ende 1893 lagen der Öffentlichkeit Pläne vor, auf dem historischen Grund des alten Paulinerklosters den Neubau eines Hauptgebäudes zu beginnen. In den dazu abgelagerten Akten tritt hervor, daß die Verdienste der Stadt abermals darin bestehen sollten, durch reiche Mitwirkung an den Baumaßnahmen zum Glanz der künftigen Universität beizutragen. Etwa ließ das Leipziger Tageblatt vom 26. Dezember 1893 seine Leser wissen, daß nach den Plänen des ortsansässigen Architekten Roßbach der Neubau „ein in jeder Hinsicht monumentaler“ sein werde, bei welchem „nur die besten Materialien“

verwendet würden. Die Stadt werde davon profitierten, da die Aufträge an „verschiedene hiesige renommierte Firmen“ vergeben seien.

Diese Gewichtung bestätigt noch einmal, daß eine Einflußnahme der Stadt und besonders ihrer Administration auf (inner)wissenschaftliche Entwicklungen bis hierhin praktisch nicht stattgefunden hatte, hingegen ein spürbares Verlangen nach Repräsentation und eigener Stilisierung auch auf die Universität übertragen wurde. Dem Repräsentationsbedürfnis von Stadt und der Mehrheit der Universitätsangehörigen genügte offenkundig der in Aussicht genommene und dann rasch unter der Leitung von Arved Roßbach realisierte Bau.

Ein weiteres Charakteristikum der Leipziger Situation gilt es im Auge zu behalten: Die Universität erlebte ebenso wie andere deutsche Hochschulen eine Erneuerung der Naturwissenschaften, die ihre Experimentalkapazität ausbauten und auch nach Umsetzung der in den Labors gewonnenen Erkenntnisse suchten. Anders aber als in Berlin oder im Ruhrgebiet, wo eine Großindustrie auf die rasche staatliche Förderung potenter Forschungsabteilungen drängte, um Führungspositionen auf den internationalen Märkten zu gewinnen oder zu behaupten, stellte sich die Sache im kleingewerblich geprägten Sachsen dar. Hier blieb der Druck auf eine Befreiung der „neuen Meister der Natur“ von allen Verpflichtungen aus dem überlieferten Universitätsbetrieb geringer, oder es kam wie im Falle der Elektrotechnik zu einer Verlagerung nach Dresden, wo von vornherein der Zweig der technischen Applikationsforschungen als primär angesehen wurde.²⁵ Lediglich die chemische Industrie nutzte den Standort Leipzig, dem Hermann Kolbe, Gustav Wiedemann, der Nobelpreisträger Wilhelm Ostwald, Max Le Blanc u.a. Glanz und Weltruf verliehen hatten, direkt für ihre Anwendungszwecke.

Die Veränderungen im Selbstverständnis der Wissenschaften liefen in der Messestadt vor dem Hintergrund einer bemerkenswert stabilen Zusammensetzung der Studentenschaft ab, in der das ältere Bildungsbürgertum seinen vergleichsweise sehr hohen Anteil bis in das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts bewahren konnte. Erst im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg war ein wirklich fühlbarer Rückgang des Anteils dieser Gruppe von reichlich einem Drittel auf unter 30 Prozent zu konstatieren, während wirtschaftsbürgerliche Kreise und das städtische Kleinbürgertum geringfügig zulegten:

25 Zu Dresden vgl. G. Landgraf (Hrsg.), *Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten und Bildern*, Bd. 2: *Wissenschaft in Dresden vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis 1945*, Dresden 1994. Allgemein: R. Locke, *Industrialisierung und Erziehungssystem in Frankreich und Deutschland vor 1914*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 225, 1977, S. 265-296.

Zusammensetzung der Studentenschaft an der Universität Leipzig²⁶

Jahrfünft	Bildungsbürgertum	Wirtschaftsbürgertum	kleinbürgerliche Klassen
1874/79	37,5%	32,6%	29,9%
1884/89	36,0%	35,8%	28,2%
1894/99	33,6%	38,9%	27,5%
1904/09	35,5%	38,4%	21,5%
1909	29,7%	38,4%	31,9%

Hans-Ulrich Wehler nennt das angesichts der allgemeinen Wachstumsraten der Studentenschaft zu Recht eine „erstaunlich effektive Verteidigung des Zugangs zu den traditionellen akademischen Karrierewegen“ durch die bildungsbürgerlichen Schichten bei gleichzeitiger Öffnung des Bildungssystems für eine mittelbürgerliche Aufwärtsmobilität (Angestellte, Lehrer, mittlere Beamte).²⁷ Noch war der Platz eines Universitätsstudiums aber in der Karriere von Angehörigen des Handelsstandes und von Abkömmlingen der Vertreter liberaler Berufe instabil – in Zeiten der Konjunktur erwies er sich als rückläufig, während er in Zeiten der Krise wichtiger wurde, „weil dann ein kleines, aber sicheres Gehalt den schwankenden Erwerbsaussichten vorgezogen wird“.²⁸ In einer Stadt und einer Region, die eher durch kleinbetriebliche Strukturen und einen hohen Anteil in den Dienstleistungsberufen gekennzeichnet war, mußten sich diese allgemeinen Tendenzen noch stärker auswirken. Während sich die Lage für die Universitäten dramatisch veränderte, blieb doch ihre Klientel faktisch die gleiche. Hieraus ergab sich die seltsame Spannung von Ökonomisierung der Beziehungen zum städtischen Umfeld und gleichzeitigem Festhalten an überholt anmutenden Ritualen der bürgerlichen Soziabilität.²⁹

Aufs Ganze gesehen blieb damit der Druck zur direkten Anlehnung an die unmittelbaren Ziele der Industrie in Leipzig gering, so daß sich der Bezug vor allem über die Grundlagenreflexion und die *vorbereitende* Ausbildung der Studenten herstellte. Dies gestattete den in Leipzig wirkenden Naturwissenschaftlern auch die Teilnahme an Überlegungen zur interdisziplinären Bindung ihrer paradigmatischen Brüche an das überkommene Wissen und stärkte deren philosophische Verarbeitung. Roger Chickering hat das herausragende Beispiel dieser kollektiven Bemühung um eine Integration des naturwissenschaftlichen Positivismus in eine allgemeine Wissenschaftslehre und ein neues Weltbild vorzüglich beschrieben: das Leipziger „Positivistenkranzchen“ um Wundt, Ratzel, Ostwald, Bücher und

26 Quelle: H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Anm. 11), S. 1214.

27 Ebenda, S. 1215.

28 Eulenburg, Die Frequenz (Anm. 1), S. 259.

29 Man vgl. etwa das barock anmutende Festprogramm des Universitätsjubiläums 1909: Offizielle Festzeitung zum 500jährigen Jubiläum der Universität Leipzig, hrsg. vom Press-Ausschuss der Jubiläums-Kommission, 1. Nr., Leipzig, 28. Juli 1909.

Lamprecht suchte jener Spezialisierungstendenz entgegenzutreten, die die Diskutanten im Café Hannes des Leipziger Gewandhauses mit ihrer eigenen Professionalität in Gang brachten und zugleich an allgemeine Erkenntnisziele rückbinden wollten.³⁰

Die Erneuerung der Universität war nicht Sache der Kulturwissenschaftler allein, es gelang ihnen aber, die Naturwissenschaftler für eine gemeinsame Strategie der gleichzeitigen Professionalisierung und Öffnung zur Gesellschaft hin zu gewinnen. Die Neubauten und der Ausbau der Personalstrukturen, der, wenn auch verzögert, dem Aufschwung der studentischen Bildungsnachfrage folgte, boten ihnen die Möglichkeit zur Verfachlichung in der Organisation des Studienbetriebes (Trennung von Seminaren von den Proseminaren, von Seminaren für Fortgeschrittene von den Einführungsveranstaltungen usw.), und die Chance zur Identitätsstiftung einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden in den Räumlichkeiten der Institute.³¹ Dies war aber zugleich der Abschied von einer älteren Form akademischer Sozialisierung, die durchaus wehmutsvoll registriert wurde, denn „... damit verschwinden freilich mehr und mehr auch die Professorenwohnungen, die noch an die gute alte Zeit erinnern, wo die Universität ihre Glieder, Lehrer wie Schüler, auf eigenem Grund beherbergte.“³² Der Verlust der Identifikation über den „eigenen Grund“ signalisierte spiegelbildlich zu den gewaltigen Neubauten die Abkehr von der überlieferten Universitätsautonomie gegenüber den städtischen Angelegenheiten. Der Umzug der Professoren in die neuen Nobelviertel hinter der Universitätsbibliothek und in den gartenreichen Vorstädten tat ein übriges zur Verschmelzung mit den sonstigen städtischen Eliten. Ebenso spielte die Fortexistenz des Typus „politischer Professor“³³ für Soziabilitätsformen eine Rolle, in denen universitäre und kommunale Eliten ihre Kontakte ausweiteten. Dem entsprach auch eine Suche nach einem neuen Verhältnis zur Gesellschaft. Die Gewinnung weiterer Hörerkreise wurde nun zum Anliegen, und 1903 war die Zahl dieser Gelegenheitshörer auf 706 (bei insgesamt 4300 eingeschriebenen Studenten) angewachsen. Sonderkurse wurden eingerichtet, „in denen die Verbindung mit angrenzenden Wissensgebieten gepflegt wird“, wie das Historische Seminar in seiner Selbstbe-

30 R. Chickering, *Der „Leipziger Positivismus“*, in: E. Fuchs/St. Sammler (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft neben dem Historismus (=Comparativ, S. Jg., H. 3)*, Leipzig 1995, S. 20-31.

31 Vgl. Institut für Kultur- und Universalgeschichte bei der Universität Leipzig, *Groitzsch 1922* (frühere Broschüren enthielten Abbildungen und Beschreibungen, die die Studierenden für eine solche Gemeinschaft gewinnen sollten).

32 *Stadtführer Leipzig* 1909.

33 Zu Lamprecht vgl. L. Schorn-Schütte, *Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik*, Göttingen 1984, S. 208ff.; zu Erich Brandenburg vgl. C. Friedrich, *Erich Brandenburg. Ein Leipziger Historiker zwischen Politik und Wissenschaft*, Leipzig 1997 (i. E.).

schreibung nach der Jahrhundertwende anpries.³⁴ Die Seminarbibliotheken öffneten sich hin zum allgemeinen Publikum, und die Professoren gaben ihre Einwilligung, die Lecestätten der akademischen Jugend in Reisebüchern nach Leipzig aufzuführen. Die Verwissenschaftlichung mit ihrer neuen Form der fachinternen Kommunikation wurde als öffentliche Angelegenheit inszeniert, wie schon der Historikertag von 1894 belegt, der im Gegensatz zu dem kleinen Vortreffen in München nun als Tagung stattfand, zu der 450 Teilnehmer aus der gesamten kulturellen Oberschicht Sachsens erwartet wurden.³⁵ Die Leipziger Professoren begründeten ebenso wie ihre Kollegen aus anderen Universitäten Buchreihen und Zeitschriften als Zeichen einer Befestigung der Fächer oder eines bestimmten Standpunktes innerhalb der Disziplinen. In Leipzig bot sich darüber hinaus die Gelegenheit zur engen Zusammenwirkung mit den Verlegern, bei der buchhändlerischer Gewinn und öffentliche Wirkung einander bedingten.³⁶

Die Betonung einer neuen Qualität der Lehre, die die mittelalterliche Scholastik weit hinter sich gelassen habe, die Orientierung auf Interdisziplinarität und ganzheitliche Konzepte sowie die Auffassung von Wissenschaft als öffentlicher Angelegenheit, die auch zu vermehrten Anstrengungen auf populärwissenschaftlichem Sektor anspornte, gaben der Universität ein neues Gepräge. Wilhelm Wundt wurde denn auch 1919 noch nicht müde, diese neuen Gesichtspunkte hervorzuheben.³⁷

Dieses sich langsam durchsetzende Selbstverständnis war bei zwei dicht aufeinander folgenden Gelegenheiten mit einer Neubestimmung des Verhältnisses zur Kommune konfrontiert.

Das Universitätsjubiläum von 1909 bot Gelegenheit, die wechselseitige Wahrnehmung von Alma mater und Stadt zum Ausdruck zu bringen und unter Beweis zu stellen. Kaum überraschend unterscheiden sich behördeninterne Schriftwechsel und öffentliche Ansprachen nicht unwesentlich in Tonlage und Problembewußtsein.

Den Auftakt zu einem später heftig anschwellenden Schriftverkehr bildete die Frage des Königlich Sächsischen Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts an den Rat der Stadt Leipzig am 19. August 1907, inwieweit die Stadt zur Durchführung der Jubiläumsfeiern Hilfe gewähren könne. Die vorangestellte moralische Verpflichtung ist aufschlußreich: „Es versteht sich wohl von selbst, daß auch die Stadt, in deren Mauern die Universität fünf Jahrhunderte hindurch ihren Sitz gehabt hat, deren ge-

34 HStA Dresden, Ministerium für Volksbildung 10228/1: Akten des Historischen Seminar bei der Universität zu Leipzig betreffend 1877–1901.

35 Vgl. M. Middell, Die ersten Historikertage in Deutschland 1893–1913, in: G. Diesener/M. Middell (Hrsg.), *Historikertage im Vergleich* (=Comparativ, 6. Jg.), H. 5–6, Leipzig 1996, S. 33f.

36 H. Zwahr (Hrsg.), *Wissenschaft und Verleger*, Göttingen 1995 (=Geschichte und Gesellschaft).

37 W. Wundt, *Geschichte der Universität*, in: *Stätten der Bildung*, Bd. 1: Berlin 1919, S. 28f.

schichtliche Entwicklung auf das innigste mit der der Hochschule verwachsen ist und die unstreitig den sie vor andern Großstädten auszeichnenden besonderen Charakter und einen Teil des hohen Ansehens, das sie in der ganzen Welt genießt, der Universität verdankt, ein lebendiges Interesse daran nehmen wird, daß das Jubelfest würdig und zur Befriedigung der zuströmenden Festgäste, die ja zugleich die Gäste der Stadt sein werden, verläuft.“³⁸

Es sticht hervor, daß die Anregungen und Vorschläge des Briefes auf die sehr praktischen Fragen der Organisation und Finanzierung des geplanten Programmes zur Feier des tausendsten Semesters zielten und scheint nicht untypisch, daß die unterschiedlichen Interessen schnell und am heftigsten in Geldfragen kollidierten.³⁹ Die Universität versuchte im Herbst 1907, der Stadt die vorzeitige Fertigstellung einer Festhalle schmackhaft zu machen, doch lehnte der Oberbürgermeister mit „größtem Bedauern“ ab: Man sei wegen der „Finanzlage gezwungen, für die nächsten Jahre vom Bau einer Festhalle abzusehen“.⁴⁰ Eine Ratsplenarsitzung erörterte am 28. März 1908 diese Frage nochmals und unterstützte die Absage an eine schnell zu errichtende feste Halle, dagegen gewann das schließlich auch realisierte Vorhaben eines repräsentativen Festzeltes bald Gestalt.

Wissenschaftsimmanente Überlegungen seitens der Stadt spielten also praktisch keine Rolle. Dominant blieben das langandauernde Feilschen um die finanziellen Beteiligungen und die mit mancherlei Fingerspitzengefühl zu lösenden promptkollarischen Fragen des Festtages – bis hin zu den Spirituosensorten oder den Einwänden mancher Beteiligter: etwa die Beschwerde des Zivilmusikerverbandes, wieder einmal hätten bei einer Programmzusammenstellung zu solchem Ereignis die Militärmusiker den Vorrang erhalten – was der Rat postwendend dementierte, „eine derartige Bevorzugung (habe) nie stattgefunden“.⁴¹

Die Festgabe der Stadt Leipzig bestand schließlich vor allem in der Einrichtung einer Jubiläumsstiftung in Höhe von 100.000 Mark. Der künftighin unangetastet bleibende Soekelbetrag solle durch seine Verzinsung die Universität in die Lage versetzen, Freitische für – nach Maßgabe der Stadt übrigens ausschließlich reichsdeutsche – bedürftige Studenten einzurichten. Die Universität informierte Anfang 1910, daß 20 Studenten in den Genuß dieser Vergünstigung kommen würden und ergänzte die Mitteilung über deren Zugehörigkeit zu verschiedenen Fakultäten um den Hinweis,

38 Akten, die Universität betreffend, Bd. I. Stadtarchiv Leipzig, Bl. 41f.

39 Aussagekräftig hierzu die Bestände: Akten, die Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig betreffend, sowie: Akten, die Erbauung einer Festhalle anlässlich des Universitätsjubiläums 1909 betreffend, Stadtarchiv Leipzig.

40 Vgl. den Brief von Magnifizenz Prof. Dr. Curschmann an Oberbürgermeister Tröndlin am 10. Oktober 1907 und die hierauf ergehende Antwort am 24. Januar 1908, in: Akten, die Universität betreffend, Band I, Stadtarchiv Leipzig.

41 Vgl. Protokoll der Ratsplenarsitzung am 17. Juli 1909, Punkt 13, ebenda.

daß es sich um zwölf Sachsen und acht nichtsächsische Reichsangehörige handele. Zahlreiche Privatpersonen und Firmen traten im Vorfeld des Jubiläums mit Spenden oder Schenkungen hervor, unter anderem gelangten so wertvolle Büchersammlungen in den Besitz der verschiedenen Institutsbibliotheken.⁴²

Der Festakt selbst gab reichlich Gelegenheit zu Darstellungen der älteren Universitätsgeschichte und der neueren Veränderungen. Der Chor erscholl einstimmig. Von einer langen Tradition ließe sich kaum mehr zehren. Vielmehr sei aus dem Niedergang des 18. Jahrhunderts für die Gegenwart zu lernen und eine Ausrichtung der Alma mater lipsiensis an den Bedürfnissen der Heutigen zu gewährleisten. Mit Blick auf das seit 1871 Erreichte breitete sich Stolz aus. Voller Zufriedenheit wurde eine Prosperität bilanziert, von deren baldigem Ende man noch nichts spürte. In diesem Lichte erschienen frühere Spannungen zwischen Universität und Stadt denn auch als „kleinliche Kämpfe, die weit hinter uns liegen“, wie Oberbürgermeister Dr. Dittrich in seiner Ansprache zur Jubelfeier dem Rektor Binding versicherte.⁴³

Diese Besinnung war zutreffend, denn nicht immer war es eine Zeit des Friedens und der Freundschaft zwischen Kommune und Universität. Chroniken und Akten belegten die Kämpfe zwischen Rat und Rektor, berichteten von Zusammenstößen zwischen Bürgerschaft und Studentenschaft, erinnerte der Bürgermeister: „Noch vor 100 Jahren, bei dem 400jährigen Jubiläum der Universität, haben unsere Vorfahren im Ratsstuhl der Jubilarin nichts besseres zu sagen gewußt, als daß sie es sich ihrerseits angelegen sein lassen würden, künftig zwischen Universität und Rat gutes Einvernehmen und Freundschaft zu begründen und zu erhalten.“

Dem Oberbürgermeister klangen solche Töne „fast sagenhaft ... an unser Ohr“, denn „eine neue Zeit mit großen politischen Errungenschaften, großen wissenschaftlichen und technischen Fortschritten, großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben mit erweitertem Gesichtskreis und gesteigerter Bildung und Gesittung hat ihnen ... für immer ein Ende gemacht.“⁴⁴ Das „ungeahnte Wachstum“ der Stadt verlief parallel mit dem „ungeahnten Wachstum und Aufblühen der Universität“.

Der Rektor verwies in seiner Entgegnung auf die charakterliche Koinzidenz von Kaufmannstadt und kaufmännisch orientierter Universität, die Beweise, daß die Stadt die Universität weit stärker als diese jene beeinflusse, allen Verweisen auf universitäre Autonomie zum Trotz: „Wie verblüfft war ich, wie schüttelte ich erstaunt den Kopf und wie herzlich mußte ich lachen, als ich kurz nach meinem Herkommen am Anfang der siebziger

42 Eine Übersicht im unmittelbaren Vorfeld gewährt zusammenfassend der Artikel „Stiftungen zum Jubiläum“, in: Leipziger Tageblatt vom 12. Mai 1909.

43 Die Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig, Amtlicher Bericht im Auftrag des akademischen Senates, erstattet von Karl Binding, Leipzig 1910, S. 98.

44 Ebenda.

Jahre sah, daß auf dem von der Universität verpachteten Hofe ... die Ledermesse sich auftut und unsere Studenten voll guten Humors durch die Häute von Rindern, welche die Zeitlichkeit gesegnet hatten, sich geradezu in die Vorlesungen durchkämpfen mußten.“ In einer Zeit wachsender Studentenzahlen war die Universität, deren ewig zu knappe Alimentierung durch den Staat Binding aufs respektvollste in einem Seitenhieb unterbrachte, auf solche Vermietung angewiesen: „Ihr Ertrag war uns nämlich trotz der Großmut des Staates sehr notwendig.“ Der Kaufmannsgeist, ein um sich greifendes Effizienzdenken, das unbefangen nach Nutzenwendungen von Wissenschaft in und für die Gesellschaft fragt, ließ den rector magnificus sogar warnen: „Vielleicht sogar sind die Geschwister [Stadt und Universität] etwas zu ähnlich geworden.“⁴⁵

Immerhin, die Verbindung von Handel und Industrie mit wissenschaftlicher Lehre und Forschung ist der Grundzug jenes Selbstbildes, das Staat und Universität von ihrem Verhältnis bei Gelegenheit des großen Festes geben. Die Stiftung von Freitischen, die *allen* reichsdeutschen Studenten offenstehen sollen, zeugte von dem erworbenen Rang, mit Berlin und München zu den *national players* in der Konkurrenz der Universitäten zu stehen und keineswegs ausschließlich provinzielle Ausbildungsstätte für eigene Landeskinder zu sein.

In Windelbands Laudatio, namens der älteren Heidelberger Schwesteruniversität vorgetragen, wird wie in den sich aneinander reihenden Huldigungen der anderen 19 deutschen Universitäten immer wieder auf die Gleichzeitigkeit von städtischem und universitärem Wachstum als Kennzeichen des Leipziger Falles hingewiesen, insbesondere auf den für Akademiker attraktiven Zusammenhang „mit dem gewaltig entwickelten Gemeinwesen dieser Stadt, die den Austausch der Literaturerzeugnisse weit über Deutschlands Grenzen hinaus beherrscht“.⁴⁶ Nachdrücklich unterstrichen die Redner ganz im Gegensatz zum Beitrag aus dem „Weltdorf“ Heidelberg, in dem vor einem Verlust kooperativer Identität und der Abschwächung einer Fundierung des antiken Geistes freier Forschung gewarnt wurde, daß die Leipziger Selbstsicht kaum fin-de-siècle-Gefühle kannte.

Die Jubilare sonnten sich im Glanz einer gelungenen Anpassung an neue Entwicklungen im Hochschulwesen, in der Forschungsorganisation und in der Internationalisierung der wissenschaftlichen Beziehungen. Nur ein Spötter wie der Rathausschreiber Heinz-Georg Müller-Heim, der in seinem Buch „Leipzig und die Leipziger“ auch die neuen Bahnhöfe „das Fäustchen, in das sich die Spekulanten lachen“ nannte, konnte sich den Lakonismus zur Kennzeichnung der Universität leisten: „Hat viel Geld gekostet.“⁴⁷

45 Ebenda, S. 99

46 Ebenda, S. 103.

47 Müller-Heim, Leipzig und die Leipziger, Leipzig 1906, S. 48.

Für ihre hochfliegenden Umbaupläne konnte die Universität immer wieder auf großzügige Unterstützung durch die Regierung und den Landtag rechnen, auch wenn ihre Forderungen nach Anhebung der Ausstattung besonders für Lehrmittel, die 1898 einen Etat von 1,5 Millionen Mark ausmachten, zuweilen mit großem Nachdruck vorgetragen werden mußten. Als wichtig erwies sich dabei immer wieder, daß die Universität selbst Grundbesitzer war und eine dreiviertel Million Mark Einkommen aus der Verpachtung und Vermietung von Flächen bezog. Die vor allem landwirtschaftlichen Flächen halfen später über Kriegs- und Nachkriegswinter hinweg, erhielten die finanzielle Handlungsfähigkeit der Universität in Jahren nachlassender Alimentierung durch den Staat – der ständig eine direkte Kontrolle über diesen Besitz anstrebte – und machten die Hochschule zum ernstzunehmenden Akteur auf dem städtischen Immobilienmarkt.

Die festliche Stimmung und die zahllosen feierlichen Bekenntnisse zur Koinzidenz von städtischer und universitärer Entwicklung konnten indes nicht verdecken, daß eine Problematisierung dieses Verhältnisses hin zu einer produktiven Nutzung der Ressourcenverschränkung vollständig ausblieb. Gegenüber den vorsichtigen Ansätzen Ende des 19. Jahrhunderts könnte man die verpaßte Gelegenheit des Universitätsjubiläums sogar als einen Rückschlag bei der Diskussion um die Qualität des Wissenschaftsstandortes bezeichnen.

Schon 1906 hatte der Historiker Gerhard Seeliger am Ende seiner Rektoratszeit in der – traditionell am 31. Oktober abzulegenden – Bilanz mit Blick auf die Stadtbevölkerung einigermaßen bitter resümieren müssen: „Unsere Universität ist reich an Stiftungen. Allerdings bewegen sich unsere Hoffnungen auf Unterstützung der Wissenschaft von privater Seite in recht bescheidenen Grenzen. Noch haben uns die großen Vermögen, die mitunter der Wissenschaft recht viel verdanken, den Rückweg zur Wissenschaft nicht gefunden, noch sind die Inhaber der großen Vermögen mit ihrem materiellen Dank für das, was ihnen mittelbar und unmittelbar die Wissenschaft gebracht hat, allzu zurückhaltend.“⁴⁸ Die Bilanz des Universitätsgeburtstages ließ kaum einen besseren Schluß zu. Nun spitzte sich aber die Lage im darauffolgenden Jahre 1910 deutlich zu, denn mit der Ankündigung der wissenschaftspolitischen Initiative zur Gründung einer großen Stiftung, aus deren Erträgen mehrere Forschungsinstitute finanziert werden sollten, standen sowohl der Charakter der Universitäten als auch die Qualität der einzelnen Standorte zur Disposition. Der Chemiker Wilhelm Ostwald, der seine Befreiung von jeglicher Lehrverpflichtung nicht hatte gegen die Fakultät durchsetzen können und sich nach der Verleihung des Nobelpreises in das kleine Dorf Großbothen unweit von Leipzig zurückzogen, um sich ganz seiner Farbenlehre und seinem Energiekonzept

48 Rektorwechsel an der Universität Leipzig am 31. Oktober 1906. Rede des abtretenden Rektors Dr. Gerhard Seeliger, Rede des antretenden Rektors Dr. Heinrich Curschmann, Leipzig (1906), S. 4.

widmen zu können, erkannte dies klar und wurde zum Fürsprecher einer gründlichen Reorganisation des Bildungswesens. Seine Idee, klar zwischen Fachschul- und Forschungsunterricht zu unterscheiden und seine Prognose, daß die deutsche Universität sich hin zur wissenschaftlichen Fachschule entwickeln würde, da die Forschung andernorts, nämlich in Forschungsinstituten, ihre eigentliche Heimstatt finden werde, mußte die Universitätslehrer zwangsläufig auf den Plan rufen: Vor allem die damit verbundene Rollenzuweisung, wonach sie zukünftig den Schwerpunkt ihrer Arbeit wieder mehr auf die Lehrtätigkeit zu legen hätten, stieß auf Widerspruch. Zugespißt hatte Ostwald gemeint: „Es wird mit einem Wort die künftige Universität sich wieder ein wenig dem Typus des englisch-amerikanischen College nähern müssen, von dem sich die Hochschule in Deutschland wegen der Aufnahme der Forschungsausbildung unter ihre Ziele entfernt hatte.“⁴⁹ Ostwalds radikale Infragestellung der bisherigen zentralen Position der Universitäten im Forschungsbetrieb stand keineswegs allein, wie Rüdiger vom Bruch anhand der Diskussionen auf dem Dresdner Hochschullehrertag 1911 gezeigt hat.⁵⁰ Mehrere Debatten schoben sich dabei ineinander. Die Vertreter der Technischen Universitäten und Hochschulen sahen eine Möglichkeit, größere Finanzierungsspielräume zu gewinnen und eine Gleichstellung mit den klassischen Universitäten zu erreichen. Lamprecht und sein Leipziger Kollege Binding plädierten in Dresden dafür, die Leitung der geisteswissenschaftlichen Forschungsinstitute an Universitätsprofessuren zu binden, da sie komplementäre Aufgaben hätten. Sie wollten die Universitäten gestärkt sehen durch angegliederte Institute. Lamprecht sah darüber hinaus in den Forschungsinstituten auch eine mögliche Lösung der „kleinen sozialen Frage“, der Nichtordinarienfrage, insofern diese Institute eine republikanische Universitätsverfassung anstelle der „monarchischen“ der Ordinariennuniversität befördern würden.⁵¹

Andere warnten dagegen vor den Einflußmöglichkeiten der Ministerialbürokratie und sahen eine Verschiebung des Universitätsselbstverständnisses voraus.

Die Diskussion, die der Wiener Botaniker Richard von Wettstein schließlich mit einem Minnalkonsens zusammenfaßte, zeigt, daß die in Dresden versammelten Hochschullehrer mehrheitlich das Problem noch gar nicht in seiner ganzen Tragweite verstanden hatten. Karl Lamprecht wollte, so ließe sich auch mit Blick auf die schließlich von ihm erreichte

49 Wilhelm Ostwald über Universitätsreform, in: Leipziger Tageblatt vom 3. November 1911.

50 R. vom Bruch, Wissenschaftspolitik, Kulturpolitik, Weltpolitik. Hochschule und Forschungsinstitute auf dem Deutschen Hochschullehrertag in Dresden 1911, in: H. W. Blanke (Hrsg.), Transformationen des Historismus. Wissenschaftsorganisation und Bildungsorganisation vor dem Ersten Weltkrieg. Interpretationen und Dokumente, Waltrop 1994, S. 32-63.

51 Ebenda, S. 50f.

Institutionalisierung seiner Vorschläge in der König-Friedrich-August-Stiftung zusammenfassen, mit seinem Plädoyer für eine Anbindung der Forschungsinstitute an die Universitäten – gewissermaßen ein Gegenmodell zu der schließlich erreichten relativen Selbständigkeit der KWG-Institute von den Hochschulen⁵² – den Universitäten einen privilegierten Platz in den sich formierenden Wissenschaftsstandorten sichern.

Mit der Berliner Initiative für die industrienahen Forschungsinstitute stand aber auch die Frage, wie jenseits der Hauptstadt der absehbare Wettbewerbsnachteil ausgeglichen werden könnte. Ging es bisher vor allem um Studentenzahlen, Professorenstellen zu deren Ausbildung und die dafür benötigten Gebäude, kam nun die Ausstattung der Universitäten mit Forschungsressourcen als Kriterium des Weulaufs ins Spiel.

Das Leipziger Tageblatt wies seine Leser gleich 1910 darauf hin, daß man wahrscheinlich bislang unterschätze, daß der Kaiser bei seiner Ankündigung der Stiftung, die den Auftakt zur Begründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bildete, auch als preußischer König gesprochen habe und sein Appell mithin insbesondere den Bürgern Preußens gegolten habe. „Daher ist anzunehmen“, folgerte das Blatt, „daß der Effekt dieser Sammlung, der ja über Erwarten stark ist, in erster Linie preußischen Universitäten und unter diesen wiederum vornehmlich der Berliner Universität zugute kommt.“⁵³

Für nichtpreußische Universitäten folge daraus, daß sie darauf bedacht sein müßten, Quellen zu erschließen, die ihnen die Befähigung zu einer ebenbürtigen Konkurrenz mit Berlin auf dem Gebiet der Forschung sichern, und daß sie Vorsorge gegen die Gefahr einer Überflügelung auf wissenschaftlichem Gebiet und den Rückgang ihrer Immatrikulationsziffern treffen sollten. „Das fürsorgende Interesse der sächsischen Bevölkerung“ müsse sich darauf konzentrieren, daß die Landesuniversität Leipzig nicht hinter Berlin zurückstehe. Den Forschungsinstituten solle deshalb alle Unterstützung zuteil werden. Berlins Vormachtstellung auf naturwissenschaftlichem Gebiet sei hinlänglich bekannt, ihrem Ausbau diene zweifellos auch die kaiserliche Stiftung. Hier mithalten, Berlin gar überholen zu wollen, sei kein realistisches Ziel. Um so mehr müsse man auf geisteswissenschaftlichem Gebiet nun die Anstrengungen verstärken. Dank vor allem privater Initiative sei das von Karl Lamprecht geschaffene Institut für Kultur- und Universalgeschichte dazu der rechte Kristallisationskern. „Deshalb muß Sachsen“, hieß es weiter, „folgerichtig dort einsetzen ...

52 Siehe dazu bisher H. Haas, König Friedrich-August-Stiftung für wissenschaftliche Forschung zu Leipzig (Sächsische Staatliche Forschungsinstitute), in: Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter hrsg. v. Ludolph Brauer u.a., Bd. 1, Hamburg 1930, S. 374-386. Eine genauere Untersuchung der sächsischen Stiftung wird derzeit am Institut für Kultur- und Universalgeschichte Leipzig e.V. vorbereitet.

53 Eine Überflügelung der Leipziger Universität?, in: Leipziger Tageblatt vom 28. Oktober 1910.

Voraussetzung dazu ist einerseits der Ausbau des bestehenden Instituts für Kultur- und Universalgeschichte“. Als weitere Voraussetzung könne „die finanzielle Opferbereitschaft sächsischer Staatsbürger“ gelten: „Unsere glänzende wirtschaftliche Entwicklung im letzten Menschenalter sollte es einer ganz beträchtlichen Anzahl von Bewohnern des Landes und speziell der Stadt Leipzig ermöglichen, der Wissenschaft und ihrer Förderung einen kräftigeren Tribut zu zollen. Die Vanderbilt, Carnegie, Rockefeller mögen ein leuchtendes Vorbild für sie abgeben, und zweifellos wird dann auch die Staatsregierung hilfsbereit eingreifen, um die drohende Gefahr einer Überflügelung der Leipziger Universität durch Berlin zu bannen.“⁵⁴

In einem Konkurrenzkampf der „Wissenschaftsstandorte“ konnte die Universität nicht allein bestehen, sondern bedurfte der Unterstützung der Bürger. Lamprecht als Rektor nutzte das günstige Klima, um noch einmal einen Vorstoß zur Verlagerung der Universität auf einen Campus im Südosten der Stadt zu unternehmen. In der Rektoratsrede von 1910 entwickelte er erstmals in größerem Rahmen sein Gedankengebäude. Zeitgemäße Untersuchungen ließen sich, wie er unter Verweis auf sein eigenes vergleichendes Forschungsprogramm erklärte, „mit den bisher herkömmlichen Lehrmitteln unserer Universitäten wie auch mit den Lehrinrichtungen, soweit sie in Seminarien und Verwandtem vorliegen, nicht bewältigen; vielmehr bedarf es hierfür der *Herstellung von Einrichtungen, die weiter und tiefer* greifen als die bestehenden. Daß damit die Frage auftritt, ob eine *Fortbildung* in diesem Sinne überhaupt möglich sei, ist gewiß. Jedoch haben Versuche, die, soweit bekannt, bisher *nur in Leipzig* stattgefunden haben schon jetzt gezeigt, daß diese Frage mit einem strikten Ja zu beantworten ist. Wir stehen also mitten in dem Umbildungsprozeß, und wir können auch schon wahrnehmen, wie er auf unsere Universitätsverhältnisse, Personen und Einrichtungen wirkt. Eine vermehrte Anzahl der Kategorien der Forschungsobjekte erfordert die Heranziehung von weit mehr Lehrkräften, als die Ordinarien zu stellen fähig sind. Die innere Verflechtung der Forschungsgebiete drängt namentlich auch in den vergleichenden Disziplinen zu einer anderen Organisation der Institute, als sie in deren bisher rein monarchischer Verfassung vorliegt. Die Lehrmittel endlich bedürfen überall der Erweiterung. Von allerhöchster Stelle ist endlich das Wort von den *Forschungsinstituten* gefallen und damit die Initiative zu einer Fortbildung der gelehrten Studien gegeben in der Richtung, die bisher für die Geisteswissenschaften praktisch nur von dem Institut für Kultur- und Universalgeschichte bei der Universität Leipzig verfolgt worden ist.“⁵⁵ Lamprecht beließ es nicht bei solch allgemeinen Erwägungen. Die günstige Konstellation nutzend, ging er mit präzisen Wünschen gegenüber der Stadt Leipzig in die Offensive. So wandte er sich am 24. Juli 1910 in

54 Ebenda.

55 Aus der Rede Karl Lamprechts anläßlich der Übernahme des Rektorats der Universität Leipzig am 31. Oktober 1910, in: Leipziger Tageblatt vom 1. November 1910.

gleichlautenden Briefen an Oberbaurat Scharenberg und Oberbürgermeister Dittrich und versuchte, das Gebäude der Schule für Frauenberufe für sein Institut zu gewinnen. Dazu kam es zwar nicht, das Institut blieb im angestammten „Goldenen Bären“. Aber aufschlußreich ist die Struktur seiner Argumente, in Sonderheit sein Drohen mit einem ja nie ernstlich erwogenen Verlassen Leipzigs. Die Attraktivität der Universität durch eine Fortbildung ihrer Strukturen wird als Wirtschaftsfaktor ins Feld geführt, die Konkurrenz zu Berlin an entscheidender Stelle dezent in Erinnerung gerufen und die Sorgfaltspflicht der Stadt für ihre Hochschule immer wieder betont.⁵⁶

Nach einjähriger Amtszeit resümierte Lamprecht, daß die Universität in den letzten Jahren, wie man im allgemeinen zu sagen pflege, „neu erbaut“ worden sei. Indes, diese Räume hätten sich nun, „wie offen ausgesprochen werden muß, längst als zu klein herausgestellt, und ein Zustand ständigen Suchens nach mehr Raum mit all seinen Unzuträglichkeiten und Kosten à *fonds perdu*“ sei eingetreten. Der Redner beschrieb die nötigen Veränderungen aus „universalen Gründen“, und erläuterte: „Für Deutschland ist das Wort ‘Forschungsinstitute’ in das Zentrum ... getreten. Für unsere Universität sind die hierher gehörenden Fragen durch zwei Schenkungen aktuell geworden, die zu den schönsten Erscheinungen des ablaufenden Universitätsjahres gehören.“ In New York habe der verstorbene Arzt Dr. Albert Seeßel der Universität ca. 200.000 Mark vererbt.

„Eine noch weit größere Summe, als hier den Naturwissenschaften ist den Geisteswissenschaften durch hochherzige Stiftungsgaben von ausschließlich Leipziger Bürgern im Laufe des nun beendeten Jahres zugeflossen. Der Fonds hat jetzt bereits eine halbe Million Mark stark überschritten und wird sehr wesentlich dazu beitragen, das ihm gesteckte Ziel, die Förderung vergleichender kulturwissenschaftlicher Studien durch die Errichtung von Forschungsinstituten, zu erreichen.“

Unsere Universität ist von jeher reich mit Schenkungen bedacht worden; ihrer fünfhundertjährigen Entwicklung ließe sich leicht eine Entwicklungsgeschichte der Rechts- und Sittenformen der Schenkung zu idealen Zwecken entnehmen. ... In neuerer Zeit aber ist immer mehr die produktive Stiftung, die direkt Lehr- und Forschungsziele der Universität fördern will, entwickelt worden. Sie entspricht einem neuen Stiftungsideal, und sie erfordert meist auch größere Kapitalien, wie sie mit dem steigenden Reichtum der Nation heute leichter aufgebracht werden können. ... Im ganzen sind der Universität im ablaufenden Jahre ... gut eine Million Mark an mehr tragenden und neuen Stiftungen zugeflossen: eine stolze Summe fürwahr, die ein an unserer Universität auch in dem Jubiläumsjahr 1909 nicht erreichtetes Niveau bedeutet. Und wenn die Universität in stiller Freude zu bemerken Anlaß hat, daß sich unter den Schenkgebern nicht wenige Angehörige des Lehrkörpers befinden, so wird sie doch mit noch ganz an-

⁵⁶ Vgl. den im Anhang mitgeteilten Wortlaut des Briefes.

derer Lebendigkeit, Freude und Dankbarkeit den hohen und opferbereiten Sinn der Leipziger Bürger anerkennen, der so wesentliche Erfolge gezeitigt hat.⁴⁵⁷

In Lamprechts Vorschlag einer Campus-Universität nach amerikanischem Vorbild⁵⁸ ging es nicht mehr – wie noch in den frühen neunziger Jahren – vorrangig um die allgemeine Bequemlichkeit des Studienbetriebes bei wachsenden Studentenzahlen (zumal deren Kurve um 1900 sichtlich abgeflacht war), sondern um die Reaktion auf eine neue Rolle der Universität in der Gesellschaft. Für Lamprecht mußte die Hochschule in verschiedener Hinsicht eine geänderte Position gewinnen. Einige wichtige Punkte seines Verständnisses dieser neuen Lage waren:

1. Durch die Einrichtung von Forschungsinstituten sollte die Universität eine direkte Verbindung mit der Wirtschaft bekommen, von dieser auch mäzenatisch unterstützt werden, aber eben nicht die Lehre vernachlässigen oder durch Auszug der kompetenten Forscher aus dem Studienbetrieb auf ein niedrigeres Niveau absinken.
2. Durch ein interdisziplinäres Konzept der Grundlagenreflexion, die sich der Öffentlichkeit zuwandte, sollte der Kritik Nietzsches u.a. am Szientismus und dessen Bedeutungsverlust für die Lebensprobleme einer in hektischer Industrialisierung und sozialer Umwälzung befindlichen Gesellschaft („Zeitalter der Reizsamkeit“) begegnet werden. Eine Kulturwissenschaft als Basis der Universität, die auf Erklärung ausgerichtet sei und sich dazu der wissenschaftlichen, d.h. naturwissenschaftlichen Erkenntnisinstrumentarien bediene, sei die einzige Möglichkeit, um dem Verlust an Deutungskompetenz gegenzusteuern. Die Nation sei dabei ein wichtiger Deutungsrahmen, aber dieser dürfe nicht die neuerdings anstehende Öffnung zu anderen Kulturen und deren Vergleichung behindern, sondern müsse ihr zum Ausgangspunkt dienen.⁵⁹
3. Dem dominierenden Gedanken von der Notwendigkeit eines durch Flottenbau und Heeresaufstockung militärisch aktionsfähigen Imperialismus, mit dem Deutschland zu den großen Kolonialmächten beim

57 Die Feier des Rektorwechsels an der Leipziger Universität, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 1. November 1911.

58 In welch starkem Maße bei Lamprecht die Erfahrungen seiner Reise in die USA 1904 und seine allgemeinen Überlegungen zur Reform des Hochschulwesens und der Geschichtswissenschaft einander durchdrungen haben, ohne daß man eine einmündige Kausalität seiner Wahrnehmungen behaupten könnte, beweist vor allem sein Reisebericht: K. Lamprecht, *Americana. Reiseeindrücke, Betrachtungen, Geschichtliche Gesamtansicht*, Freiburg 1906.

59 Die Arbeiten von Herbert Schönebaum, Luise Schorn-Schütte, Rüdiger vom Bruch, Roger Chickering u.a. haben verschieden Aspekte dieses Konzeptes in den Vordergrund gerückt. Allerdings ist die Tätigkeit Lamprechts als Rektor und Wissenschaftsorganisator in Leipzig dabei oftmals hinter den Auseinandersetzungen des Methodenstreites zurückgetreten. Einige Dokumente dazu teilt mit, obgleich das Ziel seiner Ausgabe im Bereich der Methodologie liegt: H. Schleier (Hrsg.), Karl Lamprecht. *Alternative zu Ranke. Schriften zur Geschichtstheorie*, Leipzig 1987.

Wettlauf um die Weltmärkte aufschließen könne, setzte er sein Konzept von einer auswärtigen Kulturpolitik entgegen, in dem nicht Marine und Landtruppen, sondern den akademischen Intellektuellen die größte Bedeutung zufallen sollte.⁶⁰

Dieses Konzept ließ Lamprecht immer wieder auf die Verlagerung der Universität zurückkommen. Eine Neuanlage sollte das Konzept baulich umsetzen. Am 24. Mai 1912, den Geburtstag des sächsischen Königs als Anlaß nutzend, vertiefte er seine Überlegungen zur Universitätsreform.⁶¹ Er favorisiere den Plan einer „Universität im Grünen“, eines Umzugs der Universität aus der Stadt heraus, denn damit lasse sich am besten der Plan der „Forschungsinstitute“ verwirklichen, die in relativer Unabhängigkeit von den Universitätslehranstalten und doch in ständiger Fühlung mit denselben den Wissensstoff verarbeiten würden, welcher zunächst nicht in den Lehrkreis des akademischen Unterrichts aufzunehmen sei.

Zu diesem Zwecke sei das Areal zwischen Probstheida und Meusdorf am südlichen Stadtrand Leipzigs bestens geeignet. Die Universität hatte 1912 hier eine Fläche von fast einer halben Million Quadratmetern erworben, die gemeinsam mit den schon um 1910 gekauften rund einhundertfünfzigtausend Quadratmetern – „also immerhin ein kleines Rittergut“, wie Lamprecht bemerkte – diesen Plänen dienstbar gemacht werden sollte. Gedacht war an eine geschlossene Einheit, faktisch an eine kleine Stadt für sich, mit eigener Energie- und Wärmeversorgung, eigenen Fahrzeugen, mannigfachen Gebäuden für sämtliche Verrichtungen bis hin zu Kirche und Bibliothek, und dies alles, darauf war besonderer Wert gelegt, nicht im Stile von Monumentalbauten, sondern als zweckmäßige Nutzbauten, die beliebig der Veränderung des Zeitgeistes oder den jeweiligen Ideen ihrer Leiter angepaßt werden könnten.

Wohl niemand hat sich öffentlich wortgewaltiger hinter diese Pläne gestellt als Walter Hasenclever. Bei Lamprecht studierend,⁶² führte er zudem dessen Argumente aus der „Deutschen Geschichte“ ins Feld. Wie sähe es im Augenblick in Leipzig und den anderen deutschen Universitätsstädten aus? Die bilderstarke Antwort lautete: „In den Dämpfen der Fabriken und Schlote, in engen viertreppigen Zimmern, während unten Automobile schreien, Trambahnwagen knirschen, Betrunkene heulen und Straßen gekehrt werden – da sollen wir arbeiten, essen und schlafen! Meist von Hause verwöhnt, beunruhigt von den Freuden und Leiden der großen Städte, von ringkämpfenden Kindern und ausgeklopften Teppichen lieblich be-

60 Vgl. zu diesem Konzept und den Belegen für seine Verbreitung unter den deutschen Hochschullehrern und Bildungspolitikern: J. Kloosterhuis, „Friedliche Imperialisten“. Deutsche Auslandsverleite und auswärtige Kulturpolitik 1906–1918, 2 Bde., Frankfurt a. M. u.a. 1994.

61 Ausführlich dokumentiert in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 25. Mai 1912, S. 7f.

62 Vgl. C. Spreizer, Karl Lamprecht und Walter Hasenclever, in: Lamprecht-Rundbrief Nr. 1, 1997, S. 18–25 – eine knappe Zusammenfassung ihrer Dissertation über den Einfluß Lamprechts auf den Leipziger Expressionistenkreis (New York 1996).

gleitet, oder von einem Klavier, sollen wir uns mit Philosophie, Geschichte und den schönen Künsten beschäftigen! Spinoza lesen, während draußen ein Obstkarren schellt, oder Dissertationen verbessern mit Hundegebell, morgens aufwachen, während ein gegenübertragender Schornstein aus irgendeinem (vor der Schwüle) offenen Fenster aufs Bett qualmt, und abends in dasselbe Bett wieder steigen, spät nach Trunk, Gesprächen oder Kunst – nicht ohne von streitenden Hausbewohnern, fernen Droschken oder der Feuerwehr schreckhaft aus dem Schlafe geweckt zu werden. Diesen Zustand fortgesetzter Nervosität, ohne Konzentration zur Arbeit, immer zwischen Lust- und Unlustgefühlen, hat, am stärksten in der heutigen akademischen Jugend, eine Reizsamkeit der Organe erzeugt, wie sie Lamprecht bereits in seiner 'deutschen Geschichte der jüngsten Vergangenheit' als einen Typus des modernen Menschen und seines Schaffens bezeichnet hat.“

In den von Lamprecht entwickelten Plänen einer Universität im Grünen mit zweckmäßigen und praktischen Bauten läge eine verführerische Kraft. Gerade für denjenigen, der bislang „mit zerquetschtem Leibe sich durch die engen Türen des Kollegs unter Lebensgefahr drängt; im Sommer die übergroße Hitze der Häuser und im Winter die Kälte der Höfe ergötzlich auf seinem Rücken trägt, wenn er nicht bereits im überfüllten 'Collegium Maximum' bei Wundt zwischen Knien, Tintenfassern und Philosophen zu Asche geprüßt ward.“

Walter Hasenclevers Plädoyer leitete von hier über zu der – schließlich zurückgewiesenen – Befürchtung, in Deutschland würde man Lamprecht nicht folgen können, da er allzu offensichtlich an englische und amerikanische Erfahrungen anknüpfe, die als nicht übertragbar angesehen werden müßten. In seine Replik auf dieses provinzielle Argument baut Hasenclever ein hohes Lob gerade dem messestädtischem Wohlwollen gegenüber den Reformplänen ein: „Die Tatsache aber, daß eine Reihe von wohlhabenden und weitsehenden Bürgern Leipzigs bedeutende Mittel zu den neuen [Lamprechtschen] Unternehmungen aufgebracht haben, daß mit einer Unterstützung des sächsischen Landtags und der Regierung ein freier und würdiger Wirkungskreis geschaffen ist, beweist nicht nur die nationale Begeisterung für diesen genial fortschreitenden Gedanken, sie beweist auch den Anteil der deutschen Universitätsstädte, in denen *Leipzig* an der Spitze marschiert.“ Man wird vermuten können, daß eine solche Presseveröffentlichung des Sommers 1912⁶³ den Weg in die städtischen Akten bahnte.

Tatsächlich hatte Lamprecht auch hier verstanden, „in der Stille“ eine größere Geldmenge zusammenzutragen, und dank weiterer Unterstützungen konnte so ein Grundstock für die geplanten Forschungsinstitute gelegt werden. Da sich auch die Stadt Leipzig in Form der Bewilligung eines be-

63 Walter Hasenclever, Oxford oder Leipzig? Hier zitiert nach der undatierten Ablage des Aufsatzes in: Stadtarchiv Leipzig, Akten, die Universität betreffend, Bd. 2, Bl. 53.

trächtlichen Jahreszuschusses den Reformvorhaben gegenüber aufgeschlossen zeigte, gewannen Pläne für die Institute – für Ethnographie und Geographie, für Kultur- und Universalgeschichte, für Religionsgeschichte, für Sprachwissenschaften und Literaturgeschichte, für Psychologie, für Nationalökonomie und andere Gebiete – weiter an Konturen. „Es galt“, hieß es bilanzierend Ende 1912, „innerhalb der durch die vorhandenen Mittel gewiesenen Schranken den Bauriß für die Forschungsinstitute zu entwerfen und die Bedingungen zu schaffen für seine Durchführung. In eingehenden Beratungen sind diese Fragen behandelt worden. Ein Statut ist entworfen, das noch der Genehmigung des Ministeriums bedarf...“⁶⁴

Noch einmal machte das Vorhaben des Lamprechtschen Neubaus der Universität Schlagzeilen. Unter dem Titel „Vorarbeiten zur Verwirklichung der Gartenstadt-Universität“⁶⁵ wurde Anfang November 1913 von Bohrungen berichtet, die Aufschluß über die Wasservorräte im Boden des künftigen Universitätsareals liefern sollten. Es war dies gleichsam ein Schlußpunkt unter ein ehrgeiziges und aus der Stadt mehr als allgemein bekannt unterstütztes Vorhaben. Im Kanonendonner des Ersten Weltkrieges zerbarsten auch die Hoffnungen auf die Verwirklichung dieses Projektes. Der Tod des geistigen Vaters Karl Lamprecht 1915, inmitten der Kriegstage, tat ein übriges.⁶⁶

Versucht man ein Resümee der hier zusammengetragenen Gesichtspunkte, so fällt zuerst die ungeheure Dynamisierung der Universitätsverhältnisse in einer gleichfalls überdurchschnittlich prosperierenden Stadt auf. Dieser beinahe hektische Ausbau der Alma mater lipsiensis führte nicht sofort zur konsistenten Reflexion der neuen Situation, in die sich eine Hochschule hineinbewegte, die vom Wachstum der Studentenzahlen, der Differenzierung der Fächer und der Professionalisierung der Disziplinen gekennzeichnet war.

Schon bald aber fand sich in Leipzig eine Gruppe von Wissenschaftlern, die das geänderte Verhältnis zur Umwelt und die Beziehungen der Wissenschaften zueinander zu diskutieren begann. Auf städtischer Seite wurde dies durch eine kritische Öffentlichkeit vor allem bei den ins Auge fallenden Neubauten begleitet, aber nicht durch Institutionalisierungspro-

64 So wenigstens die allzeit optimistische Bilanz Lamprechts. Siehe hierzu im Detail: Die Feier des Rektoratswechsels an der Universität Leipzig, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 1. November 1911. Rede des abtretenden Rektors Dr. Karl Lamprecht über das Studienjahr 1910/11, in: Rektorwechsel an der Universität Leipzig am 31. Oktober 1911, [Leipzig 1911], S. 8ff.

65 Leipziger Abendzeitung vom 4. November 1913.

66 Es gehört schon nicht mehr in den Kontext dieses Aufsatzes, möge aber als Aperçu dienen, daß die Universität noch zweimal die Entscheidung vor sich her schob, aus der Enge des Zentrums, das doch aber auch Kontakt zum städtischen Leben bot, ins Grüne umzuziehen. Sowohl in den sechziger als auch zu Beginn der neunziger Jahre wurde der Plan verworfen, im dritten Anlauf auch in genauerer Kenntnis der Defizite, die den betont gewordenen Campus-Universitäten andernorts anhaften.

zesse in der Kommune, mit denen diese in den absehbaren Debatten um die Aufhebung der überlieferten Universitätsautonomie in einem Wissenschaftsstandort der Hochschule ein ebenbürtiger Partner gewesen wäre. Eine gravierende Umwälzung der Studentenschaft wag von der Dominanz der klassischen protestantischen bildungsbürgerlichen Anteile blieb ebenfalls aus. Eine deutlichere Ausrichtung des Universitätsprofils auf unmittelbare Wirtschaftsinteressen fehlt für Leipzig weitgehend.

Das Jubiläum von 1909 zeigte noch einmal in seiner Harmonie zwischen Kommune und Universität sowie auf Repräsentation ausgerichteten Form das mangelnde Problembewußtsein für die anstehenden Veränderungen, für die an der Universität Leipzig inzwischen viele Voraussetzungen gewachsen waren. Dies sollte sich aber kurz nach den Feiern ändern. Die Konkurrenz der Standorte, insbesondere zu dem kaiserlich begünstigten Berlin, zwang Leipzig eine Diskussion um Forschungsinstitute und damit um die Struktur, Zielbestimmung und äußere Beschaffenheit der Universität auf.

Schnell kam damit auch die gesellschaftliche Zwecksetzung der höheren Bildung und der Forschung ins Spiel. Pioniere wie Karl Lamprecht sahen ihre Stunde für weitreichende Pläne gekommen und versuchten auch, das Verhalten der Kommune in ihrem Sinne zu beeinflussen. In den wenigen Jahren bis zum Kriegsausbruch zeigte sich, welche Möglichkeiten in einer dynamischen Situation für solche Vorreiter eines Wandels der überlieferten Universitätsautonomie zum Denken in den Kategorien von Wissenschaftsstandorten gegeben waren, aber auch, wie isoliert sie noch blieben.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges begrub hoffnungsvolle Ansätze, die in Zeiten der Prosperität öffentlicher Kassen und spendenwilliger privater Mäzene gegen den Konservatismus der Universitätsmehrheit und trotz der fehlenden strukturellen Anpassung der Kommune als Partner der Hochschule möglich waren. Den heimkehrenden jungen Männern 1919 konnte diese Chance nur noch als begangene Geschichte dargeboten werden, denn in den Tagesaufgaben des Wiederaufbaus einer universitären Kultur und unter den bald obwaltenden Schwierigkeiten der Inflationsjahre war an die kühnen Entwürfe von 1910 nicht zu denken. Der Übergang zum Wissenschaftsstandort blieb eine ungelöste Aufgabe für die Zukunft.

Anhang

Brief Karl Lamprechts an den Oberbaurat der Stadt Leipzig*
Durchschriftlich auch an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig am
24. Juli 1910

Hochgeehrter Herr Oberbaurat!

Sie waren so freundlich, mir vor einigen Wochen auf meine Bitte hin 7 Pläne von der Schule für Frauenberufe zur Ansicht zu übersenden. Ich liefere sie anbei mit bestem Dank zurück. Damals ging das Gerücht, die Stadt beabsichtige den engen Strassenschlupf zwischen Augustusplatz und Universitätsstrasse zu erweitern, zu dem Zwecke von der Schule je 2 Fenster der beiden freistehenden Flügel zu kassieren und den stehenbleibenden Rest des Hauses zu verkaufen. Inzwischen habe ich nun erfahren, dass dieses, damals von hervorragenden, den Geschäften angehörigen Bürgern der Stadt kolportierte Gerücht gegenstandslos war. Da ich indes als Anwohner des engen Strassenteils zwischen der Schule und der Schillerstrasse selbst zur Genüge weiss, dass sich die dort bestehenden Verkehrsverhältnisse infolge der Enge der Strasse bald als unerträglich erweisen werden, soweit sie es nicht schon sind, so werden die in den mitgeteilten Gerüchten gekennzeichneten Eventualitäten doch sehr bald auftreten, und diese Lage nehme ich zum Anlasse, um mich zu der Gesamtfrage, die wie Sie sehen werden, mich aus mehr als einem Grunde in wichtiger Weise interessiert, kurz Stellung zu nehmen.

Ich brauche gerade Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen, dass die Stadt Leipzig, verglichen mit andern deutschen Städten, von einer geradezu beschämenden Armut an älteren öffentlichen städtischen Gebäuden ist. Die Tatsache spricht sich heute, wo in dem Denken der Massen noch immer ein bloss ökonomisches Denken überwiegt, für diese am fühlbarsten in dem Umstande aus, dass es nicht gelingen will, Leipzig zu einer von Vergnügungsreisenden stärker und länger aufgesuchten Stadt zu machen; denn diese Kategorie von Reisenden lässt sich eben nur durch den Zauber einer alten Vergangenheit, insofern er sich anschaulich, namentlich auch in Gebäuden ausspricht, fesseln. Der Grund für diese Armut liegt darin, dass, abgesehen von einer kurzen Zeit im 16. Jahrhundert und in der Gegenwart, die Stadt niemals eine Verfassung gehabt hat, in der neben aristokratischen auch demokratische Tendenzen berechtigten Ausdruck fanden. Es ist eine alte historische Erfahrung, dass Demokratien glänzend bauen, während der Rat der Stadt Leipzig, der im 17. und 18. Jahrhundert bei Licht besehen

* Stadtarchiv Leipzig, Akten, die Universität betr., Bd. 2, Kap. 4, Nr. 9, Bl. 20-22.

kaum mehr war als eine Aktiengesellschaft zur Abhaltung von Messen, an einem Ort, der zufällig Leipzig hiess, öffentliche Bauten von Bedeutung, ausser wenn sie seinen unmittelbarsten Zwecken dienten (vgl. Börse), überhaupt nicht hinterliess. So kommt es, dass wir von grossen städtischen Gebäuden überhaupt nur 2 besitzen: das alte und das neue Rathaus. Die Stadt hätte unter diesen Umständen wohl getan, nicht bloss gegenüber dem Pflichten-Codex, den ihre grosse Vergangenheit ihr unbedingt auferlegt, sondern auch im Interesse des Säckels der heute lebenden Bürger, wenn sie aus der Zwischenzeit mindestens das Romanus'sche Haus angekauft und entsprechend eingerichtet hätte. Es ist zwar auch ein Privathaus, aber wenigstens eines Bürgermeisters von mehr als lokalgeschichtlicher Bedeutung und sicher der schönste Repräsentant der stattlichen grossen bürgerlichen Kultur im 17. Jahrhundert. Aus etwas späterer Zeit ist es mir durch besondere Umstände möglich gewesen, den Goldenen Bär, ein als historisches Denkmal immerhin beträchtliches Haus eines eben zu behäbigem Wohlstand aufsteigenden mittleren Bürgerthums aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, zu erhalten, und ich hoffe, dass es in seinen jetzigen wohltuenden Formen, als Eigentum der Universität, für immer gesichert sein wird. Kehre ich zu den öffentlichen Bauten zurück, so ist neben den beiden Rathäusern in der Tat eigentlich nur noch die Schule für Frauenberufe zu nennen, und schon deshalb ist dieses Gebäude, mindestens in seinen mittleren Teilen, die für Stil und Einrichtung charakteristisch sind, unbedingt zu erhalten. Es kommt noch hinzu, dass mit ihm, wie mit den beiden Rathäusern die Namen Lotters und Lichts, der Name des dritten und letzten Leipziger grossen Architekten, Dauthes, verknüpft ist. Nachdem beim Bau des Fürstenhofes ein prächtiges Stück der Baukunst Dauthes in unverantwortlicher Weise ruiniert worden ist, bleibt schliesslich, sieht man vom inneren Umbau der Nicolaikirche in seinen festlich prächtigen Formen ab, als Zeichen seiner Hand in der Stadtsilhouette nur die alte Bürgerschule übrig, und so kann von einem höheren Standpunkt aus gewiss nicht die Rede davon sein, sie, namentlich in ihrem mittleren, für Dauthe sehr charakteristischen Teil, abubrechen. Wenn ich dieses Urteil hier so entschieden hinstelle, so berechtigen mich nach meiner Empfindung hierzu die zahlreichen Gutachten, die ich während meines rheinischen Aufenthaltes in Sachen der Erhaltung oder Zerstörung alter Bauten abgegeben habe. Es ist bei diesen Gelegenheiten beinahe regelmässig anerkannt worden, dass ich keineswegs ein archäologischer Pedant-Purist sei, sondern sehr wohl auch modernen Verhältnissen Rechnung zu tragen wisse.

Würde so das Dauthesche Gebäude verkürzt zu erhalten sein, so wäre es doch gewiss nicht mehr fähig, die ständige Frequenz der heutigen Schule für Frauenberufe zu fassen. Ist doch diese Schule jetzt schon so überfüllt, dass mehrere Klassen in ein anderes Gebäude verlegt werden müßten. Wird aber das Gebäude geräumt, so fragt sich, was mit ihm geschehen kann. In dem Kreise der Geschäftskundigen, aber auch nur geschäftskundigen Bürger, in denen mir zuerst das Gerücht von der Verkaufsfähigkeit

des Gebäudes entgegengrat, war man darüber einig, dass es bei seiner geringen Tiefe und bei der gesamten Lage seiner Räume für moderne Verhältnisse überhaupt nicht in Betracht kommen könnte. Man war infolgedessen natürlich alsbald zum Abreißen bereit – mir tönt dabei fortwährend das in Amerika unzähligmal gehörte kulturlose „we take it down“ im Ohr – man war also bereit es abzureißen und an seine Stelle ein Hotel zu setzen. Dabei halte ich das Urteil, dass das Haus im Grunde eben doch nur für eine Schute oder schnlarartige Einrichtung brauchbar sei, allerdings für richtig; und in dem Urteil liegt ja allerdings einer der schönsten Lobsprüche beschlossen, die man Dauthes Bau geben kann.

Von diesem Gesichtspunkt aus lag es nun für mich nahe, das Haus einer besonders eingehenden Prüfung zu unterziehen und hierzu habe ich mir von Ihnen die Grundrisse erbeten. Wie Ihnen bekannt sein wird, habe ich hier vor eineinhalb Jahren bei der Universität ein Institut für Kultur- und Universalgeschichte begründet, das im Goldenen Bär untergebracht ist, der bei dieser Gelegenheit soviel wie irgend möglich in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt worden ist. Wir fühlen uns dort sehr wohl und werden nur durch einen Moment, die ganz unerwartete Steigerung der Frequenz, bedrückt. Die Einrichtungen, ursprünglich für 150 Mitglieder berechnet, müssen jetzt nach 3 Semestern für 320 ausreichen, und für das kommende Semester steht wieder eine Steigerung der Frequenz in Aussicht. So erfreulich das ist, so sehr nötigt es dazu, sich nach einer anderweitigen Unterbringung des Institutes umzusehen. Mit Rücksicht eben hierauf habe ich mir die Schule für Frauenberufe angesehen und kann nach eingehender Prüfung mit bestem Gewissen feststellen, dass ihre Räume für das Institut im hohen Grade geeignet sein würden.

Tritt unter diesem Gesichtspunkte die Frage des Uebergangs der alten Bürgerschule in Universitätsbesitz in irgend einer rechtlichen Form in eine neue Phase, so möchte ich schon jetzt nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, worum es sich handelt. Das Institut ist im Ausbau seiner Einrichtungen in sehr rascher Entwicklung begriffen, die in vermutlich nicht allzulanger Zeit die Erlangung eines Reichszuschusses notwendig und wahrscheinlich machen wird. In diesem Moment wird aber auch, wenn für das Institut in Leipzig nicht baulich ausreichend gesorgt ist, nur zu leicht die Frage seiner Verlegung nach Berlin in dieser oder jener Form gestellt werden. Was Leipzig damit verlieren würde, da dieses Institut das einzige seiner Art in der Welt ist und vermutlich auch noch lange Zeit bleiben wird, will ich nach der wissenschaftlichen Seite hin nicht ausführen. Wirtschaftlich stellt sich die Sache so, dass heute wohl etwa 100 Mitglieder des Instituts die Universität Leipzig nur wegen dieses Institutes besuchen. Da gerade sie auch in den Ferien vielfach hier bleiben, so kann man den Durchschnittsverbrauch eines solchen Mitgliedes auf Leipziger Boden wohl auf 2.000 Mark im Jahre ansetzen. Dies macht 200.000 Mark im Jahre; und es ist leicht auszurechnen, wieviel davon als Reingewinn in die Tasche von Leipziger Bürgern fließt.

Nach alledem möchte ich, hochverehrter Herr Oberbaurat, nicht versäumen, diese meine Erwägung den Akten der Leipziger Stadtverwaltung einzuverleiben, wie ich denn auch von diesem Brief dem Herrn Oberbürgermeister direkt und persönlich eine Abschrift zukommen lassen werde.

In ausgezeichnete Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr ergebener
LAMPRECHT

Christiane Gebhardt/Susanne Giesecke

Die Spezifität der Entwicklungspfade in der Biotechnologie und der Künstlichen Intelligenz

1. Einleitung

In der nicht enden wollenden Debatte um den „Innovations- und Produktionsstandort“ Deutschland wird der schwarze Peter zwischen Parteipolitikern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Vertretern anderer gesellschaftlicher Organisationen hin- und hergeschoben. Inzwischen hat sich die Suche nach den Verantwortlichen von der Akteurebene auf die Struktur- und Prozeßebene ausgeweitet. Folglich mußte sich die deutsche Forschungs- und Technologiepolitik die Frage gefallen lassen, ob sie an dem Anspruch gescheitert ist, die Wettbewerbsfähigkeit und das wirtschaftliche Wachstumspotential des vermeintlichen „Hochtechnologiestandorts Deutschlands“ zur Entfaltung zu bringen.

Allzu schnell werden ein ineffizienter bürokratischer Apparat und die allgemeine „Steuerungsunfähigkeit“ staatlicher Institutionen als die wesentlichen Gründe verfehlter Forschungs- und Entwicklungspolitik (FuE-Politik) angeführt. Doch diese Schuldzuweisungen gehen am Kern der Ursachen vorbei. Nichtintendierte Effekte und fehlgeleitete Politiken sind komplexer konstituiert und müssen daher auf die spezifische Entwicklungslogik der zu fördernden Technologien selber zurückgeführt werden. Diese Entwicklungslogiken, die von einer Technologie zur anderen unterschiedlich sind, werden oft von der Förderungspolitik nicht wahrgenommen, was in der Natur der Sache liegt, da sich diese Logik *ex post* ergibt, d. h. eine zielgesteuerte FuE-Politik kann nicht im Voraus die marktkonformen Potentiale einer Technologie erkennen oder gar wecken. Eine „erfolgreiche“ FuE-Politik ist viel besser beraten, den Kontext der Technologieentwicklung so zu gestalten, daß sich ein möglichst breites Spektrum von Anwendungspotentialen über den Markt anschließen kann, also trotz ihrer inhärenten Blindheit gegenüber der zukünftigen Entwicklung möglichst viele Optionen, die sich gegenseitig ergänzen, bereitzustellen. Aus der Analyse von vergangenen Entwicklungspfaden lassen sich dennoch Anregungen für die Optimierung von FuE-Politik ableiten.

Im folgenden Artikel wollen wir die Komplexität dieser Entwicklungslogiken für die Beispiele Biotechnologie und Künstliche Intelligenz und ihre Bedeutung für staatliche FuE-Politik ausführen. Um diese Spezifitäten abzubilden, bedarf es zweier Analyseperspektiven: Zum einen den Längsschnitt zweier verschiedener Technologien; wir haben hier die Biotechnologie und die Künstliche Intelligenz (KI) gewählt, weil es sich bei beiden

um Hochtechnologien mit einem hohen gesellschaftlichen Durchdringungsgrad handelt. Beide Technologien werden für zukunftsfähig und standortsichernd gehalten und sind an den Schnittstellen anderer wissenschaftlicher Disziplinen entstanden. Sie haben aber dennoch sehr unterschiedliche Entwicklungen vollzogen. Zum anderen bedarf es eines Querschnitts dieser Technologieentwicklungen in zwei verschiedenen Staaten, hier in der Bundesrepublik und in den USA. Diese beiden bieten sich als Vergleichsstaaten an, da sie hochindustrialisiert sind und in beiden Technologien miteinander konkurrieren. Beide haben aber unterschiedliche Technologiepolitiken verfolgt.

Die technologie- und nationalspezifischen Perspektiven werden für die Zeit- und Raumdimension wie für die Kapital- und Anbindungsstruktur vergleichend untersucht. Eine zentrale Rolle kommt in allen Vergleichskategorien den Akteuren zu, die diese Kategorien miteinander verbinden und ihre Interdependenz herstellen. Das folgende Schaubild gibt einen Überblick:

Kategorien der technologie- und nationalspezifischen Entwicklung

Anbindungs- strukturen	Technologiespezifisch	Nationalspezifisch
ZEIT	Entwicklungszeiten Produktzyklen Ausdifferenzierung	A K T Förderphase (Initiierung und Umsetzung der Technologie) Anpassung an die globale Produk- tionsweise
RAUM	Geographische Konzen- tration innovationsbedin- gender Infrastruktur globale Vernetzung	E U R Institutionelle und programmatische Förderung
KAPITAL	Kapitalintensität	E Finanzierungs- struktur

Wer gegenwärtig über Entwicklungs- und Innovationsmodi von Hochtechnologien wie der Künstlichen Intelligenz oder der Biotechnologie reden will, stößt unweigerlich auf ein herausragendes Charakteristikum, das die Technologien per se prägt: die Unmöglichkeit, sie präzise in ein technisches oder in ein ökonomisch-industrielles Definitionsfeld einzuordnen, sowie auf den hohen Unsicherheitsfaktor hinsichtlich ihrer zukünftigen Entwicklungspotentiale. Diese Situation wirft ein neues Licht auf eine For-

schungs- und Technologiepolitik, die zukunftsfähige Schlüsseltechnologien etablieren will.

Die Großtechnologien (*Big Science*¹), die sich lange Zeit dadurch auszeichneten, alle gesellschaftlichen Lebensbereiche zu durchdringen und zu verändern, können längst keine optimistischen Zukunftsperspektiven mehr entwerfen. So entsprechen die gesellschaftlichen Folgewirkungen der Implementation der Biotechnologie und der Künstlichen Intelligenz weder den prognostizierten Negativszenarien noch den allzu optimistischen industriepolitischen Fortschrittserwartungen. Die Entstehung und Entwicklung von Groß- und Hochtechnologien verläuft keineswegs geradlinig, sondern wird von einer Vielzahl neuer Innovationsformen bereichert. Entwicklungsverläufe von komplexen Technologien sind folglich nicht von vornherein absehbar und schon gar nicht gezielt. Sie scheinen eher unkontrollierbar zu sein. Eine Konsequenz dieses autonomen Entwicklungsverlaufs von Technologie ist, daß sich der Staat nach jahrzehntelanger missionsorientierter Hochtechnologiepolitik aus diesem Politikfeld zurückzieht: Staatliche Forschungsmittel in diesen Bereichen werden entweder gekürzt und der Industrie überlassen oder eklektisch eingesetzt, um die knappen finanziellen Mittel für die Anschubfinanzierung neu entstehender technologischer Felder einsetzen zu können. So werden Programminhalte offenbar wahllos umformuliert und Förderinstrumente gewechselt, ohne daß diese Änderungen in der Programmatik von einer Evaluierung der technologisch-industriellen Wirkungen begleitet wäre. Beispielsweise werden zur Zeit im Bereich der alternativen Energien wie der Photovoltaik Fördermittelzuweisungen zurückgeschraubt. Im Kontrast dazu gibt es verstärkt Mittel für die Biotechnologie, ohne daß auf eine überzeugende positive Bilanz der Wirkungen der bisherigen Ausgaben zurückgeblickt werden kann. Aneh hier ist eine Wirkungsanalyse unterblieben, mit der diese Entscheidung begründet werden könnte.

Staatliche Technologiepolitik erweist sich aber als notwendige Maßnahme zur Generierung einer wissenschaftlich-technologischen Grundaussstattung einzelner Räume in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft.² Diese integrierte Forschungs- und Entwicklungslandschaft wird zur wichtigen Standortvoraussetzung jener Industrien, die auf dem Weltmarkt mit Produkten konkurrieren, die einen hohen Komplexitätsgrad sowie einen hohen FuE-Anteil aufweisen. Aus diesem Grunde sehen westliche Industriestaaten die Notwendigkeit, strategisch wichtige Technologiebereiche in ihrem Systemcharakter zu identifizieren und zu fördern.

Für die beiden hier diskutierten Fälle Künstliche Intelligenz und Biotechnologie zeichnen sich jeweils Überlappungen zu anderen Industrien

1 D. de Solla Price, *Little Science, Big Science ... and Beyond*. New York 1963.

2 G. Colletis/B. Pecqueur, *Die französische Diskussion über die Industriedistrikte – Über die Bildung von „Territorien“ im Postfordismus*, in: W. Krumbein (Hrsg.), *Ökonomische und politische Netzwerke in der Region*, Münster 1994.

ab, die sich teilweise auch in den Förderschwerpunkten widerspiegeln. Aus dem Mix kompatibler Elemente aus bereits entwickelten Technologien entstehen neue Entwicklungen zu sogenannten Hybridtechnologien. Eine klare Abbildung der Entwicklungsstränge der Wissenschaft auf die industrielle Implementation ihrer Ergebnisse in die unterschiedlichsten Bereiche ist nicht mehr möglich.³ Die Zyklen der Schlüsseltechnologien, die in den fünfziger Jahren im Forschungssystem etabliert wurden, weisen eine zunehmende Zerfaserung in neue Segmente auf. Die neue Unübersichtlichkeit der technologischen Entwicklungslogik liegt dabei in der Natur der Sache selbst, nämlich „in der tendenziellen Differenzierung und Diversifizierung, die jeder Technologie inhärent ist, weil intern Optionen generiert werden“⁴, die dann von unterschiedlichen wissenschaftlichen und industriellen Segmenten weiter verfolgt werden: „Differentiation threatens to become fragmentation, control through technology threatens to become control by technology, co-operation with government and industry threatens to become colonization by them.“⁵

Die neue Konfusion über Sinn und Erfolg der Technologiesteuerung betrifft auch die hier diskutierten Technologien. Die Biotechnologie und die Künstliche Intelligenz zeichnen sich heute beide in erster Linie durch ihre Diversifizierung aus. Sie sind Querschnittstechnologien und haben das Potential, in vielen unterschiedlichen Branchen angewandt zu werden. Sie können sowohl produkt- wie auch prozeßinnovativ sein. Es gibt eine große Bandbreite von biologischen und biochemischen Vorgängen, die man als biotechnologisch kategorisieren kann – von der traditionellen Enzymfermentation bis hin zur modernen Molekularbiologie.⁶ Der Entwicklungsmodus der Biotechnologie bestimmt sich einerseits durch das kumulierte Wissen um die DNA-Struktur (*science-based*), andererseits durch den Grad der Integration von verschiedenen (biologischen und chemischen) Prozessen aus unterschiedlichen Wissenschaftsrichtungen und Diffusion in andere Technologien. Eine potentielle Diversifizierung macht die Biotechnologie für viele industrielle Anwendungsmöglichkeiten interessant. Von der Biotechnologie kann verallgemeinernd genauso wenig gesprochen werden wie von einer Biotechnologieindustrie.

Die Diversifizierung der KI erklärt sich in gleicher Weise aus ihrer Relevanz für unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen und industrielle

3 F. Kodama, Technologiefusion – der Weg zum Erfolg auf Zukunftsmärkten, in: Harvard Business Manager, Bd. 1, 1992; W. Rammert, Technik aus soziologischer Perspektive, Opladen 1993.

4 P. Weingart (Hrsg.), Technik als sozialer Prozeß, Frankfurt a. M. 1989.

5 S. Crook/J. Pakulski/M. Waters, Postmodernization, London 1992, S. 206.

6 Allerdings beschränkt sich diese Studie auf die sogenannte moderne Biotechnologie. Sie umfaßt den gezielten Eingriff in die DNA und die selektive Veränderung genetischer Erbinformationseinheiten. So können in vitro Mikroorganismen entworfen und produziert werden, die wiederum bestimmte Substanzen absondern und dann in einer Vielzahl von Prozessen eingesetzt werden können, wie z. B. zur Fermentation.

Anwender in der Informationstechnologie. Technologische Inhalte der KI wie Systemlösungen, Planverfahren, Parallelrechnen und Robotik vereinfachen komplexes Netzmanagement sowie Steuerungs- und Regeltechnik und sind in den industriellen Sektoren Telekommunikation, Verkehr, Fertigung, Medizin, Umweltschutz und Unterhaltungselektronik strategisch wichtig. Die Bedeutung dieser Technologie besteht in einem stetig steigenden Anteil von KI-Lösungen in erfolgreichen Anwendungssystemen der genannten Sektoren.

War die Künstlichen Intelligenz (KI) in den Anfängen unter Profitabilitäts Gesichtspunkten ähnlich risikoreich wie die Biotechnologie, hat seit den achtziger Jahren die Kommerzialisierbarkeit von Produkt- und Prozeßlösungen zugenommen. Forschungsergebnisse in diesem Bereich haben besonders in Verbindung mit der Mikroelektronik, der Datenverarbeitung und der Softwareentwicklung in die Informationstechnologieindustrie Eingang gefunden. Obwohl beide Technologien eine ähnliche Zerfaserung ihrer Entwicklungsverläufe zeigen, gibt ein Vergleich der beiden Technologien über die strukturellen Unterschiede Aufschluß, die sich aus dem Technologiezzyklus und der aufnehmenden Industriestruktur in den einzelnen Ländern ergeben. Inwiefern diese spezifischen Entwicklungsverläufe durch die Aufgabenbereiche des Staates tangiert werden, ergibt sich aus der vergleichenden Analyse der beiden Entwicklungswege.

Die folgende Kategorisierung der beiden Technologien gemäß ihrer respektiven Abhängigkeit von der wissenschaftlich-technologischen Basis (*science-based*, d. h. überwiegend auf den Erkenntnissen aus der Grundlagenforschung basierend, oder *technology-based*, also auf technischer Weiterentwicklung beruhend) zeigt die Unterschiedlichkeit der Verlaufswege an dem kritischen Punkt des Überganges von der Wissensgenerierung zur industriellen Anwendung. Diese strukturellen Unterschiede der beiden Beispiele sind an der Schnittstelle, an der sich technologische Entwicklungslinien in der Industrie artikulieren können, in ihrem technologieimmanenten und nationaltypischen Charakter dargestellt.

2. Die Entwicklung der Biotechnologie an der Schnittstelle zur industriellen Anwendung

Die Betrachtung von Innovationsentwicklung und politischer Programmatik der Biotechnologie in Deutschland läßt sich in zwei Phasen unterteilen: die erste von 1968 bis 1981 und die zweite daran anschließend bis in die Gegenwart. Die Kausalität von politischer FuE-Steuerung und industriell anwendbarer Innovation ist in diesen beiden Phasen durchaus unterschiedlich. Beide Phasen sind gekennzeichnet von verschiedenen Defiziten, die die gewünschten Steuerungseffekte hemmten. Diese Defizite waren in der ersten Phase struktureller und inhaltlicher Art.

Im Rahmen des Programms „Neue Technologien“ von 1968 begann in Deutschland die gezielte Förderung der Biotechnologie früher als in jedem

anderen Land. Schwerpunkte dieser Anfänge waren zum einen die Errichtung der „Gesellschaft für Biotechnologische Forschung“ in Braunschweig als zentrale Bundesforschungsanstalt dieser Forschungsrichtung; zum anderen wurden aus dem Forschungsetat der Projektförderung traditionelle Richtungen in der Biotechnologie unterstützt. Als Zuwendungsempfänger in dieser ersten Phase hatten sich in der Hauptsache die großen Pharmaunternehmen des Landes qualifiziert. Mit der Aufnahme des „Forschungsschwerpunktes Biologie, Medizin und Technik“ von 1971 beim damaligen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft erhielt der Förderschwerpunkt weitere Konturen und wurde ein Jahr später im neugegründeten Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT, heute BMBF) beheimatet. Für die inhaltliche Ausarbeitung durch die „Arbeitsgruppe Biologie, Ökologie und Medizin“ berief das BMFT eine Beratergruppe aus Experten, die sich in erster Linie aus Vertretern der deutschen Chemie- und Pharmakonzerne zusammensetzte. Neue Innovationsfelder wurden für die Biotechnologie jedoch nicht erschlossen. Die Firmen zeigten kein bedeutendes Interesse, das Forschungsprogramm mit Hilfe ihrer guten Kontakte zum Ministerium so auszurichten, daß ihr Rückstand zu den neuesten Entdeckungen in den USA (Duplikation der DNA) aufgeholt werden konnte.⁷

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie bzw. seine Vorgänger, das seine Handlungsdomäne expandieren und unter dem Eindruck erlahmender Traditionstechnologien neue Optionen schaffen wollte, konnte die entsprechenden Akteure in Industrie und Wissenschaft von der Bedeutung und Notwendigkeit der Biotechnologie nicht überzeugen. Die vielversprechenden staatlich geförderten Forschungseinrichtungen (neben der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung [GBF] das Institut für Biotechnologie in Jülich, eine Reihe von Max-Planck-Instituten mit Schwerpunkten zur Biotechnologie sowie etliche Universitätsinstitute und Projektträger) und die Projektförderung⁸ konnten inhaltlich keine neuen Akzente in der traditionellen chemischen und biotechnischen Forschung durchsetzen.

Strukturell scheiterten die intendierten forschungspolitischen Ziele an der gegenseitigen Blockierung der involvierten Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen (Bund vs. Länder) und an der Eigendynamik der forschenden Institutionen (z. B. bei der GBF, innerhalb derer es verschiedenen Positionen gab). In diesen verhartenden Strukturen liegt die Ursache für die sogenannten *Lock-ins*, die die Innovationsdynamik der deutschen Biotechnologie hemmten. Der Terminus *Lock-in* bezeichnet Blockaden im

7 Vgl. K. Buchholz, Die gezielte Förderung und Entwicklung der Biotechnologie, in: W. v. d. Daele/P. Krohn/P. Weingart (Hrsg.), Geplante Forschung. Vergleichende Studien über den Einfluß politischer Programme auf die Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt a. M. 1979.

8 Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Biotechnologie-Programm 2000, Bonn 1991.

Netzwerk, die die Optimierung von Prozessen und deren Resultaten verhindern. Die technologiespezifische Entwicklungslogik, ihr Vermögen, Impulse von außen aufzunehmen und als Hybridtechnologien weiterzuentwickeln, war mit den bestehenden Anbindungsstrukturen nicht kompatibel. So blieben bahnbrechende Ergebnisse aus dieser Forschungsförderung in der deutschen Biotechnologie im allgemeinen aus. Von einigen Ausnahmen abgesehen dauerte es mehrere Jahre, bis die deutsche Industrie die Relevanz der Biotechnologie nicht nur auf der Forschungsebene sondern auch auf der kommerziellen Ebene erkannte, obwohl Vertreter aus der Pharmaindustrie selbst die Förderprogramme mitformulierten.⁹

Der sogenannte „Hoechst-Schock“ Anfang der achtziger Jahre markiert den Beginn der zweiten Entwicklungsphase der deutschen Biotechnologie.¹⁰ Als die deutschen Pharmariesen zu realisieren begannen, daß sie den Anschluß an die Entwicklung in den USA zu verlieren drohten, veränderten nicht nur die Unternehmen ihre Strategien, sondern auch die staatlichen Akteure versuchten ihr Programm den neu wahrgenommenen Herausforderungen anzupassen. Auf der anderen Seite des Atlantik, in den USA, hatten dagegen sowohl die Großindustrie, aber vor allem die innovativen Kleinunternehmer, sogenannte Entrepreneurs, schon seit den frühen siebziger Jahren die Bedeutung der Biotechnologie für die Entwicklung marktfähiger Biotechnologie-Arzneimittel erkannt und setzten diese profitabel um.

Die Defizite der ersten Phase der Biotechnologieentwicklung in Deutschland hatten eine faktische Wirkung, die sich auch in der zweiten Phase durchsetzte. Zwar orientierten sich die Unternehmen jetzt in ihrer Forschung um und maßen der neuen Biotechnologie größeren Stellenwert bei. Es wurden mehr Anträge auf Forschungsförderung beim BMFT gestellt und die Finanzmittel stiegen drastisch (von DM 68 Mio. im Jahr 1981 auf DM 254 Mio. 1988), eine Reaktion, die bis heute anhält (inzwischen sind es annähernd DM 450 Mio.).

Das BMFT reagierte mit einer neuen Schwerpunktausrichtung und initiierte zunächst das „Förderprogramm Angewandte Biologie und Biotechnologie“, später abgelöst vom Folgeprogramm „Biotechnologie 2000“. Staatlich geförderte Genzentren entstanden in innovativen Regionen (neben Köln noch München, Heidelberg und Berlin); auch inhaltlich wurde in den Förderprogrammen jetzt mehr auf die kommerziellen Möglichkeiten

9 Vgl. K. Buchholz, Die gezielte Förderung und Entwicklung der Biotechnologie (Anm. 7) und U. Dolata, Weltmarktorientierte Modernisierung. Die ökonomische Regulierung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1992.

10 Der deutsche Pharmariese Hoechst verkündete 1981, daß das Unternehmen einen Millionenbetrag in das renommierte Massachusetts General Hospital in den USA investieren werde, um mit den dortigen Wissenschaftlern auf dem Gebiet der medizinischen und pharmazeutischen Biotechnologie zu kooperieren.

Bezug genommen, die die Gentechnologie anzubieten schien.¹¹ Vor allem mit dem neuetablierten Instrument der Verbundforschung sollten Kooperationen zwischen Industrie und öffentliche geförderter Forschung zusammengeführt werden, um die Marktumsetzung der potentiellen Produkte zu beschleunigen.

Das Problem war jedoch, daß die intendierten Förderungsziele anbindungsfähiger Innovationen auch jetzt nicht mit den Instrumenten des BMFT erreicht werden konnten. Das für *Lock-ins* typische Beharrungsvermögen tradierter Strukturen und Orientierungen wurde nur peripher aufgebrochen. Statt dessen folgten die Unternehmen, die es sich leisten konnten, der Modernisierungsstrategie von Hoechst: Sie gingen Kooperationen mit innovativen Unternehmen in den USA ein, um sich dort einzukaufen, zu forschen, zu entwickeln und zu produzieren.

3. Nationaltypische Entwicklungsverläufe in der Biotechnologie

Die Entwicklungsverläufe der Biotechnologie und der KI in Deutschland grenzen sich deutlich von denen in den USA ab. Die Reaktion der deutschen Pharmakonzerne zeigt die typische Innovationsdynamik in der deutschen Biotechnologie: in die USA gerichtete strategische Allianzen, Fusionen und Akquisitionen. Kapital auf der einen Seite (Deutschland) paart sich mit Know-how auf der anderen Seite (USA). Diese „Übersee-Strategie“ der deutschen aber auch anderer europäischer und japanischer Unternehmen hatte mehrere Gründe. Zum einen war und ist die Biotechnologie in den USA am weitesten fortgeschritten. Forschungsinstitutionen und qualifiziertes Personal in privater und öffentlicher Forschung sind den Deutschen etwa um fünf bis zehn Jahre voraus. In den USA wird weniger die Biotechnologie an sich gefördert. Statt dessen liegen die Schwerpunkte auf Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung in der Medizin schlechthin. Dieser Bereich wird vom Staat ganz massiv über die Forschungsförderung in den National Institutes of Health, die Forschungseinrichtung der amerikanischen Gesundheitsbehörde, unterstützt. Da heutzutage fast alle medizinischen Teilbereiche auf biotechnische Forschung setzen, treffen hier technologiespezifische Entwicklungslinien auf bereits bestehende Anschlußfähigkeiten in der konkreten medizinischen Umsetzung. Diese Adaptionspotentiale werden nicht von der Forschungspolitik formuliert, sondern von den pragmatischen Bedarfsanforderungen der medizinischen Forschung geprägt. Die Schwerpunktsetzung geschieht also nicht auf der politischen, sondern auf der praktisch-technologischen Ebene. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zum deutschen Modell.

Zum anderen war und ist es wichtig, ein Unternehmen dort anzusiedeln, wo das größte Marktpotential besteht.¹² Und schließlich bietet das US-

11 Biotechnologie-Programm 2000 (Anm. 8).

12 Dazu Dolata, Weltmarktorientierte Modernisierung (Anm. 9).

amerikanische Forschungsfinanzierungssystem (über den Risikokapitalmarkt und indirekt über die Gesundheitsforschung und zahlreiche private Stiftungen) mehr Flexibilität und Risikobereitschaft für Unternehmensausgründungen, die erforderlich sein können, um bestimmte Produktlinien zu verfolgen. Das Problem der deutschen Biotechnologie (nicht nur im Pharmabereich) besteht in den ausbleibenden marktfähigen Innovationen. Die industrierelevante Forschung in der Biotechnologie konnte in Deutschland nicht bevorzugt gefördert werden, weil auf der einen Seite kein Konsens darüber bestand, auf welche zu Adaptionspotentialen ausbaubare Schwerpunkte gesetzt werden sollte. Auf der anderen Seite wurde die Vielfalt der möglichen Förderinstrumente für eine innovative Industrie nicht ausgeschöpft, sondern auf die Biotechnologie als Innovationsstrategie an sich gesetzt.

Die relativ offenen Förderschwerpunkte in der KI trafen dagegen auf eine diversifizierte anschlussfähige Anwenderstruktur in der Informationstechnologie. Die Förderprogramme des Bundesforschungsministeriums und auch die institutionelle Förderung offerierten in beiden Fällen eine große Vielfalt an inhaltlichen Förderoptionen, die in der Biotechnologie aber nur von den großen Unternehmen der Pharmaindustrie in Anspruch genommen wurden. Dagegen sorgten kleine innovative Unternehmen in der KI insbesondere im Softwarebereich für Tempo und neue Impulse und bildeten so Ausgangspunkte für neue Entwicklungswege. Sie gaben außerdem Anregungen für bestehende Sektoren in den großen Unternehmen der Automobil- oder Elektronikindustrie. In der Biotechnologie wurde hingegen das gefördert, was ohnehin schon vorhanden war, neue Gebiete aber kaum getestet. Diese *Lock-ins* gerieten zum technologischen Nachteil, weil die Forschung in Deutschland trotz aller staatlicher Bemühungen keine Spitzenposition erreichte. Eine Folge war, daß relevante Akteure in der Biotechnologie in die USA abwanderten.

Die Unflexibilität der Förderstrukturen, die darin bestand, sich der Entwicklungslogik der Biotechnologie nicht anzupassen, und die fehlende Anschlußmöglichkeit staatlicher Förderungsinstrumente an die Bedürfnisse der Industrie und Wissenschaft, verstärkte die Tendenz anwendungsferner *Lock-ins* in den wissenschaftlichen Förderbereichen. Auf der politischen Seite kommt noch ein weiterer Faktor hinzu: Technologiepolitik wurde nahezu ausschließlich als Domäne des BMFT definiert, abgesehen von der Ressortforschung der einzelnen Ministerien wie das Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundeswirtschaftsministerium. Die Strukturen in der deutschen FuE-Politik waren nicht flexibel genug, um sich der technologiespezifischen Logik anzupassen. Es gab kein kongruentes Zusammenspiel aller relevanten staatlichen Organe. Die Technologiepolitik verstand sich nicht als Schnittstelle aller relevanten Strukturen und Akteure. In den USA dagegen waren die kontextuellen FuE-Politiken kompatibel mit der Anbindungsstruktur des Marktes und den Finanzierungsoptionen. Ergebnisse aus der universitären Forschung konnten auf

dem Industriesektor effektiver umgesetzt werden. Kleine und mittelständische Unternehmen, sogenannte KMU, haben wesentlich zur Technologieentwicklung und -diffusion sowie zur Marktentwicklung beigetragen. Auf diese Finanzierungsstruktur konnten deutsche Unternehmensgründer nicht zurückgreifen. Die unbedeutende Rolle deutscher KMU für die Biotechnologieentwicklung liegt nicht zuletzt an den traditionellen Strukturen in Forschung und Markt, die von den großen Pharmakonzernen dominiert werden. Zwar gibt es eine geringe Anzahl von kleinen Biotechnologieunternehmen in der BRD, die als Innovationspartner für die größeren Pharmaunternehmen dienen, doch engagieren sich letztere immer noch bevorzugt in den USA, um ihren Innovationsrückstand aufzuholen.

Die Biotechnologie-Förderungspolitik des Bundes war so angelegt, daß bestehende Strukturen aufgegriffen und wiederholt wurden und so die Innovationsgenerierung den großen Pharmakonzernen überlassen blieb. Sie vereinnahmten den größten Anteil der hierfür zur Verfügung gestellten BMFT-Gelder, die allerdings in den FuE-Haushalten der Konzerne selbst nur einen geringen finanziellen und inhaltlichen Stellenwert haben. Folglich war dies kein forschungspolitisches Instrument zur Stimulierung von Innovationen, sondern bestenfalls das Salz in der Suppe großer Pharmaforschungsetats. Aus den umfangreichen Analysen anderer Technologien ist zur Genüge bekannt, daß große Konzerne zu schwerfällig sind, um flexibel auf die neuen Anforderungen des Marktes zu reagieren.¹³ Dies gilt auch für den Forschungsbereich. Diese Riesen sind daher auf Impulse aus kleinen, dynamischen und flexiblen Unternehmen angewiesen, wie auch das Beispiel USA zeigt. Die deutsche Industrie- und die Forschungsförderungsstruktur gab den KMU jedoch keine Chance, sich in der Biotechnologie zu engagieren. Die Bedeutung ihres Innovationspotentials wurde zu spät erkannt. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sich die deutschen Unternehmen ihre strategischen Allianzen dort suchen, wo die innovativsten KMU prosperieren.

Ein weiteres Hemmnis für die Innovationsfähigkeit der deutschen Biotechnologie ist, daß sie in Forschung und Industrie zu wenig als das wahrgenommen wird, was sie ist: nämlich als Querschnittstechnologie. D.h. die Ausrichtung ist immer noch zu sehr in den einzelnen Technologiesegmente verhaftet und die Integrationsansätze, das ganze Potential dieser Technologieäste zu einer neuen Technologie zu verknüpfen, sind die Ausnahme. Es zeichnet sich bereits ab, daß der zukünftige Entwicklungsweg der Biotechnologie gekennzeichnet sein wird durch:

- den Modernisierungsdruck der Pharmaindustrie (flexible Spezialisierung bei gleichzeitiger Erhaltung der Massenmärkte) und die wachsen-

13 Deswegen haben sich große Konzerne in der Mikroelektronik in den achtziger Jahren auch strukturell stark verändert und viele Teilbereiche ausgegliedert. In der Pharmabranche ließ dieser Umstrukturierungsprozeß jedoch erheblich länger auf sich warten. Erst kürzlich begannen die Konzerne mit der Neuorganisation ihrer Portfolios.

- de Konkurrenz auf dem Weltmarkt in dieser und anderen biotechnologierelevanten Industrien;
- das Vermögen anderer Industrien, marktfähige Applikationen aus dem Querschnittsbereich, den die Biotechnologie durch die Integration anderer Technologien bildet, zu generieren;
- die Fähigkeit der technologiepolitischen Akteure, ihre Instrumente gemessen an neuen Erfordernissen einzusetzen. Das impliziert auch ein Aufbrechen der strukturbedingten *Lock-ins*.

4. Der Entwicklungsweg der Künstlichen Intelligenz an der Schnittstelle zur Anwendung in der Informationstechnologie

Etwa zeitgleich zur staatlichen Förderung der Biotechnologie wuchs das Bewußtsein forschungspolitischer Institutionen über die zunehmende Bedeutung der KI. Im Jahre 1966 veranlaßte die Debatte um die sogenannte Technologielücke und um das Zurückbleiben hinter der amerikanischen Entwicklung in dem als strategisch erachteten Bereich der Informationstechnologie (IT) die deutsche Regierung zu mehreren Maßnahmen. Diese stellten zunächst recht zögerliche Versuche für den Aufbau einer technologisch-industriellen Basis in diesem Feld dar. Von 1966 bis Ende der siebziger Jahre wurde die KI mit drei Datenverarbeitungsprogrammen vom BMFT mitgefördert,¹⁴ ohne als eigener Förderschwerpunkt ausgewiesen zu sein.

Der Sinn dieser Maßnahmen lag in einem schnellen Aufbau einer wissenschaftlichen Infrastruktur und von Forschungskapazitäten in der Industrie, wobei die Idee, die neue Wissenschaft in bereits bestehenden Disziplinen anzusiedeln, ihrem interdisziplinären Charakter entsprach. Die infrastrukturelle Maßnahme beschränkte sich aber nicht nur auf den institutionellen Aspekt, sondern sah auch ganz gezielt die Förderung des Humankapitalbereiches mit dem Aufbau des Studienfaches Informatik (seit 1967) in bereits bestehenden Fakultäten vor. Generell ist festzustellen, daß in Deutschland die neue Technologie zunächst eine starke Anschlußfähigkeit in ingenieurwissenschaftlichen Sektoren zeigte und sich ein dementprechender Entwicklungspfad ergibt.

Neben dem gezielten Aufbau von Forschergruppen wurde zur gleichen Zeit (1969) die *Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung*, GMD, unter einer neunzigprozentigen Finanzierung durch den Bund zum Nukleus für die Grundlagenforschung im Großrechnerbereich aufgebaut und kontinuierlich gefördert. Die inhaltlichen Schwerpunkte verlagerten sich über die Zeit und innerhalb der GMD bildeten sich verschiedene For-

14 A. Stucke, Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums, Frankfurt a. M. 1993; E. Grande/J. Häusler, Industrieforschung und Forschungspolitik. Staatliche Steuerungspotentiale in der Informationstechnologie, Frankfurt a. M. 1994.

schungsbereiche. Von einer solchen Dynamik in den Großforschungseinrichtungen kann in der Biotechnologie nicht gesprochen werden. Mit dem Aufbau der Großforschung und universitären Forschung in Deutschland förderte die Bundesregierung zur gleichen Zeit die nationalen Großunternehmen, die einerseits in der Konzeptionsphase der Programme beteiligt, andererseits auch als Fördermittelempfänger berücksichtigt wurden. Der Entwicklungsverlauf der KI wurde aus diesem Grunde deutlich durch vielfältige industrielle Präferenzen beeinflusst, die der inhaltlich offen geförderten Informationstechnologie ihre Gestalt verliehen.

Das zu 30 Prozent von den Ländern finanzierte BMFT-Förderprogramm EDV III war für die produktbezogene Entwicklung von Klein- und Kleinstreibern bestimmt. Es bot so die Möglichkeiten einer Partizipation von KMU und einer Diffusion der Technologie in Anwendungen, die im Bereich der EDV gestützten Betriebs- und Produktionsorganisation, der Erfassung und Bearbeitung von Daten und der Automatisierung lagen. Anders als in der Biotechnologie wurden die KMU also frühzeitig in die Technologieentwicklung integriert und trugen so wiederum zu ihrer Diversifizierung bei.

In einer zweiten Phase, die sich seit den achtziger Jahren abzeichnet, reagiert das BMFT auf die zunehmende Ausdifferenzierung der Technologie mit der Aufnahme neuer Fördertitel und Schwerpunkte. Die KI mit ihren verschiedenen Ausprägungen wird seitdem vom BMFT als eigenes Gebiet in der IT geführt. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre engagierten sich dann auch die Bundesländer in der Verteilung der Sonderforschungsbereiche an den Universitäten. Erstmals kam es zu einer grundlagenorientierteren IT und einer expliziten Förderung der KI außerhalb der Großforschungseinrichtungen. Zusätzlich wurden eine Reihe von anwendungsorientierten Fraunhoferinstituten eingerichtet, die inhaltlich näher an der KI lagen und der Konvergenzbewegung in der Informationstechnologie durch verschiedene Schwerpunkte wie Mikrosystemtechnik, Mikroprozessoren etc. Rechnung trugen. Die intraorganisatorische Flexibilität dieser Einrichtungen, die in der Kombination von industrierelevanten und universitärer Forschung besteht, erweist sich als eine flexible Struktur für die technologischen Bedürfnissen der kleinen, aber auch der großen Unternehmen, die einen steigenden Bedarf an Systemlösungen haben. Die gewachsene Bedeutung der KI und ihre fortschreitende Ausdifferenzierung ist so unter anderem darauf zurückzuführen, daß sich die technologieintensiven Geschäftsfelder einer sich diversifizierenden und global konkurrierenden Großindustrie zunehmend in Richtung dieser Technologie bewegt hatten. Im Zeitalter der schnellen Lieferwege standen die großen Unternehmen der hochindustrialisierten Länder in arbeitsintensiven Produktionsbereichen in einem zunehmenden Wettbewerb mit Anbietern aus Billiglohnländern. Mit steigender Technologieintensität der Produkte war es ihnen jedoch möglich, ihren komparativen Vorteil in Form einer wissenschaftlich-technologischen Grundausstattung weiter auszubauen und

sich in neuen Marktsegmenten der Hochtechnologie am Weltmarkt zu etablieren. So wurden beispielsweise nicht mehr allein Standardchips angeboten; ein Wettbewerbsvorteil bestand in steigendem Maße für denjenigen Anbieter, der ein kundenspezifisches, hochkomplexes System auf dem Chip verkaufen konnte.

In Deutschland wurde in der Förderpolitik der IT insgesamt auf die Strategie der Marktnachfrage (*market pull*) gesetzt, was den Innovationsweg im Vergleich zur Situation in den USA abkürzte, weil von Anfang an einer anwendungsorientierten Grundlagenforschung der Vorzug gegeben wurde. Die FuE-Mittel der nationalen Ebene flossen zunächst als Infrastrukturmittel in die Universitäten und dienten im Rahmen der programmatischen Förderung auch dem Aufbau von nationalen Firmenchampions, die in den IT-Markt und seine Segmente diversifizierten. Erst in den achtziger und neunziger Jahren kristallisierte sich die eigentliche Bedeutung der KI als Grundlagenforschung heraus, die wiederum von den durch die föderale Ebene initiierten Forschungsinstitutionen und der sich zu diesem Zeitpunkt organisierenden *scientific community* in der KI aufgegriffen wurde. Das BMFT förderte in der zweiten Entwicklungsphase, seit Mitte der achtziger Jahre, die KI-Forschung. Als zentrale Akteure entstanden neben der GMD, in den neunziger Jahren Konsortien mit industrieller Beteiligung wie das Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz, DFKI, ebenso wie die regionalen Einrichtungen, deren Klientelstruktur durch unterschiedliche Unternehmensgrößen und Branchen charakterisiert ist. Die regionalen Forschungseinrichtungen versuchen durch ihre internen Organisationsstrukturen den vielseitigen industriellen Möglichkeiten der KI gerecht zu werden und auch mit KMU im Maschinenbau, im Service- und Bankenbereich zu kooperieren. Die KI findet heute in Deutschland aber immer noch ihre hauptsächlich industrielle Anwendung bei den großen Unternehmen und bei den KMU im Anwendersoftwarebereich. Der Einstieg in die anwendungsorientierte Grundlagenforschung korreliert dabei mit einer bestimmten Phase der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung und mit bestimmten Forschungsinhalten. In der KI scheint in der Retrospektive das Timing für den Technologietransfer gestimmt zu haben. Der funktionierende Transfer ist wohl vor allem auf den gestiegenen Technologiebedarf einer im globalen Wettbewerb stehenden IT-Industrie¹⁵ zurückzuführen, was einen von den Unternehmen ausgehenden Technologietransfer aus den Forschungseinrichtungen erleichtert. Die abfragenden Unternehmen – und hierzu gehören im Falle der KI auch die exportorientierten KMU – wirken so durch einen Rückkopplungsmechanismus auf die Zusammensetzung der Palette der Forschungsinhalte hin.

15 D. Foray, Production and Distribution of Knowledge in the New Systems of Innovation: The Role of Intellectual Property Rights, in: STI, No. 14, 1994.

5. Nationaltypische Entwicklungswege in der Künstlichen Intelligenz

Betrachtet man die Situation in Deutschland im Gegensatz zur amerikanischen, wird einerseits deutlich, daß die frühe amerikanische KI-Forschung für den deutschen Entwicklungsverlauf von Bedeutung ist. Obgleich in den USA der Entwicklungspfad stark von den *Computer Sciences* und der Computerindustrie dominiert wird, statt von den Ingenieurwissenschaften und der Maschinenbauindustrie, – stellten die Ergebnisse der US-amerikanischen Grundlagenforschung wichtige Weichen im Bereich der Expertensysteme und Programmiersprachen. So sind die heutigen globalen Standards der Betriebssysteme oder Datenbankprogramme von US-amerikanischen Entwicklungen geprägt.

Andererseits wird deutlich, daß der späte deutsche Einstieg einen anderen Entwicklungsverlauf mit sich bringt, weil sich zu diesem Zeitpunkt eine Anschlußfähigkeit an andere industrielle Entwicklung zeigt. Im Gegensatz zur Biotechnologie arbeitet die deutsche Industrie seit Mitte der achtziger Jahre mit den qualitativ hochwertigen deutschen Forschungseinrichtungen zusammen und ist nicht auf den Einkauf von US-amerikanischen Innovationen angewiesen. Einschlägige Forschungsrichtungen wie die Automatisierungstechnik im Automobilbau werden derzeit sogar in die USA exportiert, wo die Modernisierung alter Sektoren neu auf der politischen Agenda steht, aber (noch) keine anschußfähige Forschungsinfrastruktur vorhanden ist.

KI-Projekte existierten in den USA schon seit 1956 und waren hauptsächlich in Großforschungslaboratorien von Universitäten und Industrie angesiedelt. Dieser Zweig der auf Grundlagenforschung basierenden (*science based*) KI fand aber lange Jahre keine Umsetzung durch die zivile Industrie, da die staatliche Förderung zunächst nur auf den durch Geheimhaltungsvorschriften abgeschotteten militärischen Sektor ausgerichtet war. Zivile industrielle Forschung und Anwendung zeigt sich demnach auch in den USA erst ab Mitte der achtziger Jahre, obwohl die KI auch heute noch zu zwei Drittel durch das US-Verteidigungsministerium, *Department of Defense*, gefördert wird. Auch die staatliche Förderung hat zu diesem Zeitpunkt als Reaktion auf das japanische *5th Generation Program* deutlich zugenommen. 1983 wurde das *Microelectronics and Computer Technology Consortium*, MCC, als ein über ein Industriekonsortium und öffentliche Aufträge finanziertes Großforschungszentrum in Texas gegründet. Dieser Prototyp markiert die Zäsur zur industriellen Anwendbarkeit der Technologie. In Deutschland avancierten zu diesem Zeitpunkt Verbundprojekte zum wichtigsten Instrument der nationalstaatlichen Förderung. In Deutschland finden sich auf diese Weise neben dem eher *science-based*-Verlauf eine Anzahl von unterschiedlichen Entwicklungswegen durch die Kopplung mit industriellen Sektoren in der Telekommunikation, der Automatisierung, der Bilderkennung usw. Insgesamt zeigt sich, daß die für die breite Entwicklung in der Biotechnologie so unvorteilhafte Vielfalt aus

Programmen und Politikinstrumenten in dieser Technologie auf eine breite industrielle Anschlußfähigkeit traf, die durch Rückkopplungsprozesse das Qualitätsniveau der KI in den oben aufgeführten Bereichen sichern konnte und Technologieimporte aus anderen Ländern nicht nötig machte.

6. Die Entwicklungsverläufe an der Schnittstelle der wissenschaftlich-technologischen Basis und industriellen Applikation: Science-based versus technology-based

Die Dynamik der Integration und die Notwendigkeit, Wissen zusammenzuführen, resultieren in einen Zentralisierungsprozeß innovativer Aktivitäten. Aus diesem Grund kann die Biotechnologie in der Regel keine ortsungebundene, sog. *footlose* Technologie sein. Im Gegensatz dazu ist das Vorhandensein und Zusammenspiel bestimmter Institutionen, die im besten Falle die Pluralität der Anwendungsmöglichkeiten an einem Ort repräsentieren, eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung und Innovationsfähigkeit der Biotechnologie. Dies trifft ganz besonders für die frühe Phase der modernen Biotechnologie zu. Zu diesen Voraussetzungen zählten in der Vergangenheit im wesentlichen staatliche oder private Forschungsinstitutionen, Universitäten, forschende Unternehmen, die sowohl diversifiziert wie spezialisiert sind und ein anwendungsbezogenes Distributionsnetz und hochqualifiziertes Personal haben. Dabei sind bis heute staatliche Förderprogramme ebenso grundlegend wie eine gesetzlich flankierende Regulierung, die dem Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft Rechnung trägt.

Die Anwendungsmöglichkeiten in der Industrie sind weit gefächert. Sie erstrecken sich vor allem über die Bereiche Pharma, Nahrungsmittelindustrie, Chemie, Umwelt und der Agrarwirtschaft. Trotzdem bleiben die wissenschaftlichen Ergebnisse der Biotechnologie vor allem für den Pharmabereich relevant, der sich durch die staatliche Neuordnung des Gesundheitswesens einem gewachsenen Modernisierungsbedarf gegenüber sieht, welcher wiederum durch eine Technologieinfusion bewerkstelligt werden soll. Derzeit bietet der Pharmabereich die wichtigste Anwendungs- und Adaptionsstruktur von Innovation zu Produkt in der deutschen Biotechnologie und international.¹⁶ Gleichzeitig ist keine andere Industrie so sehr auf Forschung und Entwicklung angewiesen wie die Pharmaindustrie, was sie als kostenintensiv und risikoreich auszeichnet.

Wie oben ausgeführt, hat sich die Grundlagenwissenschaft KI erst spät als eigenständige Forschungsrichtung etabliert. Sie ist in einem kleinen Hochtechnologiesegment repräsentiert und wie die Biotechnologie eine *science-based technology* mit relativ geringen Skalenerträgen in der betrieblichen Umsetzung und mit hoher Forschungsintensität. Gleichzeitig

¹⁶ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Ausgaben für biotechnische Forschung, Wiesbaden 1995.

findet sich aber auf dem vorherrschenden Segment seit den sechziger Jahren ein Entwicklungsweg durch die breite Anwendung von einzelnen Produkt- und Prozeßinnovationen der KI in der Informationstechnologie. Dieser zeigt eine Tendenz zu einer *technology-based* Entwicklung und bleibt von Ergebnissen der Grundlagenforschung oft bereits räumlich entfernt (vgl. das von der Industrie isolierte DFKI in Kaiserslautern oder die GMD-Institute in Darmstadt und Bonn). Die mathematischen Modelle der Grundlagenforschung (neuronale Netze, Sprach- und Bilderkennungsverfahren, Simulationsprogramme etc.) können aber stets in komplexe Informatiksysteme integriert werden. Da die Steigerung des Technologieanteils der Produkte im Konkurrenzkampf der industrialisierten Länder notwendig ist, führt das tatsächlich zu einer wachsenden Bedeutung der Grundlagenforschung für die Industrie. Aus diesem Feedback des Marktes ergibt sich im Gegensatz zur Biotechnologie eine Vielzahl von konkretisierbaren Entwicklungswegen für die Erkenntnisse der Grundlagenwissenschaft. Diese werden u. a. von der im jeweiligen Segment vorherrschenden Unternehmensgröße geprägt. Eine zukünftige Entwicklung in der KI wird durch die aufnehmenden industriellen Kontexte geprägt sein. Sie lassen sich wie folgt kategorisieren:

- KI als Modernisierungsstrategie: Implementation in forschungsintensive Kernbereiche reifer Branchen, großer Unternehmen (z. B. in der Elektronik und im Automobilbau: Informations- und Kommunikationstechnologie und Automatisierung).
- Nischenproduktion kleiner und mittlerer Unternehmen, wie z. B. im Bereich der Expertensysteme und der Funktionschips (ASIC).
- Diversifizierung (als *Leap-frogging*-Strategie) großer Unternehmen in den KI-Bereich (z. B. Fairchild, Olivetti, Siemens: Spracherkennung und *Very Large System Integration*, Mikroprozessoren).

Die Vielzahl der möglichen technologischen Entwicklungsverläufe der KI wird an der Schnittstelle zur industriellen Anwendungsmöglichkeit deutlich. Diese Anwendungsbreite und hohe Zahl der technologischen Pfade ist in der Biotechnologie nicht zu finden. Hier ist die Anbindung an die Pharmaindustrie vorherrschend; Forschungslinien entwickeln sich dementsprechend. Die KI ist geprägt von einer Dichotomie von technologie- und wissensbasierter Entwicklung, wobei die wissensbasierte Entwicklung (hoher KI-Anteil) den in diese Technologie diversifizierenden Großunternehmen vorbehalten bleibt. Der technologiebasierte Entwicklungsweg zeigt dagegen ein breites Spektrum an Möglichkeiten: Es umfaßt auch Bereiche, die von Massenproduktionsweise und Nischenproduktion (KMU) geprägt sind und nicht in dem Maße wie die Biotechnologie von qualifiziertem Personal und herausragenden Forschungsinstitutionen abhängen.

Mit dem Eintritt in die Phase der Adaptionfähigkeit in der (neuen) Biotechnologie und in der Künstlichen Intelligenz sind die Erwartungshorizonte der industriellen Möglichkeiten explosionsartig gestiegen. Damit ist ein Prozeß in Gang gesetzt worden, der zur weiteren Etablierung dieser

Technologie in der Gesellschaft beitragen wird.¹⁷ Diese sozio-ökonomische Erwartungshaltung ist von der Politik aufgenommen und unter dem Eindruck der zunehmenden Weltmarktkonkurrenz als Option für zukünftige Schlüsseltechnologien in staatliche FuE-Programme eingeflossen.

Gleichzeitig haben sich beide Technologien als technische Systeme geographisch in verschiedenen Konstellationen ausgeweitet, vor allem in den Industrieländern, die der technologieimmanenten Kapitalintensität Rechnung tragen können. Um die KI und um die Biotechnologie haben sich soziale Systeme etabliert und institutionell verfestigt, die auf die Entwicklung dieser Hochtechnologien Einfluß nehmen. Um zu bestimmen, nach welchen Kriterien sich der Entwicklungspfad in der Biotechnologie und der KI vollzieht, ist es also notwendig, einerseits einen Blick auf die Schnittstelle der wissenschaftlich-technologischen Basis und der aufnehmenden Industriestruktur zu werfen (*science-based*-Verläufe) und die Adaptionstruktur zu staatlich induziertem Technologietransfer zu benennen. Andererseits ist diese Struktur auch für staatliche Politiken zu analysieren, die auf die *technology-based*-Pfade der FuE-relevanten Industrie abzielen. Dabei ergeben sich Unterschiede gemäß den nationalen technologisch-industriellen Entwicklungsphasen und institutionellen Aufnahmestrukturen sowie der nationalspezifischen, politischen Gestaltungsmöglichkeit.

7. Technologiepolitik zwischen Strukturverharrung und flexibler Adaption

Welche Folgerungen eine zukünftige Technologiepolitik ergeben sich nun aus der ex-post-Analyse der Handlungsfolgen bei der Etablierung der beiden Technologien? Der Vergleich der Entwicklungswege der beiden Technologien an der Schnittstelle der wissenschaftlich-technologischen Basis und industrieller Applikation zeigt technologie- und nationaltypische Merkmale. Die Analyse der Vorgänge an der Schnittstelle zwischen Wissensproduktion und industrieller Anwendung im Verlauf des technologischen Entwicklungsprozesses läßt den staatlichen Gestaltungsraum weniger limitiert erscheinen und eröffnet den Blick auf eine staatliche Adaptionstruktur.¹⁸ Staatliche Vorleistungen im Aufbau und bei der Umsetzung der beiden Schlüsseltechnologien haben eine Forschungsinfrastruktur geschaffen, die gegenwärtig durch spezifische industrielle Anschlußfähigkeiten zur technologisch-industriellen Basis charakterisiert ist. Diese Situation hat sich durch Rückkopplungsprozesse der technologiegenerierenden Forschungseinrichtungen mit den Unternehmen entwickelt und durch die technologische Bedarfsstruktur einiger Branchen eine Eigendynamik

17 Vgl. Weingart, Technik als sozialer Prozeß (Anm. 4).

18 P. Eisinger, The Conditions of Protest Behavior in American Cities, in: American Political Science Review 67, 1973, S. 11-28.

erhalten, die sich externen Einflußfaktoren, z. B. aus der Politik, stark widersetzt.

Deutlich wurde, daß bei der Formulierung einer staatlichen FuE-Politik für die neunziger Jahre sowohl die Eigenheiten der spezifischen Technologie als auch die Probleme an der Schnittstelle des Technologietransfers von der Politik berücksichtigt werden müssen. Nationale Unterschiede der Entwicklungsverläufe sind in diesem Prozeß darauf zurückzuführen, daß der Aufbau von Forschungskapazitäten zu verschiedenen Phasen einsetzt und in Deutschland auf eine andere aufnehmende Industriestruktur trifft als z. B. in den USA. Die Nachfrage durch den Markt, die in Deutschland infolge der Veränderung in der Industriestruktur durch einen globalen Wettbewerb und die nationalstaatliche Rahmensetzung nur in einzelnen Sektoren stattfand, wie dem Pharma- oder dem Telekommunikationsbereich, bedurfte anderer Konzepte für den Technologietransfer. Wie bedeutend die Wahl der Mittel in einem bestimmten Prozeßabschnitt ist, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß im Falle beider Technologien die staatliche finanzielle Förderung in der BRD erheblich hinter der Förderung in den USA zurückbleibt. Wie wichtig die kontextuelle Fördermittelvergabe ist, läßt sich daran ablesen, daß auch in Deutschland mit wenigen Mitteln in der KI entscheidende Stimuli für die Industrie erreicht wurden. Durch die relative Dezentralisierung im deutschen Fördersystem und eine permanente Adaption der Hochtechnologie an die Bedingungen der regional spezifischen industriellen Kontexte durch die Förderung der föderalen Ebene ist in vielen Räumen ein fruchtbares Zusammenwachsen von wissenschaftlich-technologischer Basis und Industriestruktur erreicht worden. Wichtige innovative Impulse setzt so die aktive Mittelstandsförderung der Länder. Der reiche Instrumentarienkatalog, der verschiedene institutionelle und programmatische Fördermöglichkeiten beinhaltet, ist im Falle der Biotechnologie allerdings nicht ausgeschöpft worden. Hier überwiegt die bundesstaatliche Förderung, insbesondere die der Großforschung mit ihren zum Teil recht unflexiblen internen Entscheidungsstrukturen und einer institutionellen Verharrungstendenz, die sie Forschung allein für einige wenige große Unternehmen betreiben läßt. Eine Änderung der institutionellen Struktur, die eine stärkere Einwerbung von Drittmitteln vorsieht, könnte die bestehende Situation allerdings verändern.

Es ließ sich zeigen, daß anwendungsbezogene Transferinstitute in der KI ein inhaltliches und großemäßig breiteres industrielles Feld bedienen. Durch das finanzielle Anreizsystem der Forschungseinrichtungen oder anders ausgedrückt, durch ihre Abhängigkeit von Drittmitteln aus der Industrie, können auch KMU den Zugang zur Hochtechnologie erhalten. Vor diesem Hintergrund läßt sich anregen, daß auch die ungebundene staatliche Sockelfinanzierung der Großforschungseinrichtungen neu überdacht werden sollte.

Angesichts von Innovationsverläufen in den USA muß weiterhin in Erwägung gezogen werden, daß die marktfähigen Innovationen in Unter-

nehmenskooperationen verschiedenster Art generiert werden, nicht in erster Linie in den universitären oder öffentlich geförderten außeruniversitären Forschungslaboratorien. Auch in den USA sind die staatlichen Forschungseinrichtungen innerer noch stark der Grundlagenforschung verhaftet und marktfähige Produktumsetzungen mit wettbewerbsfähigem Stellenwert sind die Ausnahme. Sie haben allerdings erheblich stabilisierende Funktion bei der Nachfrage von neuen Produkten in der Biotechnologie. Neue Instrumente zur Förderung von *technology-based-Innovationen* und eine staatliche inszenierte Kooperation unterschiedlicher Branchen sollten in Form von intersektoralen Arbeitskreisen in Erwägung gezogen werden. Weiterhin wird die deutsche Biotechnologie, im Gegensatz zur Biotechnologie in den USA oder der IT in Deutschland und in den USA, von den großen Unternehmen dominiert.

Daher macht es forschungspolitisch in Deutschland wenig Sinn *kurzfristig* auf die KMU als Innovationsträger zu setzen, zumal diese viel zu spät eine strukturgerechte Förderung durch das Biotechnologie-Programm des BMFT oder durch Programme anderer Ministerien erfahren haben. KMU in der Biotechnologie können ohne Förderung nur in Ausnahmefällen Profite erwirtschaften und sind vor allem in den USA eine typische Innovations-Quelle für die transnationalen Unternehmen, die sich dort einkaufen. Diese Innovations- oder Modernisierungsstrategie ist US-spezifisch und basiert auf der Existenz FuE-relevanter kleiner Unternehmen, wie sie in der Nähe von amerikanischen Universitäten als Existenzgründungen existieren. Ihre Existenz verdanken sie dabei nicht zuletzt nationalen Fördermaßnahmen. Kurz- und mittelfristig ist dieser Zug für die Biotechnologie in Deutschland wahrscheinlich abgefahren: Forschungsausgaben sind inzwischen so drastisch angestiegen, daß Neueinsteiger selbst mit staatlicher Unterstützung kaum eine Chance haben, die lange Durststrecke von durchschnittlich drei bis zwölf Jahren bis zu marktfähigen Produkten zu überstehen (Softwareentwickler in der KI können je nach Anwendungskontext der Software schon in bis zu einem Jahr ihre Produkte auf den Markt bringen). Dies soll aber nicht implizieren, daß auf *langfristig* angelegte Förderungsprogramme für KMU verzichtet werden sollte.

In der KI sind die KMU als Zulieferer im Netz der großen, global agierenden Unternehmen integriert und können als eigenständige Firmen länger überleben als die KMU in der Biotechnologie, die oft von den großen Unternehmen (auch von deutschen) aufgekauft werden. KMU im Bereich der Expertensysteme und ASICS sind deshalb weniger auf finanzpolitische Fördermaßnahmen angewiesen, weil sie als strategische Zulieferer großer Konzerne oder als eigenständige Unternehmen am Markt bestehen können. In der deutschen Diskussion um die Konzeption von neuen Förderinstrumenten zur Finanzierung von technologieintensiven Existenzgründungen muß deshalb technologiespezifisch vorgegangen werden.

Auch wenn in einigen Teilbereichen der KI die Anwenderstruktur alle Unternehmensgrößen beinhaltet, beherrscht in Deutschland grundsätzlich

in allen Technologiebereichen eine relativ geringe Anzahl von Großunternehmen das Bild; dies liegt an den nur zaghaften Versuchen, Möglichkeiten für die Beschaffung von privatem und öffentlichem Risikokapital zu unterstützen bzw. die Finanzmärkte neu zu organisieren. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Flexibilität und das Innovationspotential der KMU in der Bundesrepublik keine Entwicklung wie in Silicon Valley einleiten kann. Insgesamt sind die staatlichen Initiativen in Deutschland zu sehr von der internen Firmenpolitik einiger großer Konzerne abhängig.

In der deutschen FuE-Politik sollten verschiedenste Instrumentarien aus anderen Politikfeldern an der Schnittstelle *Technologiepolitik* verstärkt zum Einsatz kommen. Die konsequentere und engagiertere Etablierung einer langfristig angelegten Infrastruktur für zukünftige Unternehmensgründungen im Bereich innovativer Technologien gehört ebenso dazu wie ein Umfeld, das nationale und internationale Kooperationen ermöglicht und die Anbindung regionaler Innovationscluster an internationale erleichtert. Dieses sind aber Ziele, die nicht mit den traditionellen technologiepolitischen Institutionen bewerkstelligt werden können, sondern zumindest eine institutionelle Reorganisation voraussetzen.

Die hohe Dichte der Forschungseinrichtungen in Deutschland ist ein Vorteil, von dem technologiespezifisch differenzierte Kooperationsmöglichkeiten mehr als bisher profitieren könnten. Der Rückzug des Staates, der eingangs in diesem Politikfeld konstatiert wurde, ist nur dann sinnvoll, wenn die im Aufbau kostspielige institutionelle Grundlage zunehmend durch industrie-finanzierte Forschung getragen wird und die strategisch wichtigen Bereiche der Grundlagenforschung kontinuierlich identifiziert und gefördert werden. In diesem Kontext muß auch bedacht werden, daß die dichtere und heterogenere Industrieausdehnung in Deutschland eher dazu geeignet ist, Querschnittstechnologien durch transsektorale Kooperationen – wie sie in der KI bereits vorhanden sind – zu induzieren als in den USA, wo sich spezialisierte Cluster ergeben, die mit anderen Clustern nicht kommunizieren. In der Biotechnologie findet diese transsektorale Kooperation in der Grundlagenforschung zwar in zahlreichen Sektoren statt, bleibt jedoch in ihren industriellen Resultaten hinter den Erwartungen zurück.

Grundsätzlich verhindert die Pfadabhängigkeit oder die Reproduktion von dominanten Strukturen durch die Kooperation der Forschungseinrichtungen mit einer dominanten finanzkräftigen Branche – wie dem Pharmasektor in der Biotechnologie – eine Diversifizierung des weiteren technologischen Entwicklungsverlaufes. Diese Gefahr des *Lock-in* wird jedoch geringer, wenn der Staat Möglichkeiten schafft, inhaltliche Neuorientierung in der Forschung und Entwicklung vorzunehmen und Netzwerke mit neuen Partnern – auch mit ausländischen – zu bilden.

8. Fazit

Der Vergleich der Biotechnologie mit der Künstlichen Intelligenz zeigt, daß sich das Anforderungsprofil für eine staatliche Technologiepolitik im Zeitverlauf der Technikentwicklung ändert und je nach Schnittstelle und Technologie andere Instrumente eingesetzt oder neu konzipiert werden müssen. Diese flexible Anpassung der Instrumente an den Entwicklungsstand beruht auf einem Konzept, das im Optimalfall die Regionalregierungen bei der Umsetzung der Schlüsseltechnologien einbezieht und auf die Teilnahme möglichst vieler industrieller Akteure unterschiedlicher Unternehmensformen und Forschungseinrichtungen setzt. Um technologische *Lock-ins* bzw. pfadspezifische Fixierungen zu vermeiden, müssen Optionen offen bleiben und Finanzierungsinstrumente zur Stimulierung von technologischen Modernisierungsstrategien geschaffen werden, die eine Diversifizierung der Forschungseinrichtungen erlauben. Dabei muß immer bedacht werden, daß die Reichhaltigkeit der Palette – von staatlichem Risikokapital für KMU bis zur Grundlagenforschung – von einer Politik begleitet sein muß, die die Abschottung von technologisch-industriellen Komplexen verhindert bzw. diese auch aufbrechen kann: Die Dominanz der Pharmaindustrie in der Biotechnologie darf aber nicht generell als Problem innovativer Entwicklung aufgefaßt werden. Wenn alle möglichen Optionen der Diversifizierung gefördert werden, kann dies allzu schnell zum Gießkannenprinzip führen. Staatlicher Förderung muß eine Bedarfsanalyse vorangehen, die eine technologiespezifische Förderung erlaubt. Es muß nochmals daran erinnert werden, daß im Falle der Biotechnologie das eigentliche Problem darin liegt, daß es keine Übersetzung exzellenter Grundlagenforschung bzw. Anwendungsforschung in kommerzialisierbare Produkte gibt. Es besteht weiterhin ein Mangel an Instrumenten, um neue potentielle industrielle Anwender zu lokalisieren und an die Forschungsinfrastruktur anzubinden. Infolgedessen liegt die Vermutung nahe, daß der *science based*-Charakter als Phase im Technologiezyklus verstanden werden muß und die Phasenlänge der verschiedenen Technologien divergiert.

Besonders für die Biotechnologie gilt, daß die Problemlösungsstrategien, die deutsche Unternehmen entwickelt haben, sie zu Trittbrettfahrern bei der Aufholjagd nach Innovationen gemacht hat und so zu einer Art *Immunität* der Akteure gegenüber der FuE-Politik im nationalen Kontext beigetragen haben. Es besteht jedoch durchaus Gestaltungsbedarf, was die Analyse der Schnittstelle deutlich gemacht hat. Die Komplexität, die die Ausdifferenzierung der Technologien zeigt, wird durch die Analyse der Vorgänge an der Schnittstelle von der Übersetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in unterschiedliche industrielle Anwendungen in ihrer Struktur deutlich. Beide Technologien bedürfen in ihren *science-based*-Verläufen der Instrumente, die sie auch KMU zugänglich machen: eine Entwicklung, die in der KI schon eingesetzt hat.

Die hier angelegte Kategorisierung der Technologien in *science-* und *technology-based*-Verläufe weist auf die unterschiedlichen staatlichen Optionen hin, die die Spezifität der jeweiligen Technologie ermöglicht. Die in der momentanen Phase stärker *science based* erscheinende Biotechnologie bedarf des Einsatzes von staatlichen Instrumenten, um die *technology-based*-Komponente auf- und auszubauen, die in der IT bereits sehr stark ist. Tradierte staatliche Technologieförderungsprogramme müssen überdacht werden, um die Vielfalt der deutschen Forschungslandschaft in ihrer Breite optimal zu nutzen und den Anforderungen flexibel anzupassen.

Die Zeit-, Raum- und Kapitaldimension technologie- und nationalspezifischer Entwicklungslogiken in der Biotechnologie und in der Künstlichen Intelligenz lassen sich im Sinne einer zielorientierten, „gestaltenden“ Technologiepolitik nicht hierarchisieren. Diese Logiken sind nicht ex ante einsehbar, sondern entwickeln sich entlang einer inhärenten Eigendynamik, deren Verlauf sich ex post abzeichnet. Trotzdem steht die Forschungs- und Technologiepolitik angesichts verschärfter internationaler Wettbewerbskonkurrenz unter starkem Handlungsdruck, den Technologieverlauf zu gestalten. Als Ausweg aus diesem Dilemma bietet sich eine dezentrale, enhierarchisierte, diversifizierte Technologiepolitik an, die einen optimalen Entfaltungsraum für Technologien schafft und dabei besonders die marktfähigen Anwendungen dieser Technologien berücksichtigt. Diese Strategie impliziert, daß der technologiepolitische Handlungsspielraum auf eine breitere Ebene ausgeweitet und entsprechend ein größeres Spektrum von Akteuren in den politischen Entscheidungsprozeß miteinbezogen wird. Technologiepolitik heißt dann eine Befähigung der Mittel und Akteure, nicht eine Zielvorgabe durch den Staat.

Hannes Hofbauer/Viorel Roman

Imperium und Limes.

Zur Geschichte europäischer Teilungen¹

„Wer sind wir? Sind wir die, vor denen der
Barbar oft voll Zittern auf die Knie gesunken ist?“

Andreas Gryphius, 1657

Die abendländische Zivilisation, jene seltsame und gleichwohl erfolgreiche Mischung aus protestantischer Ethik und verwertungsorientiertem Handeln, ist erstmals in der Weltgeschichte in der Lage, nahezu weltweit Anpassungsdruck zu erzeugen. Das gilt für die ehemals koloniale „Dritte Welt“ im Süden wie für die ehemals kommunistische „Zweite Welt“ im Osten, ohne daß an diesen Orten Entwicklungsmodelle gemäß den zentralen Vorbildern in die Praxis umgesetzt würden. Die bislang größte Herausforderung an die Hegemoniebestrebung des Okzidents, das 1917 in Petrograd als Revolution gestartete und nach der militärischen Niederlage der Faschisten nach Zentraleuropa erweiterte periphere Modernisierungsmodell mußte 1989 endgültig auf seinen ideologischen Weltanspruch verzichten. Der Abbau des für die Schaffung eines eigenen Akkumulationskreislaufs vermeintlich notwendigen Eisernen Vorhanges war nur der Endpunkt einer Krise, die bereits Mitte der siebziger Jahre spürbar wurde. Zehn Jahre später war Moskau dem westlichen Druck, der Kreditpolitik von Internationalem Währungsfonds und Weltbank sowie der Strategie des militärischen Totrüstens nicht länger gewachsen. Die gewaltsam betriebene, auf Millionen von Opfern gebaute stalinistische Modernisierung brach in sich zusammen.

Seit 1989 flutet die Rationalität des einheitlichen Weltmarktes die Länder des Ostens, die früher zumindest verbale Gegenstrategien zur westlichen Kapitalakkumulation entwickelt hatten. Der Spielraum für regionale Verteilungsautonomie wird immer enger. Moderne Telekommunikation hat den Erdball in ein elektronisches Dorf verwandelt. Vom Datenhighway-System bis zum punktgenau projektierten militärischen Eingriff gegen deviante Entwicklungsmodelle, wie er im Golfkrieg geprobt wurde, sind die modernen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen

¹ Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Einleitungskapitels aus dem Buch: V. Roman und H. Hofbauer, Transsilvanien – Siebenbürgen. Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche, Wien 1996.

und Einrichtungen durchweg abendländische Schöpfungen und stehen unter Kontrolle der „Ersten Welt“ bzw. der von ihr kontrollierten internationalen Organisationen. Sich regionalistisch und lokal gerierende Gruppen werden nur mehr als Folklore geduldet. Allen Menschen und Kulturen, die jenseits der Zentralräume leben, das heißt die überwiegende Mehrheit der Völker dieser Erde, wird bei eigener ökonomischer und politischer Anstrengung Anpassung an die abendländische Lebensweise unter dieser Bedingung versprochen. Einlösung findet nicht statt.

Dort, wo Anpassung als Ausbeutung, als Unterwerfung oder sogar als Versklavung empfunden wird, tritt offener Konflikt mit den Zentrumsinteressen zutage. Religiös, politisch oder kulturell fundierter Widerstand gegen die erbarmungslose Ausbreitung des Verwertungsmodells wird diffamiert und diskreditiert, die Verdrängung alter lokaler und regionaler Traditionen schreitet unbarmherzig voran. Das Feindbild des sich selbst zur Moderne erklärenden Abendlandes ist der nicht vom Zentrum kontrollierte kulturelle, politische oder gar ökonomische Raum. Es trägt viele Namen: Fundamentalismus, Nationalismus, Kommunismus, Regionalismus. Das vorhandene technologische Gefälle verleiht der „Ersten Welt“, dem Imperium, im Kriegsfall eine absolute Überlegenheit. Der Krieg ist aber nur die Ultima Ratio. Die Drohung mit seiner Möglichkeit soll gefügig machen, seine digitalisierte Übertragung in die Haushalte – wie beispielhaft von CNN am Golf vorgeführt – hat abschreckende Wirkung auf national oder religiös motivierte Gegenmodelle in allen anderen Erdteilen.

1. Geteiltes Europa

Die Allmacht des abendländischen Anspruchs auf Hegemonie und weltweite Durchdringung bestimmt aber auch den Kampf dagegen. Widerstand gegen imperialer Expansion benützt immer häufiger den abendländischen Normenkatalog. Schneller, höher, weiter ... lautet die Devise – am grausamsten im stalinistischen Aufholmodell praktiziert. Die versuchte Modernisierung der Peripherie trägt strukturell die Züge der westlichen, auf dem Konkurrenzprinzip basierenden Kultur. Die hegemonialen Bestrebungen des Abendlandes versuchen, selbst den Widerstand dagegen zu inkorporieren. Gelingen wird dies freilich kaum.

Der aus ideologischen Motiven hinausposaunte Plan einer „Umkultivierung“ des Ostens, einer sogenannten „Europäisierung“ der orthodoxen und islamischen Völker scheitert an der Wirklichkeit. Weder ist das Kapital gewillt, die auf Ungleichzeitigkeit beruhenden Entwicklungsunterschiede planmäßig zu nivellieren, noch sind westliche Normen und Lebensführung für orthodoxe Russen, Ukrainer, Rumänen, Bulgaren und Serben besonders erstrebenswerte Ziele. Die sich vertiefende Kluft zwischen Abendländern und den „anderen“, zwischen „Europäern“ und modernen „Barbaren“, führt unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen zu Konflikten, zu Krieg. Die sozioökonomischen oder ökologischen Kata-

strophen außerhalb der Ersten Welt drohen wie der unerträgliche Druck des Zentrums auf die Peripherie zum Dauerzustand zu werden.

Europa, die ursprünglich in der griechischen Mythologie von Zeus in Stierform geraubt und begattete Erdgöttin, wird bereits in homerischer Zeit als Bezeichnung für einen Landstrich verwendet. Anfangs nur für Mittelgriechenland in Gebrauch, erweitert sich „Europa“ im antiken Rom zum späteren kontinentalen Umfang. Erst in allerletzter Zeit wird dem Begriff „Europa“ wieder ein kleineres Territorium, Westeuropa, zugeordnet. In den neunziger Jahren unseres Jahrhunderts ist für die längst Versälichte der vertiefende westeuropäische Integrationsprozeß prägend. Nicht zuletzt ihm ist die fortschreitende Peripherisierung an seinen Rändern, im Maghreb und im Osten, geschuldet. Integration im Rahmen der EU heißt zuallererst Herstellung einer kontrollierbaren Territorialität, das bedeutet gleichzeitig Ausschluß der Gebiete jenseits des Integrationsprojektes. Neben der Vereinheitlichung von Kapital-, Waren-, und Arbeitsmarkt, der Aufstellung einer diese schützenden militärischen Eingreiftruppe gilt die Schaffung eines dazu passenden, sich affirmativ verhaltenden Citoyens, des „Europäers“ eben, als vorrangiges Ziel. Seine Transnationalität verrät ihn als Klasse; womit auch offenbar ist, daß sich die von der Integration Ausgeschlossenen zwar national, religiös oder regional bemerkbar machen mögen, ihre objektive Identität jedoch auch sozial, also klassenmäßig bestimmt ist. Brückenköpfe des westeuropäischen Großraumes im Osten machen dies deutlich: Oft – wenn auch nicht immer – derselben Ethnie wie die Bevölkerungsmehrheit angehörend, vertreten sie in den Äugen von Nationalisten und Fundamentalisten keine „russischen“, „ukrainischen“ oder sonstige nationalen Interessen, sondern gelten als Verräter am Volke.

Mit der Ethnisierung der im Sozialen wurzelnden Probleme an den Rändern Westeuropas erklärt sich auch der westeuropäische Integrationsraum einverstanden. Seine Aufmerksamkeit gilt vorerst den Instrumenten der Abschottung gegenüber den Rändern. Eine scharfe Trennlinie, wie sie von 1944/48 bis 1989 zwischen West und Ost bestanden hatte, erwies sich in Krisenzeiten als unpraktikabel; für den Westen würde sich eine etwaige Wiedererrichtung ähnlicher Mauern und Zäune, die letztlich ein Symbol politischer Stabilität waren, auch gar nicht rechnen. Schon deshalb, weil er eine selektive Öffnung der Grenzen für die ökonomische Nutzung bzw. Vernutzung der peripheren Ostregionen benötigt. Folgerichtig werden semipermeable zolltechnische Instrumente entwickelt, die zwar den Osten als Markt, jedoch nicht als Konkurrenten positionieren. Militärisch basteln WEU und NATO gerade an einem in die geopolitische Tiefe reichenden Überwachungssystem, das um Akzeptanz auch jenseits des abendländischen Integrationsraumes heischt.

Obwohl das kapitalistische Weltsystem in seinen Funktionsmechanismen nicht mit den antiken, römischen Reichsvorstellungen gleichgesetzt werden kann, sind die Begriffe „Imperium“ und „Limes“ zur Analyse des Verhältnisses zwischen Kern und Rand, zwischen Zentrum und Peripherie,

Integration und Desintegration tauglich. Wir erlauben uns, uns ihrer zu bedienen.

Als „Europäer“ gilt ab sofort nur mehr jener Staatsangehörige, dessen Heimatort im westeuropäischen Integrationsraum liegt oder der das Glück gehabt hat, in Zeiten propagandistisch nützlicher Asylpolitik als Ost- oder Maghreb-Asylant Deutscher oder Franzose geworden zu sein. Die EU zeichnet dabei ein Selbstverständnis als „Imperium“ aus, das historische Analogien wachruft: Die Insignien des Heiligen Römischen Reiches (deutscher Nation), als Grundlagenvertrag der Europäischen Gemeinschaft 1956 in Rom neu belebt, werden heute von Brüssel aus verwaltet. Rom ist nach Westen gerückt. Jenseits der EU, deren Grenzen mit dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens bis auf weiteres abgesteckt sind, herrscht Desintegration. Im „europäischen“, aus der Perspektive des Imperiums gesehenen Kontextes leben die Bewohner an den Rändern Westeuropas am Limes. Deren weiter östlich beheimatete Nachbarn werden zu „Barbaren“ gemacht.

Den alten Griechen waren die Barbaren die „Stammelnden“, unverständlich Sprechenden. Im Römischen Reich nannte man jene so, die außerhalb des von Rom beherrschten Kulturkreises lebten. „Der Barbar lebt außerhalb der eigenen Gewohnheiten“, schrieb Michel Eyquem de Montaigne. Auch der französische Philosoph des 16. Jahrhunderts verwendete den Begriff in seiner ursprünglichen Bedeutung. Barbaren sind „die Anderen“, die außerhalb der westlichen Normen und des Imperiums Lebenden.

Die weithin gebräuchliche negative Konnotation des Begriffes legt weniger dessen Inhalt, als vielmehr die politische Intention respektive die gesellschaftliche Psyche seiner Anwender offen. Die EU als gemeinsamer Markt braucht die Distanz zum Fremden nicht so sehr aus kulturellen, denn aus ökonomischen Gründen: Die Herstellung eines Integrationsraumes muß nach innen homogenisierend wirken, zumindest auf dessen Elite. Dazu ist das Feindbild der „Barbaren“ als politischer Blitzableiter für die Unterschichten bestens verwendbar.

In unserem Beitrag erweitern wir die griechisch-römische Bedeutung des Begriffes um die letztlich im weltumspannenden Verwertungssystem unausweichliche Komponente der „Entfremdung“. Auch und gerade außerhalb von wirtschaftlichen Integrationsräumen befindliche Völker erleben durch ihre periphere Angebundenheit ans Zentrum Entfremdung, soziale Entfremdung vom Arbeitsprodukt, das oftmals für weit entfernte Zentrumsmärkte erzeugt wird, und kulturelle Entfremdung von den ungünstig gewordenen Traditionen der Vorfahren.

Der ebenfalls im alten römisch-imperialen Sprachsatz wurzelnde Begriff des „Limes“ umschreibt ein Zwischeneuropa – im Sinne eines zwischen dem Wohlstandszentrum und dem Elend gelegenen Gebietes. Dieser ursprünglich in der Bedeutung „Grenzweg“ gebräuchliche Ausdruck bezeichnet in der späteren römischen Geschichte die militärische Sicherung des Reiches mittels tief ins „Barabarenland“ hinein gestaffelter Grenzwall-

systeme, Vorposten und Brückenköpfen. Wir bezeichnen als Limes jenes Zwischeneuropa, das sich jenseits des EU-Integrationsraumes, allerdings unter seinem Einfluß, befindet, ohne anderen politischen Zentren zugehörig zu sein. Der breite Landstreifen zwischen dem römisch-deutschen Reich respektive Hitlers Pervertierung desselben und den alten, nicht von der Landkarte wegzudenkenden Politzentren Moskau und Byzanz/Konstantinopel/Istanbul ist nach 1989 wieder zum Vorfeld westeuropäischer Interessen geworden. Mit diesem Limes, wollen wir uns beschäftigen. Transsilvanien/Siebenbürgen/Erdely kann dabei ebenso als Synonym für ethnische Durchmischung und oftmals geänderter geopolitischer Ausrichtung gelten wie – nördlich davon – die Bukowina und südlich die multiethnisch besiedelten Balkanregionen bis zur erst im jüngsten Jugoslawienkrieg ethnisch gesäuberten Krajina (zu deutsch: Grenzgebiet).

2. Das Zentrum

Die Tradition des abendländischen römischen Reichs, dann des römisch-deutschen bzw. des „Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation“ wird aktuell von der Europäischen Union fortgesetzt. Internationale Organisationen wie die Gruppe der Sieben, die UNO, die NATO oder die Weltbank/IWF stehen ihr einerseits bei, bilden jedoch andererseits Gegenpole zur rasch fortschreitenden westeuropäischen Integration. Innerimperialistische Widersprüche vor allem zwischen dem pazifischen, dem nordamerikanischen und dem westeuropäischen Raum werden dabei deutlich. Analytisch wird es immer schwieriger, die abendländische Zivilisation als Norden oder als Westen geographisch zu definieren, weil sich die ganze Welt unaufhörlich okzidentalisiert, wenn auch in verschiedensten Formen und Ausprägungen. Westeuropa als kulturelles Vorbild treibt in den anderen Zentren der Triade und noch mehr an den Rändern desselben seltsame Blüten.

Als wichtiges ideologisches Nährmittel des Imperiums, seine Politik im Inneren selbst legitimierend und für gut findend, fungieren die sogenannten Bürger- und Menschenrechte, wie sie die Römer für die Sklavhalter und später die französischen Revolutionäre für alle weißen Bürger kodifiziert haben. Der Versuch der orientalischen Kultur, das gleiche zu tun, hat sich nicht bewährt oder zumindest nicht durchsetzen können. Sichtbar wird dies in der enormen Kluft zwischen den Lebensbedingungen innerhalb der „Ersten Welt“ und dem Rest der Welt. Diese Kluft wird täglich tiefer. Zum Kaschieren des als moralisch verwerflich geltenden Unterschiedes betreibt das Imperium Süd- und Osthilfe, sogenannte Entwicklungspolitik, die – Ironie der Geschichte – selbst wieder staatliche Exportfinanzierung zur Eroberung fremder Märkte ist.

Selektive In-Wert-Setzung einzelner Regionen und Branchen, deren Ausbeutbarmachung im Dienste verwertungshungrigen Kapitals, steht dabei im Vordergrund. Regionale Ausdifferenzierung an der Peripherie ist

nur eine der Folgen. Die wachsende soziale Differenz ist unübersehbar. Osthilfe dient aber auch dazu, den Limes als Vorposten des Zentrums nicht an barbarisches Chaos preisgeben zu müssen, allein schon deshalb, um zumindest die Kontrolle über Migrationsströme zu behalten. Diese könnten nämlich eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung im Zentrum gefährden: den „Konsens der Demokraten“. Barbareninvasionen oder drohende Massenmigrationen stellen die Regierungen in Westeuropa vor harte Bewährungsproben. Drohende Kostenexplosionen im Sozialbereich, hervorgerufen durch demographisch bedenkliche Alterspyramiden, technologisch ungebremstes Spital- und Gesundheitswesen und vor allem Beteiligungs-forderungen von Menschen aus den Randgebieten der bisherigen Wohlstandszone austerisieren die Wirtschaftspolitik. Begleitend feiert der plumpe Rassismus in Deutschland, Frankreich, Österreich und anderswo fröhliche Urständ.

3. Zwischeneuropa

Nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches hat Ostrom (Byzanz) die römische Tradition bewahrt und weiterentwickelt, bis Karl der Große, der neue Kaiser „Europas“, zu Beginn des 9. Jahrhunderts die römische Reichstradition an sich riß und die Ostgrenze des Imperiums an Elbe und Saale, von Westpannonien bis an die Adria festsetzte. Dahinter begann die Welt der Slawen und Walachen, im Einflußbereich des Oströmischen Reiches mit der geistigen Hauptstadt Konstantinopel gelegen. Ein Jahrhundert später besetzten die Araber den gesamten alt-griechisch-römischen Zivilisationsraum von Kleinasien bis nach Spanien. Außerdem verlor Byzanz durch das große Morgenländische Schisma von 1054 seine westlichen Verbündeten und damit jede Widerstandskraft gegen das vortückende Osmanische Reich.

Um die Jahrtausendwende verlor Konstantinopel an Terrain; Polen, Ungarn und Kroaten wurden zum westlichen Christentum bekehrt. Anschließend verschob die abendländische Expansion mit ihrem „Drang nach Osten“ bis ins 13. Jahrhundert die Grenze Karls des Großen ostwärts – von den baltischen Staaten im Norden über die russisch-polnische Grenze, durch die Bukowina und Moldawien den Karpaten und Transsilvanien entlang bis zur Adria im Süden, wo die Trennlinie zwischen Rom und Byzanz mitten durch die südslawische Völkerfamilie läuft. Eine neue politische Einheit setzte sich aus den römisch-katholischen Königreichen der Ungarn, Polen und Ostpreußen, allesamt Rom zu Lehen unterstellt, zusammen. Das geographische Zentraleuropa gehört seitdem dem Westen wie dem Osten an, zwischen beiden Polen schwankt es periodisch hin und her.

Nach 1918/19 wurde Zentraleuropa einschließlich Groß-Rumäniens in den westlichen Einflußbereich integriert. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellten Stalin, Churchill und Roosevelt die Grenzziehung wie zu Zeiten

Karls des Großen wieder her, wie das auch der ungarische Historiker Jenő Szűsz in seinem Buch „Die drei historischen Regionen Europas“ beschreibt. 1989 mußte Gorbatschow auf die Westgrenze des kommunistischen Lagers verzichten und zog sich friedlich auf die europäische Demarkationslinie aus dem 13. Jahrhundert zurück. Endgültig entschieden ist die neue Grenzverschiebung freilich noch nicht. Heute fordern beispielsweise russische Nationalistenführer erneut eine Grenzkorrektur im ethnisch-religiös-revanchistischen Sinn. Sie erheben Anspruch auf die von der Roten Armee bis 1945 eroberten Gebiete. Zumindest alle Orthodoxen sind für sie als „Untertanen“ einem wiedererstarkenden „Dritten Rom“ – Moskau – zugehörig.

Nach den Vorstellungen der nationalistischen-russischen Bewegung soll sich der Integrationsraum im Westen bei seinen expansionistischen Bestrebungen in Osteuropa auf die katholischen Länder Ungarn, Kroatien, Slowenien, die Slowakei, Tschechien und Polen beschränken. Länder mit christlich-orthodoxer Bevölkerung wie Serbien, Bulgarien und Rumänien würden demnach erneut dem Einflußbereich Moskaus zugeordnet. Auch die USA differenziert pragmatisch die Länder Zentraleuropas in nordische (Polen, die baltischen Länder, Ungarn, Tschechien) und südliche Staaten (Ukraine, Rumänien, Serbien, Bulgarien).

Neben den natürlich-geographisch bedingten trennen auch kulturelle und geistige Grenzen den Kontinent – in Westeuropa, Zwischeneuropa und Osteuropa. Im westlichen Abendland sind Kirche, repräsentiert durch den Papst, und weltliches Reich, vom Kaiser geführt, weitgehend getrennt. Diese traditionelle Bipolarität zweier politischer und gesellschaftlicher, über die Lebensvergabe auch wirtschaftlicher Mächte erzeugte auch das Spannungsfeld zwischen adeliger Grundherrschaft und Kaiser, welches an der Wurzel persönlicher, bürgerlich geprägter Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen liegt. Denn der feudale Zwist machte auch die Transformation zu einer bürgerlichen Gesellschaft möglich, deren Proponenten sich im Schutz der einen Herrschaft gegenüber der anderen behaupten konnten. Letztlich war die Bipolarität für die Herausbildung von Menschenrechten im Sinne der bürgerlichen Gesellschaften verantwortlich. In Mitteleuropa hat der Staat mehr Macht als im Westen, und der Begriff von Menschenrechten ist nicht so universal verankert. In Osteuropa, wo die orthodoxe Kirche dem weltlichen Fürsten/Staat untergeordnet ist und keine Machtbalance existiert, ist die Freiheit des bürgerlichen Individuums nach westlichem Verständnis nicht möglich. Während im Westen der Stellvertreter Gottes auf Erde, der Papst, neben dem weltlichen Herrscher agiert, übt im Osten der Führer, der Zar, der Generalsekretär der KP oder der Staatspräsident gleichzeitig die weltliche und die geistliche Macht aus. Er fungiert de facto als Zeichen Gottes auf Erden.

Beim Versuch, die Grundzüge der abendländischen Gesellschaftsordnung in Zwischeneuropa oder gar in Osteuropa mechanisch durchzusetzen, drohen konsequenterweise Freiheit zu Anarchie und Demokratie zu Des-

potie zu werden; und Universalität verwandelt sich in Nonsens. Weltanschauung und Gesellschaftsform der Christen abendländischer Prägung können nicht mechanisch außerhalb dieses Kulturraums ausgedehnt werden. Wo es doch versucht wurde, bleiben die Menschen auf der Strecke. Kommunismus war statistisch gesehen bis Mitte der siebziger Jahre ein erfolgreicher Versuch, die abendländische Zivilisation ohne großen religiösen Dialog in Zwischen- und Osteuropa durchzusetzen. Er war zugleich auch eine Reaktion auf die westliche „Diktatur der Freiheit“ und den unerträglichen kapitalistischen Verwertungsdruck.

Überspitzt könnte man formulieren: Wenn im Westen „die Diktatur der Freiheit“ herrscht, dann haben wir es im Osten mit der „Freiheit der Diktatur“ zu tun. Im Zwischeneuropa – zwischen Zentrum und Peripherie – mischen sich beide Weltanschauungen, zyklisch wiederkehrende Transformationen geben mal der einen, mal der anderen den Vorzug. Diese Weichenstellungen bestimmen die gesamte Gesellschaftsordnung der drei Regionen, die eine tausendjährige getrennte Geschichte vorweisen.

4. Die europäische Peripherie

Abschottung heißt die neue Devise des Imperiums – gegen fordernde Peripherien, die nach dem Ende der kommunistischen Entwicklungsdiktaturen teilweise politisch unkontrollierbar werden. Daß eine solche Abschottung im Zeitalter intensiver weltwirtschaftlicher Verflechtungen selektiv gemeint und auch praktiziert wird, zeigen der Um- und Aufbau ökonomischer Beziehungen mit dem Osten. (Handels)Kapital strömt nach Sibirien, in die Ukraine und in die mittelasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken. Den Limes-Ländern erwächst dabei für die selektive Integration der Peripherie eine wichtige Funktion. Sie fungieren als Wall gegen die drohende Armut und den Einwanderungsdruck aus dem Osten. Kroatien, Ungarn, die Slowakei, Polen, Rumänien und die baltischen Staaten werden so zu einer Pufferzone zwischen Zentrum und der Peripherie. Die Rolle Rußlands an der Grenze zu China und zur islamischen Welt ist noch nicht geklärt. In Tschetschenien stand bzw. steht Jelzins Armee und erfüllt – gewollt oder ungewollt – die Funktion eines NATO-Vorpostens zur Kontrolle infrastruktureller Einrichtungen, die Westeuropa mit billiger Energie aus den ehemals südsowjetischen Erdgas- und Erdöllagerstätten versorgen sollen.

Schon dieser Funktion wegen unterhält das Imperium mit den Limes-Ländern besondere Beziehungen. Als unmittelbare und privilegierte Verbündete des Westens genießen sie dessen wohlwollende Behandlung, um politisch und sozial halbwegs stabil zu bleiben. Dafür erhalten sie als eine Art „Tribut“ politische, militärische, ökonomische und kulturelle Hilfe. Damit hofft das Zentrum, die Unterentwicklungsländer der Peripherie im Zaum halten zu können, den Widerspruch zwischen West und Ost, Nord und Süd nicht explodieren zu lassen.

Wenn nötig, muß auch schon mal – wie in Algerien – ein immer wieder geforderter, aber politisch unpassender Wahlausgang suspendiert werden, um die Statthalter der Imperiumsinteressen an der Macht zu halten. Die Kosten der dabei arg in Mitleidenschaft gezogenen sozialen Stabilität tragen die Massen am Limes und in der Peripherie. Eliten, die oft zur völligen Verschuldung ihrer Länder wesentlich beigetragen haben, können sich in der Folge nur mittels staatlicher Repression an der Macht halten. Dagegen anlaufender Widerstand nimmt häufig militärische oder zumindest terroristische Formen an. Im politischen Chaos geht dabei allseits die Kontrolle über staatliche Institutionen verloren. Dieser Zustand wäre auch für das Imperium bedrohlich. Deshalb setzt es, unter dem Vorwand zur Wiederherstellung einer politischen Ordnung, verstärkt auf Interventionen, die zur Zeit ideologisch vorbereitet werden. Der Ruf nach Umsetzung und Kontrolle politischer Menschenrechte jenseits des Limes sowie die gleichzeitige Ausklammerung sozialer Menschenrechte ist dafür ein untrügliches Zeichen – und dient auch der Konsensproduktion innerhalb der Imperiumsgrenzen, der Vermittlung zwischen der expansiv agierenden wirtschaftlichen Interessen und der Moral. Die Kodierung der Menschenrechte nach dem Muster sozial weitgehend befriedeter Staaten, die Unterschlagung sozialer Rechte wie das Recht auf Wohnen und Arbeit rücken indes die Magna Charta der Imperiumsmoral in die Nähe eines Propagandainstrumentes (siehe die UNO-Konferenzen von Wien 1994 und Kopenhagen 1995). Mit ihm gelingt allerdings die Herstellung einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz im Westen, die das Mittel der Intervention bei Menschenrechtsverletzungen toleriert, manchmal sogar fordert. Im Falle Jugoslawiens reicht die Akzeptanz des notfalls militärischen Eingriffs von grünen Menschenrechtsaktivisten bis zu konservativen und rechten Strömungen. Der politische Streit dreht sich dabei nur mehr um die Form der Intervention, somit letztlich um deren Effizienz.

Die politische Labilität jenseits des Limes ist also nur vermittelt die Folge von Aufständen unzufriedener Massen. Deren Nichtbefriedigung oder Nichtbefriedung gilt es zu thematisieren. Der moralische Anspruch des Westen auf die Köpfe der Menschen in der Peripherie, nicht auf ihre Mägen, ist vor Ort nicht glaubwürdig. Die fortgesetzte Erosion der staatlichen Infrastruktur peripherer Staaten trägt also dem Druck des Westens Rechnung. Daraus abgeleitet kommen ethnische, soziale und kulturelle Konflikte zum Ausbruch. Auch der Fall des „sozialistischen Entwicklungslandes“ Rumänien sowie der Zerfall Jugoslawiens, die als Limes immer weniger gebraucht werden und sich rasant peripherisieren, sind Beweise dafür.

5. Die neue Ordnung

Mit den Umwälzungen des Jahres 1989 hat Moskau auf die eigene Entwicklungsdiktatur in seinem osteuropäischen Einflußbereich verzichtet.

Die Grenze des westlichen Imperiums rückte nach Osten. Das Zentrum ist dabei, überall in der Welt seine Doktrin durchzusetzen. Daß dies teilweise widersprüchlich passiert, liegt nicht zuletzt an der Konkurrenz zwischen den drei zur Zeit dominierenden Weltzentren Nordamerika, Südostasien und Westeuropa. Jeder dieser wirtschaftlichen Kernräume verfügt über einen eigenen Limes, der ihn vom Elend der Peripherie abschottet. Im Niemandsland der jeweiligen Peripherie begnügt man sich mit der Eröffnung von Kontoren, wie das Jean-Christophe Rufin in seinem Buch „Das Reich und die neuen Barbaren“ für das subsaharische Afrika oder auch für Kambodscha und Vietnam trefflich beschreibt. Im Osten Europas, jenseits der Visegrad-Staaten, werden – nach 70 Jahren Abstinenz – gerade neue Kontore eröffnet.

Kritische Beobachter aus den Limes-Staaten weisen darauf hin, daß die neue geopolitische Situation ein Ergebnis der amerikanisch-russischen Absprachen sei, welche George Bush und Michail Gorbatschow 1989 zu stürmischer See vor Malta beschlossen hätten. Die mangels Evidenz etwas verschwörungstheoretisch wirkende Weltsicht geht davon aus, daß die USA im Einvernehmen mit der krisengeschüttelten Militärweltmacht Rußland damit auf den Wiederaufstieg Westeuropas – und insbesondere Deutschlands – zum hegemonialen Imperium reagieren. Westeuropäische Integration könnte durch osteuropäische Desintegration gestört werden, was Nordamerika nicht schaden würde. Die unter dem Begriff „Neue Ordnung“ bekannt gewordene Strategie schreckt dabei auch vor blutigem Kalkül nicht zurück. Der Golfkrieg, der Bürgerkrieg im Kaukasus und die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien zeigen dies unmißverständlich.

Zusätzlich ist eine objektive Schuld Westeuropas und insbesondere Deutschlands (mit Österreich als Juniorpartner) an den Greueln in der osteuropäischen Peripherie nur schwer zu leugnen. Unter dem Vorwand ethnischer bzw. nationaler Selbstbestimmung wurde Jugoslawien in ein römisch-katholisches Kroatien und Slowenien, das orthodoxe Serbien und eine moslemische Enklave zerstückelt. Die römisch-katholischen Staaten sollen Teil des westlichen Limes werden, der als Pufferzone zum orthodoxen und islamischen Armenhaus dienen wird. Serbien ist damit komplett isoliert, solange zumindest, bis sich wiederum eine slawisch-orthodoxe Achse Belgrad-Sofia-Bukarest-Chisinau-Kiew-Moskau findet, um aus dem Chaos wiederaufzuerstehen.

Aus der Sicht des Westens ist nicht die imperiale Neue Ordnung, sondern rückwirkend, posthum, die kommunistisch-orthodoxe Entwicklungsdiktatur des ehemaligen Ostblocks für das aktuelle Negativszenario verantwortlich. Die sozialen und ethnischen Spannungen sowie die Autonomiebestrebungen der balkanischen Völker und Regionen gelten im Westen bloß als Folge der kommunistischen Diktatur. Und wohl deshalb auch als unvermeidliche Erscheinung.

Alle Konflikte an den Grenzen der ehemaligen Reiche – des römisch-katholischen Österreich, des orthodoxen Rußland und der islamischen Hohen Pforte – waren Folge chronischer wirtschaftlicher Unterentwicklung. Die primitive ursprüngliche Akkumulation des Agrarkapitals stand ausschließlich im Dienste der Zentralräume. Auch die kommunistische Entwicklungsdiktatur, die einer solchen mit Gewalt zum Durchbruch verhelfen wollte, ist nun zusammengebrochen. Im Westen hingegen sind große homogene Märkte teilweise schon vor Jahrhunderten entstanden – östliche Regionen, besonders am Limes der genannten Reiche, lieferten für den westlichen Akkumulationsprozeß notwendige Rohstoffe. Englischer, französischer, italienischer, deutscher Nationalismus waren die Transmissionsriemen für einheitliche Märkte, in denen Akkumulation stattfinden konnte, die sich schließlich zur „freien Marktwirtschaft“ entwickelt. Zu diesem Zwecke haben die Französische Revolution von 1789 oder die Deutsche Revolution von 1848, jedenfalls aber die Bismarcksche Reichsbildung, dazu beigetragen, die Bevölkerung ethnisch zu homogenisieren. Kapitalakkumulation – und das war der Sinn der Sache – konnte somit in einem größeren Maßstab stattfinden. In der Neuen Welt, insbesondere in Nordamerika, wurde gleich die Bevölkerung eines ganzen Kontinents ausgerottet, um Homogenität (der herrschenden Weißen) herzustellen. Arbeitskräfte für diese brutalste Art der Akkumulation wurden als Sklaven aus Afrika importiert. Es ist sicherlich eine Ironie der Geschichte, daß die Nachkommen der ehemaligen Sklavenhalter und der afro-amerikanischen Sklaven heute einträchtig das sogenannte nationale Selbstbestimmungsrecht am neuen osteuropäischen Flickenteppich unterstützen. Ihre Abscheu vor ethnischen Säuberungen am Balkan wirkt freilich angesichts der eigenen Geschichte unglaublich unwürdig. Genauso übrigens, wie die Mahnrufe der postmodernen französischen Philosophen vom Schlage Finkielkrauts, die ihr Europa in Sarajevo untergehen sehen. Die Vorfahren der heutigen Grande Nation haben ein multikulturelles Frankreich und die nationale Selbstbestimmung der Bretonen, Okzitanier, Basken und wie sie alle hießen, schon vor 200 Jahren verspielt. Indem aber das Imperium auf dem Balkan den Regionalismus fördert, verhindert es die Entstehung eines einheitlichen Marktes dortselbst, eine Voraussetzung für Kapitalakkumulation, die freilich nicht automatisch ökonomische Emanzipation an der Peripherie bedeuten würde.

6. Westbetrachtung – Ostbetrachtung

Welche Standpunkte nehmen nun Imperium, Limes und Peripherie in der Neuen Weltordnung ein? Wir versuchen in der Folge, einen Katalog von objektiven oder subjektiven Kriterien zu entwerfen, um Informationen und Ereignisse besser sortieren zu können. Ein solcher Anfang muß bewußt provokant ausfallen.

Im Zentrum herrscht jedenfalls -- nach eigener Wahrnehmung -- Ordnung und Gerechtigkeit. Die Menschenrechte sind garantiert. Länder, in denen diese Voraussetzungen fehlen, gehören der „barbarischen“ Peripherie an. Hier werden Menschenrechte systematisch verletzt, die Sozialordnung ist durch Elend und Willkür geprägt. Das Imperium behält sich das Recht vor, in diese Länder zu intervenieren, um die eigene Weltordnung zu verteidigen. In der Ersten Welt ist die Mehrheit der Bevölkerung selbsthaft, respektiert als abendländische Christen die Zehn Gebote und das Privateigentum, akkumuliert Kapital (wenn auch nicht für sich selbst) und führt darüber genau Buch. Die Barbaren wiederum sind arm, führen keine Buchhaltung, sind anfällig für Diebstahl und beispielsweise in Afrika nicht einmal (mehr) akkumulationsfähig.

Im Zentrum bedient man sich der Wissenschaft, der Rationalität und der rechtlichen Verträge. An der Peripherie herrscht Fanatismus, religiöser Fundamentalismus und Faustrecht. Im Westen lebt man in einer homogen gemachten, befriedeten Gesellschaft. Im Osten wie im Süden führen „Balkanisierung“, „Zypriotisierung“ und „Libanonisierung“ zu Feindschaft und Krieg. In der Ersten Welt ist die Währung stabil, die Infrastruktur funktioniert reibungslos. In der Dritten Welt sind Währung und Kommunikationsmittel höchst krisenanfällig. Im Norden ist die Bevölkerungszahl bekannt und der Bevölkerungszuwachs kontrolliert. Im Süden beobachtet das Imperium eine sogenannte „gefährliche Bevölkerungsexplosion“ mit Sorge.

Diese typisierende Zentrum-Peripherie-Gegenüberstellung könnte mühelos fortgeführt werden. Freilich darf man dabei nicht übersehen, daß in der Ersten Welt und insbesondere in Westeuropa zunehmend zahlreiche Inseln der Barbarei und der Willkür entstehen -- vor allem im Umgang der Weißen mit den als Gastarbeitern importierten Menschen aus Arabien, der Türkei oder Ex-Jugoslawien --, und daß umgekehrt in der Dritten Welt ein zivilisatorisches Potential vorhanden ist, das insellagig beschränkt bleibt.

Nach der Demontage der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs entsteht nun ein ökonomischer Zwischenraum zwischen West- und Osteuropa. Unabhängig von der Feinabstimmung steht schon jetzt fest, daß Waren und Kapital durch das neue GATT-Abkommen und die Zusammenarbeit der sieben Großmächte an Freiheit gewonnen haben. Die Menschen hingegen können sich wegen der ökonomischen Apartheid hinter dem neuen Goldenen Vorhang des Imperiums von Osten nach Westen nur äußerst selektiv bewegen. Das Zauberwort für ihre Kontrolle heißt Quotierung, demnächst überwacht von Eurocorps-Truppen.

Nach diesem kurzen Überblick über Geschichte und Standpunkte der heute weltweit dominierenden Zivilisation des westlichen Imperiums und der Probleme am Limes und in der Peripherie harren grundsätzliche Fragestellungen, die die Menschheit seit Generationen beschäftigen, einer Antwort.

1. Im Zentrum herrscht folgende Fragestellung vor: Sollen die Barbaren überhaupt organisiert werden, sind sie zu einer Organisation überhaupt in der Lage? Sollen sie Zugang zu römischen Institutionen des Vertragswesens erhalten – indem sie zur abendländischen Kultur bekehrt werden, oder soll man die Barbaren als Fremd- bzw. Gastarbeiter oder Sklaven ins Imperium zwingen, sie vorher ihrer Lebensgrundlagen in der Heimat berauben? Wie soll umgekehrt der Transfer der Institutionen an die Peripherie organisiert werden – militärisch, kulturell, ökonomisch oder religiös? Wenn die Bekehrung unerwünscht ist, wie soll man sich gegen Störungen und eventuelle Invasion der Elenden wehren? Welche Rolle spielt dabei die Institutionalisierung eines Limes gegen mögliche Invasionen? Welchen Wert haben Versprechungen von Barbaren, die einer Vertragsgesellschaft wie der im Zentrum abhold sind? Soll man Verträge kaufen oder militärisch durchsetzen?
2. Am Limes, in den Puffer-Staaten, vermischen und trennen sich die Interessen des Zentrums und der Peripherie. Die nach Modernisierung strebenden Eliten und ihre intellektuellen Gefolgsleute fragen sich, wieviel aus den römischen Institutionen und wieviel aus dem barbarischen Erbe notwendig und zulässig ist, um einen funktionsfähigen Limes zu gestalten, um ihn so kreativ werden zu lassen, daß er via technologischem Schub und billiger Arbeitskraft zu einem Zentrum aufsteigt? Welche barbarischen Bräuche lassen sich diesbezüglich veredeln?
3. An der Peripherie bestimmen Misere, Hunger, Korruption, der Wunsch nach Nachahmung oder nach Migration in die Wohlstandsländer den Alltag der Menschen. Sie streben nach Menschenrechten, Sicherheit, Wohlstand und allem, was nur das Imperium bieten kann. Die entscheidende Frage lautet hier: Wenn das Imperium uns nicht hilft, die römischen Institutionen zu Hause aufzubauen, dann bleibt uns nichts anders übrig, als uns nach Rom zu begeben, wohin bekanntlich seit zwei Jahrtausenden „alle Wege führen“. Wie lange soll man auf menschenwürdige Entwicklung an der Peripherie warten? Welche Hilfe (militärische, kulturelle, ökonomische, politische, religiöse) und wieviel davon ist erstrebenswert? Wann ist der günstigste Moment, die Erste Welt zu erpressen, zu invadieren oder einfach zu bedrohen? Soll man die Isolation von Rom oder den Dialog mit Rom anstreben?

7. Alte und neue Barbaren

„Barbaros“ bezeichnete auf griechisch ursprünglich den Fremden, den Angehörigen einer anderen Kultur oder Zivilisation. Deshalb waren alle anderen aus griechischer Sicht Barbaren, bis die Römer die griechische Kultur und auch den Begriff in ihr imperiales Weltbild integrierten. Mehr und mehr wurde der „Barbar“ negativ konnotiert, vor allem, als die bewaffneten Barbaren – Goten, Vandalen, Franken, Burgunder usw. – das römische Imperium jahrhundertlang bedrohten. Barbaren waren jene, die außerhalb

des Imperiums, jenseits des Limes lebten. Im Jahre 476 brach das weströmische Reich schließlich zusammen, und die Barbaren gründeten neue Staaten.

Heute bezeichnet bzw. brandmarkt der Begriff „Barbar“ diejenigen, welche die Zehn Gebote Christi, die postjakobinischen Menschenrechte, die parlamentarische Westminster-Demokratie, das privat akkumulierte Eigentum und dergleichen heilige Tabus nicht respektieren. Nach Definition und Maßstäben der Weltbank sind Menschenrechte vom materiellen Reichtum als Grundlage einer Gesellschaft abhängig. An der Peripherie, wo einem Menschen beispielsweise nur ein Dollar pro Tag zur Verfügung steht, kann folgerichtig keine Rede von Demokratie und Menschenrechten sein. Dort fehlt es an Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, ordentlicher Verwaltung und Gerichtsbarkeit, funktionsfähigem Gesundheits- und Erziehungssystem usw. Die Angehörigen der Entwicklungsländer und seit 1989 auch die der osteuropäischen Staaten jenseits des Limes (der aktuell die Visegrad-Staaten umschließt), insgesamt also ca. eine Milliarde Menschen, sind die neuen „Barbaren“.

Der ideologische Konflikt zwischen Ost und West trennte für mehr als ein halbes Jahrhundert die Guten von den Bösen. Für Kommunisten waren Barbaren ausschließlich reaktionäre Kapitalisten und umgekehrt. Wer auf der einen oder der anderen Seite des Eisernen Vorhang an den klaren Grundsätzen zweifelte, wurde aus der Gesellschaft ausgestoßen, ausgebürgert oder sogar hingerichtet. Diese Grausamkeit macht – nachträglich – zumindest eines deutlich: Das frühere – und heute erneute – Barbarenland im Osten hatte sich im großen europäischen Bürgerkrieg (zwischen 1914 und 1945) zu einem Zentrum aufgeschwungen, der Aufbau des RGW war auch wirtschaftlicher Ausdruck eines teilweise eigenständigen, von Westeuropa teilweise entkoppelten Akkumulationskreislaufes. Nur diese Stärke des sowjetischen Blocks erlaubte es den zwei ideologischen Weltsystemen, sich gegenseitig als Barbaren zu betrachten.

8. Vom römischen Limes zur Limes-Kultur

Der römische Begriff „Limes“ wurde ursprünglich für die römischen Wege in schwer zugängliche Gebiete verwendet. Die Betonung lag mehr auf Verbindung als auf Trennung. Cäsar benutzte den Begriff Limes noch im Sinne von Gebiet, weil alle Territorien begrenzt, limitiert sind. Danach veränderte sich der semantische Inhalt gründlich. Limes wurde am Ende des römischen Imperiums zu einer politischen und militärischen Konzeption: eine Demarkationslinie zwischen Zivilisierten und Barbaren, zwischen Sesshaften und Nomaden, zwischen Gesetz und Willkür, zwischen römischen Institutionen und Barbarei.

Auch jenseits des Limes, in der Welt der Barbaren, galt es freilich weiterhin, eine rege diplomatische, militärische und kommerzielle Aktivität zu entwickeln, um Frieden und Stabilität zu sichern. Das Interesse des Impe-

riums endete nicht am Limes. Es gab einen ausgedehnten Zwischenraum, in dem sich Zivilisation und die Barbarei täglich vermischten. Nur hinter dem Grenzraum existierte unbekanntes barbarisches Gebiet, an dem die Römer keine Interessen hatten und nur vereinzelt Bastionen – befestigte Kontore – unterhielten. Je nach politischer Stabilität des Reiches beschreibt „Limes“ eine Trennlinie oder einen Grenzsaum, der trennte und verband zugleich.

Der Aufbau einer befestigten römischen Verteidigungslinie im zweiten Jahrhundert mit Wassergräben und Bastionen setzte voraus, daß – zumindest temporär – auf die unbegrenzte Ausdehnung der römischen Zivilisation verzichtet wurde. Seit Cäsar und Augustus beschränkten sich die Imperatoren auf fallweise Kämpfe am Limes. Die alte senatorische unbegrenzte Expansionspolitik gehörte damit der Vergangenheit an. Die Kaiser bevorzugten die Aufrechterhaltung des Status Quo gegenüber dem Vordringen in unwegsames und unsicheres Gebiet. Diese Politik garantierte den Imperatoren nach einigen Kämpfen an der Grenze Triumphzüge in Rom, verursachte aber zugleich den allmählichen Niedergang des Reiches, weil die Kluft zwischen Imperium und den Barbaren am Limes nicht mehr aufgehalten werden konnte. Getrennt und geschützt von den Barbaren konnte Rom eine Zeitlang einen unvergleichlichen Glanz entfalten. Der Untergang stand jedoch ante portas.

Anfangs wurde die Einrichtung des Limes als Friedens- und Fortschrittswall gepriesen, freilich nur aus römischer Sicht. Die materiellen Vorzüge der Sklavenhalter-Zivilisation erzeugten jedoch in der Welt der Barbaren eine unerträgliche Spannung. Die römischen Herren als Vorbild vor Augen, strebten auch die Barbaren nach römischen Lebensstandards und diese vermeintlich garantierende römischen Rechtsinstitutionen. Um dies zu erreichen, setzten die Barbaren alles daran, den trennenden Limes zu überwinden. Diesem Druck war weder der Limes noch das Imperium gewachsen. Im 5. Jahrhundert brannte Rom mehrmals, die germanischen Barbaren zerstörten es.

Geblieben ist der Limes als Institution. In römischen Zeiten erstreckte er sich von England über Belgien und Süddeutschland bis zur Donaumündung und an den Dnjestr. Nach dem Zusammenbruch Roms behielten die Regionen des Limes ihren eigenständigen Charakter, der sich über Jahrhunderte gebildet hatte. Er war weder durch Sicherheit und Wohlstand des Zentrums noch durch Elend und Unsicherheit der Peripherie gekennzeichnet. Am Limes hat sich ein eigenes Leben durch die Vermischung von sesshaft gewordenen Legionen mit Einheimischen und die Privilegien, die Rom ihnen einräumte, entwickelt. Noch heute, nach fast zwei Jahrtausenden, ist diese Dreiteilung der Welt unübersehbar, auch wenn sie im Laufe der Geschichte von anderen Faktoren überlagert wurde.

Eine Limes-Kultur ist überall dort entstanden, wo die Römer einen Schutzwall und ein Verteidigungssystem gegen die Barbaren errichteten. Es war nicht nur die technische Leistung, die diese Gebiete zu einem ei-

genständigen Leben führte, sondern auch die römische Disziplin, Organisations- und Verwaltungsfähigkeit und die ununterbrochene Auseinandersetzung mit den Nomaden. Als Rom von den Barbaren besetzt war und es im Reich keine Armee mehr gab, kämpften am Limes die übriggebliebenen Legionen verbunden mit den Eingeborenen wie eh und je um die Eigenständigkeit ihrer Kultur, die sich vom Zentrum wie von der Peripherie gründlich unterschied. Diese Erfahrung ist in den noch heute „vallum“ genannten Gebieten Wales, Wallonien und der Walachei feststellbar. Um so mehr dort, wo im Osten des Kontinents die Habsburgermonarchie im 17. und 18. Jahrhundert ihre – geographisch oftmals dem römischen Limes folgende – Militärgrenze errichtete, vom Karpatenbogen vor der Walachei bis zur Vojna Krajina ans Mittelmeer.

Enikő Baga/Melanie Tatur

Rumäniens Sonderweg in Mitteleuropa Ein Beitrag zu den zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Transformationen in Osteuropa

1. Theoretische Vorüberlegungen und Fragestellung:
Transformationen, zivilgesellschaftliche Ressourcen und
Pfadabhängigkeit

Die Transformationen in Osteuropa können als Reformprojekte in Bezug auf ihre Widersprüchlichkeit hinterfragt werden,¹ sie können als außeninduzierte Anpassungsprozesse an eine globale Weltwirtschaft gedacht werden,² und sie können als evolutionäre Prozesse institutionellen Wandels unter dem Gesichtspunkt ihrer endogenen Dynamik und historisch-kulturellen Ressourcen untersucht werden. Für die letztere Perspektive spricht die Annahme, institutioneller Wandel könne nicht als Resultat legislativer Entscheidungen und gesellschaftlicher Anpassungsprozesse betrachtet und politisch implementiert werden. Vielmehr sei Institutionenbildung im Kontext ungleicher Ressourcenverteilung, überkommener Routinen, Normen und Denkweisen als konfliktorischer gesellschaftlicher Lernprozeß zu konzeptualisieren. Für sie spricht ferner die These, daß die Positionierung nationaler Gesellschaften im globalen System ökonomischer Arbeitsteilung nicht einfach die Funktion wirtschaftsstruktureller Vorgaben ist, sondern mitgestaltet werden kann, und in hohem Maße abhängig ist von den jeweils mobilisierbaren gesellschaftlichen Kompetenzen.

In Hinblick auf Osteuropa dient „Zivilgesellschaft“ dabei als ein Konzept, mit dessen Hilfe die gesellschaftliche Rationalisierung der Auflösung des sozialistischen Produktionsstaates³ in einen „rent seeking“⁴ oder „politischen“⁵ Kapitalismus modelliert werden kann: Transformation wird als Zusammenspiel von zwei gegenläufigen Prozessen gedacht:

-
- 1 C. Offe, Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, in: ders., Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt a. M. 1994, S. 57-80.
 - 2 H. Riese, Transformation als Oktroi der Abhängigkeit, in: Leviathan Sonderheft 15/1995, S. 163-179.
 - 3 J. Staniszkis, The Ontology of Socialism, Oxford 1992.
 - 4 A. Aslund, How Russia Became a Market Economy, Washington DC 1995.
 - 5 J. Staniszkis, In Search of a Paradigm of Transformation, in: E. Wnuk-Lipinski (Hrsg.), After Communism. A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change, Warschau 1995, S. 19-56.

1. Aus den alten Apparaten formiert sich eine politische und ökonomische Entscheidungsstrukturen vernetzende Oligarchie, die die Knotenpunkte der kommerziellen und finanziellen Infrastruktur kontrolliert und sich mit Hilfe schwacher Eigentumsrechte und eines schwachen Staates die Gesellschaft als ökonomische Ressource verfügbar macht, – ein Prozeß, der sich exemplarisch in Rußland studieren läßt.
2. Diese Dynamik kann durch zivilgesellschaftliche Routinen und Akteure rationalisiert und umgekehrt werden.⁶ „Zivilgesellschaft“ meint in diesem Zusammenhang nicht die soziale Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, deren konflikthafte Akteurs- und Interessenstruktur der Vermittlung durch einen abstrakten, regulativen Staat bedarf und diesen hervorbringt, eine Figuration, die in den postsozialistischen Gesellschaften nicht gegeben ist. „Zivilgesellschaft“ bezieht sich auf kulturelle Integration und kulturelle Kompetenzen: gesellschaftliche Assoziation und assoziative Muster und Fähigkeiten, Öffentlichkeit und Diskurskultur, Recht und Legalismus, Nation und kulturelle Kohärenz.

Die in Osteuropa zu beobachtende Diversifikation der Transformationsgesellschaften wird so in der hier gewählten Perspektive nicht an transformationspolitischen Strategien (Schocktherapie vs. Gradualismus) festgemacht, diese erscheinen vielmehr als Resultat vorgegebener Konstellationen. Die neue Vielfalt wird erklärt durch die Besonderheiten des institutionellen Wandels, seiner Bestimmungsfaktoren und zivilgesellschaftlichen Vorgaben. Der Blick wird damit auf die sozialistische Periode, auf Krisen und Reformen des Systems sowie Konfliktartikulationen und Anpassungsmuster der Gesellschaft zurückgewendet. Er wird auf die Bedingungen der Implementation des Systems, auf die ihm unterworfenen Gesellschaften gerichtet – in ihrer Eigenschaft als sozio-ökonomische Strukturen und als kollektive symbolische Konstrukte.

Dabei wird nicht übersehen, daß die mitteleuropäischen „Zivilgesellschaften“ der achtziger Jahre nur sehr bedingt als solche zu begreifen waren: „Zweite Ökonomie“ und private Selbstorganisation, „informelle Öffentlichkeiten“ und fundamentalistische Sozialbewegungen setzten System und Machtstrukturen nicht außer Kraft und bauten keine Institutionen bürgerlicher Gesellschaft. In der institutionellen Dimension können sie gar als komplementär für die Reproduktion des Systems verstanden werden. Sie wirkten aber, dessen ungeachtet, im Sinne von Gramscis *società civile*,⁷ indem sie die kulturelle Hegemonie der alten Ordnung unterhöhlten und alternative gesellschaftliche Identitäten und Verhaltensmuster entstehen ließen.

Während ein so angelegter Vergleich zwischen Rußland und mitteleuropäischen Gesellschaften die tiefen strukturellen Unterschiede zwischen

6 M. Tatur, Interessen und Norm. Politischer Kapitalismus und die Transformation des Staates in Polen und Rußland, in: Leviathan Sonderheft 15/1995, S. 93-116.

7 S. Kebir, Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.

dem russischen Kern und der westlichen Peripherie des Imperiums vernachlässigen muß,⁸ erscheint eine Akzentuierung des rumänischen Sonderweges in Abgrenzung von den mitteleuropäischen Reformvorreitern Polen und Ungarn weniger problematisch. Die unterschiedlichen Konfigurationen in der ersten Phase der Transformationen verweisen hier zweifellos auf divergierende Pfade in der sozialistischen Periode.

Im einzelnen läßt sich die Besonderheit der rumänischen Situation über den Rückverweis auf drei Entwicklungsbrüche rekonstruieren:

- die in den siebziger Jahren eingeleiteten neo-stalinistische Konservierung des Systems, mit der das Ceauşescu-Regime der in Rumänien verspäteten Krise des Stalinismus zu begegnen suchte;
- die gewaltsame Implementierung des Systems nach dem zweiten Weltkrieg und die Bedeutung, die die lokalen kommunistischen Eliten der sozialistischen Mobilisierung unter Bedingungen einer rückständigen bäuerlichen Gesellschaft geben konnten;
- die Vorgabe einer noch weitgehend archaischen rumänischen Bauerngesellschaft, deren Institutionen das sozialistische System zerstörte, in der es sich aber – über die bäuerliche Mentalität und die Umformulierung eines tradierten Konstrukts der Nation – kulturell verankern konnte.

Wenn wir im folgenden die Entwicklung der rumänischen Gesellschaft chronologisch nachzeichnen, so wird damit keine deterministische Kausalität unterstellt, sondern allein versucht, Prozesse und ihre kulturelle Unterfütterung zu rekonstruieren.

2. Die historischen Voraussetzungen: bäuerliche Gesellschaft und Nation bis 1944

Während sich im Spätmittelalter in den westeuropäischen Gesellschaften und auch in Mitteleuropa unter dem Einfluß der katholischen Kirche und des römischen Rechts institutionelle Merkmale wie Eigentumsrechte, getrennte Geltungsbereiche von Kirche und Staat, Vasallentum und eine neue städtische Ordnung herausbildeten, blieb Rumänien einer archaischen Ordnung verhaftet, deren kleinste gesellschaftliche Einheit die Dorfgemeinschaft bildete.⁹ Die Dorfgemeinschaft verfügte über gemeinsamen Grundbesitz,¹⁰ der theoretisch als Eigentum des feudalen Herrschers galt, aber traditionsgemäß den Mitgliedern der Dorfgemeinschaft zugeteilt und von diesen bestellt wurde. Einen durch Erbrecht lokal verankerten Adel gab es nicht, der Staat wurde zentralistisch regiert und der Herrscher hatte

8 M. Tatur, Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen und Rußland, in: *Comparativ* 3 (1993) 4, S. 63-79, dies., Interessen und Norm (Anm. 6).

9 P. Gunst, Agrarian Systems of Central and Eastern Europe, in: D. Chirot (Hrsg.), *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*, Berkeley 1989, S. 53-91.

10 Eigentumsrechte wurden erst 1864 rechtlich verankert.

die ganze Macht im Staate inne, da sich ihm sowohl der Adel, ein Dienstadel, wie auch die orthodoxe Kirche unterwarfen. Eine direkte Kontrolle über die Dorfgemeinschaft oder eine starke Einbindung dieser in den Staat waren nicht möglich, da sich die Dorfbevölkerung dank der geringen Bevölkerungsdichte und den sich daraus ergebenden Migrationsmöglichkeiten, wie auch der aus ihrer Hauptbeschäftigung, der Schafzucht, resultierenden Lebensweise, der Transhumanz, jederzeit dem Staat entziehen konnte. Die Dorfgemeinschaft war von der Außenwelt weitgehend isoliert, ihre wichtigste Bindung zum Staat stellte die kollektive Steuerpflicht dar. Infolgedessen kennzeichnete das Denken in der Dorfgemeinschaft ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl, Traditionsgebundenheit, Fatalismus, Mißtrauen und Feindseligkeit der Außenwelt gegenüber¹¹, sowie ein Hang zum durch den orthodoxen Glauben begünstigten Messianismus.¹²

Als Teil des Königreichs Ungarn nahm allerdings Siebenbürgen an den mitteleuropäischen strukturellen Entwicklungen teil, nur betraf dies nicht auch die rumänische Bevölkerung, die aus einer ungarischen Gesellschaft ausgeschlossen blieb. In Siebenbürgen waren drei Volksgruppen als staatstragende Nationen anerkannt: die Ungarn, die Sachsen¹³ und die Szekler¹⁴, die Rumänen hatten nur den Status einer geduldeten Nation, d. h. sie wurden nicht verfolgt, aber aus dem politisch-ökonomischen Leben ausgegrenzt. So wurde die orthodoxe Kirche auch nicht offiziell anerkannt, aber sie durfte in den rumänischen Dörfern ungestört agieren. Die Moldau und die Walachei gerieten nach einer kurzen Phase der Unabhängigkeit im 16. Jahrhundert unter osmanische Oberhoheit. Da aber diese Provinzen nicht direkt von der Hohen Pforte verwaltet wurden, sondern lediglich tributpflichtig waren, blieb auch ihre innere Organisationsform, ähnlich wie in Siebenbürgen, von der Fremdherrschaft unberührt. In beiden Fällen begünstigte die Tatsache, daß sich die rumänischen Provinzen an der Peripherie des jeweiligen Imperiums befanden, die Konservierung archaischer bäuerlicher Lebensformen.¹⁵ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es im Zuge der Zurückdrängung des Osmanischen Reichs durch Rußland zum Anschluß Rumäniens an den europäischen Getreidehandel. Erst jetzt konnte ein sich autonomisierender Adel ausschließliche Besitzansprüche auf das Land durchsetzen und die gewohnheitsmäßigen Nut-

11 Es gab in Rumänien keine Straßendörfer. Die Ansiedlungen lagen in der Nähe von Wäldern und Sümpfen, die die Flucht und ein Versteck vor Steuereintreibern boten. Vgl. D. Draghicescu, *Die psychologie populului român* (1922), Bukarest 1996.

12 G. Schöpflin, *Politics in Eastern Europe*, Oxford 1993.

13 Eine deutschstämmige Volksgruppe, die zur Grenzsicherung und zur ökonomischen Entwicklung von den ungarischen Königen angesiedelt wurde.

14 Eine ungarischsprachige Bevölkerungsgruppe von Bauernsoldaten, die zum Zwecke der Verteidigung der Ostgrenze angesiedelt wurde.

15 G. Stokes, *The Social Origins of East European Politics*, in: D. Chirot (Hrsg.), *The Origins of Backwardness* (Anm. 9), S. 210-251.

zungsrechte der Bauern am Boden in die Bindung von Leibeigenen an das Land der Großgrundbesitzer umformulieren.¹⁶

Der rumänische Nationalismus entstand als nationale Emanzipationsbewegung im Umfeld der Unierten Kirche¹⁷ in Siebenbürgen. Er war ursprünglich eine aufklärerische Bewegung, die versuchte, die rumänische Bevölkerung durch Bildung zu politisieren und auf die gleichwertige Anerkennung des rumänischen Volkes mit den staatstragenden Völkern hinarbeitete. Seine Argumentationsstränge bauten auf vier Grundsteine auf: Latinität, Kontinuität, Einheitlichkeit und Insularität. Unter dem Begriff Latinität wurde auf den romanischen Ursprung des rumänischen Volkes angespielt, auf seine Zugehörigkeit zu Europa und auf seine Gleichwertigkeit, ja Überlegenheit, gegenüber der erst im Zuge der Völkerwanderung in Europa eingedrungenen Ungarn hingewiesen. Die Kontinuität sollte bezeugen, daß sich die Rumänen auch nach dem Rückzug der Römer aus den Gebieten nördlich der Donau weiterhin kontinuierlich hier angesiedelt hatten.¹⁸ Der Wunsch nach der vollständigen nationalen Emanzipation und nach der Vereinigung aller Rumänen in einem einheitlichen rumänischen Nationalstaat wurde durch die Idee der Einheitlichkeit ausgedrückt. Nicht zuletzt sahen sich die Rumänen als „lateinische Insel im slawischen Meer“, ein Bild, das auch die Situation eines bedrohten Volkes umgeben von feindlichen Großmächten versinnbildlichen sollte.¹⁹

Im klerikalen Umfeld entstanden, wurde der rumänische Nationalismus in Siebenbürgen zur Ausdrucksform einer aufsteigenden städtischen Intelligenzija,²⁰ die mit seiner Hilfe eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung zu erreichen suchte. Auch in der Moldau und der Walachei richtete sich

16 D. Draghicescu, *Din psihologia* (Annn. 11).

17 Die Unierte Kirche ist eine von der Habsburger Monarchie ins Leben gerufenen Institution mit dem Ziel, die orthodoxen Untertanen stärker ans Reich zu binden. Sie entstand Ende des siebzehnten Jahrhunderts in Galizien und wurde im achtzehnten Jahrhundert in Rumänien eingeführt. Sie ist institutionell an Rom gebunden, akzeptiert die katholischen Dogmen als Glaubensbekenntnis, pflegt aber weiterhin die orthodoxe Liturgie und versucht sich äußerlich der orthodoxen Lebensweise anzupassen (z.B. fehlt das Zölibat).

18 Die Kontinuitätsthese widerspricht der ungarischen These, laut welcher die Rumänen sich nach dem römischen Rückzug unter Kaiser Hadrian in die Gebiete südlich der Donau zurückgezogen hätten und erst nach der ungarischen Besetzung Siebenbürgens zurückgekehrt seien. Ein Standpunkt, dem es gelingt, diese beiden Thesen miteinander zu vereinbaren, ist die Theorie der Transhumanz.

19 Ein zutreffendes Bild, wenn man sich die Interessen Österreich-Ungarns, Rußlands und des osmanischen Reiches vor Augen hält.

20 Gemeint ist eine für Mittel- und Osteuropa prägende Schicht von qualifizierten Beschäftigten im staatlichen und kommunalen Verwaltungswesen und Dienstleistungswesen und akademischen Freiberuflern, die aus dem Adel, insbesondere dem verarmten Kleinadel hervorging. Diese Schicht, deren ökonomischer Status in hohem Maße mit der staatlichen Verwaltung verbunden war, begriff sich auf Grund ihrer Bildung als interessenloser, ideeller Vertreter der Gesellschaft und eines gesellschaftlichen Reforminteresses. Aus ihr rekrutierten sich die nationalen politischen Eliten.

der Nationalismus in erster Linie gegen die Fremdherrschaft. Beeinflußt wurde er von den Revolutionen 1848 und von der siebenbürgischen Bewegung. Seine Vertreter waren als „dilettierende Gutsherrensöhne“,²¹ ebenfalls Vertreter einer sich verstädtierenden Intelligenzija. Wie anderswo in Mitteleuropa auch waren die im eigentlichen Sinne bürgerlichen Elemente ethnisch Fremde: Deutsche, Ungarn, Juden in Siebenbürgen bzw. Juden, Griechen, Armenier in Moldau und der Walachei.

Das erklärte Ziel des rumänischen Nationalismus konnte Schritt für Schritt verwirklicht werden: Autonomie der Donaufürstentümer, Vereinigung unter Fürst Cuza, Einführung der Erbmonarchie und des konstitutionellen Systems, Unabhängigkeit des Königreichs Rumänien und letztendlich die Vereinigung der Provinzen Siebenbürgen, Banat und Bessarabien mit dem Altreich. Nichtsdestotrotz verlor der Nationalismus weder an Virulenz, noch an Popularität; er wandte sich von nun an nur stärker inneren Angelegenheiten zu.

Aus dem ersten Weltkrieg ging Rumänien als Siegermacht hervor. Das Gebiet des Landes ebenso wie die rumänische Bevölkerung verdoppelten sich, und es kamen vier Millionen Angehörige anderer Nationalitäten hinzu. Die nationalistischen rumänischen Eliten setzten sich das Ziel einer nachholenden Modernisierung, deren wichtigste Instrumente die Agrarreform und die Bildungsreform sein sollten. Beide Reformmaßnahmen führten zu gesellschaftlichen Mobilisierungsschüben, die – unter den Bedingungen der Zwischenkriegszeit²² – zwar die Entwicklungsbarrieren der agrarischen Ökonomie nicht überwinden konnten, die etablierte politische Ordnung aber unterhöhlten und auflösten.

Die Bauern wurden zum erstenmal in der rumänischen Geschichte zu Landeigentümern. Ohne Mittel und finanzielle Hilfen verschuldeten sich aber große Teile der Bauernschaft. Neben Anfängen eines neuen Typus von mittelständischen, für den Markt produzierenden Bauern, kam es in den zwanziger Jahren zu einer Proletarisierung bäuerlicher Familien, deren Mitglieder sich unter dem Druck ihrer Schulden bei den Großgrundbesitzern verdingen mußten und in eine erneute Abhängigkeit gerieten, oder als Pendlern in den Städten Beschäftigung suchten. Die Bildungsreform kam den begüterten Bauern und der verarmten Intelligenzija zugute, die nun ihre Söhne auf höhere Schulen schicken konnten. Die zweite Gruppe, die von der Reform profitierte, waren die Mitglieder der kleinbürgerlichen Mittelschicht aus Handwerkern, Kaufleuten, kleinen Angestellten, Pächtern und Gutsverwaltern, die typischerweise keine ethnischen Rumänen waren.

21 L. Maier, Rumänien und die europäischen Mächte (1859–1944), in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 15–23.

22 Gemeint sind hier Autarkietendenzen, die sich schon Anfang der zwanziger Jahre durchsetzen, und die Weltwirtschaftskrise – Rahmenbedingungen, die sich für die neuen mitteleuropäischen Länder als äußerst ungünstig erwiesen.

Die mit der Land- und Bildungsreform eingeleitete Mobilisierung konnte sozialstrukturell nicht umgesetzt werden, weil der Durchbruch zu wirtschaftlicher Expansion und Industrialisierung in der Zwischenkriegszeit nicht gelang. Sie führte zu steigendem Druck der aufstiegsorientierten bäuerlichen Gruppen auf die engen Aufstiegskanäle: einen unkontrolliert wachsenden und korrupten Staatsapparat und die von den nicht rumänischen Ethnien besetzten mittelständischen Berufe. Auf der Ebene des politischen Systems führte diese Entwicklung zu einer Erosion der sozialen Basis der demokratischen Parteien und seit Beginn der dreißiger Jahre konkurrierten zwei antiparlamentarische Kräfte um die Macht im Staate: der König, der sich auf Armee und Staatsverwaltung stützte, und extreme populistische Bewegungen, aus denen die faschistische Organisation der Legion des Erzengels Michael bzw. der Eisernen Garde hervorgingen. Die Militärdiktatur des Marschall Antonescu, die nach den großen territorialen Verlusten infolge des Zweiten Wiener Schiedsspruchs und des Molotow-Ribbentrop-Paktes das Land auf der Seite der Achsenmächte in den Krieg gegen die Sowjetunion und zur Rückeroberung Bessarabiens führte, wurde angesichts des Vormarschs der sowjetischen Truppen 1944 durch eine antifaschistische Koalition aus Altparteien, Sozialdemokratie, Bauernfront und Kommunisten abgelöst.

Der archaische Typus der bäuerlichen Gesellschaft und das Fehlen einer breiten Schicht von Kleinadligen mit einer einflussreichen daraus erwachsenen Intelligenzja unterschied Rumänien von Polen und Ungarn und näherte es dem russischen Beispiel. Der von der Intelligenz artikuliert kulturelle Nationsbegriff, dem sowohl das Rückrat eines imperialen Staates als auch die Muskeln einer bürgerlichen Gesellschaft fehlten, machte es den mitteleuropäischen Gesellschaften ähnlich.

3. Die Implementation der sozialistischen Ordnung 1944–1953 als sozialistische Transformation einer bäuerlichen Gesellschaft

Die kommunistische Machteroberung erfolgte 1945–1948 nach einem Schema, das in seinen Grundzügen dem in den anderen mitteleuropäischen Ländern vergleichbar war. Die provisorische bürgerliche Regierung mußte 1945 einer prokommunistischen Regierung weichen, in der die Kommunisten (RKP) bald die wichtigsten Ministerposten übernahmen, und die nach der Vertreibung des Königs 1948 zum kommunistischen Machtmonopol in einer rumänischen „Volksrepublik“ überleitete.

Bei genauerer Betrachtung lassen sich Besonderheiten der rumänischen Situation aber auf verschiedenen Ebenen ausmachen.

- Innerhalb der RKP kam es zwar wie in den anderen kommunistischen Parteien zu Konflikten zwischen dem im Land gebliebenen „nationalen“ Flügel und den aus Moskau zurückkehrenden „Internationalisten“. Spezifisch war aber die starke Position der nationalen Gruppe und ihres Führers Gheorge Gheorghiu-Dej. Dessen unangefochtene

Machtposition dürfte dabei weniger dem Umstand zu verdanken gewesen sein, daß die Entmachtung des faschistischen Regimes aus eigenen Kräften vor der sowjetischen Okkupation stattgefunden hatte und sich der daran beteiligte einheimische Flügel der KP im politischen Leben verankern konnte, sondern daran gelegen haben, daß deren Führer Gheorghiu-Dej sich im Unterschied etwa zu seinem „nationalkommunistischen“ Kollegen Gomulka innenpolitisch und ökonomisch als entschiedener Verfechter der stalinistischen Strategie auswies. Diese Konstellation hatte zur Folge, daß es nach 1953/56 – anders als in Polen und Ungarn, wo die „nationalen“ Kommunisten im Hochstalinismus den „Säuberungen“ durch die „Moskowiter“ Bierut und Rákosi hatten weichen müssen – eine „nationalkommunistische“ Alternative weder personell noch ideell gab.

- Wie in den anderen Ländern kam es auch in Rumänien zu einer brutalen Ausschaltung der alten Eliten, zur Zerstörung der bürgerlichen Elemente und Strukturen, zur Kollektivierung der Landwirtschaft und zur Degradierung der Intelligenzija. Spezifisch war für Rumänien die Aufwertung des bäuerlichen Elements und dessen Stellenwert. Das Ausmaß der Verbäuerlichung der Städte und der Industriearbeiterschaft war wegen des geringeren vorgegebenen Industrialisierungsgrades größer und wegen der archaischen Traditionen der bäuerlichen Gesellschaft radikaler. Die neuen Machteliten charakterisierten sich durch die nahezu vollständige Abwesenheit von Intellektuellen,²³ und den Kanal des „gesellschaftlichen Aufstiegs“²⁴ konnten in Rumänien nicht nur Mitglieder der städtischen Mittel- und Unterschichten sondern in größerem Maße auch Bauernsöhne nutzen.

Es wäre aber verfehlt, von einer ungebrochenen Kontinuität der bäuerlichen Gesellschaft auszugehen. Die gesellschaftliche Institution der Dorfgemeinschaft wurde zerstört und die bäuerliche Gesellschaft atomisiert. Die bäuerliche Mentalität aber wurde zum kulturellen Material der neuen sozialistischen Institutionen. K. Jowitt hat die „charismatische Unpersönlichkeit“²⁵ der Leninschen „Partei neuen Typs“ als ein institutionelles Substitut für die formale, prozedurale Rationalität der bürgerlichen Gesellschaft, dem Medium der westlichen Modernisierung, ausfindig gemacht. Wegen der Affinität zum bäuerlichen Denken konnte die Partei mit dem

23 Der einzige namhafte Parteintelktuelle Lucretiu Patrascanu wurde 1948 verhaftet und 1954 hingerichtet.

24 Die Formel für eine Karriere über politische Loyalität und Schulung und nicht über Bildung und Qualifikation.

25 K. Jowitt, *The Leninist Response to National Dependency*, in: *Institute of International Studies Series* 1978/37; ders., *Soviet Neotraditionalism: the Political Corruption of a Leninist Regime*, in: *Soviet Studies* 1983/35. Beide Artikel wurden wieder veröffentlicht in: ders., *New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkley 1993, S. 1-49 bzw. 121-158.

institutionellen Grundmuster charismatischer Unpersönlichkeit²⁶ die zentralen Institutionen der bäuerlichen Gesellschaft – den Haushalt und die Dorfgemeinschaft – sprengen und auf gesamtgesellschaftlicher, unpersönlicher Ebene in neuer Form reproduzieren. Es ist Jowitts Verdienst, gezeigt zu haben, daß die Kollektivierung die sozio-kulturelle Basis bäuerlicher Lebensform beseitigt hat, indem sie den bäuerliche Haushalt und die auf ihn gegründete Dorfgemeinschaft als System sozialer Identifikation, als Organisation und als soziale Macht zerstörte, um Versatzstücke bäuerlicher Mentalität zu einer politischen Ökonomie zu komponieren, die die totalitäre Gesellschaft als Haushalt organisierte, einer substantiellen Gesetzlichkeit unterwarf und den aus seinen sozialen Bindungen entwurzelten Einzelnen über die unpersönliche Gemeinschaft²⁷ des Kollektivs in den politischen Kooperationszusammenhang zwang und verfügbar machte. Mit Hilfe dieser Transformation konnte die Blockade agrarischer Produktion durchbrochen und das Land gewaltsam industrialisiert werden.

Die Besonderheit der rumänischen Situation ist aus dieser Perspektive, daß die rumänische Gesellschaft hinsichtlich der Ressourcen archaischer Bäuerlichkeit dem russischen Modell ähnlicher war als die mitteleuropäischen Gesellschaften und das System sich so kulturell verankern ließ. Von daher erscheint es nicht nur ideologischer Überzeugung geschuldet, daß sich die stalinistischen rumänischen Führer als Vertreter der nationaler Interessen einer peripheren Gesellschaft begriffen – und zwar nicht nur im Verhältnis zum „kapitalistischen Weltsystem“, sondern auch zum russischen Kern des sowjetischen Imperiums. Auch in diesem Denkmuster gleichen sie ihren russischen Genossen.²⁸

4. Die reife sozialistische Ordnung: Neo-Stalinismus und „Nation“ statt Deartikulation des Systems

Nach Stalins Tod kam es in den meisten Ländern Mitteleuropas im Zusammenhang mit den Machtkämpfen in Moskau zu Konflikten zwischen den Flügeln der lokalen kommunistischen Parteien. Das Interesse des russischen Zentrums bestand damals darin, lokale „nationalkommunistische“ Reformfraktionen aufzubauen. Tatsächlich führte die poststalinistische Periode zu weitreichenden institutionellen Veränderungen im Rahmen des

26 Charismatische Unpersönlichkeit ist das definitorische Merkmal der Kommunistischen Partei, die sich als heroische, über ein teleologisches Kampfbild integrierte Organisation begreift.

27 Kollektiv als im Unterschied zum Haushalt unpersönlicher, nicht familiärer Kooperationszusammenhang, der aber wie dieser nicht durch Regeln sondern durch das gemeinsame „Ziel“ und direkte persönliche Abhängigkeit sowie gegenseitige Angst integriert wird.

28 Gheorghiu-Dej lehnte 1962 den Walew-Plan, demzufolge Rumänien zum Versorgungsland der besser industrialisierten mitteleuropäischen Länder werden sollte, entschieden ab und nahm sich vor, den Entwicklungsstand dieser Länder in kürzester Zeit aus eigenen Kräften zu erreichen und zu übertreffen.

sozialistischen Systems. In Polen leitete die Regierung Gomulka eine Stop-and-go-Politik der „Liberalisierung“ ein, die über periodische Konflikte zu einer weitreichenden Politisierung der Gesellschaft führte. In Ungarn wurde nach der brutalen Niederschlagung des Volksaufstandes und Jahren des Terrors in den sechziger Jahren eine technokratische Reformpolitik eingeleitet, die die Entpolitisierung der Gesellschaft vollendete.

In Rumänien griff Gheorghiu-Dej mit seiner „nationalkommunistischen“ Wende auf den Code des Nationalismus zurück, um eine gegen die Reformpolitik Moskau gerichtete Strategie der Kontinuität des stalinistischen Entwicklungsmodells zu stützen. So wurden 1952 die Mitglieder der internationalistischen Gruppe aus der Partei ausgeschlossen und es kam 1955 wegen der Apostol-Affäre²⁹ zu Reibereien mit der sowjetischen Führung.³⁰ Angesichts des Ungarnaufstands und von Studentenunruhen in Bukarest stellte sich Gheorghiu-Dej dann zwar wieder eindeutig unter militärischen Schutz der Sowjets und machte gewisse innenpolitische Konzessionen. Zu einer Liberalisierung oder zu einer technokratischen Reform aber kam es nicht.

Anders als Gheorghiu-Dej mobilisierte dessen Nachfolger Nicolae Ceauşescu einen „echten“ Nationalismus,³¹ indem er einerseits mit Deklarationen und Gesten Reformwilligkeit andeutete und andererseits die Angst vor äußerer Bedrohung aktivierte. So verurteilte er die Niederschlagung des Prager Frühlings, kritisierte in gemäßigter Form den rumänischen Staatsapparat sowie seinen Vorgänger, leitete eine gewisse kulturelle und politische Liberalisierung ein und gab sich durch Gesten der Volksnähe ein populistisches Image. Die so erreichte Popularität wurde mit einer spezifischen Mobilisierung der rumänischen Gesellschaft verbunden, die unter der Angst einer sowjetischen Invasion bereit war, ihm in der Innenpolitik uneingeschränkte Macht einzuräumen.³² Ein Grundstein bäuerlicher Mentalität ist die Strukturierung der Welt als Dichotomie von „wir“ und „Fremdem“, die der Einbindung in Primärgruppen von Familie und Dorfgemeinschaft und der Angst vor den Gefahren einer anonymen, naturgewaltigen Außenwelt entspricht. Die Institution der konkreten bäuerlichen Lebensgemeinschaft war zerstört. Das „wir“ konnte mit dem Abstraktum der Nation und dem Topos ihrer Insularität besetzt werden. Die Angst, die durch die Zerstörung der bäuerlichen Gemeinschaften und den Terror der stalinistischen Periode traumatisch vertieft und zur „angoisse prophylac-

29 Die sowjetische Führung hatte 1954 versucht, eine reformfreundige Fraktion um Gheorghe Apostol in der RKP aufzubauen.

30 Im Zusammenhang mit diesen inneren Machtkämpfen gegen Internationalisten und Reformen wurde auch der seit 1948 inhaftierte und des Nationalismus verdächtige Parteintelktuelle Patrascanu 1954 hingerichtet.

31 Symbolkräftig war die Rehabilitierung Patrascanus.

32 T. Gilberg, *The Multiple Legacies of History: Romania in the Year 1990*, in: J. Held (Hrsg.), *The Columbia History of Eastern Europe in the 20th Century*, New York 1992.

tique“³³ geworden war, konnte nach außen gewandt und so für den Einzelnen psychologisch abgebaut werden.

Die persönliche Macht Ceaușescus und die Verfügbarkeit einer so beschaffenen Ressource „Nation“ erklärt noch nicht hinreichend die „neo-stalinistische“ Wende der rumänischen Politik Anfang der siebziger Jahre. Deren Logik wird dann eher verständlich, wenn wir sie als Reaktion auf eine der etablierten sozialistischen Ordnung immanenten Auflösungstendenz deuten.

K. Jowitt³⁴ hat in seiner Konzeptualisierung der stabilisierten sozialistischen Gesellschaft als einer „neo-traditionalen“ Gesellschaft, darauf aufmerksam gemacht, daß die Veralltäglicung des heroischen Charismas der Partei mit der Ritualisierung der Ideologie und dem selektiven Charakter des Terrors die Institution der charismatischen Unpersönlichkeit, auf der die organisatorische Integrität von Partei und Staatsverwaltung beruht hatte, auflöst. Die Grenzen zwischen Organisation und Interaktionsnetzwerken ihrer Umwelt zerfließen, die Organisation korrumpiert. Die Institution der charismatischen Unpersönlichkeit transformiert sich in institutionalisierte Korruption. Auch der polnische Soziologe W. Narojek hat darauf verwiesen, daß eine Lockerung der polizeistaatlichen Kontrolle in der „planenden Gesellschaft“ kein koordiniertes Handeln von nur administrativen Sozialakteuren, sondern individuelle private Interessen der atomisierten Gesellschaftsmitglieder und administrativen Funktionsträger freisetze.³⁵ Die Formulierung J. Staniszkis von den „toten Strukturen“ und der Entropie des „reifen Sozialismus“ verweist auf dieselbe Dynamik.

In Polen und Ungarn ist dieser systemimmanenten Dynamik mit unterschiedlicher Gewichtung durch vier Entwicklungen begegnet worden, die sich teils als politische Strategien der Machteliten, teils als Resultat konfliktorischer Interaktionen verstehen lassen:

1. eine zunehmende Verrechtlichung, die allerdings am systemkonstitutiven nicht formalisierten und exklusivem Status der Partei („führende Rolle“) ihre Grenze fand;
2. die Einrichtung einer „zweiten Ökonomie“ und administrativer Quasimärkte, deren ökonomische Rationalität allerdings durch das Fehlen eindeutiger Eigentumsrechte begrenzt blieb;
3. die Pluralisierung von kulturellen und politischen Akteuren, die aber einen nur informellen Status genossen, und

33 A. Blandiana, Les racines du mal roumain: de l'angoisse prophylactique à l'indulgence occulte, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch (Anm. 21), S. 117-123.

34 K. Jowitt, Soviet Neotraditionalism: the Political Corruption of a Leninist Regime, in: Soviet Studies 1983/35, Wiederabdruck in: K. Jowitt, The New World Disorder (Anm. 25), S. 121-158.

35 W. Narojek, Perspektywy pluralizmu w upanstwowionym społeczeństwie, Warschau 1994 (entstanden 1982-84).

4. eine zunehmende Öffnung gegen den Weltmarkt, und damit die partielle Orientierung an dessen Rationalitätsstandards, wobei auch diese Tendenz durch die Subventionierung des Exports begrenzt und konterkariert wurde. Diese Momente einer „Deartikulation“ des Systems³⁶ waren mit sozialstrukturellen Veränderungen, insbesondere der Professionalisierung der Eliten und dem Aufstieg einer sozialistischen Mittelschicht verbunden.

Diese Veränderungen hielten die Dekomposition der sozialistischen Ordnung nicht auf, ja, sie brachten mit den technokratischen Eliten und aufstiegsorientierten neuen Mittelschichten Gruppen hervor, für die das System in unterschiedlichem Umfang zur Aufstiegsbarriere wurde. Aus der heutigen Perspektive können wir die poststalinistischen Reformen, die sozialen Strukturbrüche und die Sozialbewegungen in diesen mitteleuropäischen Ländern als erste Ansätze einer Hybridisierung der Sozialordnung interpretieren – und zwar im Sinne der Herausbildung neuer Akteure und Regeln, Denkweisen und Interessen, denen später mit dem politischen Durchbruch 1989 neue Funktionen zuwuchsen.

Anders als die poststalinistischen Machteliten in Polen und Ungarn reagierte Ceaușescu auf die Herausforderung der Neo-Traditionalisierung der charismatischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft durch den Rückgriff auf stalinistische Entwicklungsstrategien und Machttechniken. Autarkiepolitik, ein neuer Industrialisierungsschub, absurde Prestigeobjekte wurden mit einer Rhetorik des Heroischen, dem Ideal der Nivellierung der Gesellschaft und der Schaffung des „neuen Menschen“ unterlegt. Tatsächlich beinhaltete die Industrialisierungspolitik der sebziger und achtziger Jahre auch eine neuen Schub sozialer Mobilität, insofern als sie neuen ethnisch rumänischen professionellen Eliten zum Aufstieg verhalf und von einer „Romanisierung“ der ungarisch und deutsch besiedelten Städte begleitet war.³⁷ Die sozial kostspielige Wirtschaftspolitik wurde nach bekannter Manier mit polizeistaatlichen Mitteln gesichert. Der Sicherheitsapparat der Securitate wurde zu einer Partei- und Staatsapparat duplizierenden Struktur ausgebaut, die der Person Ceaușescu unterstellt war. Dies und die Durchsetzung des Prinzips der Kaderrotation sollten die Apparate verfügbar und kontrollierbar machen. Der Personenkult um den „Conducator“ Ceaușescu versinnbildlichte die Unterwerfung des bürokratischen Apparates und der neuen professionellen Intelligenz. Er verklärte die Person Ceaușescus zur Quelle politischer Macht, geistiger Inspiration und als zwangsläufigen Höhepunkt der rumänischen Nationalgeschichte. Die ideologisch primitive, egalitäre, anti-intellektuelle, demagogische und leicht xenophobe Rhetorik³⁸ suchte den Gemütszustand der Massen zu tref-

36 J. Staniszkis, *The Ontology of Socialism*, Oxford 1992.

37 T. Gallagher, *Romania: the destructive legacy*, in: B. Goralczyk/W. Kostcki/K. Zukrowska (Hrsg.), *In Pursuit of Europe*, Warschau 1995, S. 81-92.

38 P. Cornea, *La Democratie roumaine dans l'ère post-totalitaire. Legs du passé et incon-*

fen, und den Führer als paternalistische Identifikationsfigur zu präsentieren. Die Korruption der politischen Organisation konnte all dies nicht aufhalten. Der Familienclan der Ceauşescu, der offiziell die Spitzenpositionen im Staat besetzt hielt, erhob selbst Familiarismus und Nepotismus zur offiziellen Staatsideologie. Die intendierte Kontrolle des Parteiapparates erwies sich als illusionär. In einem rechtlosen sozialen Vakuum reproduzierten sich die Apparate von Partei, Verwaltung und Securitate nach der Logik der vernetzten privaten Interessen der Funktionsinhaber. Die Handlungs- und Artikulationsfähigkeit der Gesellschaft konnte so radikal zerstört, die totalitäre Macht reproduziert werden. Die Kontrolle über den Prozeß der materiellen Produktion und die Perspektive einer ökonomischen Entwicklung aber konnte nicht realisiert werden. Mit Hilfe des die Gesellschaft durchdringenden Polizeiapparates gelang es aber, das System in reiner Form zu reproduzieren³⁹ und das Elend der Bevölkerung zu verwalten.⁴⁰

5. Nation und die religiösen Wurzeln der Muster gesellschaftlichen Widerstands

Nicht nur auf der Ebene des Systems unterschied sich Rumänien in den achtziger Jahren in dramatischer Weise von Ungarn und Polen. Kontrastieren lassen sich insbesondere zwei Aspekte gesellschaftlicher Verfaßtheit: die Beschaffenheit und die Funktion von Nation und die Verhaltensmuster und die Bedeutung des Dissenses bzw. der demokratischen Opposition.

Die sozialistische Industrialisierung hatte überall in Osteuropa widersprüchliche Auswirkungen für die Prozesse der Nationsbildung.⁴¹ Sie führte zu einer sozialen Nivellierung und – in unterschiedlichem Umfang – zu einer Professionalisierung großer Teile der Bevölkerung und somit zum Entstehen einer sozialistischen Mittelschicht. Solche kulturelle Homogenisierung war aber nur in begrenztem Umfang mit sozio-politischen Zivilisationsschüben verbunden, insofern dies die Verinnerlichung von Normen und die Herausbildung sozialkognitiver Fähigkeiten, die Erfahrung und das Erlernen normativer Regeln d. h. normative Regulation sozialen Handelns voraussetzt. Solche Voraussetzungen waren unter den autoritären

nues de l'avenir, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch (Anm. 21), S. 101-109.

39 Konsequenz im Sinne der „Reinheit“ war die durch eine radikale Austeritätspolitik erreichte Rückzahlung der Schulden.

40 Seit Beginn der achtziger Jahre wurden Lebensmittel rationiert, die Energiezufuhr an die Haushalte stetig verringert und Menschen über 60 Jahren verboten, sich in Krankenhäusern behandeln zu lassen.

41 Nation wird hier im Sinne von E. Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991 (engl. Original Nations and Nationalism, Oxford 1983) als kulturelle Nivellierung und zugleich vertiefte Inkulturation und damit als zentraler Aspekt der Moderne gefaßt.

Regimen in Polen und Ungarn in größerem Maße gegeben als unter dem totalitären rumänischen System.⁴²

Auch als symbolisches Konstrukt⁴³ unterschied sich die rumänische, vom Machtapparat definierte und instrumentalisierte „Nation“ von ihrem mitteleuropäischen Gegenstück. Unter Rückgriff auf den Mythos „Mitteleuropa“ verstanden sich ungarische und polnische Intellektuelle als Anwälte ihrer – der westlichen Zivilisation zugeordneten – Völker. Gegen ein als kulturell fremd abgelehntes und von außen oktroyiertes System, wurde die imaginierte Nation zum Medium symbolischer Integration der Gesellschaften gegen den autoritären und von außen abhängigen Staat. Als Medium symbolischer gesellschaftlicher Integration war das Konzept Nation in Rumänien nicht nur deshalb nicht geeignet, weil es von den Machteliten verwaltet wurde, sondern auch weil der tradierte Topos der Insularität die Angst vor einer feindlichen Umwelt und die „Verlassenheit“ der atomisierten Menschen,⁴⁴ kaum aber demokratische Aspirationen thematisieren konnte.

Angesichts des Ausmaßes der Repression ist nicht verwunderlich, daß der Dissens in Rumänien schwach geblieben ist. Die Opposition unterschied sich aber nicht nur in ihrer Bedeutung sondern auch in ihren Ausdrucksformen. Während die mitteleuropäischen Intellektuellen ihren Widerstand im Rahmen des Konzeptes der „Antipolitik“ (Konrad) als ein „in der Wahrheit leben“ (Havel) verstanden, zogen sich rumänische Dissidenten nicht nur von der Politik sondern auch aus einer zerstörten Welt zurück. Typisch ist hierfür der Fall des Philosophen Constantin Noica, der in einer Berghütte in Paltinis zurückgezogen dem System durch das Studium der Schriften Platons Widerstand zeigte. In diesen Verhaltensmustern lassen sich unschwer die unterschiedlichen Weltbilder und religiösen Ausdrucksformen von westlichem und östlichem Christentum erkennen: Entsprechend der für das westliche Christentum charakteristischen dialektischen Beziehung von irdischem und göttlichem Reich, dem die Legitimitätsbedürftigkeit weltlicher Ordnung und die Diesseitsbezogenheit des religiösen Handelns entsprechen, gilt es, in der westlichen religiösen Praxis im alltäglichen Leben „Zeugnis zu geben“. An dieses Muster knüpfte die demokratische Opposition in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei an. Als „Ethosgruppen“⁴⁵ hoben sie mit ihrem Handeln die scheinbare Alter-

42 Auf analoge Probleme haben T. Guldman (Moral und Herrschaft in der Sowjetunion. Erlebnis und Theorie, Frankfurt a. M. 1984) für Rußland und W. Engler (Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt a. M. 1992) für Rußland und die DDR aufmerksam gemacht.

43 Hier wird Nation im Sinne B. Andersons (Imagined Communities, in: J. Hutchinson/A. D. Smith [Hrsg.], Nationalism, Oxford 1994, S. 89-96) als „imaginierte Gemeinschaft“ gefaßt.

44 H. Arendt, Elemente totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1958.

45 T. Stawiel, Struktura społeczna i postawy a grupy etosowe, in: Studia Socjologiczne 1982/1-2; S. 157-178.

nativlosigkeit des Menschen in der totalitären Ordnung auf, und initiierten über die Demonstration einer moralisch motivierten Handlungsalternative die Kristallisation der Gesellschaft entlang einer moralisch-politischen Achse. Über solche Identitätspolitik konnte sich in Polen die Gesellschaft als Sozialbewegung und politisches Subjekt konstituieren. Für die Orthodoxie dagegen ist nicht die Dialektik sondern eine Bipolarität von Diesseits und Jenseits, weltlicher Macht und geistlicher Wahrheit, charakteristisch. Dem entspricht in der religiösen Praxis der Gegensatz einer hauptsächlich in Riten und Bräuchen zum Ausdruck gebrachten Volksreligion einerseits und einer elitären Weltflucht der Einsiedlermönche in die mystische Einheit mit Gott andererseits. Beide Ausdrucksformen orthodoxer Religiosität stehen unvermittelt nebeneinander und wirken weder aufeinander noch auf die weltliche Ordnung zurück. Der polnische Soziologe Wnuk-Lipinski hat die Grundlagen des Widerstandes und der Mobilisierung der Gesellschaft gegen den Staat in einer sozialen Dimorphie gesehen, d. h. in der Inkompatibilität von über die Familie tradierten kulturellen Normen mit den normativen Standards des von außen oktroyierten sowjetischen Systems. Den Kern dieser Dimorphie hat er an der dem westlichen Christentum zuzurechnenden Idee der Personalität des Menschen festgemacht⁴⁶, eine Idee, die das östliche Christentum mit seiner Betonung der *Sobornost'*, d. h. der die Individualität des Menschen aufhebenden religiösen Gemeinschaft, nicht kennt. Wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, daß die – für die mitteleuropäischen Gesellschaften zu konstatierende – Inkompatibilität von kulturellen Normen und sowjetischem System nicht nur auf unterschiedliche inhaltliche Bestimmungen der Normen verweist, sondern auf die andersartige Form der Normativität selbst: ihren abstrakten bzw. ihren substantiellen Charakter. Dem entsprechen gegensätzliche Sozialisationsweisen: die Individualität und das Kollektiv.

Die gegensätzlichen religiösen Grundlagen der Gesellschaft lassen sich auch auf der Ebene der symbolischen Konstruktion von „Nation“ wiederfinden: in den mitteleuropäischen Selbstbildern von Nation als kulturell integrierter, aber individualisierter Gesellschaften und der rumänischen kollektiven Imagination als einer durch Bedrohung und Abgrenzung nach außen verbundenen Gemeinschaft.

6. Die Revolte 1989/90 und die evolutionäre Transformation des politischen Systems

Der Moment des politischen Durchbruchs wird in Mitteleuropa an der Etablierung der „Runden Tische“ und den Gründungswahlen, d. h. an der Einführung des demokratischen Prinzips festgemacht. Die ersten Wahlen führten zu einem Wechsel der politischen Eliten, setzten das Prinzip der

46 E. Wnuk-Lipinski, Social Dimorphism, in: I. Bialecki/J. Koralewicz/M. Watson (Hrsg.), *Society in Transition*, London 1987.

politischen Nomenklatur und die Prärogative der Partei außer Kraft und etablierten Öffentlichkeit, Elitenkonkurrenz und Rechtsstaatlichkeit als Pfeiler einer neuen politischen Ordnung. Der politische Durchbruch eröffnete zugleich den Weg zur Radikalisierung einer ökonomischen Transformation, die bereits seit der Mitte der achtziger Jahre eingeleitet worden war. Die Wirtschaftsreformen hatten nicht nur einer Differenzierung und Dezentralisierung des ökonomischen Steuerungssystems, sondern auch rechtliche Voraussetzungen für eine „spontane Privatisierung“ und den Transfer politischer Macht in private Verfügungsrechte geschaffen. Mit dem politischen Durchbruch wurde die Privatisierung und kapitalistische Umgestaltung zum Programm erhoben, und die spontane Aneignung von Eigentum durch die Nomenklatur rechtlicher und politischer Kontrolle unterworfen.⁴⁷ Die rechtliche Regulierung wurde dabei überall durch informelle Netzwerke unterlaufen, die über den privilegierten Zugang zu Informationen oder auch zu Krediten neue Formen des politischen Kapitalismus entstehen ließen. Ferner entstanden in Ungarn schon unter der konservativen Regierung und in Polen verstärkt nach der Regierungsübernahme durch die post-kommunistischen Gruppierungen von Linksbündnis und Bauernpartei korporative Verflechtungen mit einer Tendenz zur Monopolisierung von Märkten und zur Vermischung staatlicher und privater Eigentumsanteile. Diese Hybriden wurden von ihren Konstrukteuren als strategische Akteure einer aktiven Weltmarktanpassungs- und Markteroberungspolitik gerechtfertigt. Die zwitterhafte Eigentumsform und Ansätze parteipolitischer Patronagepolitik bedeuteten aber die Schwächung von Eigentumsrechten und eine Aufwertung des politischen Kapitalismus. Zugleich wurde diese Entwicklung in beiden Ländern durch eine kritische Öffentlichkeit und eine beginnende Assoziation und Artikulation neuer gesellschaftlicher Akteure (Organisationen mittelständischer Privatunternehmer; Interessenvertretungen der städtischen Selbstverwaltungen; Konsumentenverbände; autonome Gewerkschaften; Berufsverbände und Stiftungen) rationalisiert und ansatzweise relativiert.

Motoren dieser Entwicklungsdynamik waren zum einen der revolutionäre Bruch der Spielregeln durch die rechtliche Garantie von politischer Demokratie und ökonomischen Eigentumsrechten und zum anderen der damit gesetzte Wandel der Positionierung vorgegebener Akteure, sowie der Logik ihrer Interaktion.

In Rumänien, wo Demokratie 1990 gleichermaßen rechtlich durchgesetzt wurde, fehlten zu Beginn der neunziger Jahre die Voraussetzungen für eine analoge Dynamik.

47 Der Umfang, in dem die politische Kontrolle der Privatisierung gelang und die „spontane Privatisierung“ blockiert wurde, war von Land zu Land unterschiedlich. Faktoren, die den „wildem“ Zugriff des Managements begrenzten, waren die Handlungsmacht des demokratischen politischen Zentrums und die betriebliche Kontrollmacht der Gewerkschaften. Beides war in Polen stärker ausgeprägt als in Ungarn.

Mangels einer gesellschaftlich verankerten und politisch erfahrenen Opposition konnte in Rumänien die urbane Revolte im Dezember 1989 zwar die Ceausescu-Diktatur stürzen, aber keinen radikalen Systemwandel herbeiführen. Sie schuf die Rahmenbedingungen für die Machtübernahme durch die Front der Nationalen Rettung (*Frontul Salvării Naționale*), eine Gruppe von Reformkommunisten, die sich einem „Perestroikismus“⁴⁸ verpflichtet fühlten. Nicht nur durch die Übernahme des gesamten Staats-, Partei- und Sicherheitsapparates und die Biographien ihrer führenden Persönlichkeiten, sondern auch durch die Pflege eines autoritär-populistischen politischen Diskurses, erwies sich die neue Elite als direkte Nachfolgerin der alten. Einerseits bot sie durch den Präsidenten Iliescu eine paternalistische Identifikationsfigur für die bäuerlichen Massen, andererseits aktivierte sie mit der Hilfe des übernommenen Propagandaapparates die Angst in der rumänischen Gesellschaft, etwa durch Gerüchte über Terroristen, die vom rumänischen Fernsehen verbreitet wurden. Mit der wachsenden Verunsicherung wuchs in der Bevölkerung die Bereitschaft, eine autoritäre Politik zu akzeptieren, z.B. den Einsatz der Bergarbeiter gegen die intellektuelle Opposition in Bukarest, der angeblich einen Bürgerkrieg verhindern sollte. Das um so mehr als solche Akzeptanz durch eine populistische Wirtschaftspolitik (staatliche Subventionierung der Preise für Energie und Grundnahrungsmittel, Nichtinangriffnahme der industriellen Restrukturierung) honoriert wurde.

Unter solchen Bedingungen konnte sich eine demokratische Opposition nur schwer behaupten. Dies lag auch daran, daß diese sich in der ersten Phase auf die reaktivierten historischen Parteien der Zwischenkriegszeit stützte, deren konservativer Diskurs mit seinen anachronistischen Forderungen (z.B. nach einer Wiedereinführung der Monarchie) und seinem moralischen Ton, der als vindikativ empfunden wurde, bei der Mehrheit der Bevölkerung Befremdung und Ablehnung auslöste. So konnte sich die bürokratische Elite auch unter den neuen Bedingungen eines demokratischen Wahlgesetzes, eines Mehrparteiensystems und der Anerkennung der parlamentarischen Opposition nach dem eindeutigen Wahlsieg im Mai 1990⁴⁹ behaupten. Zwar kam es schon 1990/91 zur Verabschiedung eines Bündels von Reformgesetzen, die Voraussetzungen schufen für private Wirtschaftstätigkeit, die Landreform und die Privatisierung der Staatswirtschaft. Zwar vollzog sich die Umgestaltung kleiner und mittlerer Betriebe insbesondere im Dienstleistungssektor rasch und es entstand eine Vielzahl von Kleinunternehmen bzw. Selbständigen. Die Privatisierung der Industrie wurde aber erst 1996 in Angriff genommen. Die Reformgesetzgebung diente den bürokratischen Eliten, deren Apparate unbehelligt blieben, sich

48 A. Mungiu, *România după '89: Istoria unei neînțelegeri*, Bukarest 1995.

49 Der Präsidentschaftskandidat der Front, Ion Iliescu, erhielt 85,7 Prozent der abgegebenen Stimmen und im Parlament erzielte die Front mit 67,01 Prozent der abgegebenen Stimmen eine Zweidrittelmehrheit.

über „spontane Privatisierung“ und Patronagepolitik in der neuen Privatwirtschaft und dem staatlichen bzw. teilstaatlichen korporativen Sektor zu verankern. Die übergroße Mehrheit (80 Prozent) der rumänischen Millionäre stammte aus der Nomenklatur, dabei spielten die Beziehungen der Securitate insbesondere in der Rüstungsindustrie und im Waffenhandel eine besondere Rolle. Einen schnellen Reichtum für alle versprachen sogenannte „Spiele“ (z. B. Caritas in Cluj), die mit betrügerischen Praktiken den unerfahrenen Normalbürgern ihre Ersparnisse aus den Taschen zogen. Die sich rasch verschlechternde wirtschaftliche Lage führte zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Regierung reaktivierte unter diesen Bedingungen den nationalistischen Diskurs der Ceaușescu-Epoche, einerseits um die Legitimierung der neuen Macht zu gewährleisten, andererseits um über den Mechanismus der Schuldzuweisung soziale Spannungen abzubauen.

Unter den veränderten außen- und innenpolitischen Bedingungen kam es nun aber zu wachsenden Spannungen innerhalb der neuen Machtelite, die im September 1991 zum Rücktritt der Regierung Roman und im März 1992 zur Spaltung der Front führten. Zwar gelang es dem ehemaligen Premierminister Petre Roman auf dem Kongreß der Front die Mehrzahl der Delegierten für sein neues, reformorientiertes Programm zu gewinnen, was aber die Gruppe um Präsident Iliescu dazu veranlaßte, die „Front der Nationalen Rettung“ zu verlassen und die „Demokratische Front der Nationalen Rettung“ (*Frontul Democratic al Salvării Naționale*) zu gründen. Dieser Sieg Petre Romans konnte machtpolitisch nicht umgesetzt werden, da die Gruppe um Iliescu die Unterstützung des gesamten Apparates genoß. Immerhin aber konnte die nun reformierte FSN bei den Wahlen 1992 als drittstärkste Partei abschneiden.⁵⁰ Das von der FSN erzielte gute Ergebnis widerspiegelte in dieser Phase noch nicht das reale Potential dieser Partei, da sie besonders in den ländlichen Gegenden aufgrund einer Verwechslung mit der FDSN gewählt worden war.⁵¹ Erst durch die Umbenennung in „Demokratische Partei“ (*Partidul Democrat*), das spätere Wahlbündnis mit der „Sozialdemokratischen Partei“ (*Partidul Social-Democrat*) und die Pflege eines sozialliberalen Diskurses gewann diese politische Gruppierung ein eigenes Profil und eroberte sich bei den Kommunalwahlen 1996 einen wichtigen Platz in der rumänischen Parteienlandschaft.

Parallel zu der Pluralisierung der Eliten war ein Aufschwung städtisch-demokratischer Kräfte zu beobachten. Dank der zunehmenden politischen Aktivierung der Intelligenzija kam es zur Gründung der „Gruppe für den

50 Präsident Iliescu wurde mit 61 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt, im Parlament blieb weiterhin die FDSN mit 27 Prozent der abgegebenen Stimmen die stärkste Kraft, wobei sich das Bündnis der Oppositionsparteien mit 20,1 Prozent als zweitstärkste Partei profilierte.

51 Als Zeugnis dafür stehen über eine Million ungültiger Stimmzettel, auf denen sicherheitshalber beide Parteien, FSN und FDSN angekreuzt worden waren.

Dialog in der Gesellschaft“ (*Grupul pentru Dialog Social*), die sich ursprünglich als Vermittlungsinstanz zwischen politischer Macht und Gesellschaft verstand, sich aber zunehmend der Schaffung politikfähiger gesellschaftlicher Akteure zuwandte, da sie erkannte, daß ohne sie ein Dialog unmöglich war. So entstand die „Bürgerallianz“ (*Alianta Civica*), die aus der die „Partei der Bürgerallianz“ (*Partidul Aliantei Civice*) hervorging. Im Vorfeld der Wahlen 1992 kam es dann zu einem Bündnis zwischen den historischen Parteien und den neuen oppositionellen Gruppierungen, das zur Entstehung der „Demokratischen Konvention in Rumänien“ (*Conventia Democratica din Romania, CD*) führte. Das Bündnis war als Wahlbündnis zwar erfolgreich und konnte für die vereinigte rumänische Opposition 20,1 Prozent der Wählerstimmen gewinnen, doch ihr Selbstverständnis als bipolare konservativ-liberale politische Gruppierung führte zwangsläufig zu internen Spannungen, die sich dann in der Abspaltung der radikalen liberalen Gruppierungen niederschlugen. Die CD konnte zwar bei den Kommunalwahlen 1996 ihre führende Position in den Ballungsräumen halten, mußte aber einige wichtige Positionen an die „Liberalen Allianz“ (*Alianta Nationala Liberala*) und die „Sozialdemokratische Union“ USD abtreten. Diese Tatsache bewirkte eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Oppositionsbündnissen, die auch von der Wählerschaft positiv wahrgenommen wurde. Dies wiederum wirkte sich in zweierlei Weise auf die regierende PDSR aus: einerseits versuchte die PDSR sich öffentlich – und besonders in der außenpolitischen Öffentlichkeit⁵² – von ihren extremistischen nationalistischen Koalitionspartnern zu distanzieren und eine politische Haltung einzunehmen, die dem von der Opposition gesetzten Maßstab entsprach, andererseits aber bediente sie sich intern autoritärer Praktiken, um das gewünschte äußere Bild herzustellen.⁵³

So konnte eine politische Parteienlandschaft entstehen, die der Ausgangskonstellation in den mitteleuropäischen Ländern 1990 nicht unähnlich ist. Die sich formierenden demokratischen Kräfte konnten zwar die kontinuierliche Machtausübung durch eine autoritär geprägte Elite bis in die Mitte der neunziger Jahre weder ausgleichen noch kontrollieren, sie trugen aber zu einer Öffnung der politischen Diskurse bei.

Schließlich gelang es der Opposition in den Wahlen im November 1996, eine Wachablösung einzuleiten.⁵⁴ Diese stellt sie nun vor die Aufgabe, die von der alten Regierung hinausgezögerten sozial kostspieligen

52 Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit Ungarn.

53 So wurde der unabhängige Außenminister Melescanu durch massiven Druck zum Eintritt in die PDSR gezwungen, um das Image der Partei im In- und besonders im Ausland zu verbessern.

54 Die Verteilung der abgegebenen Stimmen war wie folgt: CDR 30 Prozent; PDSR 23 Prozent; USD 13 Prozent; UDMR 7 Prozent; PRM 4,5 Prozent; PUNR 4,3 Prozent. Auch konnte sich Emil Constantinescu, der Kandidat der CDR, mit einer knappen Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen durchsetzen.

Strukturen durchzuführen. Ob der neuen Regierung mit einer neben den neuen wirtschaftlichen Eliten angeblich langsam entstehenden bürgerlichen Mittelschicht⁵⁵ tatsächlich eine reformorientierte gesellschaftliche Basis zuwächst, ist zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist, daß sich die enttäuschten städtischen Protestwähler von den Demokraten abwenden werden und eine schmale Mittelschicht angesichts der wachsenden Kluft zwischen der reichen, inzwischen in der Wirtschaft verankerten Oligarchie und den pauperisierten Massen politisch wenig artikulationsfähig bleibt. Andererseits nötigt der Zwang zur Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zur Beibehaltung der demokratischen Offenheit des politischen Systems und zu einem stetigen Wandel der Wirtschaftsinstitutionen und ermöglicht damit ein weiteres Lernen der Gesellschaft.

Schluß

Wir waren an Ende unserer vergleichenden Überlegungen erschrocken über die scheinbar zwingende Logik kultureller Entwicklungsdeterminanten und haben uns bestürzt gefragt, wo denn die Handlungsoptionen für eine Gesellschaft wie die rumänische liegen. Dabei haben wir zwei Antworten gefunden:

- Die kulturelle „Determination“ ist ein Resultat und Kunstprodukt unserer ex post rekonstruierenden Analyse. Kultur determiniert nicht, sie läßt unendlich viele Handlungsoptionen offen. Kultur schließt aber aus. Sie kann etwa die „Übernahme“ von institutionellen Lösungen, die in andersartigen sozio-kulturellen Kontexten entwickelt wurden, unmöglich machen oder unterminieren. In unserem Beispiel betrifft dies den wenig erfolgreichen gewaltsamen Export des sowjetischen Systems nach Mitteleuropa und seine effizientere Oktroyierung auf die rumänische Gesellschaft. Die Problematik eines Institutionentransfers könnte sich in Zukunft auch an der Übertragung „fortschrittlicher“ westeuropäischer Lösungen nach Osten erweisen.
- Die „Revolutionen in Osteuropa“ haben wie kaum ein anderes Ereignis die begrenzten Kompetenzen der Sozialwissenschaften bloßgelegt und die Arroganz ihrer selbsterteilten Zuständigkeit für Reformempfehlungen sichtbar gemacht. Unbeeindruckt von ihrer Niederlage sind die Vertreter der Zunft nun vor allem wieder damit beschäftigt, zu sagen, was zu tun ist, statt zu überlegen, was geschieht. Wir haben uns auf die Rolle der Beobachter – und als Bürger wie teilnehmender Beobachter – zurückgezogen und hegen die Hoffnung, daß die mit dem Systemwechsel eingeleitete Öffnung es den Mitgliedern der postsozialistischen Gesellschaften ermöglichen wird, in konfliktorischen Lernprozessen sich selbst zu definieren und ihre institutionelle Ordnung zu gestalten.

55 S. Brucan, *Stalpii noii puteri in Romania*, Bukarest 1996.

Weitere Literatur

- S. Alexandrescu, Rumania's Belated Take Off. An Essay on Political Transition, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 47-65.
- A. Aslund, Reform vs. „Rent-Seeking“ in Russia's Economic Transformation, in: *Transition*, 26. 1. 1996, S. 12-16.
- J. Batt, East Central Europe. From Reform to Transformation, New York 1991.
- R. Deppe/M. Tatur, Transformationssequenzen und Gewerkschaftskonstellationen in Polen und Ungarn, in: *Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main*, 4/1995.
- H. Frauendorfer, Das Recht auf Brot, Freiheit und Würde. Von der Opposition zur Revolution, in: *Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur*, hrsg. von R. Wagner und H. Frauenhofer, Hamburg 1990, S. 73-102.
- R. Frydman/K. Murphy/A. Rapaczynski, Capitalism with a Comrade's Face, in: *Transition*, 26. 1. 1996, S. 5-10.
- A. U. Gabanyi, Die unvollendete Revolution, München 1990.
- A. Heinen, Die Legion „Erzengel Michael“ in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation, München 1986.
- K. Hitchins, East or West? Orthodoxism and Nationalism in Rumania in the 20th Century, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 89-101.
- G. Hunya, Recession and Transformation in Romania 1990-1991, in: ebenda, S. 35-47.
- G. Liiceanu, Was bedeutet es, in der Nachkriegszeit im Osten Europäer zu sein, in: ebenda, S. 109-117.
- G. Litvana, *Revolucja Węgierska 1956 Roku. Reformy, bunt i represje 1953-1963*, Warszawa 1996.
- J. Szűcs, Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt a. M. 1992.
- J. Staniszkis, *The Dynamics of Break Through in Eastern Europe. The Polish Experience*, Berkeley 1991.
- H. Sundhaussen, Die „Modernisierung“ der Balkanländer in vorsozialistischer Zeit: Ein Mißverständnis und seine Folgen, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 23-35.
- M. Tatur, Zur Dialektik der „civil society“ in Polen, in: *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, hrsg. von R. Deppe, H. Dubiel und U. Röder, Frankfurt a. M. 1991, S. 234-255.

- W. Totok, Rumänisierung. Die Nationalitätenpolitik 1918–1990, in: Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur, hrsg. von R. Wagner und H. Frauendorfer, S. 102–136.
- R. Wagner, Sonderweg Rumänien. Bericht aus einem Entwicklungsland, Berlin 1991.
- R. Wagner/H. Frauendorfer/H. Müller, Die Geheimpolizei Securitate, in: Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur, hrsg. von R. Wagner und H. Frauendorfer, Hamburg 1990, S. 61–73.
- K. Zernack, Zum Problem der nationalen Identität in Ostmitteleuropa, in: Nationales Bewußtsein und kollektive Identität, hrsg. von H. Berding, Frankfurt a. M. 1994, S. 176–188.

Buchbesprechungen

Gerhard Schuck, Rheinbundpatriotismus und politische Öffentlichkeit zwischen Aufklärung und Frühliberalismus. Kontinuitätsdenken und Diskontinuitäts Erfahrung in den Staatsrechts- und Verfassungsdebatten der Rheinbundpublizistik (=Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 36), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1994, 337 S.

Obwohl die lange Zeit vernachlässigte Erforschung des 1806 gegründeten Rheinbundes mit den Arbeiten von Elisabeth Fehrenbach, Helmut Berding und Eberhard Weis seit den siebziger Jahren nachhaltige Impulse erhielt und das hierbei unübersehbare Moment der Diskontinuität in der deutschen Geschichte erstmals eine positive Würdigung erfuhr, wurde die Rheinbundpublizistik auch weiterhin weitgehend ignoriert. Diese Lücke schließt *Schuck*, der sich das Ziel stellt, „die Eigenständigkeit der Rheinbundpublizistik als politische Öffentlichkeit mit nationalem, d. h. staatenübergreifendem Anspruch unter neuen Gesichtspunkten herauszustellen“ (S. 14). Unter Rheinbundpublizistik versteht der Verf. dabei jenen öffentlichen Kommunikations- und Diskussionszusammenhang, der sich zwischen 1806 und 1813 in Periodika, Flugschriften und monographischen Arbeiten ausdrückte und der sich inhaltlich auf den Rheinbund als Verfassungsordnung bezog.

Die Rheinbundpublizistik wird von *Schuck* strukturell, als spezifische Ausprägung politischer Öffentlichkeit in einer Phase des Unbruchs, und hinsichtlich ihrer inhaltlichen Aspekte untersucht (vgl. S. 15). Dabei rekurriert er sowohl auf die wissenschaftlich-staatsrechtliche als auch auf die politische Dimension der publizistischen Debatte.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Zunächst wendet sich der Verf. dem

Thema „Rheinbundpublizistik und Rheinbundöffentlichkeit“ zu, wobei er nach einer Einführung in die drei Gruppen des Quellenkorpus (historisch-politische Zeitschriften; Fachpublikationen; Programmschriften und öffentliche Erörterungen) über jene Autoren und Medien informiert, die im Zentrum des Diskurses standen. Aus staatsrechtlicher Perspektive analysiert *Schuck* Arbeiten von Autoren wie K. H. L. Pöhlitz, N. T. Gönner, J. Zintel, W. J. Behr und K. S. Zachariä. Im Anschluß daran wird das Pro und Kontra zum Rheinbund auf der mehr politischen Ebene erörtert.

Im zweiten Teil der Arbeit porträtiert *Schuck* mit Peter Adolf Winkopp eine zentrale Figur der Rheinbundpublizistik. Informationen über sein biographisches Herkommen sowie über seine publizistischen Erfahrungen und Konzepte im Aufklärungsdiskurs und während der Französischen Revolution machen paradigmatisch deutlich, daß die Rheinbundpublizistik für die Mehrzahl der beteiligten Autoren nur eine zeitlich befristete Phase war, die man aber keineswegs als eine unbedeutende Episode vernachlässigen kann. Zugleich zeigt sich bei Winkopp in exemplarischer Weise ein Phänomen politischer Kontinuität, welches durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen dennoch zu einem Positionswandel vom aufklärerischen emanzipatorischen Patriotismus zum Konservatismus führte.

Der dritte Teil schließlich erörtert das Problem des Kontinuitätsdenkens und der Diskontinuitäts Erfahrung als Kernfrage der Rheinbunddebatte nochmals auf breiter Quellenbasis und mit einer Analyse der differierenden Positionen. So wurde der Rheinbund beispielsweise als Fortsetzung des Alten Reichs, aber auch als Plattform und Garant territorial-staatlicher Souveränität interpretiert.

Schucks Buch ist übersichtlich gegliedert und zeichnet sich durch logische Gedankenführung und prägnante Formulierungen aus. Angesiedelt im Grenzbe- reich zwischen politischer und Rechtsge- schichte, angereichert mit Aspekten der Pressegeschichte und mit verlässlichen biographischen und bibliographischen Angaben, ist dem Verf. dieser Frankfur- ter Dissertation eine eindrucksvolle und höchst nützliche Studie gelungen. Sie informiert präzise über den differenzier- ten Textkorpus der Rheinbundpublizis- tik, aber auch über die inhaltlichen Hauptpositionen der Debatten und über die argumentativen Muster der beteilig- ten Akteure. Und auch zur Frage histori- scher Kontinuität und Diskontinuität, die die kurze Geschichte des Rheinbundes immer wieder provoziert, findet *Schuck* abschließend eine weise Formulierung:

„In einer von Diskontinuitäten und Brüchen geprägten Zeit setzt Kontinuität, will sie nicht zur Ideologie gerinnen, die Verarbeitung der Diskontinuitätserfah- rung voraus.“ (S. 304).

Werner Greiling

Ute Daniel, Hoftheater. Zur Geschich- te des Theaters und der Höfe im 18. und 19. Jahrhundert, Klett-Cotta, Stuttgart 1995, 537 S.

Rainer Ruppert, Labor der Seele und der Emotionen. Funktionen des Thea- ters im 18. und frühen 19. Jahrhun- dert, Edition Sigma, Berlin 1995, 260 S.

„Die Bühne ist für uns Deutsche außer der Kirche fast die einzige Stätte der Öf- fentlichkeit. [...] sie ist der Mittelpunkt der intellektuellen und geselligen Einheit der Deutschen.“ Robert Blum wies mit diesen Sätzen bereits 1839 in seinem „Allgemeinen Theater-Lexicon“ auf die politische und gesellschaftliche Rolle des Theaters für die Ausbildung der bürgerli- chen Gesellschaft hin. Daß Theaterge- schichte mehr als Aufführungs- und Re-

pertoireuntersuchung sein kann, hat die Wissenschaft erst jetzt entdeckt. Sowohl die Historikerin *Ute Daniel* als auch der Germanist *Rainer Ruppert* versuchen in ihren Monographien, die gesellschaftli- che Bedeutung und Funktion des Thea- ters für die Zuschauer und die Künstler zu verorten.

Ute Daniel betrachtet beispielhaft die Hoftheater von Mannheim und Karlsru- he. Ihr multiperspektivischer Ansatz fragt dabei nach der Hofkultur als dem mentalen, sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund der Theater, der Entwick- lung des Theaters als ein Kommunikati- onsmedium und schließlich nach der so- zialen Praxis der am Theater Beschäftig- ten. Untersucht werden die Fürsten (als die Gründer und Geldgeber der Hofthea- ter), die Intendanten (als die Leiter der Schauspieler und die Verantwortlichen gegenüber dem Hof), das Bühnenperso- nal (als sich professionalisierende Grup- pe mit ausgeprägter Selbstwahrnehmung) und das Publikum mit seinen Erwartun- gen an das Repertoire. Es zeigen sich drei Phasen der Entwicklung: 1. Die Hoftheater als exklusive Einrichtung der Höfe entstanden seit dem Ende des 17. Jh.s in der kulturellen Konkurrenz der deutschen Höfe untereinander, sie waren damit ein Produkt des deutschen Parti- kularismus. 2. Erst die Öffnung der Hoftheater für das städtische Publikum und die Durchsetzung des deutschspra- chigen Theaters brachte dann die „große Zeit der Hoftheater (1770–1850)“ (S. 113). Ursache dieses Wandels war weni- ger die Aufklärung mit ihrem Programm des „Nationaltheaters“ als vielmehr die finanzielle Not der Fürsten seit dem sie- benjährigen Krieg. 3. Schließlich fielen die Hoftheater seit der Mitte des 19. Jh. in ihrer Bedeutung hinter die großen Stadttheater zurück, behielten jedoch be- sondern in der sozialen Fürsorge für ihr Personal eine Vorreiterrolle in Deutsch- land. Diese allgemeine Entwicklung wird breit und anschaulich erzählend am Ver- halten und den Konflikten einzelner Per- sonen gezeigt: Das Selbstbewusstsein der höfischen Umgang gewöhnten Schau-

spieler und die Schwierigkeit, diesen gegenüber eine effiziente Theaterleitung durchzusetzen, wird beispielsweise am Verhalten des Schauspielers Ferdinand Eblair gegenüber dem Karlsruher Intendanten 1813 vorgeführt, während die Konflikte einer bürgerlich-fachmännischen Theaterleitung mit der abgeschlossenen Hofgesellschaft durch die Beschreibung der prekären Stellung Eduard Devrients als Karlsruher Theaterdirektor von 1852 bis 1869 belegt werden.

Völlig anders als das sozial- und mentalitätsgeschichtliche Vorgehen *Ute Daniels* ist der Ansatz von *Rainer Ruppert*. Er versucht die bereits bekannten literarischen Texte der Theaterreformer, -theoretiker und -kritiker, die Reden und Programme über das Theater und die Aufführungsrezensionen für eine Funktionsgeschichte des Theaters im 18. und frühen 19. Jh. zu nutzen. Als „wirkmächtigstes Medium seiner Zeit“ (S. 45) sei das Theater von den Aufklärern zu einer „der gesellschaftlichen Produktionsinstanzen der bürgerlichen Ideologie“ erklärt werden. Diese Argumentationsfigur übernahmen die Schauspieler und Direktoren als eine Legitimation gegenüber staatlicher und kirchlicher Kritik. Dabei lag die Bedeutung des Theaters nicht in einer offenen Propagierung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern es diene als „Medium der Diskursivierung, Aneignung und modellhaften Erprobung der neuentstehenden bürgerlichen Innenwelt“ (S. 58). *Ruppert* verweist dabei besonders auf die emotionale Erregung der Zuschauer bei den Aufführungen des späten 18. Jh.s. Gleichzeitig aber ermöglichte das Gemeinschaftsgefühl in den öffentlichen Theateraufführungen dem Publikum die kulturelle Gegenerfahrung zu der seit dem Ende des 18. Jh.s. fortschreitenden Individualisierung. Bildung und Unterhaltung blieben dabei im Theater untrennbar verbunden. Der entscheidende Bruch sei schließlich durch die Durchsetzung der Autonomieästhetik entstanden, die das Theater als dienende Instanz der Literatur, den Schauspieler als den reinen Interpreten des genialen

Dichters und den Zuschauer in Versenkung in das dichterische Werk forderte. Dem Theater und der Kunst allgemein wurde damit „die Funktion zugewiesen, dem Menschen die in der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit verlorene Totalität wiederherzustellen“ (S. 214).

Im Vergleich beider Arbeiten treten deutlich die Schwachpunkte der verschiedenen Ansätze hervor. *Ute Daniel* sieht ihre Arbeit nicht nur als eine Geschichte der Hoftheater von Karlsruhe und Mannheim, sondern als Teil der „kulturalistischen Wende“ in der Geschichtswissenschaft. In ihrer Ablehnung des linearen Fortschrittsdenkens verwirft sie dabei vorsehnlich Erklärungsansätze, die sich vielfach bewährt haben. Ihre zentrale These, die Kategorie der „Verbürgerlichung“ sei für die Theaterkultur des Vormärz nicht anwendbar, kann nur wenig überzeugen. Anders als *Ruppert* gelingt es ihr nämlich nicht, zwischen der Bürgerlichkeit von Unterhaltungstheater einerseits und dem Theater der Autonomieästhetik andererseits zu unterscheiden.

Als Beleg für die geringe Bürgerlichkeit verweist *Daniel* auf den Unterhaltungscharakter und das aus heutiger Sicht geringe künstlerische Niveau der Hoftheater des Vormärz. Doch kann man nicht zwei Hoftheater für die allgemeine Theatergeschichte nehmen. Gegenüber der übrigen Theaterkultur boten die subventionierten Hoftheater eben doch für ihre Zeit kulturelle Spitzenleistungen. Es kann nicht entscheidend sein, daß Goethe oder Devrient ihre Intendantenposten an Hoftheatern wegen Konflikten über das künstlerische Niveau abgaben; wesentlich ist, daß sie diese natürlich nur an Hoftheatern annahmen, denn an andere Theater hätten ihre Ansprüche erst gar nicht formuliert werden können. Dabei muß gerade die Durchsetzung der trivialen Rührstücke im Unterhaltungstheater, wie sie sich noch viel deutlicher an den einfachen Bürgertheatern der Städte zeigt, als ein der Ausbildung der frühbürgerlichen Gesellschaft adäquater Prozeß betrachtet werden. Kotzebue kann

man durchaus als den Dichter der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ des Vormärz verstehen, der allen Schichten des Bürgertums die Reflexion über die eigene Rolle ermöglichte. Die Durchsetzung der Klassiker und des Konzeptes einer Autonomie der Kunst, die schließlich nach der Mitte des Jh.s geschah, muß wohl eher mit dem Wandel zu einer bürgerlichen Klassengesellschaft erklärt werden. Der entscheidende Bruch von der „Massen-Kunst“ zur elitären Kunstreligion fand daher auch nicht durch den Abstieg der Hoftheater statt, wie *Daniel* meint, sondern durch die Durchsetzung der vorher nur an Hoftheatern üblichen Subventionen an den anderen Theatern.

Gegenüber der feinen Analyse der Interessen von Theaterleitung, Schauspielern und Publikum bei *Daniel* treten die Mängel *Ruperts* hervor. Trotz seines revisionistischen Anspruchs bleibt er den in der Theatergeschichte üblichen Quellen verhaftet, die nur unter neuer Fragestellung betrachtet werden. Die Meinung des Publikums oder der einfachen Schauspieler wird daher immer nur über die Theatertheoretiker ihrer Zeit entschlüsselt. Dies mag der Grund dafür sein, daß manche These etwas weit hergeholt erscheint. Die Schwäche dieses Quellenmaterials zeigt sich besonders bei *Ruperts* Erklärung des Literaturtheaters. Das Konzept, das Theater solle ohne lebenspraktische Bezüge nur ästhetische Erfahrungen vermitteln, wie es vor allem die Frühromantiker forderten, konnte eigentlich beim Publikum nur wenig Resonanz finden, wie beispielhaft der Mißerfolg des Schlegelschen „Ion“ in Weimar 1802 zeigt. Die Durchsetzung des Literaturtheaters erklärt *Ruppert* hier einfach mit dem – ihm als Literaturhistoriker vertrauten – Autor selbst: „Das Erlebnis der Dichtung [...] entpuppt sich als Erlebnis des Dichters.“ (S. 225). Der Geniekult allein kann aber doch kaum die Abwendung vom unterhaltenden Theater erklären.

Beide Arbeiten öffnen aus unterschiedlichen Richtungen die Theatergeschichte einer allgemeinen Kulturge-

schichte des 19. Jh.s. Kultur verliert hier ihre isolierte Stellung und wird an die Lebenswelt und Mentalität der Rezipienten zurückgebunden. Beide Arbeiten erschließen damit innovativ Aspekte der Theatergeschichte, die bisher vernachlässigt wurden. Demgegenüber treten die erwähnten Mängel zurück. Die Forschung wird den hier eröffneten Weg weiterzugehen haben.

Frank Möller

Michael B. Katz, Improving poor people: The Welfare State, the 'Underclass', and Urban Schools as History, Princeton University Press, Princeton 1995.

Die vorliegende Monographie des Historikers *Michael B. Katz* ist weniger empirisch als berichtet angelegt und hat drei Schwerpunkte: die US-amerikanische Geschichte der Sozialpolitik; die aktuellen sozialpolitischen Debatten in den USA und die persönlichen Erfahrungen des Autors mit sozialwissenschaftlicher Forschung. Der Autor ist sich dabei durchaus bewußt, daß er viele Probleme anschnidet und mehr Fragen aufwirft als beantwortet.

Die ersten drei Kapitel nutzt der Autor für einen Versuch der Begriffsbildung 'öffentlich' und 'privat' und einen umfassenden Überblick über die US-amerikanische Sozialpolitik des 18., 19. und 20. Jh.s. Dabei wird auf den Zusammenhang zwischen der Struktur der Regierung und ihrem Einfluß auf die Entwicklung sozialer Institutionen, auf die komplexen gesellschaftlichen Assoziationen von 'Rasse', 'Geschlecht' und 'Klasse' in der Politik sowie auf die Ursachen von Armut eingegangen.

Im vierten Kapitel schildert *Katz* anhand von Beispielen aus dem New York des zeitigen 20. Jh.s. wie Menschen versuchen, die Misere der Armut zu überleben. Er möchte damit gegen die vorherrschenden Stereotypen vom 'demorali-

sierten, inkompetenten und passiven Armen' ankämpfen. Die zunehmende geographische, soziale und ökonomische Isolierung der Armut bewirkt hier wie auch in anderen Städten der USA keine tiefgreifende Lösung, sondern eine Verschiebung des eigentlichen Problems aus den Vororten in die Innenstadt.

Katz ist spezialisiert auf die Geschichte des Bildungswesens. Er veröffentlichte und lehrte zu diesem Thema und arbeitete u. a. an einem Langzeitprojekt über die Bevölkerung der Kanadischen Stadt Hamilton/Ontario während ihrer frühen Industrialisierung; diese Daten verglich er später mit denen von Buffalo/New York.

Der Autor betont die wichtige Rolle der Geschichtskennntnis (v. a. für die 'ahistorischen Sozialwissenschaften' der USA; S. 61) für das Verständnis der aktuellen Wohlfahrtsdebatten, des Bildungssystems und der innerstädtischen Armut in den USA. Anhand der Geschichte der amerikanischen Wohlfahrt, der städtischen Armut und der Allgemeinbildung untersucht Katz kritisch die verschiedenen Ansätze zur „Verbesserung armer Leute“ in den USA während des 18. bis 20. Jh.s: „... Amerikas (marktwirtschaftlich orientierte – d. A.) Ökonomie bleibt unfähig, die Kräfte, welche Armut erzeugen, zu erkennen...“

„Improving poor people“ meint dabei eine Jahrhunderte überdauernde und bis heute übliche Reformstrategie, welche – zurückgehend auf den behavioristischen Erklärungsansatz – anhand von politischen Maßnahmen und 'Menschenfreundlichkeit' versucht, den 'Charakter armer Leute' zu bessern und damit Armut abzubauen, ohne die materiellen Ursachen dieser und den arbeitsmarktpolitischen Hintergrund überhaupt zu beleuchten.

Auch in Europa wurde Armut bis ins 20. Jh. hinein als schlechtes Verhalten interpretiert. Sozialreformer des 19. Jh.s betonten deshalb die Bedeutung 'individueller Regeneration' durch (evangelische) Religion und Enthaltensamkeit. Auch die Sanktionierung von Armut

durch Zwangsauflösung von Familien wurde gebilligt. Schulbildung war der Hauptbestandteil der Reformstrategie „improving poor people“ und somit die bevorzugte Lösung für soziale Probleme durch Kompensation „inadäquater Erziehung und Wertbildung“ sowie ungenügender Vermittlung nützlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten (S. 3).

Katz arbeitet heraus, daß die vorgenannte Strategie nicht nur die Themen von Armut falsch diagnostiziert, sondern auch von ihren strukturellen Ursachen sowie den schwierigen und unbequemen Antworten, die sie erfordert, abgelenkt hat. Der Autor kritisiert die Bildungspolitik der amerikanischen Regierung und meint, daß die staatlichen und bundesstaatlichen Maßnahmen ein „bürokratisches und intellektuell inadäquates Bildungssystem“ geschaffen haben (S. 5).

Katz tritt nicht mit dem Anspruch an, systematische Theorien des Wohlfahrtsstaates oder der Beziehungen zwischen Bildung und Gesellschaft weiterzuentwickeln. Seine Überzeugung als Historiker ist es, daß alle bedeutenden sozialpolitischen Theorien durch die Annahme einer fälschlich angenommenen Konsistenz der Geschichte vereinfachen und verzerren.

In der Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik gibt es identifizierbare spezifische Interessenlagen und wiederkehrende Muster. Die amerikanische Sozialpolitik ist begrenzt wirksam, aber dennoch in gewissem Grade „chaotisch“ und „voll von Ironien und Inkonsistenzen“ (S. 9).

Kritisch anzumerken ist die unvollständige Untergliederung der Ausführungen des Autors sowie die ungenügende Indexgestaltung. Durch Zitate, Fakten und häufige Querverweise auf andere Quellen ist dieses Buch für Historiker, Sozialwissenschaftler und Studierende gleichermaßen lesenswert.

Imke Streu

Petra Buhr, Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, Westdeutscher Verlag, Opladen 1995 (= Studien zur Sozialwissenschaft), 248 S.

Eine wesentliche, bisher unbeachtete Dimension des Sozialhilfebezugs wird durch *Petra Buhrs* Untersuchung eröffnet: die *Zeitlichkeit von Armut*. Dies stellt angesichts der bisherigen, unklaren Prämissen der Armutsforschung hinsichtlich der Dauer von Sozialhilfeabhängigkeit einen entscheidenden Fortschritt dar. Sowohl in der Debatte um den Mißbrauch sozialstaatlicher Leistungen als auch in der Diskussion um das „angemessene“ Verständnis von Armut in der Bundesrepublik Deutschland geht man davon aus, daß der Normalfall der Sozialhilfeabhängigkeit der Langzeitbezug ist. Wenn einerseits die Meinung, die arbeitsmarktexternen Versorgten hätten keinen Anreiz mehr, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, in dem Verdacht kulminiert, daß im Bereich der sozialen Sicherung Mißbrauch getrieben wird, oder wenn man sich andererseits angesichts der zunehmenden Zahl von Sozialhilfebedürftigen über die Dramatik der Armut in der Bundesrepublik beklagt, immer bleibt der Ausgangspunkt die Annahme einer relativ langen Dauer der Armut. Selbst in der sozialwissenschaftlichen Betrachtung wird häufig mit diesem Bild argumentiert. So wird zum Beispiel durch den suggestiven Entwurf einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ impliziert, daß rund ein Drittel der Bevölkerung dauerhaft arm ist und in einem Zustand der Ausgrenzung, Stigmatisierung und gesellschaftlicher Marginalisierung lebt.

Dem setzt *Petra Buhr* entgegen, daß der Sozialhilfebezug zeitliche Differenzierungen aufweist, die bisher nicht beachtet wurden, und macht damit die zeitliche Heterogenität der Armut zum Thema ihrer Arbeit. Nicht nur theoretisch wird die Problematik der „Dauer“ von Armut angegangen, sondern durch den erstmals in der Bundesrepublik möglichen Zugriff auf anonymisierte Verwal-

tungsdaten wird durch eine quantitative Längsschnittanalyse ein zeitlich differenziertes Spektrum von Sozialhilfebezug deutlich. *Buhr* arbeitet aufgrund dieser Daten unterschiedliche Verlaufstypen von Sozialhilfebezug heraus, wobei im Verlauf der Analyse im wesentlichen nur noch zwischen Kurz- und Langzeitbezug kontrastiert wird. Auf dieser Grundlage analysiert sie dann die Ursachen des kurz- und langfristigen Sozialhilfebezugs sowie die jeweilige Bezugsdauer nach Ausstiegsursachen und nach sozialstrukturellen Merkmalen.

Die Autorin kommt in der quantitativen Analyse zu dem Ergebnis, daß die Mehrzahl der von Sozialhilfe Abhängigen relativ kurzfristig in ihrer Armutposition verbleibt. Langzeitsozialhilfebezug ist demnach wesentlich geringer ausgeprägt als gemeinhin angenommen. Die bisherige Vorstellungen der meisten Armutsforscher von einer sozialstrukturell fixierten, relativ homogenen Gruppe der Armen muß demnach zumindest problematisch erscheinen. Die „Zeit“ muß als eine wichtige, eigenständige Dimension des Sozialhilfebezugs betrachtet werden – so die wichtigste Erkenntnis. Diese neueren Ergebnisse machen deutlich, daß sowohl vorschnelles Moralisieren und Dramatisieren hinsichtlich der Armutsproblematik, als auch die generelle Verallgemeinerung des Mißbrauchs sozialstaatlicher Leistungen den klaren Blick auf das Problem der Armut versperren. Daß die von Armut betroffenen Personen passive, stigmatisierte und dauerhaft ausgegrenzte Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse sind, darf nicht zum unhinterfragten Ausgangspunkt wissenschaftlichen Vorgehens werden.

Aber nicht nur „objektive“ Zeittypen werden von *Petra Buhr* betrachtet, in der qualitativen Analyse werden auch subjektive Zeitstrukturen untersucht. Doch leider bleibt sie in diesem Teil ihrer Untersuchung zu sehr an den in ihrer quantitativen Analyse herausgearbeiteten „objektiven“ Zeittypen haften. Ihrem Anspruch, diese „soziologisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu relativie-

ren“ (S. 161), kann sie nicht gerecht werden, so daß die qualitativen Ergebnisse eher als ein Anhängsel der quantitativen Analyse erscheinen. Dennoch ergibt sich aus der Betrachtung der qualitativen Ergänzungen eine wichtige Einsicht. Wenn man die theoretische Grundlegung für handlungstheoretische Aspekte offen hält, öffnet sich der Blick für auf unterschiedlichsten subjektiven Motiven beruhende, mehrdimensionale Lebenslagen. Die biographische Tragweite der Sozialhilfeabhängigkeit muß demnach nicht nur an der materiellen Situation der Betroffenen, sondern an der Bedeutsamkeit anderer Lebensbereiche für die Sozialhilfeabhängigen gemessen werden.

Resümierend bleibt festzustellen, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung – und dies hat angesichts der aktuellen Debatte um den Mißbrauch sozialstaatlicher Leistungen und um die Reform der Sozialhilfe eine besondere Brisanz – nicht mit den einseitigen, institutionenorientierten Analysen zu vereinbaren sind. Diese Analyse zeigen immer wieder, daß aufgrund der bestehenden, völligen Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Sozialhilfe im Niedrigeinkommensbereich nur wenig Anreiz besteht, erwerbstätig zu werden. Daraus wird auf eine erhebliche Bedeutung entmotivierender Effekte der Sozialhilfe geschlossen. Wenn aber wirklich den entmotivierenden Effekten der gegebenen Sozialhilfe-Regelungen solch eine erhebliche Bedeutung zukommt, warum verläßt dann ein großer Prozentsatz der Sozialhilfebezieher trotz der ungünstigen Anreizstruktur nach relativ kurzer Zeit den Sozialhilfebezug? Müßte die Mobilität, die in *Petra Buhrs* Analyse festgestellt wird, nicht zum Erliegen kommen? Warum bleiben die Leute nicht, wie es den einfachen ökonomischen Rationalitätsannahmen entspricht, in der Sozialhilfe?

Britta Matthes

Randall W. Stone, *Satellites and Commissars. Strategy and Conflict in the Politics of Soviet-Bloc Trade*, Princeton University Press, Princeton 1996, 283 S.

In dem Buch von *Stone* werden eine Reihe von gängigen Thesen über die Beziehungen der osteuropäischen Staaten zur Sowjetunion und insbesondere die These vom wirtschaftlichen Druck der Sowjetunion auf die osteuropäischen Staaten zur Erzwingung politischer Loyalität in Frage gestellt.

Er wendet Principal-Agent- und handlungstheoretische Ansätze auf die internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion an. *Stone* zeigt einerseits, daß die osteuropäischen Staaten genügend Spielraum hatten, sowjetische Bestrebungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu unterlaufen. Andererseits weist er darauf hin, daß die sowjetische Bürokratie Politik und Wirtschaft streng trennte, und die sowjetischen Akteure im wirtschaftlichen Bereich zu fragmentiert blieben, um ihre Verhandlungsposition zur Arbeitsteilung gegenüber den osteuropäischen sozialistischen Staaten durchzusetzen.

In einer Untersuchung über die Politik des subsidierten Handels der osteuropäischen Staaten mit der Sowjetunion beschreibt er Verhandlungsstrategien und setzt sich mit der These von Marrese und Vanous auseinander, die einen statistischen Zusammenhang zwischen politischen Privilegien und Handelsvergünstigungen herstellt.¹ Durch eine Aufspaltung der aggregierten Statistiken von Marrese und Vanous und eine Analyse eines möglichen Zusammenhanges zwischen Rohstoffexporten sowie Manufakturexporten und politischer Loyalität, kommt der Autor zu dem Schluß, daß die Handelspolitik von sowjetischer Seite nicht diskriminatorisch gehandhabt wurde. Diese Schlußfolgerung testet der Autor an drei Fällen (CSSR 1968, Ungarn 1970–1982, Polen 1981) und indem er die multilateralen Integrationsbemü-

hungen im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe analysiert.

Die Schlußfolgerung des Autors, daß weder komparative Kostenvorteile noch eine effiziente Spezialisierung für die Gestaltung der Handelsbeziehungen der osteuropäischen Staaten mit der Sowjetunion entscheidend waren, sondern der subventionierte Handel, entspricht seiner Ausgangsprämisse, daß auf dem Weltmarkt teurer hätte verkauft werden können (Rohstoffe) und billiger hätte gekauft werden können (Manufakturprodukte).

Grundlage des im Prinzip immer bilateralen Handels der Staaten bildete somit eine Arbeitsteilung, in deren Rahmen die osteuropäischen Staaten durch die Sowjetunion jahrelang subventioniert wurden; da billige Rohstoffe gegen preislich überbewertete, verarbeitete Güter getauscht wurden.

Mit auf dem Weltmarkt steigenden Preisen für Brennstoffe wuchs die sieh ergebende Last für die Sowjetunion ständig, und sie bemühte sich um eine gerechtere Lastenverteilung durch Spezialisierung und Integration.

Bei der vom Autor genutzten Erklärung bleiben jedoch Problematiken, wie steigende Produktions- und Erschließungskosten für die Sowjetunion im Brennstoffbereich² und die Spezifik des Marktverhaltens der Sowjetunion als Brennstoffproduzent³ auf dem Weltmarkt unberücksichtigt. Beides hatte jedoch entscheidenden Einfluß auf die Verhandlungsposition der Sowjetunion.

Weiterhin ist fraglich, ob sich die Komplexität des Handels zwischen den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion auf die einfache Formel „Manufakturprodukte gegen Rohstoffe“ reduzieren läßt.

Der Autor beschreibt die Integrationsprozesse als „40 Jahre Desintegration“, was sich aus seiner Argumentation ergibt. Zugleich bleibt die Frage, ob nicht Ursache mit Folge verwechselt wird.

Die verstärkten Integrationsbemühungen von seiten der Sowjetunion seit den siebziger Jahren könnten auch als Reaktion auf die veränderten Kostenrelationen

gewertet werden (steigende Erschließungs- und Produktionskosten im Erdöl- und Erdgasbereich).

Wie aus anderen Arbeiten ersichtlich, exportierte die Sowjetunion ihre Rohstoffe auf den Weltmarkt weniger aus Gründen einer bewußten Exportwirtschaft, vielmehr diente der Export dem Budgetausgleich. Entscheidend war hier wieder die Kostenfrage. Deshalb bemühte sich die Sowjetunion darum, die osteuropäischen Staaten an größeren Investitionsprojekten zu beteiligen, um die Kosten zu verteilen.

Die Sowjetunion beginnt erst Ende der achtziger Jahre, über Weltmarktpreise nachzudenken, als sich die Budgetprobleme ausweiten.⁴ Letzteres führte dann auch zur Auflösung des einzig wirksamen, wenn auch nicht effizienten Integrationsmechanismus über die Preise.

Der „issue-approach“ des Autors hätte durch zeitliche Differenzierung sicherlich an Genauigkeit gewonnen.

Abgesehen davon, ob die steigenden Kosten nun durch Subventionierung mit Blick auf den Weltmarkt oder durch steigende Produktionskosten verursacht wurden, und abgesehen davon, in welcher Form – als Preisweitergabe oder durch Beteiligung an Investitionen –, ist wichtig, warum sie nicht verteilt wurden.

In diesem Zusammenhang stellt der Autor – in Abgrenzung zum realistischen Ansatz – die These auf, daß die Sowjetunion fragmentiert blieb und die Akteure auf sowjetischer Seite in ihrem ureigensten Interesse die „Verhandlungsposition der Sowjetunion“ unterhöhlten (Principal-Agent). Der Autor verweist auf eine Fragmentierung der Branchen und sogar regionaler Akteure sowie eine Fragmentierung zwischen Wirtschaft und Politik. Andere Autoren fassen dies genauer als Fragmentierung zwischen Regierung und verschiedenen wirtschaftlichen Administrationen und Partei.⁵

Nach der These des Autors hätten die osteuropäischen Staaten in konkreten Verhandlungen ausreichend zwischen den Akteuren lavieren können. Der Widerspruch von (hier wirtschaftlich defi-

nierten) „Interessen der Sowjetunion“ und den Interessen der einzelnen Akteure läßt sich sicherlich mit dem Principal-Agent Ansatz sehr gut beschreiben, wie dies bereits von Gregory (1990)⁶ getan wurde. Andererseits läßt die von Stone bemühte Version Fragen nach der Allokation von Ressourcen und somit einen wichtigen Punkt des Verhandlungsinteresses der sowjetischen Verhandlungsakteure offen.

Die Untersuchung Stones stützt sich auf eine Vielzahl von Interviews mit Insidern, die jahrzehntlang im Rahmen des RGW und den diversen Planungskommissionen der Länder tätig waren, sowie auf Archivmaterialien. Anzumerken wäre, daß in der Arbeit des Autors ein allgemeines Problem von Experteninterviews auftritt, das vor allem damit zusammenhängt, daß die Interviewpartner am Integrationsprozeß selbst beteiligt waren. Die Interpretationen der Befragten stammen aus einer sehr aktuellen Perspektive und werden den amtlichen Dokumenten aus früheren Jahren teilweise unvermittelt gegenübergestellt bzw. es wird die heutige Interpretation der Gesprächspartner übernommen.

Eine zeitlich differenziertere Aufschlüsselung hätte das Buch sicher inhaltsreicher gemacht. So treffen eine Reihe von Schlußfolgerungen des Autors wohl eher auf die achtziger Jahre zu, weniger Erklärungswert haben sie für die sechziger und siebziger Jahre.

Im Buch von Stone werden erstmals bisher nicht zugängliche Archivmaterialien aufgearbeitet, und es wird versucht, eine Antwort auf die paradoxe Frage zu finden, weshalb die Sowjetunion ihre Subventionen im Handel mit den osteuropäischen Staaten nicht zur Erzwingung politischer Loyalität nutzte. Es beruht auf einer 1994 entstandenen Dissertation, die viel Beachtung in der wissenschaftlichen Diskussion gefunden hat und mit mehreren Preisen bedacht wurde.

Susann Weien

- 1 M. Marrese/J. Vanous, Soviet Subsidization of Trade with Eastern Europe. A Soviet Perspective, Berkeley 1983.
- 2 V. Henke, Die Bedeutung des sowjetischen Erdöls auf den Weltmärkten, in: H. Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa, Hamburg 1974; J. Bethkenhagen, Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsfor-schung, Oktober 1983, S. 345-356.
- 3 M. Chadwick, Production and Refining Constraints, in: dies./D. Long/M. Nissanke, Soviet Oil Exports. Trade Adjustment, Refining Constraints and Market Behaviour, Oxford 1987.
- 4 M. Ellmann/V. Kontorovich, The Disintegration of the Soviet Economic System, London 1992.
- 5 E. Huskey, Executive Power and Soviet Politics. The Rise and Fall Soviet State, Armonk 1992; P. Ruthland, The Politics of Economic Stagnation in the Soviet Union, Cambridge 1993.
- 6 P. Gregory, Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy, Cambridge 1990.

Otto Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1995, 332 S.

Der unverhoffte Zusammenbruch der DDR hat Versuche ermutigt, deutschland- und sicherheitspolitische Kontroversen früherer Jahre noch einmal auszufechten und sich in den Archiven des untergegangenen Staates die damalige Haltung beglaubigen zu lassen. Für Bundeswehrgeneral a. D. Kießling, der das hier anzuzeigende Buch über den Nationalen Verteidigungsrat der DDR (NVR) mit einem Vorwort versehen hat, steht nach der Lektüre unzweifelhaft fest: „Wir sind noch einmal davongekommen.“ Ausgerechnet in einer Zeit, „als im Westen ein großer Teil der Öffentlichkeit geradezu in eine Entspannungseuphorie verfiel“, sei von den SED-Machthabern „im Dienste der kommunistischen Eroberung“

rungspolitik“ der Krieg vorbereitet worden (S. 10).

Otto Wenzel faßt seine Untersuchungen zum formal obersten Führungsorgan der DDR-Landesverteidigung weniger spektakulär zusammen: „Der NVR war kein Machtzentrum, sondern eine Akklamationsmaschine für Vorlagen“ des Parteiapparats und des Militärs (S. 231). So wurden wichtige Entscheidungen, besonders in der Ära Hanecker, gelegentlich unter Umgehung des NVR getroffen, und obwohl das Statut von 1960 einen monatlichen, die Neufassung von 1973 einen vierteljährlichen Turnus vorschrieb, tagte der Rat unter Ulbricht höchstens fünfmal, in den achtziger Jahren nur noch ein- bis dreimal jährlich. Zwischen dem 23. Juni und dem 28. August 1961 – bekanntlich hatte ein zu erwartender Verteidigungsfall als Begründung für den Mauerbau herhalten müssen – trat der NVR überhaupt nicht zusammen. Auch die Intervention in der Tschechoslowakei 1968 und die polnische Krise 1980/81 fanden kaum Niederschlag in den Akten.

Diese erstaunlichen Befunde haben aber auch *Wenzel* nicht davon abhalten können, mit Hilfe der Sitzungsprotokolle und anderer Dokumente des NVR und des Verteidigungsministeriums „Einblick in die umfassenden Kriegsvorbereitungen des Regimes“ (S. 107) und „in das geheime Innenleben der SED“ (S. 13) geben zu wollen. Wesentliche Grundlage seiner Darstellung sind Berichte an den NVR über die Vorbereitung auf den „Verteidigungszustand“. Weil Kriegsgefahr bestünde, „solange der Imperialismus existiert“, hatten DDR-Funktionsträger regelmäßig Rechenschaft über die Wappnung ihrer Bereiche für den militärischen Ernstfall abzulegen. Die vorgeblichen Notwendigkeiten der Landesverteidigung begründeten dabei die Militarisierung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und schufen zusätzliche Möglichkeiten der Kontrolle und Disziplinierung. Die Brisanz des Themas schloß abweichende Auffassungen und Kritik aus; wer wie die Blockparteien nicht un-

mittelbar der Parteidisziplin unterworfen war, konnte auf die Staatsräson verpflichtet werden. Insofern zielten die Bedrohungsbehauptungen und die Forderung nach Verteidigungsbereitschaft nicht zuletzt auf Herrschaftsbegründung und -sicherung. Diesen innenpolitischen Aspekt läßt *Wenzel* allerdings weitgehend außer acht. Statt dessen kehrt er das östliche Feindbild einfach um und zeichnet mit kräftigen Strichen eine permanent gegen den Westen mobil machende DDR: mit Militärgeld für die „befreiten Gebiete“, einem „Blücher-Orden für Tapferkeit“, detaillierten Vorschriften für die Frontberichterstattung oder Übernahmeplänen für Rundfunk und Fernsehen.

Kommunistische Eroberungspolitik oder fragwürdige Schubladenpläne einer unterbeschäftigten Institution? Bis in die achtziger Jahre sahen die Planungen des Warschauer Pakts vor, einen Konflikt mit der NATO auf dem „westlichen Kriegsschauplatz“ zu führen. Diese offensive Ausrichtung der sowjetischen Militärdoktrin, die die USA von ihren Verbündeten abschneiden und Westeuropa aus dem Krieg „herauslösen“ sollte, wird heute nicht mehr ernsthaft bestritten; *Wenzel* hat dem bereits Bekannten einige aufschlußreiche Fakten und Dokumente hinzufügen können. Der Überzeugungskraft ist es freilich abträglich, daß dem Autor (von militärstrategischen Gesichtspunkten einmal abgesehen) östliche Bedrohungsängste, ihre Auslöser im Westen oder wechselseitige Fehlwahrnehmungen keine Erörterung wert sind. Über die übliche Einschränkung der Planungen – „im Falle einer Aggression der NATO“ – geht er bereits in der Einleitung hinweg: Keinesfalls könne er die Auffassung teilen, „daß der Warschauer Pakt durch die NATO objektiv bedroht wurde“ (S. 15). Dies müßten – verblüffende Logik – auch die Verantwortlichen im Osten gewußt haben, da „das westliche Bündnis regelmäßig von einer Eröffnung der Kriegshandlungen durch den Warschauer Pakt ausging“ (S. 206). Vollends ärgerlich wird es, wenn der Autor seine

Feststellung, das NATO-Konzept der Vorverteidigung habe keine Abkehr von einer grundsätzlich defensiven Strategie bedeutet, mit der mündlichen Auskunft eines Bundeswehrgenerals belegt (S. 72).

Interessant ist das Buch dort, wo *Wenzel* die Verausgabung wirtschaftlicher Ressourcen für militärische Zwecke oder die für den Kriegsfall vorgesehenen Führungsstrukturen beschreibt. Um das Urteil „kriegsbereit“ teilen zu können, hätte man dennoch gern mehr über Ausrüstung und Ausbildung der NVA, vor allem aber über die Haltung ihrer Offiziere, Unteroffiziere und Wehrpflichtigen erfahren. Dafür weiß der Autor von Erich Honecker, daß das vom Generalsekretär im NVR geforderte „kriegsbezogene Denken und Handeln“ auch seiner „inneren Einstellung“ entsprochen haben dürfte (S. 104).

Wenzels Buch ist in erster Linie ein spätes Zeugnis wechselseitiger Bedrohungsängste des Kalten Krieges; „über einen Teil der DDR-Wirklichkeit informieren“ (S. 15) läßt sich allein aus NVR- und NVA-Akten offenkundig nur utzuzureichend.

Christian Kurzweg

Margot Hutzler-Spichtinger und Klaus Schönberger, „Unüberhörbare Wortmeldungen der Bürger...“ DDR-Gesellschaft am Vorabend des Umbruchs – Jena 1988/89, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994, 225 S.

„Frauenkommissionen, die sich um die speziellen Belange der berufstätigen Frauen und insbesondere Mütter kümmern sollten, bestanden in der ehemaligen DDR (! – d. Rez.) in allen Betrieben...“ (S. 81). Mit diesem Satz beginnt im vorliegenden Buch eine Studie über „Gewerkschaftliche Frauenarbeit in Jena“ (S. 81-150). Daß kein Historiker auf die Idee kommen würde, von der „ehemaligen“ Weimarer Republik, ja, nicht einmal vom „ehemaligen“ Heiligen

Römischen Reich deutscher Nation zu sprechen, wird hiermit nicht zum erstenmal konstatiert. Daß aber nicht in der Tagespublizistik, sondern in Aufsätzen mit sozialwissenschaftlichem und historischem Selbstverständnis (vgl. S. 7) derart formuliert wird, sollte doch kritisch angemerkt werden. Denn es drängt sich auch an anderer Stelle der Eindruck auf, daß in Darstellung und Methode der wissenschaftliche Anspruch nicht stringent eingelöst, die Distanz zum Journalistischen nicht durchgängig gewahrt bleibt.

Der Band ging aus einem Archivprojekt zur Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in den Kreisen Jena-Stadt und Jena-Land hervor, das von Tübinger Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Ausgangspunkt war das ganz praktische Erfordernis des Jahres 1990, die Hinterlassenschaft dieser in Auflösung befindlichen Massenorganisation der DDR zu sichern, archivalisch zu erschließen und wissenschaftlich aufzubereiten. So befindet sich das Material nach zwischenzeitlicher Lagerung in Tübingen seit dem 1. Juli 1993 auch im Stadtarchiv Jena. Entstanden ist dabei eine Regionalstudie, „die am Beispiel der Universitäts- und Zeiss-Stadt Jena den lokalen Auswirkungen des bürokratischen Sozialismus in der DDR auf die Spur zu kommen sucht“ (S. 8). Hierzu bedienen sich die Verf. nicht nur des genannten archivalischen Materials, sondern auch einer ganzen Reihe von Interviews mit ehemaligen haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären.

Die drei Kapitel – im Vorwort des DGB-Kreisvorsitzenden Christmann ist zutreffender von Aufsätzen die Rede – widmen sich zum einen am Beispiel der jährlichen Feiern zum 1. Mai einer für die DDR typischen Form „der inszenierten Kommunikation“ (*Schönberger*). *Hutzler-Spichtinger* steuert den Beitrag über die gewerkschaftliche Frauenarbeit bei. Und schließlich geht *Schönberger* der Frage nach, „wann und wie die Erschütterungen des partei-offiziellen politischen Weltbildes und der Glaubwürdigkeit der Ideologie sowie letztlich der

Durchsetzungsmacht des bürokratischen Herrschaftsapparates sich auf lokaler Ebene erstmals andeuteten bzw. manifest wurden". All dies ist begleitet von Überlegungen zur Rolle der Einheitsgewerkschaft im politischen System der DDR, zur Funktionsweise des „bürokratischen Sozialismus“ an der „Basis“ sowie zu den Ursachen jener Entwicklung, die zu den Ereignissen im Herbst 1989 führten.

Die Autoren bezeichnen sich selbst als „Wessis“, legen allerdings Wert auf die Unterscheidbarkeit ihrer Arbeit von der diverser „Kolonisatoren ... in Siegerpose“ (S. 8). In ihren drei Studien wird, mit ausführlichen, oft sehr langen und mitunter redundanten Zitaten aus Archivalien und Interviews, ein insgesamt zutreffendes und oft erhellendes Bild der DDR-Gesellschaft mit den genannten Schwerpunkten gezeichnet. Was sie allerdings mit „der ethnographischen Methode der Spurensuche und der 'dichten Beschreibung'“ (S. 7) zutage fördern, liest sich für den Zeit- und Augenzeugen oft eher banal. Zudem stellt der Rez. verärgert fest, daß sich die Verf. mitunter sprachlich und in inhaltlichen Fragen kaum von ihren Quellen abheben. Auch sie sprechen von „Positionierung“, auch sie nennen die DDR ungeprüft den zehntstärksten Industriestaat der Welt. Und die Verf. wundern sich gemeinsam mit einem lokalen FDGB-Funktionär über etwas, was den Rez. in keiner Weise erstaunt, daß nämlich die Lösungen zum 1. Mai durch das ZK der SED und nicht vom Bundesvorstand des FDGB ausgegeben wurden (S. 46). Hier wird deutlich, daß *Hutzel-Spichinger* und *Schönberger* zwar auf die Spezifik der DDR-Gewerkschaft mit ihren 9,5 Millionen Mitgliedern und auf ihre Unterschiede zu den Gewerkschaften der Bundesrepublik verweisen, daß sie grundsätzlich auch die „Unterordnung des FDGB unter die SED“ konstatieren (S. 154), daß sie letztlich aber doch immer wieder eine eigenständige, von der SED unterscheidbare *politische* Rolle erwarten. Diese gab es in der Tat faktisch nicht, wohl aber

spezifische gewerkschaftliche Tätigkeitsfelder. Insofern ist es auch keineswegs verwunderlich, daß es weitaus leichter fällt, Frauenförderung aus der gewerkschaftlichen Perspektive zu beschreiben, als den Komplex der Maifeiern.

Die knappen Schlußfolgerungen und Literaturverweise, inhaltlich in aller Regel zutreffend, wirken oft ausgesprochen „aufgesetzt“. Auch die manchmal unpräzise „journalistische“ Begrifflichkeit (was sind „sowjetische Formen orthodox-russischer Prägung“?, S. 52) und die Tatsache, daß mehrere Zeitzeugen mit Klarnamen, die Mehrzahl aber mit verschlüsselten Namen zitiert werden, wobei man deren Identität wiederum über die angegebene Funktionsbezeichnung in Erfahrung bringen könnte, läßt die Texte in einer eigentümlichen Schwebelage. Gerade an diesem Punkt wurde zudem die Möglichkeit vergeben, das Jenenser Fallbeispiel zu konkretisieren sowie die Wirkungsmöglichkeiten und die personelle Verantwortlichkeit, aber auch die Grenzen der Macht bei den Repräsentanten der „mittleren Nomenklatura“ exakt zu benennen. Die umfänglichen Zitate sind teilweise geschickt montiert, mitunter aber auch von ermüdender Länge und Trivialität.

Das breit zitierte Quellenmaterial erweist sich überhaupt als methodisches Problem. Die Verfasser bemühen sich um Authentizität und erzielen diese auch, wenden dabei aber keineswegs das für den Historiker übliche Maß an Quellenkritik und wissenschaftlicher Methode an. Dies gilt für ihre Haltung gegenüber den Aussagen ehemaliger Funktionäre, aber auch für den Umgang mit den schriftlichen Quellen und mit den Angaben von Oppositionellen. Hier fehlt es den Verf. mitunter an der objektivierenden Distanz zum Gegenstand, und so werden – mit einer durchaus sympathischen Haltung des Respekts gegenüber dem „Fremden“ in den späten DDR – vielerlei Informationen und Details über die DDR ausgebreitet. Eine Synthese jedoch wird nur ansatzweise und recht allgemein geleistet (vgl. S. 199-210). Der

Mentalitätswandel in der Bevölkerung, die vielfältigen und komplizierten Interaktionen in der Gesellschaft und die fortwährende Verschlechterung der ökonomischen und politischen „Rahmenbedingungen“, all das, was auf die letztlich doch völlig unerwartete „Implosion“ des Jahres 1989 hinausläuft, wird mehr angedeutet als erklärt, währenddessen das Berichtswesen und das ereignisgeschichtliche Szenario insbesondere für die Jahre 1988/89 in der Tat dicht beschrieben wird („Von der Resignation zur Renitenz“, S. 151-213). So kann der Leser, falls er bis 1989 in der DDR oder gar in Jena gelebt hat, fast alles bestätigen, ohne allerdings mehr als in wenigen Details Neues zu erfahren oder gar weiterführende Hintergrundinformationen zu erhalten.

Werner Greiling

Günter Katsch und Johann B. Walz, Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert, Bundesverband Deutscher Gartenfreunde, Leipzig 1996, 336 S.

Zum 75. Jahrestag der Gründung des „Reichsverbandes deutscher Kleingartenvereine“ e. V. hat der Bundesvorstand Deutscher Gartenfreunde den vorliegenden Band herausgegeben. Gleichzeitig wurde in Leipzig das Deutsche Museum der Kleingärtnerbewegung eröffnet.

Der vorgelegte Band enthält neben einer zusammenfassenden Darstellung des organisierten Kleingartenwesens von den Anfängen (1814) bis zur Gegenwart Bilder und schriftliche Quellen, die den wechselvollen Werdegang einer nahezu zweihundertjährigen Bewegung dokumentieren. Was auf den ersten Blick als eher spröde Organisationsgeschichte erscheinen mag, erweist sich bei näherem Hinsehen als ein lebendiges Stück deutscher Sozial- und Kulturgeschichte. Denn all die abgedruckten programmatischen Äußerungen und Biographien

wichtiger Wegbereiter, die Tagungsprotokolle, Satzungen und Gesetzestexte widerspiegeln nicht nur Verbands- und Vereinsinterna. Hinter Neugründungen, Abspaltungen und Zusammenschlüssen, hinter den Debatten um Ziele, Namensgebungen, Fahnen, Symbole, Finanzen, Funktionsverteilungen, Mitteilungsblätter und Zeitschriften steht der persönliche Einsatz unzähliger Gartenfreunde. Sie haben versucht, elementare Lebensinteressen lohnabhängiger, wirtschaftlich benachteiligter Menschen und ihrer Familien zu artikulieren, in der Gesellschaft durchzusetzen und zu verteidigen.

Man kann bedauern, daß bei der gewählten Darstellungsform der Alltag in den Gärten und Lauben, das Leben in den Vereinen und Kolonien nur gelegentlich am Rande auftauchen. Die Entscheidung für die Perspektive der „Macher“, der Initiatoren und führenden Köpfe der Bewegung, hat aber einen wesentlichen Vorzug. Sie läßt deren Motive erkennen, ihre Sichtweise auf soziale Tatbestände und Konflikte. Sie macht Argumentationslinien und Lösungsvorschläge nachvollziehbar.

So erscheint etwa heute kühn, geradezu vermessen, was die Gründungsversammlung des „Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands“ e. V. im August 1921 in Bremen an Forderungen beschloß: „Als Kulturmensch hat jeder einen ... Anspruch auf Gartennutzung ..., der als gesetzlicher Rechtsanspruch zu entwickeln ist, ... für gartenlose Wohnungsinhaber ... (ist) Kleingartenland bereit- und sicherzustellen. Der Anspruch auf Kleingartenland geht allen anderen Ansprüchen auf den Boden voraus“ (S. 174). Die Radikalität dieser Bestrebungen erklärt sich nur aus dem historischen Kontext, den die Autoren des Bandes in ihrer einleitenden Darstellung sichtbar machen (und den sie auch für alle anderen Dokumente offenlegen).

Die Kleingartenbewegung hatte seinerzeit mächtigen Auftrieb bekommen, nicht nur durch den Zusammenschluß aller bis dahin getrennt vorgehenden Verbände und Vereine. In der „Klein-

garten- und Pachtlandverordnung“ von 1919 waren erstmals die Rechte der Kleingärtner gesetzlich gesichert worden. Damit war juristisch fixiert, was sich in der Notzeit des Krieges, im Grunde aber auch in den über hundert Jahren zuvor praktisch erwiesen hatte: Kleingärten liegen im öffentlichen Interesse, weil sie Instrumente der Krisenbewältigung sind, indem sie unvermeidliche Risiken der modernen Arbeits- und Lebenswelt mildern und ausgleichen.

Zu den Wegbereitern dieser Einsicht gehörte Alwin Bielefeldt, dessen „Magna Charta“ des Kleingartenwesens von 1912 ebenfalls im vorliegenden Band enthalten ist (S. 161f.). Bielefeldt war Enthusiast und Vorkämpfer der Kleingartenbewegung, nicht nur als Menselienfreund und Gerechtigkeitsapostel, sondern vor allem als nüchtern kalkulierender Kopf. Über sein Leben ist relativ wenig bekannt. Aber er soll als Beauftragter des Reichsversicherungsamtes für die deutsche Sozialversicherung die Pariser Weltausstellung von 1900 besucht und bei dieser Gelegenheit auch eine kleine Informationschau über die dortigen Arbeitergärten gesehen haben. Als Fachmann der staatlichen Pflichtversicherungen und intimer Kenner der Probleme freier Hilfswerke – etwa des Roten Kreuzes – war er ständig mit den Schattenseiten von Industriearbeit und Großstadtleben konfrontiert. So bescheiden und Lückenhaft die Netze sozialer Absicherung bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter um die Jahrhundertwende in Deutschland auch noch waren – die Folgekosten für die Kassen schienen schon damals ins Unermeßliche zu steigen und dennoch Existenzgefährdungen nicht abwenden zu können. Vor diesem Hintergrund sah Bielefeldt in den Pariser Arbeitergärten (die in Deutschland bereits existierenden vergleichbaren Einrichtungen waren ihm offensichtlich nicht bekannt) ein ebenso einfaches und billiges wie wirksames Mittel der privaten Vorsorge gegen die Wechselfälle des Lebens, das die anderen Sicherungssysteme ergänzen kann. Fortan propagierte er Kleingärten auch als

ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, als Hilfe zur Selbsthilfe und leistete wesentliches zu ihrer Organisation. Der heute oft beschworene Sozialcharakter des Kleingartens liegt zuallererst darin begründet, daß Kleingärtner etwas für sich selbst tun, dafür Geld, Zeit, Kraft investieren und auf diese Weise die Allgemeinheit entlasten. Merkwürdigerweise ist dieser Zusammenhang, der für Bielefeldt und andere so evident war, heute völlig in den Hintergrund getreten.

Die Zeiten haben sich geändert. Nicht mehr Tuberkulose, Rachitis, Kinderreichtum bei unzureichender Ernährung und katastrophale Wohnverhältnisse bedrohen die Existenz. Die massenhaften Standardrisiken sind gegenwärtig und in absehbarer Zukunft anderer Art. Längere Ausbildungsdauer, kürzere Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit und steigende Lebenserwartung haben die Erwerbstätigkeit mit regulärem Arbeitseinkommen zu einem relativ kurzen Durchgangsstadium im Normallebenslauf gemacht. Für alle übrigen Zeiten müssen die Solidargemeinschaft der Versicherten bzw. der Staat aufkommen, was selbst bei weiteren Beitragserhöhungen und drastischen Leistungskürzungen nur sehr eingeschränkt gelingen kann. Gleichzeitig ist die traditionelle Familie nur noch eine unter vielen anderen Lebensformen, jedenfalls kein selbstverständliches Sicherungsnetz mehr für Arbeitslose, Alte, Kranke und Behinderte, auf das sich die Betroffenen wie die Allgemeinheit verlassen können.

In dieser Situation ist der Platz des Kleingartens in der Gesellschaft neu zu überdenken. Die im Band abgedruckte Erklärung „Der Kleingarten 2000. Grundsätze in der Entwicklung des Kleingartenwesens in der Bundesrepublik Deutschland“ (vgl. S. 295ff.) aus dem Jahre 1995 geht in diese Richtung. Angesichts der brennenden Probleme und nach der Lektüre der vielen historischen Dokumente erscheint dieser Text vergleichsweise zahn, ohne Biß, nur auf Konsens angelegt. Das mag mit einer veränderten Diskussionskultur zusammenhängen, auch mit geschichtlichen

Erfahrungen. Der Band enthält hinreichend Dokumente, die zeigen, wie das Ringen um öffentliche Anerkennung und Förderung in staatliche Einverleibung umschlug, wie Kleingärtnerinteressen für politische Ziele ausgenutzt wurden, die sich letztlich gegen sie richteten.

Dennoch bleibt das Kernproblem: Was bedeutet Sozialcharakter heute und in zwei oder drei Jahrzehnten, wenn Deutschland definitiv eine Republik der Alten sein wird, wenn Ruheständler die Gesellschaft dominieren und auch die Mehrheit der Wählerschaft ausmachen werden. Die Antwort auf diese Herausforderung der demographischen Entwicklung kann nicht allein sein, die ältere und alte Generation als Konsumenten ernst zu nehmen und – analog zur Jugendpflege – ein umfassendes System der Altenhilfe aufzubauen. Hier hat sich auch der Kleingarten mit seinen Organisationen einzubringen. Er ist in aller Regel ohnehin „altersgerecht“ und bietet den nicht im Erwerbsleben Stehenden, was sich weder in Warenform pressen, noch elektronisch inszenieren läßt, was selbst ein Heer von Sozialarbeitern, Therapeuten und Animatoren nur mühsam zuwege bringen könnte: Gelegenheit zu sinnvollem und vielseitigem Tun, Eigenverantwortung und selbstbestimmtes Handeln, persönlicher Bestätigung und Lebensfreude, Naturnähe, soziale Kontakte und Integration in die Gemeinschaft. Verglichen mit anderen Möglichkeiten bleibt der Kleingarten – um zu Bielefeldt zurückzukehren – ein einfacher, preiswerter und wirksamer Weg, wirtschaftlich benachteiligten Menschen ein aktives und zufriedenes Alter- und Altwerden zu sichern. Der Kleingarten war nie ein Allheilmittel, und er wird es auch in Zukunft nicht sein. Aber er wird sich dem Wandel der Gesellschaft und den neuen sozialpolitischen Problemen anpassen, nicht zuletzt, weil hinter ihm eine starke Organisation mit fast zweihundert Jahre zurückreichenden Traditionen steht. Dies selbstbewußt dokumentiert zu haben und damit ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen, ist das

Verdienst der Autoren und Herausgeber des Bandes.

Isolde Dietrich

Tilman Nagel, Geschichte der islamischen Theologie. Von Mohammed bis zur Gegenwart, Beck, München 1994, 314 S.

Aziz al-Azmeh, Die Islamisierung des Islam. Imaginäre Welten einer politischen Theologie, Campus, Frankfurt am Main 1996, 244 S.

Dieser Band, so erklärt der Göttinger Arabistikprofessor, ist die Frucht der akademischen Lehre. Aufbau und Inhalt entsprangen drei Vorlesungsreihen zur Geschichte der islamischen Theologie zwischen 1982 bis 1990. Dabei ging es um eine wohlabgewogene Gesamtschau. Unter Theologie verstehe er das Bestreben, den Gehalt der Botschaft eines Religionsstifters, Muhammads, so zu entfalten, daß ein in sich stimmiges Gefüge von Aussagen entstehe. In der Zusammenschau mit den grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten lasse sich der Wandel der theologischen Thematik verstehen, aber nicht aus ihnen ableiten. Vielmehr ziele die Verankerung der nachgezeichneten theologischen Ideen in ihrem Umfeld darauf, sie als wesentlichen Teil der Kultur des Islam überhaupt aufzufassen. Hierdurch solle nicht zuletzt dem islamischen Anspruch, Religiöses und Profanes zu einem bruchlosen Ganzen verschmelzen zu können, Gerechtigkeit widerfahren.

Es ist aufschlußreich, solche und andere Vorträge *Tilman Nagels* zu überdenken, treffen sie doch den Kern von aktuellen Auseinandersetzungen. Es gehe ihm einzig und allein um die nüchterne Darlegung dessen, was nach dem heutigen Stand unserer Kenntnisse und mit den Methoden der historisch-philologischen Forschung aus den einschlägigen islamischen Quellen unterschiedlichen

Alters über die Auffassungen der Muslime von Gott und seinem Verhältnis zum Menschen ermittelt werden kann. Und weiter (S. 11): „Bewußt verzichte ich auf das vorschnelle, in der Regel irreführende Aufzeigen von Parallelen oder Ähnlichkeiten zwischen Islam und Christentum. Denn welche Erkenntnis wird gewonnen, wenn, wie man bisweilen lesen kann, Christus als der ‘Logos’ zum Koran, dem Wort Gottes, in Analogie gesetzt wird? Es werden Übereinstimmungen zwischen Islam und Christentum vorgetäuscht; dem unbefangenen europäischen Leser wird vorgegaukelt, im Islam gebe es eine der christlichen vergleichbaren Logos-Lehre. Das aber ist ganz und gar unzutreffend! Der Eifer der Religionspädagogen, möglichst viele Gemeinsamkeiten zwischen den Weltreligionen zu finden und zu erfinden, um durch oberflächliche Harmonisierung Spannungen abzubauen, ist mir ein Grauel – er zeugt von einer nicht einmal gut verhüllten Mißachtung aller fremden Glaubensformen, von einem unerträglichen Unernst. Wichtiger und heilsamer ist es, die Andersartigkeit des fremden Glaubens zu erkennen und auch anzuerkennen. Diesem Ziel ist das Buch gewidmet.“

Die elf Kapitel umfassen den Koran als Fundament der islamischen Theologie; Glaube und „Islam“; die zwei Gattungen der theologischen Literatur, *ḥadīṭ* und *kalām*; den frühen Rationalismus; Rationalismus und Überlieferung; Theologie und Philosophie; Islam und Gnosis; islamische Rechtgläubigkeit; Islam als Ideologie. Das Nachwort birgt eine Zusammenfassung und eine Darstellung nächster Aufgaben. Eine Chronik, eine Übersicht zur weiterführenden Lektüre und Indices zu arabischen Termini, nebst ihrer Erklärung, Personen und Begriffen, gestalten den Band zum Nachschlagewerk. Die arabischen Begriffe könnten durch einige modernere Ausdrücke gewinnen, darunter *taʾasulūm* *iqtiṣādī*. Wenn Nagel als Aufgabe eine Geschichte der rationalen Ausdeutung der Offenbarungsreligion benennt, kommt die Umkehrfra-

ge auf, nämlich wie wohl eine Geschichte nichtrationaler Ausdeutungen ausfallen würde.

Einige Schritte zur Erörterung solcher Beziehungen ging zeitgleich der Syrer *Aziz al-Azmeh*. Der in Oxford und Exeter lehrende Professor für Islamwissenschaft nahm sich in seinem Islamband vor, Themen zur Gegenwart und jüngeren Geschichte von Völkern zu behandeln, die als „muslimische Welt etikettiert und stereotypisiert“ würden. Auch in Deutschland lasse sich die Tendenz beobachten, muslimische Völker und Einzelpersonen auf ein Wesen namens Islam zu reduzieren und sie dadurch des historischen Charakters zu berauben. Ja, für Deutschland, so behauptet er, obwalte im Diskurs ein „kennzeichnender romantischer Irrationalismus“. Dieser sei nicht nur Ergebnis bestimmter Herderscher oder Hegelscher Traditionen, sondern auch der internationalen Umstände, in denen massiv irrationalistische Ideologien wiederbelebt würden.

Daher wollen die Beiträge der „Entmystifizierung des Islam“ dienen, der nun das Anderssein schlechthin zu verkörpern scheine. Sie sollen aus dem Paradox, das man aus dem Buchtitel herauslesen könnte, zur Geschichte führen, in die Welt muslimischer Männer und Frauen, die in wirklichen Gesellschaften mit höchst komplexen Ökonomien, Kulturen, Ideen, Traditionen und politischen Strömungen leben, in Gesellschaften historischen Charakters. Moderne, Säkularismus und Islamismus seien demnach nicht nur Ideen, sondern historische Prozesse, die Ideen einbegreifen, aber sich nicht darauf reduzieren lassen. Begriffe wie der des Westens und des Islam seien hingegen Kategorien der Einbildung und des politischen Willens, hätten aber auch materielle Durchsetzungskraft; nur der kulturalistischen Perspektive würden solche Größen als unauflösbare Grundbedingungen des Lebens historischer Kollektive gelten. Dieses Buch sei ein Versuch, die Arbeit der kritischen und historischen Vernunft wiederaufzunehmen, und zwar in zwei miteinander verknüpf-

ten Bereichen: dem Bereich der islamischen Phänomene und dem Bereich der allgemeinen Vorstellungen von Kultur, deren Hauptstütze nun das Hohelied vom absoluten Subjekt sei.

Die sieben Essays, zwischen 1988 und 1994 entstanden, sind wie folgt betitelt: Der Islamismus und die Araber; die Utopie im islamischen politischen Denken; der Diskurs über kulturelle Authentizität: Islamischer Erneuerungsanspruch und der Universalismus der Aufklärung; arabischer Nationalismus und Islamismus; islamistisches Wiedererweckenden und westliche Ideologien; Populismus kontra Demokratie: Ein Diskurs in der gegenwärtigen arabischen Welt; Islamwissenschaft und europäische Einbildung. Endnoten und Register (mit dem Wort „Überislamisierung“) beschließen das Werk.

Aziz al-Azmeh darf sich eines kritischen Echos sicher sein, das er mit Thesen wie dieser herausfordert (S. 204): Die orientalistische Philologie sei nichts weiter als ein Zwitter aus positivistischer Erkenntnistheorie und essentialistischem Islambegriff. Das Ergebnis wäre, was man abschätzig *histoire romanesque* nennt. Einige Inhalte und Methoden der Bücher von *Nagel* und *al-Azmeh* stehen in aufschlußreichem Kontrast zueinander.

Wolfgang G. Schwanitz

Robert Debusmann und Janos Riesz (Hrsg.), Kolonialausstellungen – Begegnungen mit Afrika? IKO Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt am Main 1995, 202 S.

Im vorliegenden Sammelband soll das Bild des kolonialen Afrika, das durch das Medium „Ausstellungen“ europäischen Betrachtern vermittelt wurde, nachgezeichnet werden. Er ist das Ergebnis eines von *Janos Riesz* geleiteten Seminars des Graduiertenkollegs „Interkulturelle Beziehungen in Afrika“ der Universität

Bayreuth. Zehn verschiedene Beiträge, verklammert durch eine instruktive generalisierende Einleitung von *Robert Debusmann*, beschäftigen sich mit dem Thema. Es werden Ausstellungen in Deutschland (*Stefan Arnold*, *Roland Richter*, *Harald Sippel* und *Robert Debusmann*), Frankreich (*Annie E. Coombes*, *Robert Debusmann*, *Hans-Jürgen Lüsebrink* und *Janos Riesz*), England (*Annie E. Coombes*) und Belgien (*Pierre Halen*) analysiert. Dabei kommt es bei den regionalen Schwerpunkten der Artikel ebenso zu Überschneidungen wie bei den inhaltlichen Akzenten, die die Autorinnen und Autoren setzen. Abgerundet wird der Band von zwei Beiträgen aus dem gleichen Kontext: *Katharina Städtler* befaßt sich mit dem Bild der schwarzen Frau in Publikationen, die zu einer Ausstellung erschienen, *Philippe David* skizziert die Darstellung Schwarzafrikas auf Postkarten.

Die einzelnen Artikel thematisieren verschiedenste Facetten des Untersuchungsgegenstandes. Ihr Publikum beispielsweise fanden die Ausstellungen nicht nur in den jeweiligen Hauptstädten, sondern – wenigstens in Deutschland – auch in der Provinz. Manchmal waren in Gasthäusern oder Schulen lediglich Fotos zu sehen, ein anderes Mal lockten nachgebaute Dörfer mit „richtigen Eingeborenen“ die Menschen in große Ausstellungshallen. Einige Kolonialausstellungen waren eigenständige Veranstaltungen, andere hatte man großen Welt- oder kleinen Gewerbeausstellungen angegliedert. Zu den Organisatoren gehörten private Kolonialgesellschaften oder Kolonialvereine, Wirtschaftsunternehmen, wissenschaftliche Gesellschaften, Universitätsinstitute oder Museen sowie staatliche Träger. Sie alle wollten in *erster Linie für die Kolonien werben*, wollten deren ökonomischen Wert für das Mutterland deutlich machen. So bot man Informationen über Wirtschaftspotential und Investitionsmöglichkeiten, präsentierte die gesamte Palette der „Kolonialwaren“, der Rohstoffe und Genüßmittel, die die Kolonien erzeugten

und die geeignet waren, europäische Lebensqualität zu verbessern. Texte und Bilder illustrierten die Verhältnisse in den Kolonien, Gegenstände aus der Alltagskultur gaben Einblicke in die Lebenswelt der Kolonisierten. Zentraler Aspekt der meisten Ausstellungen war der Hinweis auf die paternalistische Entwicklungsmission, die die europäischen Nationen in Afrika wahrnehmen würden. Zu diesem Zweck kontrastierte man indigene „Barbarei“ mit den kulturellen Errungenschaften Europas oder verdeutlichte die Zivilisierungsleistungen, die westliche Herrschaft in Afrika bereits realisiert hatte. Nicht das unberührte, „primitive“ Afrika war Thema mancher Ausstellung, sondern das unter kolonialer Leitung entwickelte und zivilisierte. Diese Form der Selbstdarstellung verbarg zum einen weniger hehre ökonomische und politische Interessen hinter hohen kulturellen Werten, zum anderen diente der Verweis auf die „Bürde des weißen Mannes“ national-imperialer Identitätsstiftung und Legitimation.

Um meinungsbildend wirken zu können, um ihrem Charakter als koloniale Werbeveranstaltung gerecht zu werden, mußten Menschen in die Ausstellungen gelockt werden. Deshalb inszenierte man sie möglichst attraktiv und unterhaltsam, setzte auf exotische Ästhetik, baute eine Vielzahl von Showelementen ein. Zu den besonderen Publikumsmagneten gehörten lebende Menschen, deren Funktion als Ausstellungsobjekt mehrere Beiträge thematisieren. Afrikaner wurden als eine Art Schausteller angeworben, um den staunenden Betrachtern in Ausstellungsdörfern „primitives“ Leben vorzuspielen. Anthropologen nutzen die Gelegenheit zu pseudowissenschaftlichen Typologierungsversuchen. Anfang des 20. Jhs wurde die Zurschaustellung von Menschen in Deutschland verboten, aus einer Vielfalt von Gründen; humanitäre spielten nur am Rande eine Rolle. Vielmehr ging es eher darum, „Rassenvermischungen“ zu verhindern, Kenntnisse von wirtschaftlichem Wohlstand und politischen Freiheiten des Mutterlandes

nicht in die Kolonien dringen zu lassen oder die unmittelbare Einsicht zu verhindern, daß keineswegs alle Deutschen dem Herrenmenschen-Ideal entsprachen. Trotzdem gab es weiterhin auch in Deutschland Ausstellungen mit lebenden Exponaten, und was das übrige Europa betraf, so belebten noch bei der Weltausstellung in Brüssel 1958 rund 400 Afrikaner das Bild Belgisch-Kongos.

Ein tatsächliches Kennenlernen der fremden Welten, ein Verstehen afrikanischer Kulturen und Lebensformen war so nicht möglich, doch kam es den Ausstellungen auch darauf gerade nicht an, so das Fazit, das nach Lektüre der Beiträge zu ziehen ist. Vielmehr dürften vor allem eine Reihe von Stereotypen vermittelt worden sein, die bis heute ihre Beharrungskraft behalten haben. Urwüchsige Sexualität von Afrikanern und Afrikanerinnen, naturgegebene Subordination der schwarzen Menschen unter die Weißen, die Berufung und Pflicht der Europäer zur Zivilisierungsmission, das Geheimnisvolle und Exotische tropischer Welten gehörten dazu. Wie häufig im kolonialen Kontext brachten die Ausstellungen jedoch auch Resultate hervor, die die Organisatoren nicht beabsichtigt hätten. Gegen den Strich gelesen, zeigten sie ein durchaus vielfältiges Bild von Afrika. Genauere Analysen machen sichtbar, daß in den Ausstellungen auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Kolonien Rücksicht zu nehmen war, daß die Organisatoren also keineswegs völlig freie Hand bei ihren Präsentationen hatten. Manche Ausstellungen leisteten sogar einen Beitrag zur Identitätsstiftung bei den Kolonisierten.

Der Sammelband bietet dem Leser nicht so sehr die ultimativen Erkenntnisse über Kolonialausstellungen, ihr Bild von Afrika und dessen Rezeption, er liefert vielmehr eine Fülle von Informationen, Denkanstößen und Interpretationssideen, stellt Fragen und weist auf Forschungsmöglichkeiten und -desiderate hin. Ein bislang nicht systematisch untersuchter, aber in seiner Breitenwirkung

nicht zu unterschätzender Aspekt in der Geschichte europäisch-überseeischer Kulturkontakte wird hier erstmals intensiv in den Blick genommen. Wer sich für diesen Aspekt der Expansionsgeschichte interessiert, wird den Band gerne und mit Gewinn lesen.

Reinhard Wendt

Eckart Schremmer (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Sicht. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Marburg 1995, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1996 (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beih. 128), 363 S.

Der Begriff der Integration ist offenbar vielfältig verwendbar, so daß in dem Band über die 1995er Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte eine ganze Reihe unterschiedlicher Ansätze und Themen „integriert“ werden konnten. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn der jeweilige Autor seine Vorstellung von Integrationsprozessen möglichst präzise bestimmt. Dies hat die Mehrheit der Beiträger getan, wobei letztlich als größter gemeinsamer Nenner Integration als Vereinheitlichung von Strukturen, als Einordnung in größere Systeme oder auch als zunehmende Verflechtung innerhalb derselben verstanden wird. Dabei gewinnt man mitunter den Eindruck, daß Integration schon *per definitionem* positiv bewertet wird.

Mehrere Beiträge (J. Bähr, Chr. Buchheim, F. Butschek) kennzeichnen die Integration der Bundesrepublik bzw. Österreichs in einen sich liberalisierenden Weltmarkt als wesentliche Ursache des Nachkriegsaufschwungs. H. Kaelble betrachtet die Annäherungen und Verflechtungen westeuropäischer Gesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg als soziale Integrationsprozesse. Die öko-

nomische und soziale sowie teilweise auch die politische Integration Westeuropas brachten nicht nur mehr Freiheit und (Binnen-)Mobilität von Menschen, Kapital und Gütern hervor. Sie führten auch zu einer Anhebung und Angleichung des Wohlstandsniveaus und beförderten generell die „Entwicklung in Richtung auf eine europäische Gesellschaft“ (S. 343). Diese zweifellos beeindruckende Entwicklung hat das Denken vieler (west-)europäischer Intellektueller so weit beeinflusst, daß in der heutigen politischen Diskussion „Integration“ nicht selten als Wert an sich erscheint. Dabei wird übersehen, daß das „goldene Zeitalter“ (Hobbsbawm) der fünfziger und sechziger Jahre in vielerlei Hinsicht eher die historische Ausnahme als die Regel darstellten.

Die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung von Integrationseffekten wird schon im einleitenden Beitrag E. Schremmers über die schwierigen Jahre der deutschen Vereinigung 1989 bis 1995 deutlich. Der Autor liefert einen äußerst informativen Überblick über alle wesentlichen Prozesse der Systemtransformation. Die wichtigsten Probleme des heutigen Gesamtdeutschland werden jedoch erst in einem kurzen Ausblick angesprochen. Bis dahin trifft Schremmer die Bewertungen der östlichen Transformationsprozesse allein nach dem Maßstab, wie schnell und wie weit man sich denn nun schon den existierenden westlichen Modellen angepaßt bzw. angenähert hätte. Die gleiche Sichtweise führte jedoch dazu, daß sich das politische und auch speziell wirtschaftspolitische Integrationskonzept anfangs in der Übertragung von Institutionen erschöpfte, die sich übrigens schon in Vorwendezeiten nicht immer „bewährt“ hatten. Hinzu kamen allerdings enorme Sozialtransfers, denen es letztlich zu verdanken war, daß die Integration *per saldo* eher zur Wohlstandsangleichung als zur noch stärkeren Differenzierung geführt hat.

In der Geschichte waren Erweiterungen von Wirtschaftsräumen zumindest am Anfang meist mit einer Verschärfung

der regionalen Einkommensdifferenzen verbunden. Dies trifft auch auf die Integrationsprozesse bei der Entstehung der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jh. zu. R. Walter versucht in seinem Beitrag über Marktintegration durch verbesserte Kommunikation im 19. Jh. die vielfältigen Integrationsprozesse dieser Zeit zu systematisieren und zu gewichten. Das gelingt jedoch nicht, weil er den Integrationsbegriff überfrachtet, was letztlich dazu führt, daß eine Unmenge von Faktoren einbezogen werden, die Systematik mitunter verlorengeht und die Argumentation oft unvollendet bleibt. Im Gegensatz dazu versteht es Kaelble, einen Überblick über die soziale Integration Westeuropas nach 1945 einschließlich ihrer historischen Wurzeln zu geben und daraus auch ein Analyseraster für zukünftige Forschungen zu entwickeln.

Diesen Problemen gehen die Beiträge aus dem Weg, die sich auf spezielle Integrationsprozesse konzentrieren. Zu nennen wären hier die Integration Deutschlands in das internationale Zahlungsverkehrssystem im 17. und 18. Jh. (M. A. Denzel), die Harmonisierung von Maßen und Gewichten im 19. Jh. (J. C. Hocquet) sowie der Integrationsbeitrag der Post zur Zeit des Deutschen Bundes (C. Neutsch). Der Artikel von A. Tanner über direkte Demokratie und soziopolitische Integration des Mittelstandes, der Arbeiterschaft sowie der Bauern in der Schweiz bietet eine willkommene Abwechslung im von Wirtschaftshistorikern dominierten Band.

Aus unternehmensgeschichtlicher Perspektive sieht Plümpe die „Reintegration“ der nach 1945 entflochtenen deutschen Stahlunternehmen, als Revidierung eines „ökonomisch unsinnigen Eingriffs“ (S. 303) an. Auch hier wird also eine Integration positiv gesehen, die jedoch letztlich eine Beschränkung des Wettbewerbs bedeutete und damit den liberalen Integrationsvorstellungen gerade nicht entsprechen dürfte.

Die fruchtbarste Anwendung des Integrationsmodells liefern die Beiträge über die österreichische Geschichte (F. Balt-

zarek, F. Butschek) sowie über die unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westeuropa nach 1945 (Bähr, H. Schröter, Buchheim). Vom österreichisch-ungarischen Ausgleich des Jahres 1867 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges verliefen im Habsburgerreich ökonomische Integration und politische Desintegration parallel. Der im wesentlichen aus dem zweiten Prozeß resultierende Zusammenbruch der Doppelmonarchie im Jahre 1918 bewirkte für alle Nachfolgestaaten eine ökonomische Katastrophe.

Die europäische Nachkriegsentwicklung im Ost-West-Vergleich zeigt geradezu exemplarisch die oft widersprüchlichen Effekte von Integrationsprozessen. So verweisen Buchheim und Bähr, wie ehedem schon Ludwig Erhard, auf den latenten Widerspruch zwischen Weltmarktintegration und Abschottung eines nur innerlich liberalisierten (west-) europäischen Wirtschaftsraums. Beide Autoren werfen auch die Frage auf, ob im Rahmen des RGW überhaupt eine Integration stattfand. Zweifellos blieben die Verflechtung der östlichen Volkswirtschaften und die Ausgestaltung der supranationalen Institutionen hinter den entsprechenden westlichen Entwicklungen zurück. Trotzdem existierten Integrationseffekte, die allerdings im vorliegenden Fall eher negativ zu bewerten sind. So fehlte der DDR und der ČSSR der Modernisierungsdruck, während die UdSSR als Rohstofflieferant durch den Preisbildungsmechanismus trotz ihrer politischen Hegemonie benachteiligt wurde.

Für die weiteren Forschungen zur Wirtschafts- und wohl auch Sozialgeschichte des politischen Osteuropas dürfte die Analyse von Integrations- und Desintegrationsprozessen und der Vergleich mit den westeuropäischen Entwicklungen durchaus Gewinn bringen. Die Anwendung von Amerikanisierungs- bzw. Sowjetisierungsmodellen, wie sie im Beitrag von Schröter zu finden ist, erweist sich hingegen nur für bestimmte Aspekte als sinnvoll und kann daher allenfalls eine ergänzende Funktion haben.

Das westdeutsche Verhältnis von Arbeitgebern und Gewerkschaften kann sicher ebensowenig als Amerikanisierungsergebnis angesehen werden, wie die Bo-

denreform von 1946 allein mit der Sowjetisierung der SBZ zu erklären ist.

Uwe Müller

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Enikő Baga*, lic. Phil., Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Abteilung Internationale Beziehungen
- Christoph Charle*, Prof. Dr., Universität Paris I, Panthéon-Sorbonne
- Gerald Diesener*, Dr. sc., Institut für Kultur- und Universalgeschichte Leipzig e.V.
- Isolde Dietrich*, Dr. sc., Humboldt-Universität Berlin, Institut für Kulturwissenschaften
- Christiane Gebhardt*, Dr. rer. soc., LWS-Unternehmensberatung, München
- Susanne Giesecke* MA, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft
- Werner Greiling*, PD Dr. phil., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Historisches Institut
- Hannes Hofbauer*, Dr., Historiker und Journalist, Wien
- Christian Kurzweg* M. A., Historisches Seminar, Universität Leipzig
- Britta Matthes*, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Matthias Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für höhere Studien
- Frank Möller*, Dr. phil., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Historisches Institut
- Uwe Müller*, Dipl.-Hist., Humboldt-Universität Berlin, Institut für Wirtschaftsgeschichte
- Viorel Roman*, Prof. Dr., Universität Bremen/Universität Bukarest, Historisches Institut
- Wolfgang G. Schwanitz*, Dr. phil. habil., Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin und an der Universität Potsdam
- Imke Streu*, stud. phil., Universität Leipzig, Institut für Soziologie
- Melanie Tatur*, Prof. Dr., Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Abteilung Internationale Beziehungen
- Edoardo Tortarolo*, Prof. Dr., Universität Turin, Dipartimento di Storia
- Susann Weien*, Dipl. Pol., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien, Promotionskolleg „Ambivalenzen der Okzidentalisation“
- Reinhard Wendt*, PD Dr. phil. habil., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Historisches Seminar

Aus dem Inhalt

Aufsätze

- | | |
|--|---|
| Edoardo Tortarolo | Historisches Wissen und politische Modelle in der deutschen akademischen Diskussion des 18. Jahrhunderts |
| Christoph Charle | Paris als Wissenschaftshauptstadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts |
| Gerald Diesener/
Matthias Middell | Zwischen Universitätsautonomie und Wissenschaftsstandort:
Leipzig 1880–1914 |
| Christiane Gebhardt/
Susanne Giesecke | Die Spezifität der Entwicklungspfade in der Biotechnologie und der Künstlichen Intelligenz |
| Forum | |
| Hannes Hofbauer/
Viorel Roman | Imperium und Limes. Zur Geschichte europäischer Teilungen |
| Enikő Baga/Melanie Tatur | Rumäniens Sonderweg in Mitteleuropa. Ein Beitrag zu den zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Transformation in Mitteleuropa |